



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Der G7-Gipfel im bayerischen Schloss Elmau dominierte am vergangenen Wochenende das Leben im südlichen bayerischen Freistaat. Rund um den Tagungsort herrschte in den betroffenen Kommunen Ausnahmezustand. Unser Bild zeigt Landrat Anton Speer beim „shakehands with Mr. President“. Gemeinsam mit Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und MdL Martin Bachhuber begrüßte er in Krün US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bild: Landratsamt Garmisch-Partenkirchen/Stephan Scharf

Kommunalwerkstatt des Bayerischen Gemeindetags:

Führungskräfte in Bad Wiessee

Bereits zum 45. Mal veranstaltete die Kommunalwerkstatt des Bayerischen Gemeindetags in Bad Wiessee ihr traditionelles Führungskräfte-seminar der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich die Tagung zu einer bedeutenden Informationsplattform entwickelt.

Das von Dr. Juliane Thimet (BayGT) geleitete Seminar richtete sich erneut an diejenigen, die im kommunalen Bereich Führungsaufgaben in der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung wahrzunehmen haben, also an Bürgermeister, Zweckverbandsvorsitzende, Vorstände, Geschäfts- und Werkleiter. Referenten aus Ministerien, Ämtern, der privaten Wirtschaft, der Landespolitik und den kommunalen Spitzenverbänden standen zu aktuellen rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen rund um die Wasserwirtschaft Rede und Antwort.

Neben Kerstin Stuber (BayGT), die über „Brisantes aus dem Vergaberecht“ referierte, und der Europaabgeordneten Dr. Angelika Niebler, die über „Tendenzen aus

Straßburg und Brüssel“ berichtete, äußerten sich Verbände der Wasserwirtschaft zu aktuellen Themen. Dr. Andreas Lotze (Kanzlei Aulinger) informierte über das Thema „Wasser zwischen Ökonomie und Ökologie, Leitungsrechte“ und Robert Schmidt, technischer Werkleiter der Münchner Stadtentwässerung, machte detaillierte Ausführungen zur Fremdwassersanierung. Darüber hinaus standen u. a. die Themen interkommunale Kooperation, Düngeverordnung, RzWas und Energieeinsparung auf der Agenda.

Ganzheitliche Strategie

Mit „froh und anderen Botschaften“ wartete der Präsident des Landesamtes für Umwelt, Claus Kumutat, auf. Mit Blick auf die Kernaufgaben der Wasserwirtschaft in Bayern informierte er u.a. über das Bayerische Hochwasserschutzaktionsprogramm 2020plus, das mit dem erweiterten Rückhaltekonzept eine ganzheitliche Rückhaltestrategie beinhaltet: Maßnahmen des Rückhalts in der Fläche und des gesteuerten Hochwasserrückhalts. Bayernweit sollen dazu Rückhalteräume identifiziert werden. Wesentlicher Bestandteil sind gesteuerte Flutpolder. Durch diese hocheffektiven Maßnahmen können zusätzliche Handlungsoptionen bei Katastrophenhochwassern geschaffen werden.

Kumutat verwies zudem auf den Datenverbund Abwasser Bayern (DaBay), ein eGovernment-Programmsystem für alle abwasser- und -abgaberechtlich relevanten Kernprozesse der Überwa-

Jahrestagung des Deutschen Landkreistags:

Landkreise in Reformprozessen

Aktuelle politische Entwicklungen rund um die Frage der Betreuung und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die Neuordnung der Bund-Länder-Finzen unter besonderer Berücksichtigung der Kommunen, die Reform der Hilfen für behinderte Menschen sowie die Neujustierung von Verwaltungsstrukturen standen auf der Agenda der 71. Jahrestagung des Deutschen Landkreistages in Saarbrücken. Ein weiterer Programmpunkt war die einstimmige Wahl von Landrat Rolf Christiansen (Landkreis Ludwigslust-Parchim) zu einem von vier DLT-Vizepräsidenten. Er übernimmt das Amt in der Nachfolge von Landrat a. D. Werner Schröter (Rhein-Pfalz-Kreis), der im vergangenen Herbst zum Innenminister des Landes Brandenburg berufen wurde.

Der Deutsche Landkreistag hat auf seiner Jahrestagung die Entscheidung der Bundesregierung begrüßt, die ab 2018 geplante Stärkung der Kommunalfinanzien um jährlich 5 Mrd. Euro über einen anderen Weg als über die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen umzusetzen. Wie DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager betonte, „will der Bund nunmehr einen Weg wählen, der sicherstellt, dass die Stärkung der Kommunalfinanzien bei den Kommunen in allen Bundesländern auch tatsächlich und unmittelbar ankommt.

Das wäre bei einer Verknüpfung mit der Eingliederungshilfe nicht möglich.“ Damit greife die Bundesregierung den Vorschlag des Deutschen Landkreistages auf. Die sauberste Lösung bestehe in einer Erhöhung der kommunalen Beteiligung an der Umsatzsteuer, was in Bezug auf die Landkreise bedeute, diesen erstmals einen Anteil an dieser Steuer einzuräumen. „Dafür ist die Zeit mehr als reif“, meinte Sager.

Die Landkreise würden das hohe Engagement des Bundes für die Kommunen schätzen und

Impulse zur Zukunft des ländlichen Raums in Bayern

Neue Publikation des Wissenschaftlichen Kuratoriums der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum

Vor zwei Jahren hat das bayerische Landwirtschaftsministerium einen Dialog-Prozess zur Zukunft der Entwicklung ländlicher Räume angestoßen. Dabei setzten sich unter anderem Vertreter der Kommunalpolitik mit den von einer ministeriellen Arbeitsgruppe vorgelegten Leitlinien auseinander. Die so modifizierte „Vision 2030 für den ländlichen Raum in Bayern. Zukunft durch Zusammenarbeit“ wurde 2014 im Ministerium mit dem Bayerischen Gemeindetag sowie in ressortübergreifenden Runden diskutiert. Das wissenschaftliche Kuratorium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum hat diesen Prozess aufgegriffen und sich fachlich mit den Visionen 2030 auseinandergesetzt. Mit der jetzt vorliegenden Publikation „Impulse zur Zukunft des ländlichen Raums in Bayern“ sollen diese Impulse nun auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

So setzt sich beispielsweise Dr. Michael Weigl von der Universität Passau in seinem Beitrag damit auseinander, ob sich im derzeitigen sozialstrukturellen und Wertewandel so etwas wie tragfähige ländliche Lebensstile herausbilden und ländliche Räume für solche Lebensstilgruppen zunehmend interessant werden. Einen etwas erweiterten Blick wagt Martin Schneider, in dem er sich der Verwurdenheit und Widerstandsfähigkeit ländlicher Räume widmet. Maßstab für eine „resiliente“ zukunftsfähige Entwicklung ist dabei die Gestaltung der notwendigen tief-

greifenden „großen Transformation“ hin zu einer möglichst klimaneutralen und ressourcensparenden Wirtschafts- und Lebensweise im Sinne einer Orientierung am Prinzip der Nachhaltigkeit. Eine solche Transformation sei nicht über moralische Appelle zu erreichen und benötige vielmehr Pioniergruppen, Experimentierfelder und soziale Labore, durch die alternative Wege erprobt und tragfähig werden. Ländliche Räume hätten hier besondere Chancen.

Periphere Räume

Prof. Dr. Dr. Herbert Grziwotz, Mitglied des Instituts für Immo-

biologie der Uni Regensburg, richtet am Beispiel der Region Bayerischer Wald den Blick auf periphere Räume. Seiner Auffassung nach entlarven die schwierigen wirtschaftsstrukturellen Verhältnisse und Entwicklungen manch postulierte Vorteile des ländlichen Raums wie billiges Leben und Wohnen, gleichwertige Bildungschancen oder ein gesundes Leben als nicht tragfähige Illusionen.

Zielgenauigkeit

Wichtig sei, dass die Mittel so unter den Kommunen verteilt würden, dass diejenigen mit den höchsten notwendigen bundesveranschlagten Sozialausgaben auch am meisten davon haben, fuhr der DLT-Präsident fort. „Die finanzielle Stärkung der Kommunen muss daher zielgenau dort ankommen, wo die Hauptlasten entstehen. Das ist bei den Landkreisen und den

kreisfreien Städten der Fall. Um dies zu erreichen, wäre eine direkte Beteiligung der Landkreise an der Umsatzsteuer der sauberste Weg.“ Damit würden im Ergebnis die Kommunen der Länder begünstigt, die unter hohen sozialen Lasten litten. Allerdings sei dafür eine Verfassungsergänzung notwendig, räumte er ein. „Es darf jedoch nicht unterschätzt werden, dass diese Fragen im Gesamtzusammenhang mit der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu sehen sind. Insofern könnte dieser Weg in der teilweise verfahrenen Debatte um die Neuordnung des Länderfinanzausgleiches eine wesentliche Komponente darstellen, weil sowohl Wirtschaftsstarke als auch Länder mit hohen Soziallasten etwas davon hätten“, erklärte Sager.

Komponentenmix

Sollte der Vorschlag des Bundes mit Blick auf den Transferweg zur Stärkung der Kommunalfinanzien ab 2018 hingegen (Fortsetzung auf Seite 4)



Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung so gut wie aller Lebensaspekte rückt nun auch mehr und mehr das veraltet wirkende Bargeld bzw. dessen Abschaffung in die Diskussion. Einige Volkswirtschaftler fordern ebendies - der Bürgermeister ist aber dagegen. Wie sollen Kinder denn sonst den Umgang mit Geld lernen? S. 19

Vormerken!
25. Juni 2015

Power für Bayerns Kommunen:
GZ lädt zum Energie-Forum
Mehr Wissen setzt Energie frei. Am 25. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische GemeindeZeitung lädt zum großen kommunalen Energie-Info-Tag für Kommunen. Im Garching Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe	
Deutscher Bibliothekartag: Ein Buch ist ein Buch	Seite 2
Bayerischer Integrationspreis 2015	2
GZ-Kolumne Alois Rainer: Zukunftsgerechte Haushaltspolitik	3
Sudetendeutscher Tag: Heimat stärken - mutig Zukunft gestalten	3
Gemeindedaten Bayern 2014 erschienen	3
Breitband-Förderprogramm: Wettbewerblich ausgestalten	3
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-8
Kommunale Energiepolitik	9-15
Aus den bayerischen Kommunen	16-20

Oberbürgermeisterkonferenz des Bayerischen Städtetags in Nürnberg:

Maßnahmenbündel für Wohnungsbau erforderlich

Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der 25 kreisfreien Städte und der 29 Großen Kreisstädte diskutierten jüngst mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann über aktuelle kommunalpolitische Themen. Ein Schwerpunkt des Gedankenaustausches lag auf der Situation bei der Flüchtlingsunterbringung sowie dem Wohnungsbau und den damit verbundenen Herausforderungen für die bayerischen Städte.

Der Bayerische Städtetag richtet den Fokus über die aktuellen Herausforderungen der Erstaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern hinaus auf die weitere Integration. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags und Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, sagte: „Ein schneller Ausbau des Angebots an preiswertem Wohnraum ist in den Städten unerlässlich für das Miteinander in der Stadtgesellschaft. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum für einen größer werdenden Teil von Bürgerinnen und Bürgern, die sich sonst die weiter steigenden Preise in den Städten nicht leisten können. Bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum wollen wir keine Konkurrenz zwischen sozialhilfebedürftigen Familien, Alleinerziehenden, Rentnern und Obdachlosen mit Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern.“

Zusätzlicher Wohnbedarf

Maly verwies darauf, dass nach den vorliegenden Zahlen rund ein Drittel der zu uns kommenden Flüchtlinge und Asylbewerber anerkannt wird oder ein Bleiberecht erhält. Der Wohnungsbedarf dieser Menschen übersteigt bereits jetzt das Angebot deutlich.

Das Bayerische Sozialministerium geht davon aus, dass sich hier ein zusätzlicher Bedarf von 5.000 Wohneinheiten pro Jahr ergibt. Mit dem bisherigen Ziel, im staatlichen Doppelhaushalt 2015/2016 jährlich 4.000 Wohneinheiten im geförderten Wohnungsbau zu errichten, lässt sich die Nachfrage nicht erfüllen. Maly: „Wenn ein Asylbewerber anerkannt ist, wird zum Beispiel aus dem Syrer, der in Damaskus geboren ist, ein Nürnberger, der in Damaskus geboren ist: Er muss aus der Gemeinschaft unterkunft ziehen und braucht eine Wohnung. Er muss in die Gesellschaft integriert werden.“

Der Bayerische Städtetag begrüßt daher die Absicht der Bayerischen Staatsregierung, weitere Mittel für die Wohnbauförderung zur Verfügung zu stellen. Maly: „Das Maßnahmenbündel des Innenministers zur Verbesserung der Wohnraumversorgung zeigt, dass die Anliegen der Städte

planbar und stetig zur Verfügung stellen. Es geht nicht allein darum, anerkannte Flüchtlinge mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Unsere Bemühungen müssen allen Bürgerinnen und Bürgern gelten.“

Parameter sinnvoll steuern

Maly: „Fläche, Preis, Finanzierungskosten: Diese Parameter müssen so gesteuert werden, dass am Ende ein Mietpreis steht, den alte Menschen, Alleinerziehende, junge Familien, Geringverdienende und anerkannte Flüchtlinge zahlen können - möglichst ohne soziale Transferleistungen. Dafür stehen Bund, Freistaat und Kommunen gemeinsam in der Pflicht.“ Nach Ansicht des Bayerischen Städtetags lässt sich mehr billiger Wohnraum schaffen, wenn die Kräfte von Bund, Freistaat und Kommunen gebündelt werden und wenn der Woh-

nungsbestand mit Belegungsrechten mit einbezogen wird. Bund, Freistaat und Kommunen stehen in der Pflicht. Wohnen ist Grundvoraussetzung für die soziale Integration in die Stadtgesellschaft. Maly: „Einen spürbaren Erfolg können wir nur erreichen, wenn wir unsere Kräfte in einem Förderpooling bündeln.“

Der Bund kann mit einer Wiedereinführung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau zur Mobilisierung privaten Kapitals beitragen. Zinsvergünstigungen schaffen beim derzeit niedrigen Zinsniveau nicht den notwendigen Anreiz, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Der Freistaat muss mit einer Verknüpfung von Wohnraumförderung und Städtebauförderung zur gezielten Aufwertung der nachverdichteten Gegenden beitragen. Städte und Gemeinden sind bereits aktiv und ergänzen staatliche Förderprogramme mit eigenen Mitteln: etwa das München-Modell für Käufer und Mieter; das Modell der Sozialgerechten Bodennutzung in München, Nürnberg oder Erding; das Förderprogramm „100 Häuser für 100 Familien“ in Nürnberg; vergünstigte Baulandveräußerungen in Familien- und Einheimischenmodellen. □



Streikende des Sozialdienstes vor dem Münchner Sozialbürgerhaus Pasing. Bislang sind Sozialpädagogen und Sozialarbeiter in der aktuellen Tarifrunde wenig in Erscheinung getreten. „Gerade weil sich viele von uns den Menschen, denen wir helfen, verpflichtet fühlen“. Im Rahmen der Schlichtung werden die Kitas und Sozialbürgerhäuser zunächst wieder öffnen. □

Streik im Sozial- und Erziehungsdienst:

Friedenspflicht während der Schlichtungsphase

Derzeit gilt Friedenspflicht für die Tarifparteien im Sozial- und Erziehungsdienst. Die kommunalen Arbeitgeber und Verdi haben eine Schlichtung vereinbart. Alle städtischen Krippen, Kindergärten, Horte und Tagesheime haben wieder geöffnet.

Für viele Eltern bedeutet dies ein erstes Aufatmen. Vorbei die Zeit der Notfallarrangements, in denen zahlreiche Familien an ihre Grenzen stießen.

Für die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände betonte Präsident Dr. Thomas Böhle, dass man der Schlichtung auch zugestimmt habe, um den Kindern und ihren Eltern weitere Streiks zu ersparen. Die Arbeitgeber hätten sich in den Tarifverhandlungen in Berlin inhaltlich bewegt; eine Einigung sei dennoch nicht möglich gewesen.

Den Erziehern und Sozialar-

beitern geht es grundsätzlich um eine Aufwertung ihrer Tätigkeit. Sie tragen schließlich große Verantwortung für die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft ebenso wie für Alte, Kranke, Schwache, Gewaltopfer, Drogenabhängige und Straffällige - und sind dafür gut ausgebildet worden. Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen jedoch erfährt ihre Leistung in der Gesellschaft eine materiell zu geringe Anerkennung.

Böhle: „Ich bin optimistisch, dass wir eine gemeinsame Lösung finden werden.“ □

weit über eine Million Werke, die im Rahmen einzelner Projekte von Bibliotheken digitalisiert wurden. „Diese Beispiele zeigen, dass Bibliotheken schon lange im Internetzeitalter angekommen sind.“

Regeländerungen notwendig

Allerdings sahen sie sich bei ihrer Weiterentwicklung vielfach rechtlichen und politischen Hindernissen gegenüber, erläuterte Brintzinger. Die aktuell geltenden Regeln entsprächen nicht den Anforderungen der digitalen Welt. Mit Blick auf die Digitale Agenda der Bundesregierung, in der freier Zugang zu und freie Entfaltung im Internet gefordert wird, sei besonders unverständlich, dass gerade elektronische Medien durch bestehende gesetzliche Regelungen eklatant benachteiligt werden: „Während der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 % nur auf gedruckte Publikationen erhoben wird, ist für eBooks, elektronische Zeitschriften und Datenbankprodukte der volle Umsatzsteuersatz von 19 % fällig. Bibliothekare, Buchhändler und Verleger fordern seit langem, auch auf elektronische Medien den ermäßigten Umsatzsteuersatz anzuwenden, wie dies in einigen anderen europäischen Ländern bereits der Fall ist.“

Problematik eBooks

Die hinderlichen gesetzlichen Regelungen wirken sich nach den Worten des VDB-Vorsitzenden auch auf die Ausleihe von eBooks aus. So hätten Bibliotheken auf der Basis des geltenden Urheberrechts keinen Anspruch auf Erwerb und Verleih elektronischer Medien, weil ihnen die Verlage den Bezug der entsprechenden eBooks verweigern. Der Kölner Professor Tom Becker, Vorstandsmitglied des Berufsverbandes Information Bibliothek (BIB), erwartet von der Politik „ein Bekenntnis, dass Bibliotheken

grundsätzlich das Recht zuerkannt wird, eBooks zu erwerben und zu verleihen“. Es gehe nicht an, dass Verlage weiterhin ganze Segmente ihrer elektronischen Bestände einer öffentlichen und somit auch leicht zugänglichen Nutzung entziehen.

Frank Simon-Ritz, Vorsitzender des Deutschen Bibliotheksverbands, machte darauf aufmerksam, „dass wir überall steigende Besucherzahlen verzeichnen“. Die Bücherei werde als inspirierender Arbeitsort gesehen, der darüber hinaus noch sehr kommunikativ sei. Zudem sei sie einer der wenigen Orte ohne Konsumzwang.

Hohe Ausleihzahlen

Die deutschlandweit knapp 10.200 Bibliotheken - davon befinden sich ca. 3.800 in Trägerschaft der Kommunen und Landkreise - zählen laut dbv jeden Werktag 700.000 Besucher. Nach wie vor seien die Ausleihzahlen hoch - jedes Jahr würden knapp 470 Millionen Medien ausgeliehen. Zwar würden heute weniger Bücher und CDs nachgefragt, doch sei das Interesse an elektronischen Medien „geradezu explodiert“, hob Simon-Ritz hervor.

Die noch nicht erfolgte Sonntagsöffnung in öffentlichen Bibliotheken hält der Verbandsvorsitzende indes für unzeitgemäß. Der größte Berufsverband BIB habe sich mit extrem knapper Mehrheit für die Sonntagsöffnung ausgesprochen. Pilotprojekte seien sehr erfolgreich verlaufen, zudem hänge an der Sonntagsöffnung der Bestand der Arbeitsplätze.

Ein „echtes Problem“ für Bibliotheken stellt laut Simon-Ritz der Sparzwang der Kommunen dar. Einsparungen, Etatkürzungen und Personalabbau seien an der Tagesordnung. Vor diesem Hintergrund ein attraktives Angebot aufrechtzuerhalten, stelle eine weitere Herausforderung für die Bibliothekare dar. **DK**

104. Deutscher Bibliothekartag in Nürnberg:

Ein Buch ist ein Buch

Über die neuesten Trends und Entwicklungen in der Bibliotheks- und Informationslandschaft tauschten sich beim 104. Deutschen Bibliothekartag in Nürnberg, Europas größtem bibliothekarischen Kongress, über 3.800 nationale und internationale Experten aus. An vier Tagen standen insbesondere die Herausforderungen einer zunehmend digitalen Gesellschaft im Mittelpunkt der Tagung. Mit dem Aufruf „Ein Buch ist ein Buch“ wendeten sich die Veranstalter - Berufsverband Information Bibliothek e.V. (BIB) und der Verein Deutscher Bibliothekare (VDB) - an die Politik und forderten ein Ende der Benachteiligung digitaler Medien und Techniken.

Als die zentrale Fortbildungsveranstaltung für alle Beschäftigten in kommunalen wie wissenschaftlichen Bibliotheken und verwandten Einrichtungen widmete sich der Bibliothekartag den steten Veränderungen der Wissens- und Informationswelt. Dabei rückten sowohl neue technische Herausforderungen als auch veränderte politische Rahmenbedingungen der bibliothekarischen Arbeit in den Fokus. Neben „Neuen Entwicklungen im Urheberrecht“ und der Frage nach der „Sonntagsöffnung in öffentlichen Bibliotheken“ waren u.a. die Themen „Open Access“, „E-Learning“ sowie „Bibliotheken auf dem Weg in die Cloud?“, „Digi-

tales Leseförderung“, „Makerspaces“ und „Interkulturelle Bibliotheksarbeit“ Teil des Tagungsprogramms.

Unterhaltungsprogramm

Parallel zum Kongress informierten im Rahmen der begleitenden Fachausstellung auch in diesem Jahr wieder gut 150 Firmen über innovative bibliotheksrelevante Produkte. Ergänzend zum Fachprogramm bot der Deutsche Bibliothekartag für die Teilnehmenden ein umfangreiches Rahmenprogramm aus Stadt- und Bibliotheksführungen sowie Unterhaltungsprogramme zur Eröffnung und zum Abschluss der Tagung.

Städtebauförderung:

34 Millionen Euro für 73 bayerische Kommunen

In Bayern stehen dem Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ für 2015 rund 34 Millionen Euro zur Verfügung. Mit diesem Programm werden Städte, Märkte und Gemeinden darin unterstützt, den demografischen Veränderungen Rechnung zu tragen und allen Bevölkerungsgruppen die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Dies erklärte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann anlässlich der Zuteilung der Fördergelder an die „Programmkommunen“ in München.

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ werde auch die Wohnsituation in den Programmgebieten verbessert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt, erläuterte Herrmann. In diesem Jahr würden 90 Quartiere in 73 bayerischen Städten, Märkten und Gemeinden gefördert. Zusammen mit den kommunalen Eigenanteilen stünden ca. 55,4 Millionen Euro für Erneuerungsmaßnahmen bereit. Als weitere Kernpunkte des Programms nannte der Minister die Gestaltung familienfreundlicher Infrastrukturen, den Generationenaustausch, die Integration sowie die Barriere-

freiheit. Dabei sei die Einbindung der Bewohner und das bürgerschaftliche Engagement wichtig für den Erfolg des Programms.

Modell „Ort schafft Mitte“

Darüber hinaus müsse das Wohnumfeld verbessert werden, wobei vor allem Spiel- und Sportflächen für Kinder und Jugendliche von Bedeutung seien. Durch die gezielte Förderung von Stadtteiltreffs würden Orte für gemeinsame Aktivitäten und Begegnungen geschaffen, erklärte Herrmann abschließend.

In diesem Zusammenhang hatte

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rupert Troppmann
92660 Neustadt a. d. Waldnaab
am 11.6.

Bürgermeister Horst Penzel
95239 Zell i. Fichtelgebirge
am 20.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Winkler
63928 Eichenbühl
am 13.6.

Bürgermeister Günter Obermeyer
91790 Nennslingen
am 19.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Bogner
91230 Happurg
am 23.6.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Heimat stärken – mutig Zukunft gestalten

Starke Signale beim 66. Sudetendeutschen Tag

Augsburg. Wiederholt starken Beifall gab es beim 66. Sudetendeutschen Tag für Ministerpräsident Horst Seehofer für sein während der Hauptkundgebung abgelegtes Bekenntnis zur unverzichtbaren Kraftquelle der Heimatliebe. Der Schirmherr der Volksgruppe ließ keinen Zweifel daran, dass im Zeitalter der Globalisierung starke Wurzeln nötig sind für Staat, Gesellschaft, Kirchen und Wirtschaft.

Den Sudetendeutschen, dem vierten Stamm Bayerns, dankte Seehofer bei der Erinnerung an den Beginn der Vertreibung vor 70 Jahren für herausragende Leistungen beim Wiederaufbau auch in Bayern. Bei der größten und brutalsten ethnischen Säuberung des 20. Jahrhunderts seien die Sudetendeutschen „rechtlos, ehrlos, vogelfrei gewesen. Auf das Motto der Großveranstaltung „Menschenrechte ohne Grenzen“ hinweisend, gehe es auch für die jüngere Generation darum, die Hei-

mat zu stärken und zum harten Arbeiten. Sie haben ganz Bayern mit in die Zukunft geführt.“

Hervorgehoben wurde von Ministerpräsident Seehofer die Vorentscheidung Bayerns bei der Einführung eines nationalen Gedenktages gegen Vertreibung auf Bundesesebene und der Ausrichtung auf die Devise, „dass zu einer echten Versöhnung die Kraft zur Wahrheit gehört“.

Ein besonderes Wort der Dankbarkeit richtete Seehofer an Bernd

gelt's Gott für Deinen großartigen Einsatz.“

Der frühere tschechische Außenminister, Fürst Karl Schwarzenberg, habe, so fuhr der Schirmherr fort, seinen Landsleuten empfohlen jetzt ihrerseits ein Zeichen zu setzen. Als ein herausragendes Signal wertete Seehofer, dass der neue Brünner Oberbürgermeister angekündigt habe, einen gemeinsamen Gedenktag in Erinnerung an den „Brünner Todesmarsch“ nach Kriegsende, mit vielen sudetendeutschen Opfern, einzuführen, mit einem „Jahr der Versöhnung“. Es gebe zutiefst „christliche Botschaften“.

Frieden der Tapferen

Die Rede des Sprechers der SL, Bernd Posselt, gipfelte in der Empfehlung eines „Friedens der Tapferen“, wie ihn einmal General de Gaulle empfohlen habe. Herausgestellt wurde von Posselt die Bedeutung der einzigartigen „Charta der Vertriebenen“. Die Vertreibung sei ein „eiskalt geplantes Nachkriegsverbrechen“ gewesen. Dank sagte Posselt seinen Verbündeten auch in Tschechien, die jetzt noch Mut beweisen müssten. Es gebe im Übrigen keine Kollektivschuld, sondern – für alle geltend – nur einzelne Schuld, aber gemeinsame Verantwortung für eine friedliche Zukunft.

Vielfältiges Programm

Das kirchliche Großereignis beim Sudetentag war das festliche und hervorragend besuchte Pontifikalamt mit dem Hauptzelebranten Weihbischof Reinhard Hauke, Erfurt, dem Beauftragten für die Vertriebenenenseelsorge. Weihbischof Hauke erinnerte daran, wie bedeutungsvoll die Kirche als Heimat nach 1945 war, auch für seine Familie aus Schlesien. Die Kollekte kam u. a. der Wallfahrtskirche Maria Kulm und der Unterstützung von Wallfahrten zugute.

Einzigartig war beim Sudetentag 2015 das hervorragend organisierte, wieder sehr vielfältige Veranstaltungsprogramm mit den Heimatgruppen, Stiftungen, Heimatkunde, Lesungen, einem „internationalen Podium“, zahlreichen Arbeitsgemeinschaften, dem Schatzkästlein, Volkstanzabend, böhmischen kulinarischen Spezialitäten, den berühmten „Karlsbader Oblaten“ aus Dillingen, dem Frauentreff und erstaunlich viel Jugend in den schönen Trachten der Heimat. **-jdt-**

der Forensik jeden Tag für die ihnen anvertrauten Patientinnen und Patienten einsetzen“, so Mederer. Der Tag, an dem dieses Gesetz verabschiedet wird, werde deshalb ein guter Tag für den Maßregelvollzug in Bayern sein, zeigte sich Mederer zuversichtlich. **□**

Bayerischer Integrationspreis 2015

Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller, Landtagspräsidentin Barbara Stamm und der Bayerische Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer gaben jüngst in München den Startschuss für die Bewerbung um den Bayerischen Integrationspreis 2015. Schwerpunkt ist heuer das Ehrenamt.

Unter dem Motto „Integration? Ehrensache!“ werden Personen, Vereine, Institutionen, Projekte und Initiativen gesucht, die sich auf ehrenamtlicher Basis für die nachhaltige Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Freistaat engagieren. Daneben wird erneut ein Asylpreis zum Thema „Asyl und Teilhabe am Arbeitsplatz“ auslobt.

Die Gewinner dieser mit insgesamt 4.000 Euro dotierten Preise werden am 11. November 2015 in München im Bayerischen Landtag ausgezeichnet.

Die Ausschreibung findet sich unter www.integrationspreis.bayern.de. Bewerbungen sind bis 1. September 2015 per eMail an integrationsbeauftragter@stmas.bayern.de zu richten. **□**

GZ Kolumne Alois Rainer

Liebe Leserinnen und Leser,

am 12. Juni 2015 feiert die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler ihr 20-jähriges Bestehen. Schon bei der Inbetriebnahme 1995 in Wiesbaden sorgte die Uhr für viel Aufsehen. Anhand der aktuellen Staatsverschuldung konnte erstmals eine sekundengenaue Neuverschuldung pro Kopf ermittelt werden.

20 Jahre später läuft die Uhr wieder langsamer und bedarf vermutlich einer neuen Korrektur. Der derzeitige Zuwachs in der Sekunde ist von Beginn diesen Jahres von 173 Euro auf 165 Euro zurückgegangen. Das ist so wenig wie seit 1995 nicht mehr. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation und



die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung in der 18. Wahlperiode kontinuierlich fortgesetzt werden konnte.

Die gute wirtschaftliche Situation und eine solide Haushaltspolitik schlagen sich auf die Bilanz der Kommunen nieder. Der Bund hält Wort und setzt deren Unterstützung auch im laufenden Jahr kontinuierlich fort. Insgesamt profitieren die Gemeinden, Städte und Landkreise heuer aus Leistungen des Bundes mit einer Summe von über 24 Milliarden Euro. Davon werden allein über elf Milliarden Euro im Bereich Soziales und frühkindliche Bildung bereitgestellt.

Darüber hinaus unterstützt der Bund die Kommunen in diesem Jahr erstmals mit einer Milliarde Euro aus der Vorabentlastung im Vorfeld der Reform der Eingliederungshilfe. Davon werden 500 Millionen Euro über eine höhere Beteiligung der Kommunen am Aufkommen der Umsatzsteuer weitergeleitet. Weitere 500 Millionen werden über eine zusätzliche Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft (KdU) finanziert.

Zusätzliche sechs Milliarden Euro werden den Ländern in der laufenden Wahlperiode für die Bewältigung der Aufgaben bei Kinderkrippe, Kindergarten, Schule und Hochschule zur Verfügung gestellt. Ein Großteil dieser Aufgaben liegt in voller kommunaler Trägerschaft.

Dieser eingeschlagene Weg ist der richtige. Bei der jetzigen guten wirtschaftlichen Situation würde ich mir wünschen, dass neben der Unterstützung der Länder und Kommunen auch ein Teil der Steuereinnahmen zur Durchführung der Verbindlichkeiten verwendet wird.

Dies wäre in meinen Augen eine zukunftsgerechte Haushaltspolitik.

Ihr Alois Rainer, MdB
Stv. Landesvorsitzender der KPV

Zukunftsgerechte Haushaltspolitik

der Steuermehreinnahmen kann es gut möglich sein, dass sich die sekundliche Neuverschuldung in den kommenden Monaten weiter verlangsamt. Die positiven Zahlen zeigen eine florierende Wirtschaft in Deutschland.

Bei allem Optimismus dürfen wir nicht voreilig in eine Geldgeberlaune verfallen. Wir sind derzeit auf dem richtigen Weg. Nun heißt es auch, einen Teil der finanziellen Mittel zum Abbau der Staatsverschuldung zu nutzen.

Dennoch - und auch das verstehe ich unter vernünftiger Haushaltspolitik - dürfen wir die Länder, Kommunen und Gemeinden bei aller Sparsamkeit nicht aus den Augen verlieren; die kommunale Entlastung darf nicht unter die Räder kommen. Ein erster Blick auf die bislang umgesetzten und begonnenen Punkte zeigt, dass

Zum Start der Versteigerung neuer Frequenzen für mobiles Breitband:

Breitband-Förderprogramm muss wettbewerblich ausgestaltet werden

Bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) in Mainz hat die Versteigerung neuer Mobilfunkfrequenzen (Digitale Dividende II) begonnen. Die Erlöse gehen je zur Hälfte an Bund und Länder, die ihre Anteile an den Einnahmen zur Förderung des flächendeckenden Breitbandausbaus einsetzen wollen. Die Präsidenten des Deutschen Landkreistages (DLT) und des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), Landrat Reinhard Sager und Oberbürgermeister Ivo Gönner fordern, bei der Gestaltung von Förderprogrammen alle Marktteilnehmer und bereits erprobte Ausbau-Modelle zu berücksichtigen.

Für DLT und VKU ist die Verfügbarkeit von Breitband Teil der modernen Daseinsvorsorge. Sager: „Auch im ländlichen Raum benötigen wir hochleistungsfähige Breitbandnetze. Dafür engagieren sich zahlreiche Landkreise, indem sie entsprechende Infrastrukturen selbst errichten und an Telekommunikationsunternehmen verpachten. Andere Landkreise entscheiden sich für ein Zuschussmodell und unterstützen ausbauwillige Unternehmen finanziell. Wichtig sind in jedem Fall hundertprozentig flächendeckende Lösungen. Mit einer Versorgung von nur 90 Prozent der Bürger und Unternehmen können wir uns nicht zufrieden geben.“

Gönner: „Schon jetzt übernehmen rund 140 kommunale Unternehmen – vom Stadtwerk bis zum Zweckverband – Verantwortung für ihre Region. Sie investieren auch dort in den Breitbandausbau, wo es für rein privatwirtschaftliche Unternehmen nicht attraktiv ist und wollen in den nächsten Jahren rund 1,8 Milliarden Euro dafür bereitstellen. Aber sie können nicht als bloßer Lückenbüsser agieren, sondern müssen von Fördermitteln genauso profitieren können wie andere Marktteilnehmer.“

Sager und Gönner unterstreichen zudem, dass bei allem Ehrgeiz, bis 2018 eine flächendeckende Versorgung mit 50 Mbit/s zu erreichen, letztlich nur ein möglichst flächendeckender Glasfaserausbau eine zukunftsfeste Infrastruktur darstellt. Auch dies müsse deshalb in der Ausgestaltung der Förderprogramme berücksichtigt werden.

Beide Verbandspräsidenten führen weiter aus: „Die zügige flächendeckende Breitbandversorgung hat höchste Priorität. In jüngerer Zeit waren aber immer wieder ein Rosinenpicken oder die Überbauung vorhandener Infrastruktur zu beobachten. Beides muss durch das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur noch zu erarbeitende Scoring-Modell zur Vergabe der Fördermittel von vornherein verhindert werden.“

Schließlich betonen Gönner und Sager, dass die in letzter Zeit erneut aufgekommenen Vorwürfe der Wettbewerbsverzerrung durch

kommunales Engagement jeder Grundlage entbehren: „Ganz im Gegenteil hat die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum 20. Hauptgutachten der Monopolkommission die Beträge der Kommunen und ihrer Unternehmen zum flächendeckenden Breitbandausbau ausdrücklich gewürdigt.“ **□**

Gemeindedaten Bayern 2014 erschienen

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlichte die 27. Ausgabe der jährlich erscheinenden Publikation „Gemeindedaten für Bayern“. Für die 2.056 Gemeinden, 96 Stadt- und Landkreise, sieben Regierungsbezirke und 18 Regionen des Freistaates werden jeweils 145 ausgewählte statistische Eckdaten über Bevölkerung, Bildungswesen, wirtschaftliche Verhältnisse, soziale Einrichtungen und Finanzen vorgelegt.

Angeboten wird diese Veröffentlichung des Bayerischen Landesamts für Statistik als gedruckte Ausgabe (Bestell-Nr.: Z30001, Preis: 20,00 €) und als CD-ROM (Excel- und CSV-Dateien, Bestell-Nr.: Z3000A, Preis: 10,00 €), oder als Paket (Buch und CD-ROM, Bestell-Nr.: Z3000P, Preis: 25,00 €). Zu beziehen sind die Publikationen über den Webshop (www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen) und den Vertrieb (vertrieb@statistik.bayern.de) des Landesamts oder über den Buchhandel. Im Bayerischen Behördennetz sind die Daten in Excel- und CSV-Form bereitgestellt. **□**



Mit starkem Beifall gefeiert wurde beim 66. Sudetendeutschen Tag in Augsburg der Schirmherr der Volksgruppe, Ministerpräsident Horst Seehofer. Im Bild nach der Hauptkundgebung vereint mit seiner Frau Karin (mit Blumenstrauß), der aus dem Sudetenland stammenden heimattreuen Ordensfrau Sr. Imelda Huf und dem Augsburger Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl (links). Bild: -jdt-

mat der Vorfahren zu bewahren, kulturelle Traditionen zu pflegen, auf das Unrecht der Vertreibung hinzuweisen, die Versöhnung zu stärken und Heimat für die Zukunft zu sichern.

Wörtlich betonte Seehofer im Blick auf die Nachkriegszeit, ihre Eltern und Großeltern hätten nach dem Verlust der Heimat trotz aller bitteren Not „Dinge mitgebracht, die man ihnen nicht habe wegnehmen können: Den Schatz von Tugenden, unternehmerischen Können, Mut und Gestaltungskraft,

Posselt: „Seit Jahrzehnten öffnest Du Türen, baust Brücken. Mit klaren Worten hast Du dich eingesetzt für Völkerverständigung und zusammen mit unserem Kultusminister Ludwig Spaenle an einem Kulturabkommen zwischen Bayern und der Tschechischen Republik gearbeitet. Nun konnte es feierlich unterzeichnet werden. Künftig gemeinsam werden Bayern und Tschechien kulturelles Erbe pflegen. Du hast die Zukunft im Blick, ohne die Vergangenheit aus dem Auge zu verlieren. Ver-

Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstags:

Lohnender Einsatz für forensische Ambulanzen

Kloster Irsee - Mit Nachdruck hat der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Josef Mederer, während der jüngsten Sitzung des Hauptausschusses in Kloster Irsee den aktuellen Stand der Beratungen zum neuen Maßregelvollzugs-Gesetz begrüßt. So hatte sich der Sozialpolitische Ausschuss im Landtag soeben ausdrücklich hinter zentrale Forderungen der Bezirke und des Bezirkstags gestellt.

„Vor allem hat sich unser langer und massiver Einsatz gelohnt, auch die forensischen Ambulanzen in das neue Gesetz mit einzubinden. Das ist eine dringend notwendige Verbesserung für unsere Arbeit vor Ort“, betonte Mederer. Insbesondere Ärzte, Pfleger und Therapeuten, aber auch die betroffenen Patienten hätten damit künftig ein Mehr an notwendiger Rechtssicherheit.

Stellvertretend nannte Mederer hier den Bereich der Fixierung. „Eine Fixierung ist der schwerste Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht eines Menschen und darf daher nur im äußersten Notfall und zeitlich streng begrenzt zur Anwendung kommen. Dazu schafft das neue Gesetz, das der Landtag nun zeitnah zu verabschieden hat, die notwendigen rechtlichen Regelungen. Damit haben sich die Bezirke und der Bezirkstag auch hier mit ihrer Forde-

rung nach eindeutigen gesetzlichen Regelungen durchgesetzt“, so der Bezirkstagspräsident. Im Blick auf die forensischen Ambulanzen verwies Mederer darauf, dass künftig eine Maßregelvollzugseinrichtung, die die Entlassung eines Patienten vorbereitet, darauf hinwirken kann, dass der untergebrachten Person bei Bedarf eine nachsorgende ambulante Betreuung und Behandlung, vor allem durch die forensisch-psychiatrischen Ambulanzen, zur Verfügung stehen wird.

„Das ist ein gewaltiger Fortschritt bei unseren Einsatz in dieser so wichtigen Sache. Unser stetes Bemühen und unsere mit hoher Fachkompetenz immer wieder gegenüber der Staatsregierung eingebrachten Vorschläge für ein Maßregelvollzugsgesetz, zeigen nun den gewünschten Erfolg. Das wird allen zu Gute kommen, die sich in

Führungskräfte...

(Fortsetzung von Seite 1)

chung von Abwasseranlagen. Allen Beteiligten dient DABay als „Datendrehscheibe“ für die Organisation und Abwicklung der notwendigen Abläufe. Seit April 2013 steht das System im Internet zur Verfügung. Neben den Stammdaten von über 10.000 kommunalen und industriell/gewerblichen Abwasserbehandlungsanlagen, Regenbecken, Kanalnetzen und deren Betreibern beinhaltet DABay alle relevanten Daten zur Anlagenerüberwachung.

Als „insgesamt in Bayern ausreichend, mit regionalen und örtlichen Unterschieden“ bezeichnete der LfU-Präsident die Wasservorkommen für die öffentliche Wasserversorgung. Soweit bekannt, seien die Wasserversorgungsanlagen überwiegen in gutem Zustand, jedoch bestünde ein Sanierungsbedarf meist bei kleineren Wasserversorgern.

Auch die unsichtbare Gefahr Mikroplastik war Bestandteil von Kumutats Ausführungen. Als Mikroplastik werden Kunststoffpartikel bezeichnet, die kleiner als fünf Millimeter sind. Kunststoffpartikel können auf unterschiedlichen Wegen in Flüsse und Seen gelangen: Plastikmüll kann im Lauf der Zeit durch Abrieb oder Zerfall in winzige Partikel zersetzt werden. Kunststofffasern lösen sich beim Waschen aus der Kleidung heraus und schließlich können Kunststoffpartikel auch in Kosmetika oder Zahnpasta enthalten sein.

Nach Kumutats Worten sind die Belastungen in den bayerischen Gewässern gering bis mittel. Bis jetzt stehe lediglich fest, dass Mikroplastik vorkomme. Wie sich die Partikel auf Lebewesen im Wasser auswirken und ob diese gesundheitsgefährlich seien, müsse erst noch erforscht werden. Das Forschungsvorhaben von LfU und Universität Bayreuth läuft noch bis 2016.

Mit dem überarbeiteten DVGW-Arbeitsblatt W 1000, das die Anforderungen zur Aufbau- und Ablauf-

organisation an öffentliche Trinkwasserversorger festlegt, befasste sich Ing. Jörn-Helge Möller, DVGW-Landesgruppe Bayern. Da dies bisher von kleinen und mittleren Wasserversorgungsunternehmen eher nicht praktikabel umgesetzt werden konnte, wurde das Arbeitsblatt dahingehend überarbeitet, dass sowohl Trinkwasserversorger mit einfacher Organisationsstruktur und wenigen Mitarbeitern als auch solche mit komplexer Aufbauorganisation und großem Mitarbeiterbestand die Vorgaben erfüllen können.

Die Änderungen betreffen insbesondere die Anforderungen an die Qualifikation der Technischen Führungskraft, die nun nicht mehr an die abgegebene Wassermenge, sondern an die Anzahl der versorgten Einwohner gekoppelt ist. Weiterhin wurde der Qualifikationsrahmen für den Erwerb von technischer Handlungskompetenz bei Fach- und Führungskräften für die Sparten Erdgas, Trinkwasser und Strom angeglichen. Einige originäre Aufgaben und Tätigkeiten des Wasserversorgers können Möller zufolge nun auch an qualifizierte Dienstleister vergeben werden, was wieder insbesondere kleine und mittlere Wasserversorger entlastet.

„Aktuelles aus der BayernLabo“ wusste Wolfgang Schmidt, Abteilungsleiter Kommunalkredit Bayern, BayernLabo, zu berichten. Die BayernLabo als Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern bietet den bayerischen Gebietskörperschaften zinsvergünstigte Förderprogramme zur Investitionsfinanzierung und klassische Kommunalkredite mit Zinsfestbindungen bis zu 30 Jahren an. Mit dem Energiekredit Kommunal Bayern, dem Investkredit Kommunal Bayern und dem Inklusionskredit Kommunal Bayern werden Investitionen finanzierbar und langfristig kalkulierbar. Der Zinssatz für alle drei Produkte liegt derzeit bei 0,00% p.a. fest für die (erste) 10-jährige Zinsbindung. Mit ihrem gesamten Finanzierungsangebot unterstützt die BayernLabo die ener-

getische Sanierung des kommunalen Gebäudebestands.

Das Thema Leitungsrechte stand im Zentrum der Ausführungen von Dr. Christian Stenneken (Kanzlei Aulinger). Leitungsrechtliche Sicherungslücken stellen laut Stenneken eine rechtliche und wirtschaftliche Gefahr dar – auch nach Verjährung eines etwaigen Beseitigungsanspruchs eines Grundstückseigentümers aus § 1004 Abs. 1 BGB. Netzbetreiber sollten Sicherungslücken „proaktiv“ angehen und nicht auf ein Verlangen des Eigentümers warten, der dann im Zweifel ein konkretes Bauvorhaben, einen Bodenschatzabbau oder ähnliches realisieren will und hierfür auch „streitbereit“ ist. Gestaltungsverträge und dingliche Sicherungen bieten im Streitfall eine größere Rechtssicherheit als ein (anfechtbarer) Verwaltungsakt, mit dem eine Duldungspflicht oder ein Zwangsrecht begründet werden. Beeinträchtigungen von Leitungsrechten sollten alsbald geltend gemacht und ihre Beseitigung verlangt werden; abgesehen von Extremfällen wird in aller Regel die dreijährige Verjährungsfrist ab Kenntnis der Beeinträchtigung gelten.

Aktuelle kommunalpolitische Themen beleuchtete schließlich Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags. Mit Blick auf finanzpolitische Forderungen seines Verbandes plädierte Busse für eine Infrastrukturoffensive und die Stärkung der kommunalen Investitionskraft. Sein Vorschlag: Weiterentwicklung des Solidaritätszuschlages zu einem Investitionsfonds für strukturschwache Städte und Gemeinden. Zudem müssten neue Finanzierungsmodelle entwickelt werden (z. B. Weiterentwicklung bei Investitionen in Wohngebäude und Schaffung von neuen Wohnstrukturen); auch seien Öffentliche Privat-Partnerschaften (z. B. beim Bau und der Sanierung wichtiger Infrastruktureinrichtungen) sinnvoll.

Darüber hinaus gelte es, Verursacher stärker einzubeziehen (z. B. PKW-Maut), interkommunale

Kooperationen zu nutzen (z. B. gemeinsame Gewerbegebiete, Infrastruktur) und den Breitbandausbau voranzubringen (flächendeckender Ausbau des Breitbandnetzes über Universaldienstverpflichtung). Außerdem regte Busse eine Investitionsoffensive mit Bürgern an. Da deren Widerstand neue Kommunikationsstrukturen erforderlich seien, seien Transparenz, Aufklärung und Informationsarbeit sowie Mitwirkungsmöglichkeiten unverzichtbar.

Wie Busse zudem informierte, haben sich die Bayerische Staatsregierung und die Kommunalen

Spitzenverbände Bayerns im Rahmen des Kommunalgipfels 2014 über das weitere Vorgehen in den Bereichen Barrierefreiheit und Ganztagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler verständigt. Staatsregierung und Kommunale Spitzenverbände hätten eine Arbeitsgruppe gegründet, in der priorisierte Handlungsfelder für die Verwirklichung der Barrierefreiheit in den Kommunen vor Ort diskutiert und entwickelt werden. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen demnächst vorliegen.

Was den bedarfsgerechten Ausbau ganztägiger Bildungs- und

Betreuungsangebote anbelangt, werden beide Seiten auch in Zukunft erhebliche Anstrengungen unternehmen, um durch qualitätsvolle Angebote für noch mehr Chancengerechtigkeit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen. Busse zufolge wurde vereinbart, die beim Bildungsgipfel 2009 beschlossene Ganztagskonzeption weiterzuentwickeln. Neu eingeführt wird die offene Ganztagsgrundschule, für die der Freistaat eine Finanzierung in dreistelliger Millionenhöhe bis zum Ende der Legislaturperiode einplant. **DK**

Landkreise in...

(Fortsetzung von Seite 1)

nicht mehrheitsfähig sein, schlägt der Deutsche Landkreistag einen Komponentenmix aus erhöhter kommunaler Umsatz- und Einkommensteuerbeteiligung sowie eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) im Rahmen des SGB II vor. „Dadurch wäre es möglich, diese Frage zumindest befriedigend für die Städte, Landkreise und Gemeinden zu lösen und dennoch im bestehenden System zu bleiben“, sagte Sager. Der besondere Charme einer reinen Umsatzsteuerlösung bestehe allerdings auch darin, ein Umschlagen der Gewährung der Unterkunftskosten im SGB II in Bundesauftragsverwaltung zu verhindern, woran weder Bund noch Landkreise ein Interesse hätten.

Grundsätzlich sei aus kommunaler Sicht darauf zu achten, dass die versprochene finanzielle Stärkung bei den Kommunen aller Länder ungeschmälert wirksam werde, gehe es doch ganz klar um eine Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen und nicht der Länder. „Die zugesagte Stärkung der Kommunen darf nicht an den Begehrlichkeiten der Länder scheitern, die die den Kommunen versprochenen Geldern in ihren Haushalten sehen würden. Daher ist die Eingliederungshilfe auch ein ungeeignetes Transfervehikel, denn diese Leistung wird in sieben Ländern nicht oder nur teilweise von den Kommunen finanziert.“ Es dürfe nicht dazu kommen, dass die Länder aus dem Paket für die Kommunen Gelder für sich selbst abzwacken, forderte der Präsident.

Was die Bewältigung der aktuellen Asylsituation anbelangt, so begrüßt der Verband die jüngsten Aktivitäten der Bundesregierung und der Länder. Sager zufolge „zwingt uns insbesondere die hohe Zahl von Menschen aus den Westbalkanländern, die sich zwar auf das Asylrecht berufen, tatsächlich aber der wirtschaftlichen Not ihrer Heimat entfliehen wollen, zum Handeln. Ziel muss eine Abwicklung des gesamten Asylverfahrens innerhalb von drei Monaten sein, so dass reine Wirtschaftsflüchtlinge gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden.“ Nach Abschluss der Verfahren müsse dann eine rasche Rückführung erfolgen. Für Asylbewerber mit Bleibeperspektive hingegen müssten die Bemühungen für eine Integration, insbesondere im Bereich der Sprache und des Arbeitsmarktes verstärkt werden.

Sager erläuterte, dass im vergangenen Jahr insgesamt 202.834 Asylanträge gestellt worden seien. „Für 2015 rechnen wir mit bis zu 450.000 Erst- und Folgeanträgen; einige Bundesländer schätzen die Zahl von Asylantragstellern sogar auf bis zu 500.000.“ Mehr als die Hälfte der Anträge betreffe Staatsangehörige der Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien.

Vor diesem Hintergrund fordere das Präsidium des Deutschen Landkreistages Bund und Länder

auf, die Asylverfahren zu beschleunigen. „Insbesondere unterstützen die Landkreise die angekündigten politischen Bestrebungen, stärker zwischen Asylbewerbern mit echter Bleibeperspektive und Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden.“ Vor allem sollten die Verfahren von Angehörigen aus den Westbalkanstaaten zügiger vorstattgehen. Auch sei die Liste sicherer Herkunftstaaten um Albanien und das Kosovo zu erweitern.

Ziel müsse sein, Asylbewerber aus dem Westbalkan gebündelt in Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder unterzubringen und über dortige Außenstellen der Verwaltungsgerichte und Ausländerbehörden eine Abwicklung des Verfahrens in drei Monaten zu gewährleisten, unterstrich Sager: „Eine Verteilung auf die Kommunen ist von vornherein auszuschließen und nach Abschluss des Verfahrens auch eine konsequente Rückführung zu gewährleisten. So schaffen wir in den Landkreisen die Kapazitäten, die wir benötigen, um uns um die Flüchtlinge aus den Krisenregionen der Welt zu kümmern, die dringend auf unsere Unterstützung angewiesen sind.“

Die Länder seien in finanzieller Hinsicht dringend aufgefordert, den Landkreisen die vollständigen Kosten für die Unterbringung, Betreuung und gesundheitliche Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zeitnah zu erstatten. „Sollten sich die am Jahresende zu ermittelnden Ausgaben der Länder gegenüber dem Vorjahr substantiell erhöht haben, ist darüber hinaus dafür Sorge zu tragen, dass sich der Bund an diesen Mehrausgaben über die für 2015 und 2016 zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von je 500 Mio. Euro hinaus angemessen beteiligt.“ Bei den bevorstehenden Gesprächen dürfe es keine Tabus geben.

Nunmehr müsse auch dringend die Länderinitiative zum Umgang mit der stark wachsenden Zahl unbegleiteter Minderjähriger umgesetzt werden, konstatierte der DLT-Präsident: „Uns fehlen derzeit an vielen Stellen die erforderlichen Betreuungskapazitäten, um die gerade für junge Menschen notwendige Unterstützung sicherstellen zu können. Auch müssen die Länder den Landkreisen und kreisfreien Städten als öffentliche Träger der Jugendhilfe die dabei entstehenden Kosten vollständig erstatten.“

Anlässlich der DLT-Jahrestagung in Saarbrücken sprach sich der Deutsche Landkreistag auch für eine kostenbewusste Weiterentwicklung der Hilfen für behinderte Menschen aus. Reinhard Sager: „Die Bundesregierung plant ein neues Bundesteilhabengesetz für behinderte Menschen. Dabei muss nicht nur die Vorgabe des Koalitionsvertrags gelten, keine neue Ausgabendynamik zu schaffen. Vielmehr muss auch die heutige Ausgabendynamik gebremst werden.“ Es sei ein anspruchsvolles Anliegen, im Interesse der Betroffenen einerseits das bestehende System weiterzuentwickeln, andererseits aber nicht unrealistische Erwartungen zu fördern, die

nicht erfüllt werden könnten. Mit dem Bundesteilhabengesetz soll ein modernes Teilhaberecht für behinderte Menschen geschaffen werden. Es betrifft vor allem die ca. 700.000 wesentlich behinderten Empfänger von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (nicht zu verwechseln mit dem großen Personenkreis der ca. 7,5 Mio. schwerbehinderten Menschen). Sager erläuterte, dass Landkreise, kreisfreie Städte und Länder unter dem Strich jährlich 14 Mrd. Euro für die Eingliederungshilfe aufwendeten. „Die jährlichen Steigerungsraten sind beträchtlich. Vor diesem Hintergrund ist für kostenträchtige Leistungsverbesserungen kein Raum.“

Er beschrieb, dass die Eingliederungshilfe bereits heute vollständig den individuellen Bedarf des behinderten Menschen abdecke. Daher sollten durch eine personenzentrierte Hilfestellung und eine intensive Hilfeplanung Verbesserungen für die Leistungsberechtigten angestrebt werden. „Das ist ein wichtiger Punkt, der aber auch nicht zum Nulltarif zu haben sein wird. Man muss hier mit Augenmaß vorgehen“, sagte er. Höhere Freibeträge für Einkommen und Vermögen oder gar bedürftigkeitsunabhängige Leistungen könnten sich die Landkreise jedenfalls nicht vorstellen, da auf diese Weise Mehrkosten von bis zu 580 Mio. Euro die Folge wären. „Es ist dem Steuerzahler nicht zu vermitteln, warum einkommensstarke oder vermögende behinderte Menschen nicht in gewissem Maße zur Finanzierung der öffentlichen Leistung beitragen sollen“, stellte Sager fest.

Um die Situation behinderter Menschen zu verbessern, gebe es verschiedene Stellschrauben: „Zu denken ist auch an den Übergang von den Werkstätten für behinderte Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Hier muss stärker gefördert werden. Behinderte Menschen sind heute erfreulicherweise wesentlich länger in der Lage zu arbeiten, als dies früher der Fall war.“ Die alten Sonderregelungen müssten daher auf den Prüfstand gestellt werden. „Letztlich geht es dabei um Gleichstellung im Sinne von echter Teilhabe an der Gesellschaft und am Arbeitsleben.“

Abschließend gab der DLT-Präsident zu bedenken, dass aus Sicht der Leistungsträger die Vorgabe des Koalitionsvertrages, keine neue Ausgabendynamik ein-treten zu lassen, zu wenig sei: „Auch die heutige Kostendynamik der Eingliederungshilfe muss gebremst werden. Hierzu bekräftigen wir unsere langjährige Forderung, pflegebedürftigen behinderten Menschen in Einrichtungen der Behindertenhilfe die vollen Leistungen der Pflegeversicherung zukommen zu lassen.“ Die heutige Benachteiligung, dass behinderte Menschen nur einen Teilbetrag von den Pflegekassen erhalten, obwohl sie die vollen Beiträge entrichtet haben, müsse beendet werden. „In diesem Umfang muss die Eingliederungshilfe, die als Ausfallbürgin für die Pflegeversicherung fungiert, entlastet werden.“ **DK**

Impulse zur Zukunft...

(Fortsetzung von Seite 1)

senchaften München) greift in der Publikation wiederum die Frage auf, wie tragfähig die angesprochenen ebenen- und sektorübergreifenden Formen der Zusammenarbeit von Akteuren aus dem staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich überhaupt sein können. Prof. Dr. Theresia Wintergerst (Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt) setzt sich mit den Rahmenbedingungen für eine verdingliche Erbringung nachbarschaftlicher Sorgeleistungen auseinander, die immer wieder gerne als eine wesentliche und „billige“ Säule bei der Gestaltung insbesondere der demografischen Veränderungsprozesse in ländlichen Räumen angeführt werden.

Hubert Liebl, Architekt BDA und Stadtplaner, zeigt am Beispiel eines Ortsteils einer oberfränkischen Schrumpfungsgemeinde, welche unterschiedlichen Szenarien möglich sind, um moderaten Rückbau mit einer Wiedergewinnung gestalterischer Attraktivität zu verbinden. Mit dem sog. Vitalitätscheck 2.0 hat die Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung dazu ein wichtiges und handhabbares Analysetool entwickelt, das von Beatrix Drago und Christiane Groß (Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung) vorgestellt wird. Über das webbasierte Zusammenführen vorhandener Datenbanken, wie z. B. der Flächenmanagement-Datenbank des Landesamts für Umwelt mit eigenen Vor-Ort-Erhebungen kann rasch das notwendige Wissen erzeugt werden, um angepasste Strategien zur Stärkung der In-

nenentwicklung der Kommune zu entwerfen.

Interkommunale Kooperation ist eine wesentliche Säule der Vision 2030. Allerdings sind solche Kooperationen sowohl hinsichtlich des räumlichen Umgriffs und der inhaltlichen Aufgabenstellung als auch der organisatorischen Ausgestaltung äußerst vielfältig. Sebastian Büchs, Nina Kiehlbrei und Prof. Mark Michaeli von der TU München konstatieren am Beispiel Oberfrankens, dass diese Vielfalt und Überlappungen zu einer institutionellen Zersplitterung der interkommunalen bzw. regionalen Handlungsebene führen.

Prof. Dr. Manfred Miosga (Universität Bayreuth) macht in seinem Beitrag deutlich, dass von einer dezentral gestalteten Energie- und in erheblichem Umfang neue Wertschöpfungspotenziale in die ländlichen Räume gebracht werden könnten. Eine Energieversorgung in Bürgerhand, gemeinsam gestaltet mit der regional verankerten Kreditinstituten und kommunalen Werken, kann für Einkommenseffekte und neue Arbeitsplätze sorgen und zwar in einem Ausmaß, das die bekannte Strukturförderung in den Schatten stellen würde. Erneuerbare Energien könnten zum Aufbau einer neuen Exportbasis für ländliche Regionen beitragen und zu einem ausgewogeneren Stadt-Land-Verhältnis beitragen. Leider bremsen laut Miosga die aktuellen Rahmensetzungen wie die EEG-Reform von 2014 oder die bayerische 10-H-Regelung für Abstandsflächen für Windkraftanlagen den Ausbau Erneuerbarer Energien derzeit dramatisch.

Sepp Rottenbacher, Landwirt und Mitglied im ZfK, entwickelt seinerseits die Vision einer erfolgreichen ökosozialen Agrarpolitik und erweitert die Perspektive sogar in das Jahr 2050. Auch in Zukunft sieht er gute Chancen für eine vielfältige bäuerliche Landwirtschaft, die weiterhin das dörfliche Leben prägt, ökologisch verträglich wirtschaftet und sogar zur Erhöhung der Artenvielfalt beiträgt.

Der sorgsame Umgang mit dem historischen Erbe steht wiederum im Mittelpunkt der Betrachtung von Dr. Gerhard Ongyert (Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege). Überkommene Werte, Traditionen und Identitäten bilden wichtige Anknüpfungspunkte für die künftige Entwicklung ländlicher Räume. Ongyert stellt ein mehrdimensionales Verfahren zur historischen Analyse von Orten vor, um die vielfältigen Zeugnisse der Vergangenheit systematisch zu erfassen und in ihrem Zusammenwirken bewerten zu können.

Die Etablierung und Ausbildung ehrenamtlicher Kulturlandschaftsbeauftragter präsentieren in ihrem Beitrag Veronika Stegmann, Chris Loos und Markus Reinke (Hochschule Weihenstephan-Triesdorf). Dies fördert nicht nur die Erhaltung und behutsame Entwicklung der Kulturlandschaften, sondern auch die kompetente Einbindung der Bürgerschaft.

Die Publikation Franke/Miosga/Schöbel: „Impulse zur Zukunft des ländlichen Raums in Bayern“ kann bei der Geschäftsstelle der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V. in München zum Preis von 14 Euro bezogen werden. **DK**

Geförderte Investitionen bringen 246 neue Arbeitsplätze

LfA Förderbank Bayern unterstützt Wirtschaft im Landkreis Aschaffenburg

Die LfA Förderbank Bayern hat kleinen und mittleren Unternehmen im Landkreis Aschaffenburg in den vergangenen drei Jahren rund 58 Millionen Euro an Förderkredit zugesagt. Im Zuge der geförderten Investitionen wurden 246 neue Arbeitsplätze geschaffen und 4.483 bestehende Arbeitsplätze gesichert. Das gaben Landrat Dr. Ulrich Reuter und LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl bekannt. Die zinsgünstigen Förderkredite werden über die Hausbanken der Firmen beantragt und ausgereicht.

Landrat Reuter sagte: „Ich freue mich, dass die LfA Förderbank Bayern zusammen mit den Hausbanken die mittelständische Wirtschaft in unserer Region so stark unterstützt. Die Förderkredite der LfA halfen 172 Unternehmen, in ihre Zukunft zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen für neue Investitionen der mittelständischen Wirtschaft in unserem Landkreis auch weiter verbessern.“

LfA-Chef Beierl erklärte: „Mit Hilfe unserer Förderkredite finanzierten die Unternehmen Vorha-

ben in Höhe von 85 Millionen Euro. Zusammen mit unseren örtlichen Partnern bei den Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken stellen wir Gründern und Mittelständlern das individuell passende Förderpaket bereit. Gefragt ist vor allem die Finanzierung von Modernisierungen und Energieeffizienzmaßnahmen. Damit unterstützen wir Handwerk, Handel, Industrie, Dienstleistungsgewerbe und Freie Berufe bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Landkreis Aschaffenburg.“ □

Finanzierung von Mittelstand und Handwerk in Gefahr

Bayerisches Positionspapier zu Basel III Ministerpräsident Seehofer muss aktiv werden

München – Erhebliche Rückschläge aus Brüssel für die Mittelstandsfinanzierung befürchten die bayerische Wirtschaft und die Finanzinstitute im Freistaat. In der Kritik stehen neue Kreditrisiko-Standards (Basel III), die demnächst in EU-Recht umgesetzt werden sollen. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer müsse sich beim Basler Ausschuss und auf EU-Ebene intensiv für Korrekturen einsetzen. Dies fordern der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK), der Bayerische Handwerkstag (BHT), der Bayerische Bankenverband, der Genossenschaftsverband Bayern und der Sparkassenverband Bayern in einem gemeinsamen Brief an den Ministerpräsidenten.

Mit großer Sorge sehen die Wirtschaft und die Finanzbranche die geplante Verschärfung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite. „Da die Eigenkapitalanforderungen in den vergangenen Jahren sukzessive erhöht wurden, würden weitere Maßnahmen dazu führen, dass einzelne Kreditinstitute an die Grenzen der Kreditvergabeöglichkeiten stoßen“, heißt es im Brief. Dann müssten Kreditlinien für Unternehmen reduziert werden. „Das wiederum würde sich äußerst negativ auf die Wirtschaftskraft auswirken“, war-

nen die Wirtschafts- und Finanzexperten.

Retail-Portfolio

Sie fordern außerdem, dass Mittelstandskredite weiter mit reduziertem Risikogewicht im so genannten Retail-Portfolio hinterlegt werden können. Schließlich seien Kreditausfälle in Deutschland stets niedriger als vorgegeben, erläutert das Positionspapier. Wesentlich für die Unternehmen sei ferner, dass auch künftig für nicht beanspruchte, kündbare Kreditlinien

Neuerungen beim Mittelstandskreditprogramm des Freistaates Bayern

Aigner: „Ideales Förderprogramm für Existenzgründer und mittelständische Unternehmen“

Um weitere Investitionsanreize für bayerische Unternehmen zu schaffen, wird das Mittelstandskreditprogramm (Start- und Investivkredite) der LfA Förderbank Bayern ab sofort deutlich verbessert. Das gab Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner vor kurzem bekannt.

Aigner zufolge sind „Investitionen und Innovationen der Motor für unsere Wirtschaftskraft. Mit den zahlreichen Verbesserungen im Mittelstandskreditprogramm erreichen wir, dass noch mehr mittelständische Unternehmen und Gründer von den günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren können und Investitionen in die Zukunft tätigen. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Niedrigzinsphase kann ich Gründern und mittelständischen Unternehmen nur empfehlen, sich eine langfristige, zinsgünstige Finanzierung zu sichern.“

Die Neuerungen sehen unter anderem vor, dass der Kreis der Antragsberechtigten deutlich ausgeweitet wird; hierfür wird die Gewinngrenze, bis zu welcher Vorhaben gefördert werden können, um 30.000 Euro auf 200.000 Euro angehoben. Zudem werden Betriebsübertragungen an die Folgegenerationen erleichtert, indem künftig auch Kaufpreiszahlungen zwischen Eltern/Schwiegereltern und Kindern förderfähig sind.

Darüber hinaus wird die Existenzgründerförderung erheblich ausgeweitet: Betriebsübernahmen und tätige Beteiligungen sind künftig auch dann im Startkredit förderfähig, wenn bereits eine selbständige Existenz besteht. Außerdem wird das Programm für die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben geöffnet, um so unternehmerisches Potential möglichst früh zu fördern. Ebenfalls erleichtert wird die Förderung von Verkehrsmitteln (z.B. Omnibusse, Taxen). Auch im Unternehmen genutzte Elektro- und Hybridfahrzeuge können nun über Förderkredite finanziert werden.

Aus dem Bayerischen Mittelstandskreditprogramm werden neben der Gründung selbständiger Existenzen in erster Linie die Rationalisierung, Modernisierung und Erweiterung von bestehenden Betrieben gefördert.

Detaillierte Informationen zu den Fördermöglichkeiten aus dem Bayerischen Mittelstandskreditprogramm bietet die LfA-Förderberatung: Telefon 0800/2124240 (kostenfrei). □

keine Eigenkapitalhinterlegung verlangt werde. Darüber hinaus dürften auch Förderdarlehen für Betriebe nicht durch eine Eigenkapitalhinterlegung eingeschränkt werden.

Eine zusätzliche Gefahr für stark wachsende Wirtschaftsräume sehen die Wirtschaftsvertreter in der geplanten Erhöhung der Eigenkapitalhinterlegung für Investitions- und Immobilienfinanzierungen. Dies würde die angespannte Situation auf den Immobilienmärkten der bayerischen Metropolen weiter verschärfen. □

Moody's: Bestnote für LfA Förderbank Bayern

Triple-A-Rating sorgt für günstige Refinanzierung und Kreditzinssätze

Die Kreditwürdigkeit der LfA Förderbank Bayern wird auch in 2015 mit der Bestnote Aaa und stabilem Ausblick bewertet. Die Ratingagentur Moody's bestätigt in ihrem aktuellen Urteil damit erneut die hervorragende Bonität der staatlichen Spezialbank zur Mittelstandsförderung. Das Top-Rating verdeutlicht den grundsätzlichen Kurs der Bank und bringt ihr weiterhin beste Konditionen bei der Mittelaufnahme am Kapitalmarkt.

„Den Refinanzierungsvorteil geben wir in Form äußerst günstiger Förderkreditzinssätze an unsere kleinen und mittleren Firmenkunden weiter. Zusätzlich bauen wir EU-, Bundes-, Landes- und Eigenmittel in die Förderung ein, so dass die Betriebe ein optimales Förder-

genkapitalausstattung und das risikoarme Geschäftsmodell der Bank. Die LfA hat ihre Risikotragfähigkeit zuletzt erneut ausgebaut und verfügt nun über eine Kernkapitalquote von 20,9 % (Tier 1). Für das Geschäftsjahr 2014 hat die LfA eine Bilanzsumme von 22,14 Mrd. Euro und einen Jahresüberschuss von 59 Mio. Euro ausgewiesen.“

Im Fördergeschäft hat die LfA vergangenes Jahr über 5.500 kleine und mittlere Unternehmen und 111 Kommunen mit zinsgünstigen Krediten in Höhe von 1,74 Mrd. Euro versorgt. Dadurch konnten Investitionen in Höhe von 2,34 Mrd. Euro verwirklicht und 6.500 neue Arbeitsplätze geschaffen und 151.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Eingesetzt wurde das Geld vor allem für Modernisierungen, Wachstumsprojekte und Energieeffizienzmaßnahmen.

Die 1951 gegründete LfA ist die älteste Landesförderbank in Deutschland. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch kommunale Infrastrukturvorhaben. Informationen bietet die LfA-Förderberatung unter Telefon 0800/2124240. □



Dr. Otto Beierl. □

paket mit langfristig niedrigem Zins und Risikoentlastung aus einer Hand erhalten. Diese Fördervorteile nutzen die Firmen auch in der Niedrigzinsphase für Investitionen in Milliardenhöhe“, erklärt LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl.

Die Ratingagentur Moody's begründet ihr Urteil mit der Gewährträgerhaftung des Freistaats Bayern und lobt zusätzlich die gute Ei-

OSTWIND eröffnet eigenes Bürgerbeteiligungs-Portal

Regensburger Familienunternehmen geht mit dem Windpark Rotmainquelle im Landkreis Bayreuth neue Wege

Die OSTWIND-Gruppe geht neue Wege: Ab sofort bietet das mittelständische Familienunternehmen aus Regensburg mit dem Windpark „OSTWINDpark Rotmainquelle“ die Möglichkeit, sich direkt an einem von OSTWIND entwickelten und selbst betriebenen Projekt finanziell zu beteiligen. „So können die Bürgerinnen und Bürger ganz unmittelbar von unserer langjährigen Erfahrung und unserem gewachsenen Know-how profitieren“, erläuterte OSTWIND-Vorstand Bernd Kiermeier die Unternehmensinitiative. Die Eröffnung eines eigenen Bürgerbeteiligungsportals nannte er dabei einen „durchaus historischen Schritt für unsere Firmengruppe“.

Der Vorteil dieser Art Bürgerbeteiligung liegt darin, dass die Geld-Anlage unmittelbar in die Errichtung eines konkreten Projektes fließt, „in diesem Fall in die Realisierung eines Wald-Windparks im oberfränkischen Landkreis Bayreuth, ein ertragsstarkes und gleichzeitig konservativ kalkuliertes Vorhaben – mit 3,75 % Rendite und mehr“, so Kiermeier.

Das neue Windprojekt entsteht an einem der windreichsten Standorte des Landes und zwar im Wesentlichen auf Flächen der Bayerischen Staatsforsten. Es umfasst 5 Anlagen des Typs ENERCON E115 und kann zukünftig rechnerisch rund 11.750 Haushalte mit klimafreundlichem Öko-Strom versorgen. OSTWIND hat im benachbarten Umfeld bereits einen

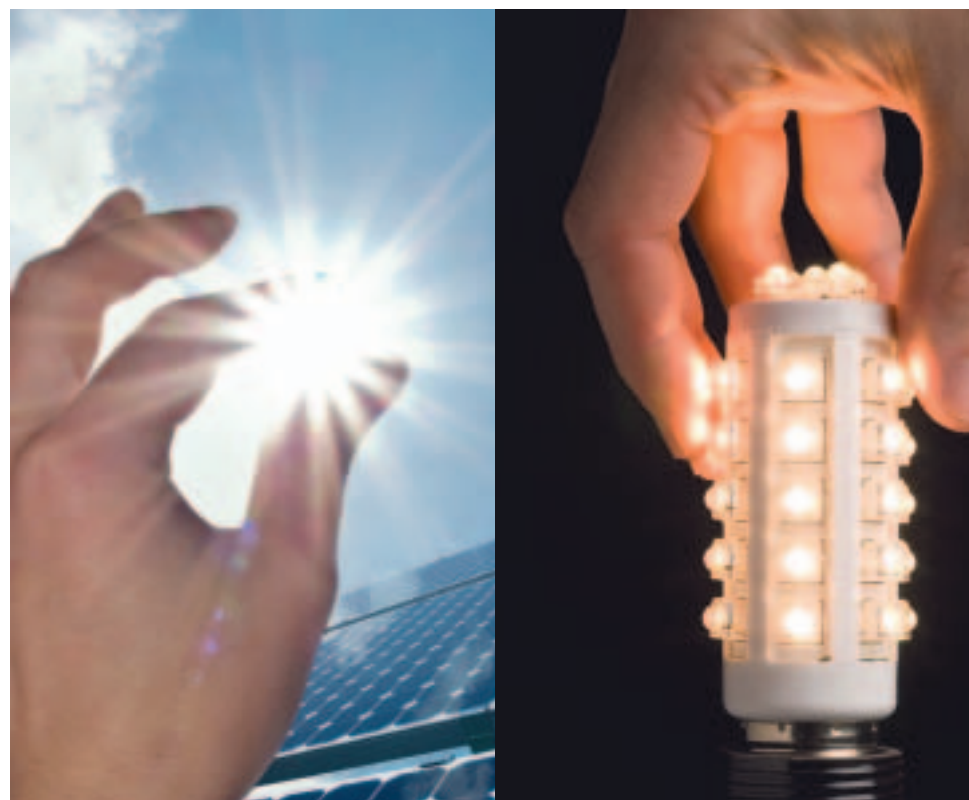
Windpark mit vergleichbaren Standortbedingungen und ähnlicher Anlagentechnik erfolgreich geplant und realisiert, ein weiteres Projekt für eine lokale Energiegenossenschaft ist gerade in Bau.

Seit seinen Anfängen vor über 20 Jahren setzt sich OSTWIND dafür ein, dass die Realisierung einer dezentralen und erneuerbaren Energiewende im Einklang mit den Kommunen sowie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort geschieht. Deshalb wird heute bei etwa 90 Prozent der neuen OSTWIND-Projekte von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, dass sich interessierte Menschen, verantwortungsbewusste Kommunen oder engagierte Stadtwerke der jeweiligen Region selbst beteiligen. Die von OSTWIND jetzt ange-

botene Beteiligung in Form eines qualifizierten Nachrangdarlehens sei eine von mehreren Möglichkeiten einer Bürgerbeteiligung. „Sie bietet sich dann an, wenn es um die Finanzierung eines neuen Projekts geht, wie es bei dem OSTWINDpark Rotmainquelle der Fall ist“, erklärte der OSTWIND-Vorstand. Zudem bleibe der bürokratische Aufwand auf diese Weise für alle Beteiligten gering.

„Bürgerbeteiligung, wie wir sie verstehen, muss so einfach wie transparent sein. Das haben wir uns zum Ziel gesetzt“, erklärte Bernd Kiermeier zum Auftakt des neuen Bürgerbeteiligungsportals unter www.ostwind-buergerbeteiligung.de. „Was gibt es Besseres für eine dezentrale Energiewende, als nachhaltige Energieerzeugung und regionale Wertschöpfung in Form einer Bürgerbeteiligung zu kombinieren – und dafür eine attraktive Rendite zu bekommen!“, so der OSTWIND-Vorstand. All das sei in dem neuen Online-Angebot von OSTWIND vereint.

Mehr Infos unter www.ostwind-buergerbeteiligung.de □



WIR FÖRDERN TAG UND NACHT

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 - 21 24 24 0



LfA FÖRDERBANK BAYERN

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

www.lfa.de

KfW-Kommunalpanel 2015:

Kommunale Disparitäten

Mit einem leichten Überschuss schließen die kommunalen Kernhaushalte das dritte Jahr in Folge im Plus ab, allerdings begleitet von Anzeichen zunehmender kommunaler Disparitäten. Einerseits ist der Anteil der Gemeinden mit (nach eigener Einschätzung) aktuell guter oder sehr guter Finanzsituation gewachsen (von 13 auf 20 %). Andererseits hat die Zahl der Kommunen, die ihren Haushalt nicht ausgleichen konnten, 2014 ebenfalls leicht zugenommen. Dies geht aus dem vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW Bankengruppe erstellten KfW-Kommunalpanel 2015 hervor, für das im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2014 insgesamt 3.791 Städte, Gemeinden und Landkreise befragt worden waren.

Wie das Kommunalpanel aufzeigt, schwächen sich positive Entwicklungen gleichzeitig ab: Seit 2013 steigen die Ausgaben wieder schneller als die Einnahmen. Der Bestand an Kassenkrediten ist erneut angestiegen. Die Erwartungen vieler Städte, Gemeinden und Landkreise hinsichtlich der Entwicklung ihrer Haushaltssituation sind gedämpft.

Die Lage der Kommunalfin-

nanzen ist zwar in der Gesamtschau entspannt. Dies gilt indes nicht für mehr als die Hälfte der größeren Städte und für solche Kommunen, die bereits eine hohe Schuldenlast zu stemmen haben. Häufig haben sich deren finanzielle Probleme über viele Jahre verstärkt und verbauen den Weg in die Zukunft. Gut ein Drittel der Kommunen (35 %) haben seit mehr als 10 Jahren

eine negative Gesamtfinanzsituation und sehen auch zukünftig keine Verbesserung ihrer Lage. Dabei sind auch Kommunen, die sich seit Jahren konstruktiv um einen Schuldenabbau bemühen.

Abwärtsspiralen

Solche „Abwärtsspiralen“ finden sich jedoch nicht durchgängig. Eine Reihe von Kommunen, die seit Jahren rote Zahlen schreiben, setzt erfolgreich Konsolidierungsmaßnahmen um. Vier von zehn schlossen ihren Haushalt im Jahr 2013 ohne Defizit ab – auch ein Hinweis auf die Bedeutung von Haushaltssicherungskonzepten. Es kann vermutet werden, dass flankierende Rahmenbedingungen (etwa Entschuldungshilfen,

Entlastung bei den Sozialausgaben) und ein realistisches Zeitmanagement dazu beigetragen haben. Ohne Haushaltssicherungskonzept gelang der „Turnaround“ nur jeder zehnten Kommune.

Ausgaben reduzieren

Es zeigt sich: Gebietskörperschaften, die es frühzeitig schaffen, neben der Erhöhung von Einnahmen vor allem auch die Ausgaben zu reduzieren, blicken trotz langjähriger Finanzprobleme optimistischer in die Zukunft als Kommunen, die dem Wachstum der Personal- und Sachausgaben weniger Grenzen setzen konnten. Der Auswahl der Ausgabenkürzungen kommt sowohl für die Nachhaltigkeit der Maßnahmen als auch für Zukunftsfähigkeit der Kommunen eine entscheidende Bedeutung zu.

Negative Auswirkungen

Unter hohem Handlungsdruck, den Haushalt konsolidieren zu müssen, priorisieren Kommunen (und auch Aufsichtsbehörden) bis jetzt nicht selten kurzfristig orientierte Lösungen – vor allem Einschränkungen bei der Unterhaltung der Infrastruktur und Reduzierung der Investitionen auf das Notwendigste. Erfolgen solche Sparmaßnahmen nicht mit Bedacht, hat dies negative Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung.

Kommunen, die eine negative Entwicklung in der Vergangenheit zu verzeichnen hatten, aber mit „neuer Hoffnung“ auf ihre zukünftigen Finanzen blicken (insgesamt 7 %), streben zwar ebenfalls umfangreiche Einsparungen an, dies jedoch vor allem beim Personal und bei der Überprüfung ihrer (pflichtigen und freiwilligen) Leistungen. Dies gilt auch für die Steuerung des Mitteleinsatzes.

Steuerungsinstrumente

Insbesondere Kommunen in schwieriger Finanzlage wollen vor allem durch Schuldenmanagement ihren Finanzmittelbedarf und die Liquidität absichern. Steuerungsinstrumente, die es ermöglichen, die Wahrnehmung von Aufgaben langfristig effizienter und effektiver zu machen, kommen bisher selten zum Einsatz: Nur jeweils etwa 2 % der Kommunen haben sich in der Vergangenheit umfangreich mit Wirkungsorientierter

Steuerung, Reorganisationsmaßnahmen oder alternativen Beschaffungs- und Finanzierungsformen befasst.

Kommunen mit durchgehend positiver Finanzlage (insgesamt 15 %) haben vergleichsweise wenig Maßnahmen durchgeführt, sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite. Dies kann sich jedoch auch schnell ändern: Pessimistische Kommunen (insgesamt 19 %) waren bereits in der Vergangenheit weniger aktiv und sind bei den Steuerungsinstrumenten wie Schuldenmanagement deutlich zurückhaltender als z. B. die optimistischen Kommunen der Gruppe A. Sie sehen ihre derzeit noch positive Lage jedoch inzwischen bedroht, u. a. durch mögliche Belastungen im Rahmen eines neuen Finanzausgleichs.

Begrenzte Impulse

Die Investitionen der Kommunen sind im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 3 Mrd. Euro auf 28 Mrd. Euro erkennbar gestiegen und werden vermutlich auch 2015 weiter anzuwachsen (auf 31 Mrd. Euro). Die Höhe der staatlichen Zuweisungen hat dabei – wie schon in der Vergangenheit – einen erheblichen Einfluss auf die Investitionstätigkeit der Kommunen, wohingegen das positive Zinsumfeld nur in eingeschränktem Maß auf die Investitionen wirken konnte: Obwohl die Bedingungen zur Aufnahme von Kommunalkrediten regelmäßig als gut eingeschätzt werden und die Zinssätze auch für längere Kreditlaufzeiten nach wie vor historisch niedrig sind, führt dies bei den Kommunen bisher nur begrenzt zu kreditfinanzierten Investitionsimpulsen.

Investitionsstau

Entgegen der Hoffnung, dass die Zunahme der kommunalen Investitionen auch zu einem Rückgang des kommunalen Investitionsstaus führen würde, ist der wahrgenommene Rückstand wieder gestiegen. Mit hochgerechnet 132 Mrd. Euro liegt er deutlich über dem Vorjahreswert und erreicht damit das Niveau von 2012.

Offensichtlich ist – vermutlich auch durch die mediale Präsenz des Themas – in den Kommunen das Bewusstsein hinsichtlich der aktuellen Defizite und erhöhter Anforderungen (z. B. für Flüchtlingsunterbringung und -versor-

gung und Inklusion) deutlich gestiegen.

Mittelfristig sehen laut Untersuchung die Kommunen durchaus Chancen, den Rückstand – teilweise sogar deutlich – abzubauen. Bei der Kinderbetreuung konnten die Kommunen bereits viel erreichen, sicherlich stark flankiert durch die gesetzlichen Vorgaben und die Investitionsprogramme von Bund und Ländern: Inzwischen sehen drei von vier Kommunen hier keinen nennenswerten Investitionsrückstand mehr.

Position des Deutschen Städtetags

„Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanel 2015 bestätigen die Einschätzungen des Deutschen Städtetages zum teilweise schlechten Zustand der kommunalen Infrastruktur und zu regionalen Unterschieden zwischen den Kommunen“, stellte Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, fest.

„Das KfW-Panel zeigt deutlich, dass die Städte dem Ausbau der Kindertagesbetreuung unter großen Anstrengungen Priorität eingeräumt haben. Die Haushaltssituation lässt es vielfach nicht zu, auch in anderen Bereichen hinreichend Investitionen zu tätigen. Zudem ist der Investitionsrückstand im Bereich der Schulen gestiegen, zum Beispiel aufgrund wachsender Anforderungen an Ganztagschulen und an die Inklusion. Hier werden Investitionen in Höhe von fast 32 Milliarden Euro für nötig gehalten. Im Verkehrsbereich wird der Investitionsstau auf rund 34 Milliarden Euro geschätzt.“

Aktuelle Forderung

Unter dem über Jahrzehnte aufgewachsenen Investitionsstau leiden Articus zufolge besonders die finanzschwächeren Städte. Vor diesem Hintergrund begrüße der Deutsche Städtetag das Investitionspaket von 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen, das vom Bund in diesem Jahr auf den Weg gebracht worden ist. „Gleichzeitig bleibt unsere Forderung aktuell, im Zuge der anstehenden Reform der föderalen Finanzbeziehungen die Investitionskraft der Kommunen auch auf Dauer zu stärken.“

Wie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, hervorhob, „belegen die aktuellen Zahlen, dass sehr viele Städte und Gemeinden in Deutschland derzeit nicht in der Lage sind, die notwendigen Investitionen zu tätigen. Dafür fehlt vielerorts schlicht das Geld.“

DStGB-Stellungnahme

„Der Investitionsrückstand wächst massiv an, obwohl die Kommunen im vergangenen Jahr deutlich mehr investiert haben. Dies zeigt, dass die Infrastruktur in vielen Kommunen schneller verfällt als sie saniert oder erneuert werden kann“, bemerkte der Hauptgeschäftsführer. „Wir brauchen dringend eine klare Trendwende und eine massive Entlastung von den immer weiter steigenden Ausgaben für soziale Leistungen.“ Als besonders alarmierend bezeichnete Landsberg den deutlich gestiegenen Rückstand im Bereich der Bildungsinfrastruktur.

„Auch wenn die Bundespolitik mit der Entlastung der Kommunen und den zusätzlichen Investitionsmitteln die richtigen Signale setzt, zeigen die aktuellen Zahlen, dass diese Schritte nicht ausreichen werden. Wir brauchen eine strukturelle Entlastung der Kommunen und dauerhaft eine deutlich bessere Finanzausstattung“, urteilte Landsberg. DK

Finanzierung öffentlicher Infrastruktur

Konferenz von DStGB, DIHK und dem Bundesverband deutscher Banken in Berlin

Unter dem Titel „In Zukunft investieren – Finanzierung öffentlicher Infrastruktur“ luden Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Industrie- und Handelskammertag sowie der Bundesverband deutscher Banken zu einer Konferenz nach Berlin ein. Bei der hochkarätig besetzten Konferenz sprach Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel über den möglichen Beitrag des Bundes zur Infrastrukturfinanzierung. Drei Fachforen zu den Themen „Finanzierung des kommunalen Investitionsbedarfs“, „Verkehrsinfrastruktur – Handlungsbedarf und Optionen“ sowie „Bildungsinfrastruktur – in die Zukunft investieren“ vertieften das Tagungsmotto.

Verkehrswege werden auf Verschleiß gefahren, Brücken ächzen, Schulen sind marode – dabei ist die öffentliche Infrastruktur das Herz für den Standort Deutschland. Der zusätzliche Mittelbedarf für die Verkehrsinfrastruktur beläuft sich für Bund, Länder und Kommunen nach Berechnungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) auf 10,5 Milliarden Euro pro Jahr. Der Rückstand an Investitionen allein in den Kommunen wird von der staatlichen Förderbank KfW auf rund 132 Milliarden Euro geschätzt.

Geringe Investitionsquote

Bundeswirtschaftsminister Gabriels Worten zufolge ist die Investitionsquote in Deutschland seit mehr als zehn Jahren zu gering. Ziel sei es, sie in absehbarer Zeit auf ein Niveau oberhalb des Durchschnitts der Industrieländer zu steigern. „Wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und vor allem den Industriestandort erhalten wollen, brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur und hochmoderne Unternehmen. Aber wir benötigen eben auch die Voraussetzungen dafür – nämlich die klassischen Verkehrsinfrastrukturen, vor allem jedoch aktuell die Digitalisierung und den Ausbau der schnellen Internetverbindung“, betonte der Minister.

Kommunales Entlastungsprogramm

Er wies auch darauf hin, dass in den vergangenen eininhalb Jahren der neuen Legislaturperiode ein umfangreiches Entlastungsprogramm für die Kommunen bereitgestellt worden sei. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ kämen unmittelbar aus dem Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums „und mit dem Auslaufen des Solidarpakts II wird diese Regionalförderung auf neue Füße gestellt werden müssen“, stellte Gabriel fest und ergänzte: „Wir arbeiten an einem Förderprogramm, das alle

strukturschwachen Regionen gleichermaßen berücksichtigen soll.“

Sigmar Gabriel plädierte für mehr öffentliche und private Investitionen, um Deutschland auf Dauer wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu halten. „Allein mit staatlichen Mitteln wird das nicht gelingen“, warnte Gabriel. Infrastruktur werde in vielen Bereichen eben auch von privaten Unternehmen bereitgestellt. Dies gelte z. B. für den Bereich der Energie- und Breitbandnetze. Aufgabe der Politik sei es hier, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Unternehmen starke Anreize haben, um in den Ausbau der Infrastruktur zu investieren. In der Stromwirtschaft habe Deutschland in den vergangenen Jahren für den Ausbau der Übertragungsnetze die entscheidenden Grundlagen für zügige Investitionen gelegt.

Neue Anreize schaffen

In diesem Zusammenhang zeigte sich Gabriel zuversichtlich, „dass wir für das gemeinsame Projekt Energiewende und den Netzausbau Menschen gewinnen können“. Dabei rechne er auch mit der Unterstützung der Kommunen vor Ort. „Umgekehrt heißt das, dass wir zum Beispiel die Angebote für Erdverkabelung deutlich erweitern müssen“, erklärte der Bundesminister. Die technischen Voraussetzungen seien hierfür inzwischen vorhanden. Genauso wichtig seien die Verteilernetze, da ein Großteil der erneuerbaren Stromerzeugung in diese Netze eingespeist werde. Dafür seien neue Anreize zu schaffen. „Die Anreizregulierung wird in diesem Jahr überarbeitet“, unterstrich Gabriel.

Die Hauptgeschäftsführer der drei veranstaltenden Verbände, Dr. Gerd Landsberg (DStGB), Dr. Martin Wansleben (DIHK) und Dr. Michael Kemmer (Bankenverband) diskutierten in einer Podiumsrunde über die zukünftigen Infrastrukturen in Deutschland. Alle drei forderten, wieder mehr in die Infrastruktur zu investieren, um die Wirtschaftsleistung und den Wohlstand

Deutschlands nicht zu gefährden.

Nach den aktuellen Zahlen des KfW-Kommunalpanel 2015 beträgt der Investitionsrückstand allein in Kommunen 132 Milliarden Euro. „Die Investitionsschwäche der Kommunen muss dringend, nachhaltig und dauerhaft beseitigt werden. Noch zu Beginn der 1990er Jahre investierten die Kommunen mehr als Bund und Länder zusammen. Heute haben sie nur noch einen Anteil von 30 % der öffentlichen Investitionen“, erklärte Landsberg.

Ein weiterer wichtiger Ansatz ist aus Sicht des DStGB die Stärkung der personellen Kapazitäten in Städten und Gemeinden. Nur wenn ausreichend qualifizierte Mitarbeiter vorhanden seien, könnten Kommunen Planung und Umsetzung von Projekten erfolgreich bewältigen. Auch die Unterstützung durch eine Infrastrukturgesellschaft könne einen Beitrag zur Entlastung der Städte und Gemeinden leisten, machte Landsberg deutlich.

Interkommunale Zusammenarbeit

Um die interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen von öffentlichen Kooperationen zu stärken, sei ein Abbau bestehender Hemmnisse erforderlich. Viel zu oft würden heute umständliche Regelungen bei der Auftragsvergabe oder im Steuerrecht einer erfolgreichen Zusammenarbeit von Kommunen im Weg stehen, so der Hauptgeschäftsführer.

Martin Wansleben wies darauf hin, dass die wachsenden Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen vor allem in die Infrastruktur fließen müssen. Investitionen rechneten sich hier erst langfristig. Deshalb würden auf mehrere Jahre angelegte Strategien benötigt, die auch den Unterhalt etwa der Straßen und Brücken mit einbeziehen.

Projekte schneller realisieren

„Auch eine private Vorfinanzierung kann einen Beitrag leisten, um Projekte schneller zu realisieren“, bekräftigte Michael Kemmer. In Deutschland seien Kredite für Investitionen derzeit reichlich vorhanden, „wir wünschen uns sogar mehr Nachfrage“, erläuterte er. Um Projekte zügiger fertigstellen zu können, müssten zudem auch die Planungskapazitäten erhöht werden. DK

Ratgeber

„Steueränderungen 2015“

Wie alle Jahre wieder müssen sich die Steuerzahler auf eine Vielzahl von steuerlichen Änderungen einstellen. Zudem ist damit zu rechnen, dass es auch in diesem Frühjahr weitere Gesetzesänderungen geben wird, möglicherweise in einigen Punkten auch rückwirkend zum Jahresanfang. Wichtig ist dabei sich rechtzeitig zu informieren, um sich auf die Neuerungen einzustellen und dem Finanzamt nicht unnötig Geld zu schenken.

Alles Wissenswerte zu dem Thema erfahren Steuerzahler in dem neuen kostenlosen Ratgeber „Steueränderungen 2015“ des Bundes der Steuerzahler, der die wichtigsten Neuerungen im Steuerrecht leicht verständlich und anhand vieler Beispiele erläutert. Damit lichtet sich auch für Steuerlaien der Steuerdschungel.

Die wichtigsten Neuerungen im Steuerrecht

Informiert wird u.a. darüber, welche Änderungen bei Mini- und Midijobs zu beachten sind. Auch auf Auswirkungen des neuen Mindestlohns auf Minijobs wird eingegangen sowie auf das geänderte Reisekostenrecht, bei dem zahlreiche steuerliche Zweifelsfälle erst im Laufe des letzten Jahres geklärt wurden, beispielsweise bei der Kürzung der Verpflegungspauschalen bei Dienst- und Geschäftsreisen. Zudem wurde im Bereich der Einkommensteuer der Begriff der Erstausbildung neu geregelt, was für viele Steuerzahler steuerliche Auswirkungen haben kann.

Der kostenlose Ratgeber „Steueränderungen 2015“ kann beim Bund der Steuerzahler in Bayern e. V. unter der Rufnummer 089 126008-98 bestellt werden. □

Versicherungskammer Bayern auf solidem Kurs

Trotz Niedrigzins-Phase höchster Jahresüberschuss

Drei Punkte sind aus dem Bericht, den die Versicherungskammer Bayern (VKB) in ihrer Bilanzpressekonferenz für das Jahr 2014 vorgelegt hat, besonders hervorzuheben: Erstens weist dieser Personen- und Sachversicherer trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase den höchsten je erreichten Jahresüberschuss aus, zweitens wird er auch künftig alle Gebäude, die als Flüchtlingsunterkunft dienen, egal, ob Schulen, ehemalige Kasernen, Pensionen oder private Unterkünfte, versichern und dabei für Quartiere in privaten Wohnungen keinen Zuschlag auf die Prämie nehmen, und drittens will er künftig verstärkt in Infrastrukturanlagen wie etwa Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie, Entsorgungssysteme oder auch Autobahnen investieren. Der Vorstandsvorsitzende Dr. Frank Walthes sprach von einem sehr zufriedenstellenden Berichtsjahr, in dem alle Ziele „mehr als erreicht wurden und die Stabilität bewahrt werden konnte“. Er sei zuversichtlich, im laufenden Jahr die Erfolge des Berichtsjahres wiederholen zu können.

Flüchtlingsfamilien sicher unterzubringen, sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Versicherungsnehmern, die Flüchtlinge unterbringen, müsse selbstverständlich Versicherungsschutz gewährt werden. Egal, um welche Gebäude es sich handle, müsse bei einer Änderung der Nutzung dies aber nach den Vorschriften des Versicherungsvertragsgesetzes dem Wohngebäudeversicherer mitgeteilt werden, damit der dann ein adäquates Fortführungsangebot machen könne.

Handelt es sich um eine gewerbliche Nutzung, könnte es zu Prämienanpassungen kommen. Werden aber Flüchtlinge dezentral in privaten Wohnungen untergebracht, die für diese Zwecke z. B. von einer Kommune angemietet werden, erhebt die Kammer bis auf Weiteres keinen Zuschlag. Eine Risikoeinstufung analog einer gewerblichen Kurzfristmiete, wie bei einer Pension, werde somit aktuell nicht vorgenommen.

Fehlende Erfahrungswerte

Zwar hatte der Gesamtverband der Versicherungswirtschaft erläutert, bei einer Flüchtlingsbelegung sei eine Prämienhöhung schon deshalb nicht auszuschließen, weil es z. B. durch die Gefahr von Anschlägen etwa durch Rechtsradikale ein erhöhtes Risiko für die Objekte gebe, doch wollte Walthes dieser Argumentation nicht folgen. Für eine exakte Kalkulation fehlten einfach noch die Erfahrungswerte. Er verneinte aber auch, dass es sich bei diesem Vorgehen um eine Image-Kampagne handle. Die Kammer wolle einfach ihre gesamtgesellschaftli-

chen Aufgaben wahrnehmen. Die Kammer habe intensive Gespräche mit der Politik und den kommunalen Spitzenverbänden geführt, „um den Sachverhalt zu (er-)klären“.

Und noch eine besonders zu erwähnende Leistung: Beim G7-Gipfel in Elmau trägt die Kammer als öffentlich-rechtlicher Versicherer „ihren Anteil“ zum Versicherungsschutz bei, falls es zu Schäden kommen sollte. Sie hat nämlich mit dem Bund eine Ergänzungsversicherung entwickelt, die dann zum tragen kommt, wenn in bestehenden Versicherungen – auch anderer Versicherer – keine bzw. keine ausreichende Deckung für Schäden durch böswillige Beschädigungen oder innere Unruhen besteht. Dies gilt für Schäden durch Privatpersonen und Klein- und Kleingewerbe (siehe anschließender Bericht).

Hauptursachen für gutes Abschneiden

Für das gute Abschneiden im Berichtsjahr führt Walthes drei Hauptursachen an, nämlich das ausgewogene Beitragsportfolio, die ergebnisorientierte Wachstumsstrategie und die konsequente Kapitalanlagestrategie. Die gesamten Beitragseinnahmen von 7,27 (+1,6 Prozent) verteilen sich ziemlich gleich auf die drei Standbeine Lebens-, Kranken- und Kompositversicherung (Schaden und Unfall). Wachstum sei kein Selbstzweck, sondern müsse immer zum guten Ergebnis beitragen. Diese Maxime werde über alle Sparten und Kundengruppen beibehalten. Bei den Kosten liege die Versicherungskammer in allen

Sparten auf einem Niveau, das ihr weiterhin einen Wettbewerbsvorteil sichere.

Kapitalanlagen

Neben der Tatsache, dass die Kammer im Berichtsjahr von schweren Natur- und Kumulschadenereignissen (Schäden, die sich aus mehreren Einzelschäden aus demselben Schadenereignis zusammensetzen) verschont geblieben ist, haben zum guten Ergebnis auch die Kapitalanlagen beigetragen. Der Kapitalbestand wuchs um 4,7 Prozent auf 44,6 Milliarden Euro, das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen (also ohne die Aufwendungen für Kapitalanlagen) erhöhte sich auf 1,78 (1,71) Milliarden Euro. Die Nettoverzinsung



Dr. Frank Walthes.

stieg auf 4,1 Prozent, bei den Lebensversicherern des Konzerns (Bayern Versicherung, Saarland Lebensversicherung, öffentliche Lebensversicherung Berlin-Brandenburg) auf 4,5 Prozent.

Nachhaltigkeit im Blick

Den Schwerpunkt bei den Kapitalanlagen legt die Kammer mit ihrem Finanzchef Helmut Späth auf Papiere mit sehr guter Bonität, z. B. Unternehmensanleihen erstklassiger Unternehmen, und auf Produkte, die die Solvenz schonen (z. B. fondsgebundene Anlagen). Dabei verzichtet die Kammer auf hohe Renditen, achtet aber sehr auf die Nachhaltigkeit der Anlage. Wer sich in guten Zeiten zurückhalte, Sorge für schlechte Zeiten vor. Seit einiger Zeit gibt es auch Investments in Infrastrukturan-

lagen. Die Kammer sei bereit, hier stärker aktiv zu werden, da Infrastruktur-Investments gut zum langfristigen Geschäftsmodell der Versicherer passten und aktuell eine höhere Rendite ermöglichten als konventionelle Anlagen. Bevorzugt werden Projekte „aus unseren Geschäftsgebieten“, aber grundsätzlich bestehe auch Interesse an deutschlandweiten oder internationalen Investments. Nicht investiert wird in staatlich garantierte Aufgaben, „weil es hier keinen festen Cash flow gibt.“

Österreich sorgt für Ärger

Verärgert zeigt sich Walthes über Österreich. Denn mit dem Triple A für Österreich werde ein neues Kapitel in der Bewertung von Staatsgarantien aufgeschlagen. (Österreich weigert sich, die staatlich garantierten Kredite an die Pleite-Bank Hypo-Group Alpe Adria – HGAA – weiterhin zu bedienen). Es zeige sich, dass man sich auf das Triple A Österreichs nicht mehr verlassen könne, weil Österreich dieses Rating möglicherweise nicht mehr wert ist. 2003 hatte die Kammer über den gesamten VKB-Konzern solche österreichischen Papiere über 80 Millionen Euro erworben.

Frühzeitige Maßnahmen

Die Kammer, so Späth, habe frühzeitig Maßnahmen eingeleitet, um einem weiter sinkenden Zinsniveau entgegenzuwirken. Man habe die durchschnittliche Laufzeit der Rentenanlagen nach und nach deutlich verlängert und sukzessive Absicherungsoptionen gegen fallende Zinsen erworben. Weil man langlaufende Investments nahezu ausschließlich in bonitätsstarke Emittenten eingebracht habe und noch immer ein-

bringe, was zu einer hohen Stabilität führe, sei die Kammer auch nicht von der Staatsschuldenkrise betroffen gewesen. Investmentfonds machen 28,6 Prozent der Anlagen aus, Aktien nur etwa 5 Prozent. Die Hälfte der Aktien-Investitionen entfallen auf Europa, je ein Viertel auf Amerika und Asien. Grundsätzlich werden alle Anlagen breit gestreut über verschiedene Assetklassen, innerhalb dieser nach Regionen und Sektoren. Sowohl in der Kranken- als auch in der Lebensversicherung sieht sich die Kammer gut positioniert und gerüstet, trotz Niedrigzinsphase auch in den kommenden Jahren ihren Verpflichtungen und Versprechen voll nachkommen zu können.

Unter dem Strich dieser soliden Geschäftspolitik findet sich „der bisher höchste, je erzielte Konzernjahresüberschuss“ von 168,3 (137,1) Millionen Euro, was einem Plus von 22 Prozent entspricht. Aus der Schaden- und Unfallversicherung ist zu berichten, dass die Elementarschadenversicherung immer mehr gefragt ist, zumal sie in „99,8 Prozent“ aller Fälle möglich ist.

Einführung von „Katwarn“

In Bayern, Berlin/Brandenburg und Rheinland-Pfalz hat die Kammer gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut das kommunale Informationswarnsystem „Katwarn“ eingeführt. Mit ihm werden alle angemeldeten Bürger rechtzeitig vor Gefahrensituationen wie Sturm, Starkregen usw. per App, SMS oder Email gewarnt. Mit Katwarn wolle die Kammer keinen Gewinn machen, sondern einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Inzwischen lassen sich über den Online-Kontakt BavariaDirekt nicht nur Kfz-Versicherungen abschließen, sondern auch Haus-

rat-, Haftpflicht, Rechtsschutz- und Krankenzusatzpolicen.

In der Kranken- und Pflegeversicherung (Bayerische Beamtenkrankenkasse, Union Krankenversicherung) kooperiert die Kammer nun auch mit der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau. Uneingeschränkt versichert sie auch weiterhin Hebammen, auch diejenigen, die sich mit Geburtshilfe befassen. Auf Wachstumskurs sind die Zusatzversicherungen, so auch eine Zusatzversicherung über den Arbeitgeber für gesetzlich krankenversicherte Mitarbeiter.

Langfristige Sicherheit

In der Lebensversicherung versucht die Kammer, mit flexiblen Angeboten dem sinkenden Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung entgegenzuwirken. Die Überschussbeteiligung dürfe nicht mehr der alleinige Maßstab für die Beurteilung einer Lebens- und Rentenversicherung sein. An erster Stelle müsse die langfristige Sicherheit stehen.

Ganz generell treibt die Kammer die Digitalisierung voran, vom Zugang über alle mobilen Endgeräte bis zur elektronischen Unterschrift. Weiter ausgebaut wurde das gesellschaftliche Engagement. Neben Feuerwehren, Alpenverein, DLRG-Jugend und Sternstunden gehört jetzt das ehrenamtliche Engagement zum Förderkreis.

Hinsichtlich der der Konsolidierung der öffentlichen Versicherer hat sich nichts Neues ergeben. Derzeit gebe es auch keine Notwendigkeit, in Übernahmen zu investieren. Und an der Beteiligung der Nürnberger Versicherung hat sich auch nichts geändert. Sie beträgt unverändert 15,5 Prozent. **dhg.**

VKB beim G7-Gipfel vor Ort

Versicherungsschutz für Kommunen und Bewohner der Region

Der G7-Gipfel am 7. und 8. Juni auf Schloß Elmau im Landkreis Garmisch-Partenkirchen erforderte nicht nur umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen, sondern auch einen auf dieses Ereignis angepassten Versicherungsschutz. Insbesondere aufgrund der vielfältigen Demonstrationen rund um den Gipfel bestand nach Ansicht von Politik und Anwohnern die Gefahr, dass es zu Sachschäden aufgrund mutwilliger Handlungen kommt. Da diese Gefahren in den bestehenden Versicherungsverträgen üblicherweise nicht eingeschlossen sind, hatten der Bund mit einer Ergänzungsversicherung und der Freistaat Bayern mit der staatlichen Auffanglösung Vorsorge für die Sicherheit der Einwohner der Region getroffen. Die Versicherungskammer Bayern war Vertragspartner des Bundes für die Ergänzungsversicherung.

Welche Versicherung zahlt?

Zunächst greift die eigene Gebäude-, Inhalt-/Hausrat- und Kraftfahrzeugversicherung der Kunden (sog. Grundversicherung) gegeben ist. Der Versicherungsschutz gilt für Privatpersonen und Kleingewerbebetriebe und ist zeitlich und örtlich begrenzt. Die Ergänzungsversicherung gilt nicht für die Landwirtschaft.

Was ist die Ergänzungsversicherung?

Die Bundesrepublik Deutschland sichert mit dieser Versicherung Sach- und Sachfolgeschäden an Gebäuden und Kraftfahrzeugen ab, die durch böswillige Beschädigung oder innere Unruhen im Zusammenhang mit dem G7 Gipfel entstehen, soweit keine Deckung

über eine bestehende Gebäude-, Inhalt-/Hausrat- und Kraftfahrzeugversicherung der Kunden (sog. Grundversicherung) gegeben ist. Der Versicherungsschutz gilt für Privatpersonen und Kleingewerbebetriebe und ist zeitlich und örtlich begrenzt. Die Ergänzungsversicherung gilt nicht für die Landwirtschaft.

Auffanglösung des Freistaats Bayern

Wenn weder die Grundversicherung noch die Ergänzungsversicherung des Bundes greifen, werden Schäden – insbesondere im Bereich der Landwirtschaft – im Rahmen einer Auffanglösung vom Freistaat Bayern beglichen.

Schäden unkompliziert vor Ort melden

Seit dem 21. Mai 2015 hatte das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen eine zentrale Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger eingerichtet. Die Versicherungskammer Bayern war ab 5. Juni ebenfalls mit mehreren Versicherungsexperten und Sachverständigen im Landratsamt in Garmisch-Partenkirchen vor Ort.

Schadenmeldungen

Betroffene können Schadenmeldungen bei der Versicherungskammer Bayern jederzeit über die Schadenhotline 0800/62366236 oder per E-Mail an G7Service@vkb.de abgeben.

Wichtig für die Schadenmeldung sind zudem die Bestätigung, dass der Schaden bei der Polizei angezeigt wurde, etwaige Fotos vom Schaden sowie eine Bestätigung des eigenen Versicherers über die Grundversicherung.

Spezielle Schadenformulare zum G7-Gipfel stehen als Download auf der Website des Landratsamtes Garmisch-Partenkirchen sowie unter www.vkb.de bereit. **□**

VER SICHERUNGS
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Unsere große Liebe
hat 4 Wände und 2 Etagen

Wir kümmern uns um das nötige Stück Sicherheit und schützen, was Ihnen rund um Ihr Zuhause wichtig ist.

www.versicherungskammer-bayern.de

MEIN ZUHAUSE CHECK
Jetzt beraten lassen und kostenlosen RAUCHMELDER* sichern!

* Die Zahl der Rauchmelder ist auf 10.000 Stück begrenzt; Vergabe nur, solange der Vorrat reicht. Weitere Aktionsbedingungen unter www.versicherungskammer-bayern.de/wohnen oder bei Ihrem Berater.

Finanzgruppe

13. Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:

Sicher agieren, schnell reagieren

Mit über 30 Vorträgen, individuellen Expertengesprächen und rund 20 fachbegleitenden Info- und Beratungsständen bot die Unternehmerkonferenz in Nürnberg, das Forum für Entscheider mittelständischer Betriebe, der Kommunen und Freien Berufe, auch heuer ein breites Spektrum an Wissen, Information, Beratung sowie ein ausgezeichnetes Networking-Umfeld. Unter dem Motto „Sicher agieren – schnell reagieren“ schlugen die Themen in diesem Jahr den Bogen von der Stabilität des Kerngeschäfts bis hin zur Flexibilität in Bezug auf sich verändernde Märkte, Technologien oder Strategien, um als Unternehmer erfolgreich am Markt zu bestehen.

Da sich die bayerischen Sparkassen gleichermaßen als Partner der Kommunen und der Wirtschaft vor Ort betrachten, bot die Unternehmerkonferenz erneut einen eigenen Themenbereich für Kommunen an. Klassische Info-Angebote zu Finanzierung, Management und vielen weiteren Wirtschaftsthemen waren zentraler Bestandteil der Nürnberger Tagung, zu der über 1.300 Teilnehmer bezogen wurden.

Wohnimmobilien in Bayern:

Weiterhin hohe Nachfrage

Sparkassen-Finanzgruppe erwartet moderate Preissteigerungen

Die Nachfrage nach Wohnimmobilien in Bayern bleibt hoch. „In sehr vielen Regionen Bayerns suchen zahlreiche Eigennutzer weiterhin nach einer für sie passenden Immobilie. Hinzu kommen in den wirtschaftlich attraktiven Gebieten neue Zuwanderer aus dem In- und Ausland, die die Nachfrage noch weiter verstärken“, erklärte Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH (Sparkassen-Immo), anlässlich der jährlichen Pressekonferenz der Sparkassen-Finanzgruppe zum bayerischen Wohnimmobilienmarkt.

Gestützt wird die Nachfrage nach Häusern und Wohnungen vom historisch niedrigen Zinsniveau, das Finanzierungen erleichtert, erklärte Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern (SVB). Die Sparkassen im Freistaat haben ihren Bestand an Wohnbaukrediten 2014 um 4,2 Prozent auf knapp 60 Milliarden Euro ausgeweitet. Dr. Franz Wirmhier, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern, betonte, dass deutlich mehr Neubau erforderlich sei, um den Ungleichgewichten zwischen Angebot und Nachfrage von Wohnimmobilien entgegenzuwirken.

Die Preise für Wohnimmobilien in Bayern sind 2014 erneut gestiegen. Die von LBS und Sparkassen im Freistaat vermittelten gebrauchten Häuser verteuerten sich im Durchschnitt um sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 237.000 Euro. Gebrauchte Wohnungen kosteten mit 140.000 Euro acht Prozent mehr.

Für neu gebaute Häuser waren bayernweit durchschnittlich 450.000 Euro zu zahlen. Dies sind zehn Prozent mehr als im Vorjahr. „Neu gebaut und über einen Makler verkauft wird vor allem in den wirtschaftlich starken Regionen mit hohen Grundstückspreisen, die sich entsprechend auf den Gesamtpreis auswirken“, so Paul Fraunholz. Auch die gesetzlichen Anforderungen an eine hohe Energieeffizienz, steigende Bau- und Erschließungskosten sowie Auflagen der Kommunen sorgen für einen Anstieg der Neubaupreise.

Der durchschnittlich erzielte Kaufpreis für eine neue Eigentumswohnung lag mit 223.000 Euro ein Prozent über dem Vorjahr. Dies ist vor allem auf einen statistischen Effekt zurückzuführen, wie Fraunholz sagte: „2014 haben unsere Makler deutlich mehr kleine Wohnungen, insbesondere Studenten- und Pflegeappartements vermittelt. Der Kaufpreis für diese Appartements ist vergleichsweise niedrig, so dass sich insgesamt ein geringerer Durchschnittspreis ergibt.“

Von diesen landesweiten Durchschnittswerten können die Preise in den Regionen erheblich abweichen. Für die besonders nachgefragten, gebrauchten Ein- und Zweifamilienhäuser in mittlerer bis bevorzugter Lage liegt der

Allein die Titel zeigten, wohin die Reise geht: „Ökonomie schlägt Demographie: Wo stehen Sie?“, „Digitale Innovationen im Zahlungsverkehr“ sowie „Gastarbeiter 3.0 - wie aus Flüchtlingen Mit-(arbeits)menschen werden“ beleuchteten die strategische Steuerung von Kommune und Region ebenso wie die Chance für Kommunen, Unternehmen und Bürger.

Nach der Unternehmerkonferenz fand am Abend die Verlei-

hung des Bayerischen Gründerpreises 2015 statt – traditionell im Rahmen einer Festgala mit TV-Live-Aufzeichnung. Der Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, Roland Schmautz, hob den Erfolg des Gründerpreis-Wettbewerbs hervor und sprach seine Anerkennung für die nominierten Konzepte und Unternehmensstrategien aus: „Die Qualität der Nominierungen ist im Lauf der 13 Wettbewerbsjahre beachtlich gestiegen. Die Konkurrenz der guten Vorschläge ist groß, die Erfolgsschwelle für die Preisträger liegt damit höher.“

Kategorie „Konzept“

Als bestes Unternehmen in der Kategorie „Konzept“ wurde die DAS GRAS-ECK GmbH & Co. KG / GAPPrevent GbR Dres. Weingart aus Garmisch-Partenkirchen ausgezeichnet, die Gesundheitsprävention mit dem Wellness-trend verbindet. Ergebnis: Ein interdisziplinäres Vorsorgezentrum mit angegliedertem Boutiquehotel.

In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an das junge Unternehmen iNDTact GmbH aus Würzburg, das Sensoren baut, die praktisch jede Umweltveränderung wahrnehmen und damit Bauteile quasi fühlend machen können – im Internet der Dinge ähneln sie dem Nervensystem bei Menschen.

Als „Aufsteiger“ konnte sich die voxeljet AG aus Friedberg durchsetzen, die zu den führenden Herstellern industrietauglicher 3D-Drucksysteme – vom Einstiegsmodell bis hin zu Großformatmaschinen – gehört und damit industrielle Prozesse revolutioniert.

In der Kategorie „Nachfolge“ wurde die Schnupp GmbH & Co. Hydraulik KG aus Bogen in Niederbayern ausgezeichnet, die die Unternehmensnachfolge muster-gültig von innen regeln konnte, obwohl kurzfristig alle lang vorbereiteten Pläne erneuert werden mussten.

In diesem Jahr wieder doppelt vergeben wurde der Sonderpreis für besonders verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln: Im Bereich „Soziale Verantwortung“ erhielt die Auszeichnung die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Ohnesorg GbR aus Kempten im Allgäu. Das Familienunternehmen betreut und fördert

Größter Makler in Bayern

Nahezu in jedem bayerischen Landkreis ist das Angebot nach Häusern aus dem Bestand erheblich geringer als die Anzahl der Kaufinteressenten für ein solches Objekt. In den Ober- und Mittelzentren ist auch die Nachfrage nach Eigentumswohnungen aus zweiter Hand sehr hoch und übersteigt das vorhandene Angebot deutlich. In vielen Städten – allen voran in München – reicht das Angebot jedoch nicht aus, um die starke Nachfrage zu bedienen. Je weiter ein Ober- oder Mittelzentrum vom Standort einer Wohnimmobilie entfernt liegt, umso geringer wird in aller Regel die Nachfrage.

Die Makler von Sparkassen und LBS in Bayern haben 2014 insgesamt 9.220 Immobilien im Wert von nahezu zwei Milliarden Euro an neue Eigentümer vermittelt. Damit ging die Zahl der Kaufobjekte zwar um sieben Prozent zurück, der Gesamtwert der vermittelten Immobilien blieb jedoch nahezu unverändert. Zusätzlich wurden im vergangenen Jahr 1.600 Mietobjekte vermittelt. Damit kann sich die Sparkassenorganisation erneut als größter Makler in Bayern behaupten.

Die bayerischen Sparkassen konnten den Gesamtbestand an

insgesamt 233 Kinder und Jugendliche, ein aktueller Schwerpunkt ist die therapeutische Behandlung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge aus Krisengebieten.

Der zweite Sonderpreis „Unternehmen für die Region“ ging an die Dr. Wolfgang Baumann Unternehmensgruppe aus Weiden, die sich auf die Restrukturierung und langfristige Neuausrichtung insolventer Unternehmen im nordbayerischen Raum konzentriert.

Lebenswerk

Mit der Auszeichnung für das „Lebenswerk“ wurde Otto Schüller, Gründer der international agierenden Schüller Möbelwerk KG im mittelfränkischen Herrieden, bedacht. Aus dem 1965 übernommenen handwerklich ausgerichteten Schreinerbetrieb mit 25 Mitarbeitern formte er die Schüller Möbelwerk KG, die als industrieller Küchenproduzent zu den fünf größten Küchenmöbelherstellern in Deutschland gehört.

Mit 1.300 Mitarbeitern aus der Region wird ein Hundertfaches des Umsatzes erzielt. Die Schüller Möbelwerk KG ist heute weltweit aktiv, doch verbindet sie ihre wirtschaftlichen Freiräume in vorbildlicher Weise mit sozialer Verantwortung für die Wirtschaft und die Gesellschaft in der Region, in der sie ihre Wurzeln hat. Otto Schüller und das Unternehmen geben ihren Erfolg durch die vielfältige Unterstützung regionaler Einrichtungen auch wieder an ihre Heimat zurück.

5.000 neue Jobs

2014 reichten die bayerischen Sparkassen wieder über 200 Millionen Euro Kredite für rund 1.600 Existenzgründungsvorhaben aus, so Verbandsvizepräsident Roland Schmautz. Mehr als zwei Drittel davon wurden als öffentliche Förderkredite vergeben. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, trugen die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen zur Schaffung von ca. 5.000 neuen Jobs bei. Dabei geht der Schwerpunkt der Existenzgründungen Schmautz zufolge „tendenziell wieder stärker in Richtung Technologie und Produktion statt zu Dienstleistungen und IT wie in den Vorjahren“.

Eine ausführliche Dokumentation der Unternehmerkonferenz erscheint in Ausgabe 13 der Bayerischen Gemeindezeitung. DK

Wohnbaukrediten 2014 auf knapp 60 Milliarden Euro (+ 4,2 Prozent) ausweiten. Bei der Vergabe neuer Wohnungsbaukredite wurde das starke Vorjahresniveau auf 11,5 Milliarden Euro gesteigert (+ 6,9 Prozent). Die Darlehensauszahlungen stiegen dabei insgesamt um 3,9 Prozent. Rund 70 Prozent der Neuzugängen von Wohnbau-darlehen entfallen auf das Geschäft mit privaten Haushalten. Fast zwei Drittel davon wiederum zielen auf den Erwerb. Nur ein Drittel bezieht sich explizit auf den Neubau von Wohneinheiten.

Die Effektivzinsen für Wohnbaukredite haben sich 2014 weiter gravierend verringert. „Diese Entwicklung war für uns und auch die anderen Marktteilnehmer in dieser Dimension nicht vorstellbar. Wer jetzt eine Immobilie mit niedrigen Raten finanziert, sollte aber auch in zehn Jahren nach einer Zinserhöhung in der Lage dazu sein. Nachhaltige Finanzierungskonzepte müssen diese Überlegung gerade bei eingetragenen Immobilien, die Teil der Altersvorsorge sind, besonders berücksichtigen“, sagte Schmautz.

„Die Rahmenbedingungen für den Erwerb eines Eigenheims sind nach wie vor sehr gut“, erklärte LBS-Chef Wirmhier. „Die Wirtschaftskraft Bayerns ist groß, die Arbeitslosigkeit ist gering. Viele Beschäftigte können mit einer hohen Arbeitsplatzsicherheit und

spürbaren Einkommenszuwächsen rechnen. Das gibt den nötigen Rückhalt für die langfristige Investition in ein Haus oder eine Wohnung.“

Das Angebot an Wohnimmobilien werde der Nachfrage aber vielerorts nicht gerecht. Zwar zeige sich seit dem Tiefpunkt im Jahr 2009 ein Aufschwung bei der Bautätigkeit. 2014 wurden im Freistaat 46.116 Wohneinheiten in neuen Wohngebäuden fertiggestellt. Aber die von Bauminister Joachim Herrmann angestrebten 70.000 Neubauten pro Jahr wurden nicht erreicht. „Inzwischen ist der Nachholbedarf beachtlich. Wir bräuchten deutlich mehr Neubau, um den Ungleichgewichten zwischen Angebot und Nachfrage entgegenzuwirken“, so Wirmhier. Investitionsbedarf gebe es auch bei der altersgerechten und energetischen Modernisierung des Wohngebäudebestandes. Wirmhier bedauerte, dass es der Bundesregierung bislang nicht gelungen ist, ein Konzept für die steuerliche Förderung entsprechender Maßnahmen umzusetzen.

Die Nachfrage nach Wohnimmobilien in Bayern bleibt nach Einschätzung der Immobilienexperten von Sparkassen und LBS auch 2015 hoch. „Umsätze, Kaufpreise und Mieten werden nach unserer Einschätzung aber nicht mehr so stark steigen wie in den vergangenen Jahren“, betonte Fraunholz. □



Richard Fank (3. v. l.), Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg, nimmt von Ludger Gooßens, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Deutscher Sparkassen- und Giroverband, die Auszeichnung entgegen. Mit im Bild (von links): Richard Geirhos, Alexander Degle, Angelika Rottenkolber (jeweils von der Kreissparkasse Augsburg) und Günther Tittel, Direktor Sparkassenverband Bayern. □

Kundenzufriedenheit und Beratungsqualität

Kreissparkasse unter den Top-Sparkassen in Bayern

Augsburg / Berlin – Die Kreissparkasse Augsburg ist anderen Sparkassen bei der Kundenzufriedenheit und bei der Beratungsqualität ein Stück voraus. Als eine der besten Sparkassen in Bayern gehört sie zu den Top-Sparkassen in Deutschland. Dafür wurde sie im Rahmen einer feierlichen Galaveranstaltung des Deutschen Sparkassenverbands in Berlin geehrt.

In die bundesweite Bewertung fließen unter anderem betriebswirtschaftliche Kriterien sowie die Ergebnisse einer Online-Kundenbefragung ein. Demnach werden der Kreissparkasse eine hohe Beratungsqualität sowie eine vorbildliche Kundenberatung bei Privatkunden und Unternehmen zugesprochen. Gelobt werden außerdem die umfangreichen Serviceleistungen sowie die Eigeninitiative der Mitarbeiter.

Der Kunde im Mittelpunkt

Stellvertretend für ihre Kolleginnen und Kollegen nahmen

Alexander Degle (Filialleiter Gögingen), Richard Geirhos (Firmenkundenberater) und Angelika Rottenkolber (Vermögenskundenberaterin) die Auszeichnung entgegen. Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse, der das Team in die Bundeshauptstadt begleitete, ist stolz auf die Leistung seiner Mannschaft: „Unsere Kunden stehen im Mittelpunkt all unserer Aktivitäten. Es bestätigt uns, wenn sie die herausragende Beratungs-kompetenz unserer Mitarbeiter wahrnehmen und sich sehr zufrieden mit unserem Service zeigen.“ □

Stadtsparkasse München wird als „Beste Bank“ ausgezeichnet

Die Niedrigzinsen an den Kapitalmärkten stellen institutionelle Anleger vor große Herausforderungen. Die Stadtsparkasse München hat darauf reagiert und die Vermögensaufteilung ihrer Eigenanlagen und die Steuerungsprozesse neu ausgerichtet. Dafür hat Bayerns größte Sparkasse nun den portfolio institutionell Award 2015 in der Kategorie „Beste Bank“ gewonnen.

Die Fachjury begründete ihre Entscheidung damit, dass die Stadtsparkasse München im Wettbewerb den besten Gesamteindruck hinterlassen habe. Neben der neu konzipierten Vermögensallokation waren auch die Organisation des Treasury-Bereichs und das sinnvoll gestaltete Risikomanagement entscheidend für die Auszeichnung.

Dr. Bernd Hochberger, Vorstandsmitglied der Stadtsparkasse München, freut sich über den Preis: „Die Auszeichnung bestätigt, dass wir die richtigen Weichen stellen. Das Marktumfeld erfordert es, die Anlage des eigenen Vermögens und die Steuerungsprozesse fortlaufend weiterzuentwickeln.“ Markus Putz, Direktor Treasury, ergänzt: „Wir erschließen zusätzliche Ertragsquellen und legen dabei großen Wert auf ein adäquates Management der Risiken.“

Die portfolio institutionell Awards sind in ihrer Art die einzige und wichtigste jährliche Auszeichnung für institutionelle Investoren im deutschsprachigen Raum. Die Stadtsparkasse München erhält diese bereits zum sechsten Mal: 2010, 2011, 2012 und 2013 gewann sie jeweils in der Kategorie „Bestes Risikomanagement“, 2012 und 2015 als „Beste Bank“. □

Auszeichnung:

MünchenerHyp ist innovativster Emittent von Covered Bonds

Die Münchener Hypothekbank eG wurde erneut für den weltweit ersten nachhaltigen Hypothekpfandbrief (ESG Pfandbrief) ausgezeichnet. Auf den „Covered Bond Report Awards for Excellence 2015“ in Frankfurt setzte sie sich in der Kategorie „Innovation“ durch.

Die Jury würdigte mit der Auszeichnung, dass die MünchenerHyp mit ihrer Emission des ESG Pfandbriefs eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung eines Marktes für nachhaltige Covered Bonds eingenommen hat.

„Wir freuen uns über die große Würdigung unseres Engagements für nachhaltige Pfandbriefe. Der Markt für nachhaltige Wertpapiere wird auch in diesem Jahr wieder deutlich wachsen. Der Pfandbrief

verfügt dabei über alle Voraussetzungen, eine wichtige Rolle einzunehmen. Ich denke, dies hat die große Nachfrage nach unserem ESG Pfandbrief deutlich gezeigt“, erklärte Dr. Louis Hagen, Sprecher des Vorstands der MünchenerHyp.

Die „Covered Bond Report Awards for Excellence“ werden jährlich von der gleichnamigen renommierten britischen Fachzeitschrift vergeben. □

Abschluss neuer Finanzierungen wird schwieriger

PwC-Studie untersucht Finanzkennzahlen von Energie- und Versorgungsunternehmen (EVU) für 2013

Die Rentabilität deutscher Energie- und Versorgungsunternehmen hat sich 2013 insgesamt stabilisiert: Die EBITDA-Marge (der Gewinn vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern im Verhältnis zum Nettoumsatz) ist von 12,8 Prozent im Jahr 2012 auf 13 Prozent im Jahr 2013 leicht gestiegen. Damit ist der Abwärtstrend der Vorjahre gestoppt – die Marge sank von 15,2 Prozent in 2010 kontinuierlich auf 12,8 Prozent in 2012. Die Finanzkennzahlen der Energieversorger liegen im Jahr 2013 im Branchendurchschnitt innerhalb der Richtwerte, jedoch ist eine deutliche Spreizung erkennbar: Bei einem Viertel der Unternehmen liegen sie bereits im kritischen Bereich. Dies betrifft vor allem den dynamischen Verschuldungsgrad und die Verbindlichkeitsquote.

Die Brutto-Verschuldung hat weiter zugenommen, da die nach wie vor hohen notwendigen Investitionen durch die Energiewende und die hohen Ausschüttungen nicht aus den operativen Cashflows gedeckt werden können. Somit verschlechtern sich Bilanzstrukturen sowie die Bonitätsbeurteilungen externer Kapitalgeber und die Finanzierung zukünftiger Investitionen wird schwieriger.

Zu diesen Ergebnissen kommt die Studie „Finanzwirtschaftliche Herausforderungen der Energie- und Versorgungsunternehmen“, in der die 2013er Jahresabschlüsse von 233 Unternehmen (vor allem Stadtwerke) analysiert wurden. Sie basiert auf der Vorgängerstudie, welche die Abschlüsse von 150 Unternehmen von 2009 bis 2012 untersuchte.

Kritischer Verschuldungsgrad

In der Gesamtbetrachtung der Branche stagniert der dynamische Verschuldungsgrad und lag 2013 bei 2,2 statt bei 2,3 ein Jahr zuvor. Er gibt das Verhältnis von Nettofinanzverschuldung zum Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschrei-

bungen (EBITDA) wider und zeigt in der Kreditwürdigkeitsprüfung auf, in welchem Zeitraum Schulden auf Basis der aktuellen Ertragskraft zurückzahlbar sind. Im Jahr 2013 erreichte jedoch noch immer jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent) den kritischen Wert von 4,0 und stößt damit bei Finanzierung über den Kredit- und Kapitalmarkt an seine Grenzen, im Jahr 2012 waren es 25 Prozent.

Der Zinsdeckungsgrad verbesserte sich im Jahr 2013 wieder leicht und stieg auf 8,3 Prozent (2012: 8,1 Prozent, 2011: 8,0 Prozent). Er zeigt auf, in welchem Maß die laufenden Finanzierungskosten durch die operative Ertragskraft des Kreditnehmers gedeckt sind. Trotz positiver Marktzinseffekte erreichte knapp ein Viertel der EVU (24 Prozent) nicht das Mindestzielniveau von 5,0.

„Trotz der Stabilisierung der Ertragslage und der leichten Verbesserung der Schuldendeckung nimmt die Finanzierungsfähigkeit der deutschen Energie- und Versorgungsunternehmen weiter ab. Maßnahmen zu deren nachhaltigen Sicherung spiegeln sich zumindest in den Finanzkennzahlen

von 2013 insgesamt noch nicht wider“, sagt Bernd Papenstein, Finanzierungs- und Kreditexperte bei PwC im Bereich öffentlicher Sektor.

60 Prozent der Energie- und Versorgungsunternehmen können Investitionen nicht aus eigenen Mitteln finanzieren und müssen Fremdkapital aufnehmen. Ein entscheidender Grund dafür: In 2013 mussten die Unternehmen in der Energie- und Versorgungsbranche einen 92-prozentigen Anteil ihrer Gewinne an ihre Gesellschafter ausschütten. „Die Anteilseigner sollten die Ausschüttungspolitik auf den Prüfstand stellen, wenn sie Stadtwerke nachhaltig ausrichten wollen und sie überlebensfähig bleiben sollen“, so Papenstein.

Höherer Investitionsbedarf

Mit der Energiewende ist der Investitionsbedarf in den vergangenen Jahren stark gestiegen. „Die Unternehmen passen ihre Geschäftsmodelle an und müssen neue Geschäftsfelder und Dienstleistungen entwickeln. Dafür sind enorme Investitionen notwendig“, sagt Norbert Schwieters, Leiter des Bereiches Energiewirtschaft bei PwC. Um diese zu stemmen, greifen die Versorger immer häufiger auf die Fremdfinanzierung zurück, wie die PwC-Studie zeigt. So ist die Verbindlichkeitsquote von 42,8 im Jahr 2012 auf 43,2 Prozent im Jahr 2013 gestiegen. Und dies spiegelt sich auch in der sinkenden Eigenmittelquote wider: Sie ist 2013 im Vergleich zum Vorjahr von 42,0 auf 40,9 Prozent zurückgegangen. „Damit liegen die Energieversorger zwar immer

noch deutlich über dem Schnitt vieler Branchen, die Eigenmittelquote gibt jedoch seit 2009 deutlich nach“, betont Schwieters.

In der aktuellen Studie entspricht die Verbindlichkeitsquote dem Verhältnis der Bruttofinanzverschuldung zum Gesamtfinanzierungskapital; sie wird demzufolge nicht von Schwankungen sonstiger Verbindlichkeiten beeinflusst und zeigt den höheren Anteil der Fremdfinanzierungen.

Umdenken bei Finanzierung

Künftig sind jedoch nicht nur die Branchenrichtwerte für die einzelnen Finanzkennzahlen maßgebend. Höhere regulatorische Auflagen (Basel III) bei der Kreditvergabe, deren selektivere Geschäftsfokussierung sowie höhere Kreditrisiken für die Branche erhöhen die Anforderungen an die Energie- und Versorgungsunternehmen, ihre Erlös- und Kostenstruktur zu verbessern.

„Viele Energieversorger müssen bei der Finanzierung umdenken. Sie müssen sich am gesamten Kapitalbedarf orientieren und weniger stark an einzelnen Projekten, wie das in anderen Branchen bereits Standard ist“, rät Papenstein. Gefragt ist eine gute Mischung von kurz-, mittel- und langfristiger Finanzierung, um auch die negativen Folgen einer möglichen Zinserhöhung abzufedern. Unternehmen sollten aber auch Finanzierungsinstrumente wie Schuldscheindarlehen, Forderungsfinanzierungen und Kapitalinstrumente in Erwägung ziehen.

Um die Kennzahlen im Zeitablauf zu vergleichen, wurden diese in der aktuellen Studie der Vorjahre 2011 und 2012 gemäß der größeren Stichprobe von 233 Energie- und Versorgungsunternehmen angepasst. □

Einsendeschluss 15. Juni:

LEW Innovationspreis für Unternehmen und Kommunen

Insgesamt 45.000 Euro Preisgeld für Klimaschutz- und Energieeffizienzprojekte

Der Einsendeschluss naht: Noch bis 15. Juni können sich Unternehmen aus Industrie und Handwerk, Gewerbetreibende sowie Städte und Gemeinden aus der Region für den dritten LEW Innovationspreis Klima und Energie bewerben. Im Rahmen des mit insgesamt 45.000 Euro dotierten Wettbewerbs zeichnen die Lechwerke Projekte aus, die nachhaltig zum Klimaschutz und zu mehr Energieeffizienz beitragen.

Eingereicht werden können Projekte oder Maßnahmen, die

- bei den jeweiligen Betrieben oder Kommunen einen Beitrag zum Klimaschutz oder zur Energieeffizienz leisten,
- bereits realisiert sind oder kurz vor dem Abschluss stehen,
- einen nachhaltigen und innovativen Ansatz verfolgen
- und beispielgebend für andere Unternehmen oder Kommunen sein können.

Hochkarätig besetzte Jury

Eine hochkarätig besetzte Jury wählt die drei Siegerprojekte aus, die mit Preisgeldern in Höhe von 25.000, 15.000 und 5.000 Euro ausgezeichnet werden. Die Preisverleihung findet im Rahmen der Renexpo 2015 statt. Als Partner und Jurymitglieder unterstützen den Wettbewerb die Industrie- und Handelskammer Schwaben, die Handwerkskammer für Schwaben, die Universität sowie die Hochschule Augsburg, der Bayerische Gemeindetag und die Mediengruppe Pressedruck. Regierungspräsident Karl Michael Scheufele ist Mitglied der Jury. Teilnahmeunterlagen, ausführliche Informationen sowie eine Übersicht der in den früheren Wettbewerben ausgezeichneten Projekte gibt es unter www.lew.de/innovationspreis.

2011 hatten die Lechwerke anlässlich ihres 110-jährigen Unternehmensjubiläums die Auszeichnung erstmals vergeben, 2013 wurde der LEW Innovationspreis zum zweiten Mal ausgeschrieben.

Der 1. Preis ging vor zwei Jahren an die Molkerei Gropper aus Bissingen im Landkreis Dillingen für ihr Projekt „Kälteerzeugung aus Produktionsabwärme“. Den 2. Preis bekam Interquell aus Großaitingen im Landkreis Augsburg für das Projekt „Gekoppelte Strom- und Dampferzeugung mit Mikrogasturbine“. Mit dem 3. Platz wurde das Solarzentrum Allgäu aus Biessenhofen im Landkreis Ostallgäu für das Projekt „Energetische Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen“ ausgezeichnet. Einen Sonderpreis vergab die Jury an die Unger Firmengruppe aus Donauwörth für das Projekt „Energie sparen mit nachhaltigem Estrich-System“. □

VKU-Eckpunkte:

Vermarktung von EEG-gefördertem Grünstrom

Strom aus Anlagen, die nach dem EEG gefördert werden, darf nicht als „EEG-Strom“ verkauft werden, sondern wird in der Stromrechnung lediglich als rechnerischer Anteil ausgewiesen. Selbst wenn das Stadtwerk solche Anlagen selbst betreibt, darf es in der Stromkennzeichnung darauf keinen Bezug nehmen. Vor diesem Hintergrund hat der VKU einen Modellvorschlag entwickelt, der auch kleineren Stromversorgern die Möglichkeit gibt, ihre Kunden ohne großen Aufwand direkt mit „Grünstrom“ zu beliefern. Ansatzpunkt ist das bereits etablierte Herkunftsnachweissystem, das aus Sicht des VKU genutzt werden sollte, um EEG-Strom in der Stromkennzeichnung besser abzubilden.

Im Einzelnen würde die Nutzung von EEG-HKN wie folgt ablaufen:

1. Für jede MWh EEG-Strom, die in Deutschland produziert wird, stellt das Herkunftsnachweisregister einen EEG-HKN aus und verbucht es auf einem zentralen Konto.

2. In einem nächsten Schritt verteilt das Herkunftsnachweisregister die in einem Kalenderjahr generierten EEG-HKN auf alle Stromvertriebe in Relation zu der von ihnen entrichteten EEG-Umlage.

3. Die Stromvertriebe setzen die EEG-HKN für die Stromkennzeichnung ein. Die EEG-HKN dürfen mit sonstigen HKN (für Strom aus nicht-geförderten EE-Anlagen) kombiniert werden. Beträgt der EEG-Anteil bei nicht-privilegierten Kunden z. B. 40 Prozent, muss der Vertrieb nur für die restlichen 60 Prozent HKN kaufen, um 100 Prozent Grünstrom anbieten zu können.

4. Die Stromvertriebe können beim Herkunftsnachweisregister beantragen, im Rahmen der ihnen zustehenden Zuteilungsmenge, EEG-HKN aus ganz bestimmten Anlagen zu erhalten, sofern diese Anlagen in der Direktvermarktung sind. Für die Nutzung dieser Zusatzoption leistet der Vertrieb eine Zahlung an das Herkunftsnach-

weisregister (zur Deckung der administrativen Kosten) und an das EEG-Konto (zur Entlastung der Allgemeinheit).

5. Die restlichen EEG-HKN, die keinem bestimmten Vertrieb zugeordnet sind, werden so verteilt, dass im Ergebnis alle Stromvertriebe die Anzahl an EEG-HKN erhalten, die der von ihnen entrichteten EEG-Umlage entspricht. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Vertriebe, denen keine EEG-HKN aus bestimmten Anlagen zugeordnet wurden, möglichst den durchschnittlichen Mix aus allen deutschen EEG-Anlagen (außer denen, die bestimmten Vertrieben zugeordnet wurden) erhalten.

6. Die Stromvertriebe setzen die EEG-HKN ein, um die Eigenschaft des gelieferten Stroms anteilig durch die Eigenschaft „Erneuerbare Energien, gefördert nach dem EEG“ nachzuweisen.

Ein Vorteil des Modellvorschlags liegt nach VKU-Auffassung darin, dass die Fördersystematik des EEG nicht angetastet wird und keine neuen Fördermechanismen (zum Beispiel optionale Quote wie im Grünstrommarktmodell) eingeführt werden. Zudem findet eine Befreiung von der EEG-Umlage nicht statt. „Damit erspart sich der Verordnungsgeber schwierige bei-

hilfrechtliche Diskussionen mit der EU-Kommission.“

Die Anzahl der EEG-HKN, die einem EVU beziehungsweise einem Stromkunden zugeordnet werden, richtet sich danach, wieviel EEG-Umlage dieses EVU bzw. dieser Stromkunde zahlt. Das Prinzip von Leistung (EEG-Umlage) und Gegenleistung (EEG-Strom) bleibe erhalten. Ein weiterer Vorteil: „Die Einführung von EEG-HKN verbessert die Marktintegration von EEG-Strom, denn es setzt Anreize zur Direktvermarktung.“ Auch werde die Stromkennzeichnung transparenter.

Mit EEG-HKN haben Energieversorger laut VKU die Möglichkeit, ihre Kunden mit EEG-Strom aus ganz bestimmten Anlagen, z.B. Windparks aus der Region, zu beliefern und damit die Akzeptanz von lokalen EEG-Erzeugungprojekten zu fördern. „Da ein Stromlieferant auch in diesem Fall nicht mehr EEG-Strom erwirbt als es der von ihm entrichteten EEG-Umlage entspricht, bleibt der VKU-Vorschlag in der bisherigen Systematik des EEG.“

Durch die Erhebung von zusätzlichen Abgaben für Stromvertriebe, die EEG-HKN aus konkreten Anlagen zugeordnet bekommen, werde außerdem das EEG-Umlagekonto entlastet. Dies führe zu einem volkswirtschaftlichen Vorteil. „Lieferanten, die 100 Prozent Grünstrom anbieten möchten, können den ihnen zustehenden EEG-Stromanteil mit dem Bezug von Strom aus sonstigen erneuerbaren Energien kombinieren. Somit können Stromkunden „Grünstrom made in Germany“ beziehen“, heißt es abschließend. DK



Besuchen Sie uns am 25. Juni 2015 auf dem 8. Energieforum der Bayerischen Gemeindezeitung im Bürgerhaus Garching bei München.

Nehmen Sie die Energiewende in die Hand

Mit dem Energiekredit Kommunal Bayern fördern wir die energetische Sanierung Ihrer Gebäude der kommunalen und sozialen Infrastruktur.

Informieren Sie sich unter www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB 

Deutscher Mühlentag 2015:

„Blaue Energie“ im Blickpunkt

Zahlreiche mit Wasserkraft betriebene Mühlen luden beim Deutschen Mühlentag auch in Bayern zu einem „Tag der offenen Tür“ ein, um der interessierten Öffentlichkeit die Bedeutung, Geschichte und Funktionen der „ältesten Kraftmaschine der Menschheit“ zu präsentieren. Veranstaltet wurde der Deutsche Mühlentag von der Deutschen Gesellschaft für Mühlenkunde und Mühlenerhaltung (DGM) e.V. zusammen mit ihren Landes- und Regionalvereinen.

Zweck des seit 1994 stattfindenden Deutschen Mühlentages ist, die Aufmerksamkeit und das Interesse der Öffentlichkeit auf diese technischen Denkmäler zu lenken, deren Geschichte über 2.000 Jahre zurückreicht. Mühlen gelten als die ältesten Maschinen der Menschheit.

Über 160 Anwendungsbereiche konnten für Mühlen bis heute nachgewiesen werden. Nahezu jede Maschine zur Bearbeitung von (Roh-)Stoffen nutzte ursprünglich als Energiequelle die Naturkräfte Wasser oder Wind. Demzufolge sind Mühlen die (umweltfreundlichen) Vorläufer unserer gesamten Technisierung.

Kleine Wasserkraft

„Am Mühlentag zeigt sich am besten, welche Rolle die sogenannte „Kleine Wasserkraft“ in Bayern spielt“, hob Ludwig Kraus, Präsident des Bayerischen Müllerbundes e.V., hervor. Der Mensch nutzt die treibende Kraft des Wassers bereits seit Jahrhunderten. Beispiele dafür sind die heimischen Mühlen, die mit einer langen Tradition behaftet sind. Nicht selten stand dort, wo heute Strom für die umliegende Bevölkerung erzeugt wird, früher eine Mühle oder ein Sägewerk. Die Betriebsanlagen wurden im Laufe der Zeit mit ihren Mühlbächen zu

wertvollen Bestandteilen unserer Kulturlandschaften.

Stabile Ökostromerzeugung

„Viele dieser kleinen Wasserkraftanlagen sind bis heute in Betrieb und leisten einen wertvollen und regionalen Beitrag zur stabilen Ökostromerzeugung. So ist die Wasserkraft auch heute noch ein wichtiger Baustein der bayerischen Mühlenwirtschaft und trägt dazu bei, mit ökologischer Stromerzeugung heimisches Getreide zu mahlen,“ erklärte Kraus.

Steuereinnahmen für Kommunen

Die Wasserkraft in Bayern hält heimische Wertschöpfungsketten wie im Falle der Mühlen „vom Korn zum Mehl“ aufrecht. Zudem werden örtliche Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert und Steuereinnahmen für Kommunen generiert. Zugleich leistet die Wasserkraft auch einen erheblichen Beitrag zum lokalen Hochwasserschutz und zur Sohl- und Uferstabilisierung.

Beitrag zum Gewässerschutz

Nicht zuletzt werden im Schnitt in Bayern an den etwa 4.150 Wasserkraftanlagen jährlich rund 200.000 m³ Rechengut, in Form

von Zivilisationsabfall und biologisch abbaubarem Material – Äste, Bäume und Laub – bis hin zu Wohlstandsmüll und Schrott aus dem Fluss gefischt. Da das Rechengut in Summe grundsätzlich als Abfall gilt, wird es von zertifizierten Entsorgungsbetrieben fachgerecht sortiert und entsorgt. Somit leistet die Wasserkraft auch einen wichtigen Beitrag zum Gewässerschutz.

WRRL birgt Gefahren

Eine große Gefahr für Wasserkraftwerke und Wassermühlen stellt laut DGM die momentane Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) dar. Diese Richtlinie verfolgt das Ziel, die „lineare Durchgängigkeit der Fließgewässer“ sicherzustellen, also die Entfernung sämtlicher „Querbauwerke“ in den Fließgewässern (dazu gehören

vor allem historische, jahrhundertalte Stauwehre). Den alten Wassermühlen werde damit auf gesetzlicher Grundlage im sprichwörtlichen Sinne das Wasser abgegraben – und zwar für immer.

Aktionstag

Am Aktionstag beteiligten sich Einrichtungen wie das oberbayerische Bauernmuseum Glentleiten und das Fränkische Freilandmuseum Fladungen, wo unter anderem eine umfangreiche Sonderausstellung über das „Mühlenwesen in Franken“ präsentiert wurde. Außerdem öffnete die Hammerschmiede Naichen in Neuburg/Kammel ihre Türen. Hier gab es eine voll betriebsfähige Antriebsanlage der Schmiede mit Turbine (Baujahr 1889) und Transmission (1922) zu sehen.

Mit dem modernen Kleinkraftwerk wird eine umweltschonende Stromgewinnung für den Museumsbedarf erzielt. Darüber hinaus hatte eine Ausstellung im neuen Turbinenhaus über die Nutzung der Wasserkraft gestern und heute geöffnet. **DK**

Investitionszuschüsse für Erdwärmepumpe

Die populäre Idee eines Steuerbonus für Dämm- und Heizungssanierer ist gescheitert, gleichwohl muss die Energiewende endlich auch im Wärmemarkt ankommen. Von vielen unbemerkt hat die Bundesregierung deshalb im Schatten der Steuerdebatte mit der Novellierung des Marktanzreizprogramms (MAP) ein großzügiges Förderprogramm für regenerative Heizungen aufgelegt. Wer seine Heizung auf regenerative Energien umstellt, erhält seit dem 1. April 2015 deutlich höhere Investitionszuschüsse vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).

Erneuerbare Heizungsanlagen, wie Pellets, Solarthermie und Wärmepumpen sollen in den Fokus der Sanierer rücken.

Eine effiziente Erdwärmepumpe, die vom ausgewiesenen Fachmann installiert wurde, wird mit 4.500 Euro Investitionszuschuss gefördert, Luftwärmepumpen erhalten bis zu 1.500 Euro.

Diese Basisförderung kann zusätzlich mit diversen Varianten kombiniert werden, beispielsweise dem Kombinationsbonus bei gleichzeitiger Errichtung einer weiteren regenerativen Heizung (+500 Euro) oder Lastmanagement-Bonus mit SG Ready Label (+500 Euro). Für Optimierungsmaßnahmen wie einem Heizkörperaustausch bekommen Sanierer nochmals 2.250 Euro extra. Schlussendlich kann der tatkräftige Sanierer bis zu 9.500 Euro erhalten.

Innovationsförderung auch im Neubau möglich

Sogar im Neubau können Wärmepumpen, Solarthermie und Pellets gefördert werden, mit dem sogenannten Innovationsbonus. Denn auch hier dominieren nach wie vor die fossilen Heizungen. Das Förderprogramm verfolgt dabei die Maxime „Qualität vor Schnellschuss“. So müssen Bohrunternehmen über eine spezielle Zertifizierung verfügen und eine verschuldensunabhängige Versicherung für eventuelle Schäden abschließen. Auch der von Energieexperten empfohlene Heizungsscheck nach dem ersten Betriebsjahr wird gefördert.

Jetzt liegt es in der Hand des bauwilligen Sanierers, die Fördergelder abzurufen, die Bedingungen sind so günstig wie lange nicht. Das MAP stellt eine attraktive Finanzierungsunterstützung dar. Das ewige Warten und Ausharren auf steuerliche Geschenke muss ein Ende haben.

Der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e.V. ist ein Branchenverband mit Sitz in Berlin, der die gesamte Wertschöpfungskette umfasst: Im BWP sind rund 500 Handwerker, Planer und Architekten sowie Bohrfirmen, Heizungsindustrie und Energieversorgungsunternehmen organisiert, die sich für den verstärkten Einsatz effizienter Wärmepumpen engagieren. **□**

40 Auftritte in der Region

Lerntheater „Energie erleben“ von Energie Südbayern

Mit dem unterhaltsamen Lerntheater „Energie erleben“ hat der regional verwurzelte Energiedienstleister Energie Südbayern ein neues attraktives Bildungsprojekt ins Leben gerufen. Das Ziel: Kindern unterhaltsam und spannend aktuelles Wissen rund um die Themen Energie und Energiesparen zu vermitteln. Mitte Mai fiel der Startschuss des mehrwöchigen Programms – rund 40 Grundschulen in Ober- und Niederbayern besucht das Lerntheater-Team bis Mitte Juli. Den Abschluss bildet ein Schulfest mit dem erfolgreichen Skirennläufer Felix Neureuther, das unter den teilnehmenden Schulen verlost wird.

Die Energie Südbayern GmbH legt als heimatverbundenes Unternehmen großen Wert auf regionales Engagement. Seit über 50 Jahren unterstützt sie Projekte aus den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Soziales und Umwelt. Jüngstes Beispiel ist das Lerntheater „Energie erleben“, das in Zusammenarbeit mit erfahrenen Pädagogen entwickelt wurde und in Form eines 90-minütigen Bühnenprogramms kindgerecht Aufklärungsarbeit in Sachen Energie leistet.

Von Urknall bis Energiesparen

Interaktivität, handlungsorientiertes Lernen und Spaß an der Bewegung stehen dabei im Mittelpunkt. Ausgebildete Pädagogen mit langjähriger Erfahrung in der Schulkommunikation nehmen Kinder der Grundschulklassen 1 bis 4 mit auf eine erlebnisreiche Reise von Urknall und Energie-

Entstehung bis zum Energiesparen daheim.

Schulfest mit Neureuther

Im gesamten Versorgungsgebiet von Energie Südbayern finden bis Mitte Juli 2015 rund 40 Auftritte des Lerntheaters „Energie erleben“ statt. Grundschulen der Region konnten sich bis Anfang März für einen Auftritt des Programms bewerben. Unter allen teilnehmenden Schulen wird darüber hinaus ein von Energie Südbayern ausgerichtetes Schulfest mit dem erfolgreichen Skirennläufer Felix Neureuther verlost, das vor den Sommerferien den Abschluss des Programms bilden wird.

Neureuther, zugleich Markenbotschafter für Energie Südbayern, wird dabei auch sein Brainfitness-Programm „Beweg dich schlau!“ über kindgerechtes Motorik- und Gehirntraining vorstellen. www.esb.de/learntheater **□**

Bayerngas verlässt BDEW

Die Bayerngas GmbH, München, tritt zum 31.12.2015 aus dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBWE) und dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) aus.

Das Unternehmen zieht damit die Konsequenz aus der fehlenden Unterstützung bei gaswirtschaftlichen Themen und der schwachen Wirkung des Verbandes bei der Verankerung der Gaswirtschaft als wichtige Stütze einer zukunftsreichen Energiepolitik. Dies geht laut Bayerngas zulasten einer kosteneffizienten CO₂-Vermeidung und der langfristigen Energieversorgungssicherheit mit Hilfe von Erdgas.

Angesichts der zunehmenden regulierungs- und marktbedingten Segmentierung des Energiegeschäfts gelingt es dem BDEW nicht, die Breite der Branche zu spiegeln und die Interessen über die einzelnen Wertschöpfungsstufen hinweg schlagkräftig zu vereinen.

Die Bayerngas GmbH ist eines der wenigen deutschen Unternehmen, das auf allen Wertschöpfungsstufen Gas tätig ist und deshalb auch nach übergreifenden Lösungen sucht. Angesichts nicht unerheblicher Kosten und des zeitintensiven Engagements sieht die Bayerngas GmbH keinen Sinn mehr in einem weiteren Verbleib im BDEW. **□**

vbw veröffentlicht jetzt monatlich Energiepreisindex

Um der wachsenden Bedeutung der Strom- und Energiepreisentwicklung für die Wertschöpfung am Standort Bayern gerecht zu werden, veröffentlicht die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. künftig monatlich den vbw Energiepreisindex. Dieser misst die Preisentwicklung der wichtigsten Energiearten aus Sicht der bayerischen Unternehmen. 16 Einzelindikatoren fließen in den Index ein.

Für die erste Erhebung hat die vbw die Energiepreise bis zum Jahr 2000 zurückberechnet. Die Entwicklung zeigt, dass sich die Energiepreise derzeit auf einem im Vergleich zu den letzten Jahren niedrigen Niveau stabilisieren: Nach einer längeren Phase des Rückgangs ist der Energiepreisindex im Februar und März leicht angestiegen. Mit einem Niveau von 99,8 Punkten lag er im März 2015 allerdings immer noch 17 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Der leichte Anstieg um 0,3 Prozent im März ist auf die höheren Preise für Primärenergien zurückzuführen. Zu diesen zählen Stein- und Braunkohle sowie Erdöl und -gas. Der Teilindex erhöhte sich um 1,7 Prozent auf 90,3 Punkte. Hier stiegen vor allem die Kosten für Erdöl und Steinkohle. Das Vorjahresniveau des Primärenergie-Preisindex wurde im März

um 26,8 Prozent unterschritten.

Der zweite Teilindex Sekundärenergie ging im Vormonatsvergleich März zu Februar 2015 wieder leicht um 0,8 Prozent auf 109,3 Punkte zurück. Dieses umfasst Preise für Dieseldieselkraftstoff, leichtes und schweres Heizöl, Flüssiggas, Fernwärme und Strom. Während sich Flüssiggas und Diesel verteuerten, sank der Preis für Heizöl. Im Vergleich zum März 2014 liegen die Preise für Sekundärenergie um 6,7 Prozent niedriger. Wegen seiner besonderen Relevanz für den Standort Bayern weist die vbw diesen Wert immer noch einmal gesondert aus. Im März ging der Strompreis um 1,1 Prozent zurück. Daraus lässt sich aber keine Trendwende ableiten, zumal der Strompreis im Gegensatz zu den anderen Energiearten in den letzten Monaten nicht gesunken war. Dieser Kostenfaktor wird mittelfristig weiter steigen. **□**



Energie Südbayern. Regionaler Partner der Kommunen.

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Seit über 50 Jahren Energieversorger der Region.

Unsere Leistungen:

- > Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- > Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- > Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- > Individuelle Beteiligungsmodelle

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

www.esb.de/kommunen

Verlässlicher Energie-Partner vor Ort:

Gemeinde Horgau verlängert Konzessionsvertrag

„Beim Ausbau des Erdgasnetzes haben sich die sehr guten Kontakte und kurzen Wege zu schwaben netz bewährt. Es ist gut, einen Partner zu haben, der vor Ort ist. Daher haben wir entschieden, den Konzessionsvertrag bis 2035 zu verlängern. So ist die Versorgungssicherheit für Horgau gewährleistet“, so Thomas Hafner, 1. Bürgermeister Gemeinde Horgau.

Vor kurzem unterzeichneten Thomas Hafner und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, den neuen Erdgas-Konzessionsvertrag. Damit ist der Energiedienstleister erdgas schwaben mit seiner 100 % Netztochter schwaben netz auch künftig für Planung und Bau des Erdgasnetzes in Horgau verantwortlich.

„Wir freuen uns, dass die Gemeinde Horgau uns weitere 20 Jahre ihr Vertrauen schenkt und wir so das Erdgasnetz beibehalten, weiter betreiben und ausbauen können“, so Uwe Sommer.

Zur Vertragsunterzeichnung gratulierte auch Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben: „Mit der Entscheidung

für Erdgas hält sich Horgau alle Möglichkeiten für die Energieversorgung der Zukunft offen! Für alle Entwicklungen auf dem Energiemarkt stehen wir als starker Partner an der Seite unserer Kunden.“

Die Gemeinde Horgau im Landkreis Augsburg beheimatet rund 2.600 Einwohner. Die ersten Erdgas-Leitungen wurden 1996 in Horgau verlegt, als einer der ersten Kunden entschied sich die Firma MAPAG-Linde (heute Metso) für den klimafreundlichen Energieträger. Danach erfolgte der weitere Ausbau des Erdgas-Netzes und

der Anschluss der Ortsteile Auerbach (1998) und Bieselbach (2009) sowie die Einbindung der Baugebiete Heuweg (2008), Bahnhofstraße (2014) und Westliche Hauptstraße (2014). Heute versorgt das Erdgasnetz in Horgau 550 Haushalte mit Energie und Wärme.

Aktuell sind 185 Städte und Gemeinden an 6.000 km Erdgasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen wie private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben. Erdgas ist heute Wunschenergie Nr. 1: Über 75 % aller Bauherren wünschen Erdgas, erdgas schwaben investiert jährlich 10 Millionen Euro in erneuerbare Energien.

Seit 2014 produziert die Power-to-Gas-Anlage, an der erdgas schwaben maßgeblich beteiligt ist, Wasserstoff, der ausschließlich von erdgas schwaben vertrieben wird. Erdgas ist der Partner der er-



Von links: Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, Thomas Hafner, 1. Bürgermeister Gemeinde Horgau, und Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben. Bild: erdgas schwaben

neuerbaren Energien und lässt alle Zukunftsoptionen zu – sei es schwäbisches Bio-Erdgas oder Wasserstoff, erdgas schwaben ist

Vollsortimenter im Energieangebot: Erdgas, Bio-Erdgas, Strom, Bio-Strom, Wasserstoff sowie Contracting. □

Beim Bahnstrom-Kraftwerk Ingolstadt:

Moderne Fischaufstiegsanlage offiziell in Betrieb

Ökologische Durchgängigkeit an der Donau jetzt bei annähernd 130 Flusskilometern

Vor kurzem ist die neue Fischaufstiegsanlage beim Bahnstrom-Kraftwerk Ingolstadt ihrer Bestimmung übergeben worden. Der Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Ministerialdirektor Dr. Christian Barth, nahm die hoch moderne Fischaufstiegsanlage der Donau-Wasserkraft AG (DWK) zusammen mit dem Ingolstädter Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel, Professor Dr. Albert Göttele, Präsident des Landesfischereiverbands Bayern e.V. und Werner Raithmayr, Geschäftsführer der DB Energie GmbH, offiziell in Betrieb.

Die DWK-Vorstände Peter Fösel und Stefan Meyer sowie Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG und Karl-Heinz Straßer, Leiter Wasserkraft Deutschland Mitte der E.ON Kraftwerke GmbH, „assistierten“ tatkräftig beim Druck auf den blauen Knopf. Dadurch wurde eines der vier Absperrschütze, die den Wasserzulauf in die Fischaufstiegsanlage regulieren, nach oben gefahren, so dass das Donauwasser in die Fischwanderhilfe einströmen konnte und nun die Schwimmbahn für die Donaufische frei war.

„Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit unserem Projektleiter E.ON Kraftwerke nach rund 11-monatiger Bau- und intensiver Erprobungszeit heute dieses ökologisch vorbildliche Projekt offiziell abschließen können“, begrüßte Peter Fösel, Vorstand der Donau-Wasserkraft AG und Prokurist bei der Rhein-Main-Donau AG, die zahlreichen Gäste aus Politik, Wirtschaft, Behörden und Medien. „Als Bauherr haben wir rund 1,6 Millionen Euro für dieses Öko-Projekt aufgewandt. Es ist ein Musterbeispiel für die zeitgemäße Umsetzung der Europäischen

Wasserrahmenrichtlinie zur Herstellung eines guten ökologischen Zustandes von Gewässern auf dem derzeit aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik“, erläuterte Fösel und ergänzte: „E.ON (0,75 Prozent) und Rhein-Main-Donau AG (99,25 Prozent) als Eigentümer der Donau Wasserkraft AG ist es ein zentrales Anliegen, Ökologie und Ökonomie bei der Nutzung der Wasserkraft in Einklang zu bringen. Mit dieser neu errichteten Fischaufstiegsanlage in Ingolstadt ist das erneut gelungen.“ Fösel dankte allen Beteiligten für das gelungene Ergebnis und vor allem die unfallfreie Durchführung des Projekts.

Besonders hob er die Rolle der Mitarbeiter des Betriebsführers E.ON Kraftwerke GmbH und dessen Projektleiterin Uta Mentz hervor. „Unser herzlicher Dank gilt insbesondere auch den zuständigen Ämtern und Behörden sowie der Fischerei und allen anderen Partnern für die konstruktive Hilfe und positive Begleitung. Nur so war es möglich, dieses Musterbeispiel für die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie bei der Nutzung der regenerativen Wasserkraft zu verwirklichen. An un-

seren Kraftwerken an der Donau gehen Stromerzeugung aus Wasserkraft, Gewässerökologie und Fischschutz Hand in Hand, so dass wir nun eine Gewässerdurchgängigkeit für flussaufwärts wandernde Wasserlebewesen von fast 130 Flusskilometern zwischen dem Kraftwerk Geisling (südöstlich von Regensburg) und dem Kraftwerk Bittenbrunn bei Neuburg erreicht haben. Am Kraftwerk Bertoldsheim wird noch in diesem Herbst mit dem Bau der Fischaufstiegsanlage begonnen und am Kraftwerk Bittenbrunn erfolgt der Bau der Fischaufstiegsanlage in Verbindung mit dem Bau des Flutpolders Riedensheim ab dem Jahr 2018. Damit ist dann die DWK-Kraftwerkskette komplett für Fische durchgängig“, so Fösel.

Der Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Ministerialdirektor Dr. Christian Barth, hob in seiner Festansprache die Bedeutung einer ökologischen Wasserkraftnutzung für den Freistaat Bayern hervor. „Bayern ist mit derzeit rund 13 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr traditionell und nach wie vor Deutschlands Wasserkraftland Nummer 1. In Bayern bildet die Wasserkraft mit einem Anteil von rund 41 Prozent ungebrochen das Rückgrat der regenerativen Stromerzeugung. Wir müssen bei der Energiewende Ökologie und Wirtschaftlichkeit in Einklang bringen. Hierfür ist die neue Fischaufstiegsanlage beim Ingolstädter Donaukraftwerk ein hervorragendes Beispiel.“

Professor Dr. Albert Göttele, Präsident des Bayerischen Landesfischereiverbands, hob in seinem Grußwort die Wichtigkeit einer gemeinsamen Lösungssuche von Fischerei und Unternehmen hervor: „Wir freuen uns, dass das gemeinsame Arbeiten für eine verbesserte Durchgängigkeit auf fruchtbaren Boden fällt. Hier in Ingolstadt haben wir jetzt ein gutes Beispiel für eine Fischaufstiegsanlage.“

Besonders gelungen sei in Ingolstadt die Kombination von Natur und Technik, die den Fischen jetzt ermögliche, vom fast acht Meter tiefer gelegenen Unterwasser gefahrlos in den Staubebereich zu gelangen und einen strukturalmen Entwässerungsgraben durch Modellierungsmaßnahmen in ein funktionierendes Ökosystem zu verwandeln, das diesen Namen auch verdient. „Gleichwohl bleibt zu hoffen, dass wir in der Zukunft gemeinsam genauso überzeugende Lösungen für einen gefahrlosen Fischabstieg finden und realisieren können“, betonte Göttele.

Werner Raithmayr, Geschäftsführer bei der DB Energie GmbH



Mit dem Druck auf den blauen Knopf wurde die Fischaufstiegsanlage in Betrieb gesetzt. Von rechts: Tanja Schorerer-Dremel, MdL und stv. Landrätin von Eichstätt, Dr. Christian Lösel, Oberbürgermeister von Ingolstadt, Roland Weigert, Landrat von Neuburg-Schrobenhausen, Karl-Heinz Straßer, Leiter Wasserkraft Deutschland Mitte der E.ON Kraftwerke GmbH, Prof. Dr. Albert Göttele, Präsident des Landesfischereiverbands Bayern, Dr. Christian Barth, Ministerialdirektor und Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Stefan Meyer, Technischer Vorstand der Donau-Wasserkraft AG, Peter Fösel, Kaufmännischer Vorstand der Donau-Wasserkraft AG, Werner Raithmayr, Geschäftsführer der DB Energie GmbH, Dr. Albrecht Schleich, Vorstand RMD AG. Bild: TvH

und verantwortlich für den Geschäftsbereich Technik und Energienetze, wies darauf hin, dass die Ursprünge des elektrischen Zugbetriebs eng mit der Entwicklung der Wasserkraft verknüpft sind. Technik und Natur müssen keine Gegensätze sein, wie das Beispiel des Donaukraftwerks Ingolstadt zeigt. Millionen Fernverkehrskunden in den Zügen der Deutschen Bahn reisen in Deutschland bereits mit 100 Prozent Ökostrom. „Die fünf Bahnstrom-Kraftwerke der Donau-Wasserkraft AG hier in Bayern leisten mit ihren durchschnittlich 640 Millionen Kilowattstunden ökologischer Stromerzeugung pro Jahr einen wesentlichen Beitrag zum Nachhaltigkeitsanspruch der Deutschen Bahn im Schienenverkehr“, erklärte Raithmayr.

Ingolstadts OB Dr. Christian Lösel beglückwünschte die Do-

nau-Wasserkraft AG, deren Muttergesellschaften Rhein-Main-Donau AG und E.ON sowie die weiteren Beteiligten zu dem gelungenen Ökologie-Projekt: „Ich freue mich, dass wir in einem der wichtigsten und größten Naherholungsgebiete unserer Stadt eine weitere Attraktion hinzubekommen haben. Dank der Bauweise der Fischaufstiegsanlage können hier die Bürgerinnen und Bürger die gelungene Kombination aus Technik und Natur jederzeit erleben. Wir wünschen uns, dass die Fische und Wasserlebewesen den neu geschaffenen, fast einen Kilometer langen Lebensraum im ökologisch umgestalteten Umgebungsgewässer zahlreich annehmen. Dazu wünsche ich der Anlage störungsfreien Betrieb und freue mich über den gelungenen Beitrag zur ökologischen Aufwertung unserer Donau-Auen.“

„Wenn die Ingolstädter Fischaufstiegsanlage ab jetzt ihren wichtigen Umweltbeitrag leistet, profitieren Menschen und Fische bzw. Wasserlebewesen gleichermaßen“, freute sich Karl-Heinz Straßer, Leiter Wasserkraft Deutschland Mitte der E.ON Kraftwerke GmbH, und erläuterte: „Mit der heutigen Inbetriebnahme der Anlage haben wir einen weiteren wichtigen Schritt vollzogen, unserer Verantwortung für die Umwelt als großer Wasserkraftbetreiber in Bayern gerecht zu werden und unseren Beitrag für eine ökologische Durchgängigkeitsverbesserung an unseren rund 100 Kraftwerksstandorten in Bayern zu leisten“. Straßer betonte, dass eine solche Aufgabe auch unter Wirtschaftlichkeitsaspekten eine langfristige Aufgabe ist, die in Summe einen knapp dreistelligen Millionenbetrag kosten wird. □

Strom und Wärme selbst gemacht

Mikro-BHKW, das Kraftwerk für zuhause

Geld sparen, Klima schonen mit Erdgas // Bio-Erdgas

erdgas schwaben

Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de



Biomasse-Heizkraftwerk in Buchenbach:

Wärmerückgewinnung aus Rauchgasen

Eine Effizienzsteigerung von bis zu 25 Prozent, eine deutliche Einsparung von CO₂-Emissionen sowie eine Erhöhung der Produktionskapazitäten auf Kundenseite: Das sind die Ergebnisse einer Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerkes der Dold Holzwerke am Standort Buchenbach. Nach nur fünfmonatiger Bauzeit konnte dort eine neue Rauchgaskondensationsanlage in Betrieb genommen werden. Seit 2001 betreibt die STEAG New Energies auf dem Werksgelände ein Biomasse-Heizkraftwerk.

Das Biomasse-Heizkraftwerk produziert auf Basis erneuerbarer Energien Strom, der in das öffentliche Netz gespeist wird, und Wärme, die bei den Dold Holzwerken zur Holzverarbeitung und Pelletproduktion benötigt wird. „Durch die Erweiterung um die neue Rauchgaskondensationsanlage werden hohe energetische Nutzungsgrade erreicht“, erklärt Thomas Billotet, technischer Geschäftsführer der STEAG New Energies. Die Anlage verringert die Rauchgastemperatur von ca. 170° C auf ca. 45° C und ermög-

licht dadurch eine mehr als 90-prozentige Energieausnutzung des eingesetzten Brennstoffs. „Energieeffizienz, nachhaltiger Einsatz von erneuerbaren Energien und dezentrale Energien sind Kernkompetenzen der STEAG New Energies“, erläutert Thomas Billotet weiter. „Die erfolgreiche Umsetzung dieses Projekts mit unserem langjährigen Partner ist ein weiterer Meilenstein in der Zusammenarbeit.“

Auch für den technischen Geschäftsführer der Dold Holzwerke Herbert Dold liegen die

Vorteile klar auf der Hand: „Wir benötigen für die Produktion unserer Holzpellets eine große Wärmemenge, so dass sich die Investition in die neue Rauchgaskondensationsanlage durch die erhöhte Wärmeleistung ohne zusätzlichen Brennstoffbedarf zeitnah amortisiert.“

Steigerung der Produktion

Im Biomasse-Heizkraftwerk der STEAG New Energies, be-

Windpark 'Tannberg-Lindenhardt':

Offizielle Eröffnung

Lindenhardt/Creußen -Südlich von Bayreuth wurde nunmehr der Windpark 'Tannberg-Lindenhardt' eingeweiht. Die vier Windkraftanlagen, die mit einer Gesamtleistung von zwölf Megawatt bis zu 8.000 Haushalte versorgen können, sind seit September 2014 in Betrieb. Eigentümer des 20-Millionen-Projekts sind die REWAG, die BEW und die Bayernwerk Natur GmbH. Sie haben den Windpark schlüsselfertig vom Regensburger Unternehmen Ostwind erworben, das für die Betriebsführung verantwortlich bleibt.

In seiner Rede unterstrich Landwirtschaftsminister Helmut Brunner, die Bedeutung von Projekten wie dem Windpark im Lindenhardt Forst für den ländlichen Raum. „Egal, ob Energie aus Biomasse, Photovoltaik, Wind oder Wasser: Regenerative Energien werden im ländlichen Raum erzeugt. Sie schaffen dort wichtige Arbeitsplätze und Wertschöpfung“, sagte der Minister. „Vor allem aber sind sie eine Möglichkeit, Energie dort zu produzieren, wo sie gebraucht wird – dezentral, ohne Großanlagen mit langen Transportwegen und ohne Fernleitungsnetze.“

Konsequente Unternehmensstrategie

Für den REWAG-Vorstandsvorsitzenden Olaf Hermes ist die Inbetriebnahme des Windparks eine konsequente Fortsetzung der Unternehmensstrategie, die Energie-Eigenerzeugung durch regenerative und effiziente Anlagen weiter auszubauen: „Unsere Zielstellung für die nächsten Jahre ist die Erhöhung der selbst erzeugten Energie auf 40 bis 50 Prozent – bezogen auf den Privatkunden-Absatz. Mit unserem 70-prozentigen Anteil am Windpark 'Tannberg-Lindenhardt' steigt die Menge allein an eigenerzeugter Windenergie ab 2015

trieben durch die Dold Holzwerke, werden Sägehölzer und Späne verbrannt, wobei das im Brennstoff befindliche Wasser verdampft. In der Vergangenheit wurden diese heißen Rauchgase in die Atmosphäre abgeführt. Durch die neue Rauchgaskondensationsanlage werden die rund 170° C heißen Rauchgase mit dem darin befindlichen Wasserdampf nun kondensiert und somit ein Großteil der Wärme zurückgewonnen. Diese Wärme wird in ein neu gebautes Niedrigtemperatur-Fernwärmenetz eingespeist und von den Dold Holzwerken ganzjährig genutzt. Auf diese Weise ergibt sich im Jahresmittel eine Steigerung der Wärmeproduktion von ca. 20.000 MWh bei gleichem Brennstoffeinsatz.



Effizienzsteigerung bis zu 25 Prozent: Die neue Rauchgaskondensationsanlage am Holzwerk Dold.



Los geht's: Bei der feierlichen Eröffnung haben Investoren, Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und Ehrengäste den symbolischen Startknopf für den Windpark 'Tannberg-Lindenhardt' südlich von Bayreuth gedrückt.

insgesamt auf rund 70 Millionen Kilowattstunden“. Das Unternehmen realisierte 2014 rund 20 Projekte im Bereich der zentralen und dezentralen Energie-Eigenerzeugung.

Lohnendes Projekt

Wegweisend für die BEW nannte deren Geschäftsführer Jürgen Bayer die Beteiligung an Tannberg-Lindenhardt. „Das Projekt ist für uns finanziell fordernd, was sich aber auszahlen wird. Wirtschaftlich, vor allem aber für die Umwelt.“ Längst sei klar, dass sich die Energieerzeugung verändern muss. „Dieser Maxime folgen die Stadtwerke Bayreuth bei ihren Erzeugungsprojekten – vom mit Biogas betriebenen Blockheizkraftwerk bis hin zu diesem Windpark“

Mit Mut und Beharrlichkeit

Das Bayernwerk setzt mit seiner Tochter Bayernwerk Natur ebenfalls auf dezentrale, regenerative Energien. „Bislang waren Kraft-Wärme-Kopplung, Geothermie und Bioenergie unsere wesentlichen technologischen Grundlagen. Mit dem Windpark 'Tannberg-Lindenhardt' nutzen wir erstmals auch die Windkrafttechnologie“, erklärte Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayern-

werk AG. Das Energiesystem von morgen werde kleinteilig und dezentral sein. Die Umsetzung erfordere Mut, Entschlusskraft und Beharrlichkeit. „Der Windpark 'Tannberg-Lindenhardt' ist eine dieser vielen wichtigen Etappen auf der spannenden Reise in unsere gemeinsame Energiezukunft“, stellte Gotzel fest.

Regionale Verteilnetze

An einem Tag, der ganz im Zeichen der dezentralen Erzeugung stand, wies der Vorstandsvorsitzende auch auf die wichtige Rolle der regionalen Verteilnetze hin. „Die dezentrale Energieerzeugung und das regionale Verteilnetz sind zwei Systemkomponenten der Energiewende, die im Einklang stehen müssen. Ohne moderne und leistungsfähige Netze erreicht die Erneuerbare Energie nicht erzeugungsnah die Verbraucher. Die Gestaltung der Energiezukunft bedeutet einen Umbau des Gesamtsystems“, hielt Reimund Gotzel fest.

Für die Geschäftsführer der OSTWIND-Gruppe, Dr. Rolf Bungart und Jörg Zinner, ver-

Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Die Nutzung der Windenergie über dem Wald bedeute „Nachhaltigkeit und Klimaschutz im doppelten Sinn“, so Bungart – „auf gleicher Fläche und zur gleichen Zeit“. Er dankte der Regierung von Oberfranken und dem Landratsamt Bayreuth, dass der Windenergie hier schon sehr früh und konsequent der notwendigen „substanzielle Raum“ zugestanden worden sei – „und zwar mit realistischen Abstandskriterien“.

Terminhinweis:

23. C.A.R.M.E.N.-Symposium in Straubing

Am 6. und 7. Juli 2015 findet im Hotel ASAM in Straubing das 23. C.A.R.M.E.N.-Symposium statt. „Erneuerbare – Rohstoffe und Energie sicher und effizient“ lautet das Thema.

Die Veranstaltung beginnt am Montag, den 6. Juli 2015 um 10 Uhr mit einem gemeinsamen Fachplenum. Montagnachmittag, Dienstagvormittag sowie Dienstagnachmittag finden jeweils vier Fachblöcke parallel statt. Das Symposium richtet sich an Vertreter von Unternehmen, Kommunen, Behörden, Forschungseinrichtungen, Land- und Forstwirte, Banken, Stadtwerke, Energieversorger und Berater, Planungsbüros, Journalisten und alle fachlich Interessierten.

Redner des diesjährigen Fachplenums sind Ministerialdirektor Franzjosef Schaffhausen, Leiter der Abteilung Klimaschutzpolitik, Europa und Internationales im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, der über das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 referiert sowie Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V., der das Thema „Die Energiewende ist mehr als ein Förderprogramm!“ vorstellt.

Sowohl Chancen und Strategien der zukünftigen Energieversorgung als auch Konzepte zu deren Umsetzung werden an zwei Tagen in Straubing thematisiert, denn aktuelle Diskussionen und Entwicklungen werfen die Frage auf, wie es in Zukunft mit den Erneuerbaren weitergeht. Am Montagnachmittag stellen namhafte Energieversorger wie Bayernwerk, Vattenfall, Stadtwerke München und Lechwerke ihre Zukunftsstrategien vor. Am Dienstagvormittag wird im Block „Energieeffizienz optimieren – Kosten sparen“ über Finanzierungsmöglichkeiten von Effizienzmaßnahmen, Einsparpotenziale in Unternehmen und die Förderung von Energieeffizienznetzwerken von Kommunen diskutiert.

„Herausforderung Netzinfrastruktur“ steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Möglichkeiten der KWK als substanzieller Bestandteil der Energiewende und Wege zum Holzbau runden den Vormittag ab. Ob E-Mobilität oder Car-Sharing, wie die Mobilität von morgen aussieht und welche neuen Stromvermarktungsmodelle zukunftsfähig sind, wird am Nachmittag diskutiert.

Wir bewegen – mit Wind und mehr!

Dezentrale, erneuerbare Energien in Partnerschaft mit Kommunen, Stadtwerken und der Industrie:

Contracting, KWK, Fernwärme, Windenergie, Bioenergie, Geoenergie

Besuchen Sie uns!
Bayerisches Energieforum,
25. Juni 2015,
Bürgerhaus, Garching

STEAG New Energies GmbH
St. Johanner Straße 101-105
66115 Saarbrücken
Telefon +49 681 9494-9111
info-newenergies@steag.com

www.steag-newenergies.com

steag

Donaukraftwerk Jochenstein:

Einweihung Erlebnislehrpfad beim Haus am Strom

VERBUND fertigte ein Laufwasserrad zur anschaulichen Darstellung von Strom aus Wasserkraft

VERBUND, Österreichs führendes Stromunternehmen und Betreiber der Wasserkraftwerke an Inn und Donau, hat anlässlich der Einweihung des Erlebnislehrpfades beim Haus am Strom in Jochenstein in seiner Lehrwerkstätte in Töging ein Modell-Laufrad für einen Erlebnislehrpfad anfertigen lassen. Fünf Lehrlinge arbeiteten selbstständig an dem maßstabsgetreuen Mini-Laufrad mit Tongenerator und bauten in ca. 30 Stunden die Maschine, die nun im Gelände rund um das Haus am Strom aus der Kraft des Wassers ein akustisches Signal erzeugen kann.

Die bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf, Landrat Meyer und Landrat-Stellvertreter Raimund Kneidinger sowie Zentrumsleiter Ralf Braun-Reichert, Untergriesbachs Bürgermeister Hermann Duschl und VERBUND-Vertreter Herfried Harreiter und der Werksgruppenleiter Karl Maresch eröffneten den Erlebnislehrpfad rund um das Haus am Strom und würdigten diesen als wertvolle Bereicherung für die Umweltbildungsstätte.

„Wir leben in harmonischer Nachbarschaft und einer aktiven Partnerschaft mit dem Haus am Strom“, so Herfried Harreiter bei der Eröffnung des Erlebnislehrpfades. „Wir haben bereits 1997 das Grundstück für die Errichtung des Haus am Strom und 2011 für die Innengestaltung ein Energiemanagementspiel zur Verfügung gestellt und sind stolz, dass wir nun auch den Erlebnislehrpfad mit einem Modell-Laufrad wesentlich mitgestalten dürfen. Dies war neben den umfangreichen Prüfungen und Ausbildungsmodulen ein kleines Zusatzprojekt für unsere fünfköpfige Lehrlingsmannschaft aus der Lehrwerkstätte Töging, die ihre Ausbildung in praktischer Hinsicht ein wenig bereicherte. „Die Burschen waren begeistert, ein Projekt dieser Art selbstständig durchführen zu dürfen“, lobt Harreiter den VERBUND-Nachwuchs.

In rund 30 Stunden fertigten die Lehrlinge in der Lehrwerkstätte Töging selbstständig unter fachkundiger - Anleitung des Ausbildungsmeisters Marco Eder und mit eigenen Ideen das Modell-Laufrad mit Tongenerator an. Zu fünf arbeiteten die Burschen an den verschiedenen Teilen wie Wasserstauschild, Laufrad, Lagerböcke, bis sie die Oberfläche der kleinen Turbine mittels Glasperlenstrahlen behandelten, um sie anschließend zusammenzubauen und verschweißen zu können. Zusätzlich wird noch ein Tongenerator installiert, damit auch hörbar wird, was in der Kraft des Wassers steckt. Die fünf Lehrlinge im vierten Lehrjahr, Christian Kainz, Anton Kaltenecker, Christian Preis, Moritz Schildhauer und Sebastian Splitter, konnten bei diesem Zusatzprojekt alles in den vier Lehrjahren Gelernte gut umsetzen.

„Diese Arbeiten erforderten ein ziemliches Geschick: Präzision, sichere Bedienung der Maschinen, saubere Arbeit. Das Laufrad musste millimetergenau gearbeitet werden, damit es erstens in die Rinne passt und zweitens überhaupt zusammengebaut werden kann“, erzählt Lehrling Christian Kainz vom Donaukraftwerk Jochenstein, der auch das Laufrad mit Tongenerator beim Erlebnislehrpfad einbauen darf. Mehr zur Projektarbeit Modell-Laufrad ist in

unserem Blog zu lesen: www.verbund.com/bg/de/blog/2015/04/23/haus-am-strom-mini-laufrad

Während der vier Jahre dauernden Lehrzeit erlernen die Auszubildenden gleich zwei Berufe. Im Rahmen der Lehre Elektrotechnik für Betriebstechnik und Maschinen- und Anlagenführer beginnen die künftigen Fachkräfte zunächst mit einfachen Schaltungen. Sehr rasch werden ihnen die wichtigen Schutzmaßnahmen vermittelt. Im dritten Lehrjahr dreht sich dann alles um Digital- und Analogtechnik. Für die Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer stehen die modernsten Maschinen zur Verfügung. Metallbearbeitung und die dafür nötigen Techniken werden erarbeitet. Hinzu kommen die für die Arbeit bei VERBUND nötigen Spezialkenntnisse. Besonders wichtig: Bereits ab dem zweiten Lehrjahr erwerben die Lehrlinge bei VERBUND das nötige Praxiswissen in den Kraftwerken. Dort stehen ihnen erfahrene Kraftwerker zur Seite und sorgen dafür, dass die jungen Kollegen sehr bald selbst Hand anlegen können.

Das VERBUND-Donaukraftwerk Jochenstein erzeugt Strom aus der Region für die Region. Rund 850 Mio. Kilowattstunden Strom reichen zur jährlichen Versorgung von ca. 243.000 Privathaushalten. Im Vergleich zu einem modernen Steinkohlekraftwerk können damit über 680.000 Tonnen CO₂ vermieden werden. Das Donaukraftwerk Jochenstein ist nicht nur Stromerzeuger sondern verlässlicher Partner der Grenzregion.

Weitere Informationen unter www.verbund.com/jochenstein



Freie Hand hatten „Die Bunten“ bei der Gestaltung eines swa-Technik-Gebäudes; mit Energie, Wasser oder Verkehr sollte das Motiv allerdings in Verbindung stehen.

swa Graffiti-Projekt:

Schüler besprühen swa Stromstation

Im Rahmen des swa Graffiti-Projekts bekommen immer mehr Technikgebäude der Stadtwerke Augsburg ein kreatives buntes Aussehen. Jetzt haben 15 Schüler des Jakob-Fugger-Gymnasiums ein Technikgebäude vor ihrer Schule mit Graffiti gestaltet (siehe Bild).

Gemeinsam und unter Anleitung von Christian Ostler, Aron Roßner und Sophie Te vom Graffiti-Verein „Die Bunten e.V.“ sowie dem Kunstlehrer Robin Högl haben die Schüler zunächst in einem Workshop im Rahmen des Kunstunterrichts die Motive für die Gestaltung entwickelt. Im Mai wurde schließlich zur Spraydose gegriffen und das Motiv auf der Hauswand umgesetzt.

Vorbeugen gegen illegale Sprayer

In Kooperation mit dem Verein „Die Bunten e.V.“ haben die swa vor drei Jahren das Graffiti-Projekt gestartet, um illegales Besprühen der rund 500 Technikgebäude vorzubeugen und die oftmals verunstalteten Fassaden kreativ zu gestalten. Bei den legalen Sprüh-Aktionen der swa werden gemeinsam mit

Gruppen wie etwa dem FCA- oder AEV-Fanprojekt, Jugendzentren oder Schulklassen die Motive in Workshops entwickelt und anschließend auf dem Gebäude umgesetzt.

Die nächste Planung steht

Für die Gestaltung lassen die Stadtwerke den Bunten und Teilnehmern weitgehend freie Hand. Die Motive sollen etwas mit den Stadtwerken, also mit Energie, Wasser oder Verkehr zu tun haben, sich in die Umgebung einpassen und dürfen natürlich nicht anstößig oder beleidigend sein. Mittlerweile wurden 15 Gebäude im Rahmen des swa Graffiti-Projekts gestaltet. Der nächste Workshop ist schon in Planung: Mit Jugendlichen aus Oberhausen wird ein Gebäude am Drentwettweg gestaltet. In diesem Jahr sind vier Aktionen vorgesehen.

25 Prozent weniger Elektrizität aus Gaskraftwerken in Bayern in 2014

Bayerische Energieversorger erzeugen immer weniger Strom

Die für die öffentliche Stromversorgung zuständigen Energieversorgungsunternehmen in Bayern haben 2014 gegenüber dem Jahr 2010 rund 18 Prozent weniger Strom erzeugt. Der Rückgang 2014 ist – wie bereits im Jahr zuvor – insbesondere bei der Stromerzeugung aus Erdgas dramatisch und zeigt auf, mit welchen wirtschaftlichen Problemen diese Anlagen weiterhin zu kämpfen haben. „Wir brauchen diese Anlagen aber, denn sie garantieren unsere Versorgung immer dann, wenn der Strom aus Sonne und Wind nicht zur Verfügung steht“, erklärte Wolfgang Brandl, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

Im Jahr 2010 haben die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung noch rund 73.000 Millionen kWh erzeugt. Im Jahr 2014 waren es nach der Erhebung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung noch rund 60.200 Millionen kWh. Maßgeblich dafür sind das Abschalten des Kernkraftwerkes Isar 1 im Jahr 2011 und der Rückgang der Stromerzeugung aus Erdgas insbesondere in den Jahren ab 2012. Allein Erdgas trug im letzten Jahr mit rund 1.500 Millionen kWh (minus 25 Prozent) weniger zur Stromerzeugung bei.

Bei der Stromerzeugung der weiteren Energieträger ist die Wasserkraft besonders beachtenswert. Im Vergleich zum sehr guten Wasserkraftjahr 2013 erzeugten die bayerischen Wasserkraftwerke 2014 aufgrund der deutlich geringeren Niederschläge und der nahezu ausgefallenen Schneeschmelze rund 2.000 Millionen kWh (minus 17 Prozent) weniger Strom (s. Grafik).

Zum Stromverbrauch liegen noch keine amtlichen statistischen Zahlen vor. Er dürfte in Bayern im letzten Jahr hingegen nur geringfügig zurückgegangen sein. Die

„fehlenden“ Strommengen werden beispielsweise von Landwirten und Bürgern mit Biogas- und Photovoltaikanlagen in das Stromnetz eingespeist oder aus anderen Ländern über Stromleitungen importiert. Es wird aber auch immer mehr Strom beispielsweise von der Industrie und privaten Haushalten selbst erzeugt und gleich vor Ort verbraucht, da dieser – im Unterschied zum Strombezug aus dem Netz – derzeit regelmäßig frei von Steuern, Abgaben, Umlagen und Netzentgelten ist.

Fundamentale Veränderung der Struktur

Ende Mai 2015 geht als nächstes das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz. Damit fehlen der öffentlichen Stromversorgung jährlich weitere bis zu 10.000 Millionen kWh Strom. Spätestens bis 2022 gehen mit den Kernkraftwerken Gundremmingen (2 Blöcke) und Isar 2 weitere rund 30.000 Millionen kWh vom Netz. Damit haben die bayerischen Elektrizitätserzeuger in 10 Jahren dann rund zwei Drittel ihrer angestammten Stromproduktion verloren. „Es wird

große Anstrengungen erfordern, diese Lücke unter Aufrechterhaltung von Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltfreundlichkeit schließen zu können. Wer dabei nur auf heimische Sonne, Wind und Biomasse setzt, gibt sich einer Illusion hin“, sagte Wolfgang Brandl.

Die Sicherstellung der Stromversorgung zu jeder Zeit eines hochentwickelten Landes mit einer leistungsfähigen Industrie- und Dienstleistungsstruktur wie in Bayern ist vor allem eine komplexe technische Aufgabe. Zunehmend bestimmt aber die Bürokratie das Tagesgeschäft der bayerischen Energieversorger. Allein für die bürokratische Abwicklung der Förderung der fast 500.000 Anlagen, die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert werden, beschäftigen die zuständigen Stromnetzbetreiber rund 1.000 hochqualifizierte Mitarbeiter.

„Lag die Verantwortung für eine sichere Stromversorgung früher auf wenigen Schultern, so erzeugen jetzt in Bayern auch mehrere 100.000 Bürger ebenfalls Strom und verbrauchen diesen selbst. Aber allen sollte klar sein, dass sie damit auch eine Verantwortung für das Gesamtsystem übernehmen und es nicht ausschließlich um die Optimierung der privaten Stromrechnung zu Lasten Dritter gehen kann. Denn wenn immer weniger Stromkunden immer mehr Belastungen zahlen, ist dies eine besorgniserregende Entwicklung“, unterstrich Wolfgang Brandl abschließend.



Gut versorgt mit Flüssiggas auch in Überschwemmungsgebieten

Mit dem Konzept „Kommunale Gasversorgung“ bietet Tyczka Totalgaz Gemeinden ein Gasnetz an, das aus einem zentralen Tank gespeist wird. Eine Versorgung mit Flüssiggas funktioniert wie Erdgas – ohne Einschränkungen.

Ein moderner Gasanschluss ist ein klarer Standortvorteil und belebt Konjunktur und Stadtentwicklung.

Energieversorgung mit Gütesiegel

Als erstes Flüssiggas-Unternehmen bundesweit erhielt Tyczka Totalgaz 2012 die Zertifizierung zum „Technischen Sicherheitsmanagement (TSM)“.



Haben Sie Fragen zu Flüssiggas als Energieversorgung?



Sprechen Sie uns an, wir beraten Sie mit Energie!

Tyczka Totalgaz GmbH
Ulrich Fischer
Mobil 0172 9541496
ulrich.fischer@tytogaz.de

Tyczka TOTALGAZ
Energie. Kompetenz. Effizienz.

www.oeffentlicher-energieversorger.de

Kommunalpolitik im Herzen der Energiewende

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises Deggendorf besuchten das Bayernwerk-Umspannwerk in Plattling

Plattling. Der Umbau des Energiesystems findet überwiegend in den ländlichen Regionen des Freistaats statt. Dort entstehen dezentrale Erzeugungsanlagen, deren hohe Einspeiseleistung einen Ausbau der Netzinfrastruktur bedingt. Mitten ins Herz der Energiewende stießen nun Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bei einem Besuch eines Bayernwerk-Umspannwerks. Seitens des Bayernwerks standen als Gesprächspartner für die niederbayerischen Kommunalpolitiker Martin Hanner, verantwortlich für Region Niederbayern und Oberpfalz, Kommunalbetreuer Johann Seebauer und Josef Neumayer, der für das Plattlinger Umspannwerk zuständig ist, Rede und Antwort.

„Unsere Umspannwerke verbinden das Mittelspannungs-Stromnetz mit der Hochspannung. Über sie transportieren wir seit jeher Strom über die verschiedenen Netzebenen zu den Kommunen. Wir brauchen leistungsfähige Umspannwerke mittlerweile aber auch, um überschüssigen Strom aus dezentraler Einspeisung in gegenläufiger Richtung aus der Region abtransportieren zu können“, erklärte Martin Hanner.

„Wenn beispielsweise dezentrale Einspeisung aus Photovoltaik mehr Strom erzeugt, als in der Region verbraucht wird, müssen wir diesen überschüssigen Strom auf höhere Netzebenen verlagern“, so Hanner. Dieser Zustand sei insbesondere in Niederbayern mittlerweile Normalität.

250.000 Photovoltaik-Anlagen

In Niederbayern hat das Bayernwerk mittlerweile 80.000 Photovoltaik-Anlagen in sein

tor installiert, um damit mehr Strom aus regenerativen Anlagen als bisher auf die vorgelagerte Netzebene transportieren zu können und die Netzstabilität zu sichern. „Der vierte Netztransformator mit einer Lei-

Metropolregion Nürnberg/Lenkungskreis Klimaschutz:

Arbeit an einheitlicher Ladeinfrastruktur für Elektromobilität

Der Lenkungskreis „Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“ der Metropolregion Nürnberg hat sich auf seiner jüngsten Sitzung in Nürnberg mit den Möglichkeiten eines einheitlichen Ladesystems für die Elektromobilität beschäftigt.

Hintergrund: Viele Landkreise und Städte stehen derzeit vor dem Handlungsdruck, ein Netz von Ladesäulen aufzubauen, jedoch geschieht dies mit ganz unterschiedlichen Systemvorstellungen. Aus Sicht der Nutzerfreundlichkeit und, um einen positiven Schub für die E-Mobilität zu erzielen, ist jedoch eine möglichst einheitliche und für den Nutzer leicht zu handhabende Ladeinfrastruktur innerhalb der Gebietskörperschaften der Metropolregion Nürnberg wichtig.

Erste Fortschritte

Rainer Kleedörfer, Leiter Unternehmensentwicklung/Beteiligung der N-Ergie AG, berichtete

stung von 80 Megawatt ist einer der leistungsstärksten Transformatoren, den das Bayernwerk in seinem Netz betreibt“, erklärte Josef Neumayer. Er würde ausreichen, um eine Stadt wie Straubing zu versorgen. Zum ersten Mal wurde Ende 2013 im Bayernwerk-Netz ein Transformator dieser Leistungsklasse ausschließlich für die Rückspeisung von regenerativ erzeugtem Strom in das Hochspannungsnetz installiert. Für die Erweiterungsmaßnahme wendete das Bayernwerk rund 1,4 Millionen Euro auf. □



Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bei einem Besuch eines Bayernwerk-Umspannwerks. Seitens des Bayernwerks standen als Gesprächspartner für die niederbayerischen Kommunalpolitiker Martin Hanner, verantwortlich für Region Niederbayern und Oberpfalz, Kommunalbetreuer Johann Seebauer und Josef Neumayer, der für das Plattlinger Umspannwerk zuständig ist, Rede und Antwort. Bild: Bayernwerk

Impulse für die Energiezukunft

Bewerbungsstart 2015 für Bürgerenergiepreise Oberpfalz und Oberfranken

Mit Unterstützung der Regierung der Oberpfalz vergibt das Bayernwerk 2015 zum zweiten Mal den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Bürgerenergiepreis in der Oberpfalz. „Die Gestaltung der Energiezukunft ist viel mehr als nur ein technologisches Projekt. Innovation und Technologie brauchen die Akzeptanz der Gesellschaft. Bürgerinnen und Bürger, die in ihrem Umfeld eigene Impulse für die Energiezukunft setzen, sind wichtige Wegbereiter der Energiewende“, erklärte Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, bei der diesjährigen Auftaktveranstaltung in der Städtischen Kindertagesstätte Oberisling.

„Mit dem Bürgerenergiepreis möchten wir diesen Impulsgebern und ihren Projekten eine Plattform bieten“, so Reimund Gotzel. „Bei den bisherigen Wettbewerbsrunden hat uns besonders beeindruckt, dass sich nicht nur Erwachsene, sondern vielfach auch Kinder und Jugendliche mit Engagement und Ideenreichtum für unsere Energiezukunft einsetzen. Das können wir auch hier in der Städtischen Kindertagesstätte Oberisling sehen, die letztes Jahr mit dem Projekt ‚Ein Königreich für die Zukunft‘ ein erfolgreiches Beispiel gegeben hat, wie das Interesse von Kindern an Energiefragen geweckt werden kann.“

Regierungspräsident Axel Bartelt zeigte sich über die erneute Ausrichtung des Preises sehr erfreut. „Der Bürgerenergiepreis Oberpfalz bringt zum Ausdruck, dass sich Energiesparen und der effizientere Umgang mit Energie nicht nur lohnen, sondern dieses vorbildliche Engagement für die Energiewende auch belohnenswert ist. Das im Vorjahr prämierte Projekt der Kindertagesstätte Oberisling hat uns beeindruckt, da hier das Bewusstsein für den klugen Umgang mit unseren Energieressourcen von klein auf geschaffen, geschult und gelebt wird. Ich hoffe, dass auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Projekte eingereicht werden, von denen eine Multiplikatorenwirkung ausgeht und die zum Nachahmen anregen“, sagte Axel Bartelt. Deshalb befürwortete und begleitete man das 2014 initiierte Projekt der Bayernwerk AG seitens der Regierung gerne erneut.

Jürgen Huber, Bürgermeister der Stadt Regensburg, erinnerte im Zusammenhang mit dem Bürgerenergiepreis an die gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe, die Energiezukunft erfolgreich zu gestalten: „Die Energiewende ist eine große Chance für den Umbau hin zu noch mehr Lebensqualität in Deutschland. Aber nur gemeinsam können wir diese großartige Aufgabe meistern. Die Bürger, die Wirtschaft und die Politik sind aufgerufen.“

Mit Unterstützung der Regierung von Oberfranken vergibt das Bayernwerk 2015 auch zum zweiten Mal den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Bürgerenergiepreis in Oberfranken. Regierungspräsident Wilhelm Wenning begrüßte die Zielrichtung des Preises: „Energiewende und Energieeffizienz gehören zusammen. Oft gilt der Gedanke beim Thema Energiesparen nur dem Strom. Dabei kann man sehr viel mehr machen. Der Bürgerenergiepreis bietet den optimalen Anreiz für innovative Ideen, die wir brauchen, um die Energiezukunft in unserer Region erfolgreich zu gestalten.“ Deshalb befürwortete und begleitete die Bezirksregierung das 2014 initiierte Projekt der Bayernwerk AG gerne erneut.

Mit dem Bürgerenergiepreis können Privatpersonen, Vereine oder auch Schulen ausgezeichnet werden, die mit pfiffigen und außergewöhnlichen Ideen und Maßnahmen einen Impuls für die Energiezukunft geben. Die oberpfälzischen Kommunen rufen ihre Bürger auf, sich bei ihnen zu bewerben. Die Kommunen reichen ihre Vorschläge für mögliche Preisträger dann beim Bayernwerk ein. Aus allen Einsendungen wählt eine Jury drei Preisträger aus.

Der Umfang und die Größe der Projekte sind nicht entscheidend. Wichtig ist, dass sich die Projekte mit den Themen Energieeffizienz oder Ökologie befassen, Vorbildcharakter haben und dazu beitragen, die Akzeptanz für die Energiewende zu erhöhen. Eingereicht werden können Projekte, die entweder in Planung sind, im laufenden Jahr begonnen haben oder aufgrund ihrer inhaltlichen Qualität nach wie vor Bestand haben.

Die Bayernwerk AG verleiht den Bürgerenergiepreis in einzelnen Bezirken Bayerns. Erstmals wurde die Auszeichnung im Jahr 2013 in Niederbayern vergeben. Im vergangenen Jahr wurde der Bürgerenergiepreis zudem in Oberfranken und der Oberpfalz ausgelobt. Dieses Jahr wird die Auszeichnung auch erstmals in Unterfranken verliehen.

Die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen zum Bürgerenergiepreis sind unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis zu finden – hier sind auch Videos der Vorjahressieger veröffentlicht. □

*Wir arbeiten
an besserer
Energie.*

Die Energieversorgung von morgen wird starke dezentrale Komponenten aufweisen. Wir sind dafür bestens gerüstet. Wir sind spezialisiert auf das Errichten und Betreiben von effizienten Anlagen zur Energieerzeugung und -verteilung. Gemeinsam mit unseren Partnern entstehen so neue Lösungen: umweltschonend, nachhaltig, sicher.

www.bayernwerk-natur.de

Bayernwerk Natur

bayernwerk

Deutschlands größtes kommunalwirtschaftliches Netzwerk:

Thüga will konsolidieren und auch moderat wachsen

Obwohl im Berichtsjahr 2014 keine weiteren Akquisitionen getätigt werden konnten, hat die Thüga-Gruppe wirtschaftlich ein durchaus erfolgreiches Jahr hinter sich, das es ihr erlaubt, die Ausschüttung an ihre Gesellschafter von 271,5 Millionen im Vorjahr auf 300,1 Millionen Euro zu erhöhen. Die Thüga-Gruppe, die ihre Ursprünge auf die 1867 gegründete Thüringer Gasgesellschaft zurückführt und erst vor wenigen Jahren aus dem Eon-Konzern ausgegliedert und in die Selbständigkeit entlassen wurde, ist deutschlandweit das größte kommunalwirtschaftliche Netzwerk. Versorgt werden 4 Millionen Kunden mit Strom, 2,1 Millionen Kunden mit Erdgas, 0,9 Millionen Kunden mit Trinkwasser und ein kleinerer Kundenkreis auch mit Wärme.

560 Städte und Gemeinden mit einem Lebensraum von rund 10 Millionen Menschen haben ihre etwa 100 Versorgungsunternehmen in die Gruppe eingebunden, um gemeinsam mehr zu erreichen, als es einzelnen möglich wäre. Wie Vorstandssprecher Michael Riechel in der Jahrespressekonferenz mitteilte, gibt es im laufenden Jahr aussichtsreiche Gespräche, um neue Partner zu gewinnen. Offenbar besteht auch noch immer Hoffnung, in Berlin Fuß fassen zu können.

Der Umsatz der Gruppe, die 17.700 (18.400) Mitarbeiter beschäftigt, ist zwar um 7,7 Prozent auf 21,6 (23,4) Milliarden Euro zurückgegangen, weshalb auch von einer Konsolidierungsphase gesprochen wird, doch legte das Beteiligungsergebnis um 6 Prozent auf 364,5 (349,9) Millionen Euro zu. Am Ende des mehrstufigen Gruppenergebnis steht ein Konzernergebnis von 280,7 (298,9) Millionen Euro.

Solide Finanzposition

Der Rückgang sei auf die schwierigen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere auf das negative Zinsergebnis, zurückzuführen. Da es im Berichtsjahr zu keinen Akquisitionen gekommen ist, schrumpften die Investitionen auf 18,1 (239,8) Millionen Euro mit der Folge, dass die Netto-Finanzverbindlichkeiten auf 768,6 (826,2) Millionen Euro zurückgeführt werden konnten. „Wir befinden uns in einer soliden Finanzposition“, kommentierte Finanzvorstand Christof Schulte die Lage. Davon zeugt auch die Tatsache, dass die Rücklagen um 51,2 Millionen Euro aufgestockt werden konnten. Da die Bilanzsumme im Konzern um 8,4 Prozent auf 5,147 Milliarden Euro zurückging, stieg die Eigenkapitalquote auf 52 (48) Prozent.

Als Dach über allem fungiert die Thüga Holding GmbH & Co KGaA, die einigen kommunalen Unternehmen gehört, und zwar zu je 20,53 Prozent der Mainova AG, Frankfurt, der N-Ergie, Nürnberg und der Stadtwerke Hannover AG sowie zu 38,41 Prozent der Kom9 GmbH & Co KG, in der sich 55 Energie-Dienstleister aus dem Thüga-Netzwerk zusammengefunden haben. Sie alle kassieren die Ausschüttung. Die Holding wiederum hält an der eigentlichen

Kerngesellschaft Thüga AG 81,1 Prozent. Die restlichen 18,9 Prozent an der Thüga AG hält die Contigas Deutsche Energie-AG, die wiederum zu 100 Prozent der Thüga-Holding gehört. Die Thüga AG hält „partnerschaftliche“ Minderheitsbeteiligungen an den etwa 100 kommunalen und regionalen Versorgungsgesellschaften.

Thüga hält an den Versorgungsunternehmen der Städte und Gemeinden immer nur Minderheitsbeteiligungen. Neben der finanziellen Beteiligung gehören zum Thüga-Modell, das bisher in 12 Bundesländern praktiziert wird, die Fachberatung, der gemeinsame Energie-Einkauf und ein bunter Strauß von Dienstleistungen über etliche Servicegesellschaften. Darüber hinaus ist die Gruppe auch in der Energieerzeugung (Windkraft und Bioenergie) engagiert. Außerdem hat sie zusammen mit 12 Beteiligungsgesellschaften in Frankfurt eine Strom-zu-Gas-Anlage initiiert, die der Energie-Speicherung dient.

Diese Anlage nimmt nicht benötigten Strom aus dem Netz, spaltet damit Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff und speist den so gewonnenen Wasserstoff in das Erdgasnetz ein. Auf diese Weise werden die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Stromverbrauch ausgeglichen bzw. die Phasen, in denen kein Strom aus Sonnen- oder Windenergie gewonnen werden kann, überbrückt.

Spielräume für Stadtwerke

Mit den politischen Rahmenbedingungen in Deutschland ist man nicht rundum zufrieden. Energiewende, Regulierungen, Liberalisierung, aber auch die zunehmende Digitalisierung führten zu einer wirtschaftlichen Belastung der Unternehmen. Die Politik sei gut beraten, den Stadtwerken unternehmerische Gestaltungsspiel- und -zeiträume zu belassen. Sonst bestehe das Risiko, mit den kommunalen Unternehmen einen Aktivposten der Energiewende zu verlieren, sagte Schulte. Thüga plädiert dafür, alle Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) am Netz zu belassen.

In diesem Jahr stehen noch weitreichende energiepolitische Entscheidungen an, bei denen nach Auffassung der Thüga der

Fokus auf drei Herausforderungen gelegt werden sollte. Die Novelle der Anreizregulierungsverordnung (einer komplizierten Regelung zur Dämpfung der Netzkosten und damit zur Senkung der Stromkosten) lasse befürchten, dass auch das zukünftige Regulierungssystem keine angemessene Verzinsung der notwendigen Investitionen ermögliche. Im Bundeswirtschaftsministerium sei man hinsichtlich der Investitions- und Planungserfordernisse der Netzbetreiber nicht ausreichend sensibilisiert, sagte Riechel.

KWK-Novelle

Bei der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes müsse Berlin deutliche Signale setzen, um die Bedeutung dieser Erzeugungsform zu unterstreichen. Alle Anlagen, auch die bestehenden, müssten mit 2 Cent je Kilowatt gefördert werden, denn wegen des Einbruchs der Preise am Stromgroßhandelsmarkt, wo der Ter-

AKE der CSU Mittelfranken:

Versorgungssicherheit und Netzstabilität

Erlangen/Baiersdorf. Für den Arbeitskreis Energiewende (AKE) der CSU Mittelfranken gehe es seit dem Atom-Moratorium des Jahres 2011 bei der aktuellen Energiepolitik nicht nur um erneuerbare Energien, sondern auch um stabile Netze und Versorgungssicherheit. „Dazu braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen“, so Wolfgang Geus, Vorstandsvorsitzender der Erlanger Stadtwerke AG bei seinem Vortrag über den aktuellen Stand der Energiewende.

AKE-Bezirksvorsitzende Carla Luisa de Oliveira Viegas freute sich, mit Geus einen ausgesprochenen Fachmann und Kenner der internationalen Energiepolitik als Diskussionspartner gewonnen zu haben. Im Bereich Erlangen sind demnach derzeit die Zielvorgaben „Einsparung, Effizienzsteigerung und Einsatz erneuerbarer Energien“ erfüllt, Stromverbrauch und CO₂-Emissionen hätten bereits deutlich reduziert werden können: „Wir arbeiten inzwischen mit 75 Prozent Grünstrom“.

Der mittelfränkische Bezirksvorsitzende der Mittelstands-Union, Dr. Robert Pfeffer, brachte die eindeutigen Positionen der MU in Erinnerung, wonach „Versorgungssicherheit und Netzstabilität im Vordergrund aller Überlegungen stehen muss“.

In diesem Zusammenhang ist es nach Ansicht des mittelfränkischen AKE widersinnig, wenn das modernste Gaskraftwerk in Irching stillgelegt würde, zumal „Power-to-Gas-to-Power“ ein überzeugender Lösungsansatz sei. Aber damit Gaskraftwerke auch wirtschaftlich betrieben werden können, brauche es schnellstmög-

lich andere gesetzliche Regelungen. Vor der Diskussion besichtigte der AKE das Wasserkraftwerk Baiersdorf-Wellerstadt, das seit der Sanierung im Jahr 2012 wohl zu den modernsten Anlagen in Bayern zählt. „Klein aber fein“, so Wolfgang Geus und Kurt Gumbrecht, Abteilungsleiter Wasserkraft der Stadtwerke. Die Regnitzstromverwertung AG betreibt neben dem besichtigten Objekt noch die Wasserkraftwerke Wöhrmühle und Thalerkmühle. In Baiersdorf kommen zwei liegende Kaplan-turbinen zum Einsatz. Neu ist auch eine technische Fischtreppe, die ermöglicht, dass die Turbinen nicht zur tödlichen Falle werden. Ein weiterer Fischschutz ist die erfolgte Reduzierung der Stababstände des Rechens von vier auf 1,5 Zentimeter.

Für die AKE-Vorsitzende Carla Luisa de Oliveira Viegas sind die Erlanger Stadtwerke „bei der Energiewende und auch in ökologischer Hinsicht vorbildlich“. Mit den dortigen Fachleuten will der AKE im Gespräch bleiben und die gewonnenen Erkenntnisse „politisch einspeisen“.

minhandel eine immer geringere Rolle spiele, kämen viele KWK-Bestands-Anlagen zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Und schließlich sei die Gewährleistung der Versorgungssicherheit eine große Herausforderung. Im Mittelpunkt müsse die Frage stehen, wie in den jährlich 1000 Stunden der sogenannten dunklen Flaute (wenn Sonne und Wind nicht zur Verfügung stehen) die Versorgungssicherheit gewährleistet werden soll. In diesen Stunden seien Kraftwerke, Speicher und Lastflexibilität gefragt (wozu die erwähnte Strom-zu-Gas-Anlage einen Beitrag liefern soll).

dhg.

Projekt der Uni München und des bifa Umweltinstituts:

Die Energiewende in der Gemeinde

... am Beispiel Baar, Holzheim, Münster und Thierhaupten

Die Energiewende kann auf kommunaler Ebene nur dann praktisch umgesetzt werden, wenn sich für jede einzelne Gemeinde allgemein akzeptierte, umwelt- und verbraucherfreundliche Lösungen finden lassen. Unterstützung bei diesem meist sehr konfliktträchtigen Prozess bietet das Projekt „Lokale Passung“ der Universität München und des bifa Umweltinstituts, Augsburg.

Konkret hilft es dabei, passende technische Lösungen – ob Biomasse, Photovoltaik, Wasser- oder Windkraft, ob Nahwärmenetze oder energetische Sanierungen – für die Infrastruktur und Bedarfssituation vor Ort sowie für die Erwartungen und Wünsche der Menschen zu finden. Das Projekt informiert neutral und unabhängig über die verschiedenen technischen Möglichkeiten – nicht zuletzt, um einen Beitrag zur Versachlichung der Debatten zu leisten.

In Baar, Holzheim, Münster und Thierhaupten wurden alle 2.699 Haushalte angeschrieben mit der Bitte, einen eigens für die Region entwickelten Fragebogen auszufüllen. Die stärkste Resonanz fand die Befragung in Baar: Von den 415 Haushalten beteiligten sich 123, also fast 30 Prozent. Aus Holzheim kamen 98 von 390 Fragebögen zurück (25,1%), in Münster waren es 22,4% und in Thierhaupten knapp 20%. Insgesamt flossen 615 Haushalte in die Befragung ein, die Ergebnisse lassen also auch im statistischen Sinne aussagekräftige Schlüsse zu: Zwei Drittel aller Befragten aus Baar gaben an, sie hätten sich bisher „sehr viel“ bzw. „viel“ mit dem Thema Energiewende beschäftigt. In den anderen Gemeinden waren dies jeweils weniger.

Befürchtungen

Dabei befürchteten die Baarer Bürger auch häufiger negative Folgen der Energiewende wie beispielsweise „starke Eingriffe in das Landschaftsbild“, „steigende Belästigung durch Lärm und Geruch (etwa durch Windräder bzw. Biomasseanlagen)“ oder „Konflikte in den Gemeinden“. Demgegenüber wurden von den Baarern mögliche ökonomische oder ökologische Vorteile wie „Ausbau der erneuerbaren Energien“, „geringere Nutzung fossiler Brennstoffe (Stein- oder Braunkohle)“ oder „Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ weniger erwartet als in den Nachbargemeinden.

Trotz der skeptischen Einstellung zur Energiewende wurde der aktuell von der Firma Uhl am Baarer Berg beantragte Windpark mit vier Rädern jedoch nicht völlig verworfen – im Gegenteil: Eine Mehrheit von 54,6% stimmte für den Bau von mindestens einer der vier

geplanten Anlagen. 43,4% lehnten alle Anlagen ab.

Die Einzelauswertung zeigt, dass rund ein Drittel (29,5%) den beantragten Windpark ohne Änderung befürwortet, jeweils rund 10% befürworten zwei oder drei bestimmte Windräder, weitere 6,6% eine konkrete Anlage. Nach Auffassung der Gegner, die keinem der beantragten Windräder zustimmen, stellen diese Anlagen eine „Beeinträchtigung der Entwicklung der Gemeinde“ dar; zudem erwarten sie eine „Belastung der Wohnbevölkerung durch Lärm“ sowie „erhebliche Eingriffe in das Landschaftsbild“, und sie glauben auch nicht, dass dieser Standort eine „gerechte Verteilung der Lasten in der Region ermöglicht“.

Umgekehrt gehen die Befürworter des geplanten Windparks davon aus, dass der Standort sehr wohl „mit dem Naturschutz vereinbar“ ist, und sie erwarten keinerlei Beeinträchtigungen durch die Anlagen – weder für die in Baar lebenden Menschen noch für die Entwicklung der Gemeinde oder Landschaft.

Thema bleibt umstritten

Dennoch bleibt das Thema Windenergie in Baar umstritten und bei der Frage nach Alternativen sprach sich eine große Mehrheit von jeweils 60 bis 70% für Photovoltaik-Dachanlagen, Solarthermie und Wärmepumpen aus; denn diese seien „einfach umzusetzen“, „passen gut zum Landschaftsbild“ und „sind wirtschaftlich sinnvoll“.

Auf der Basis der Umfrageergebnisse werden bifa-Mitarbeiter die Verbräuche der privaten Haushalte, die betriebenen Heizungsanlagen und den Sanierungsstand der Gebäude genau unter die Lupe nehmen. Bei einem ersten Arbeitstreffen mit Mitgliedern des Gemeinderates werden auch Informationen zu kommunalen Liegenschaften und zum ortsansässigen Gewerbe zusammengetragen. In der Folge wird geprüft, ob eine gemeinsame Wärmeversorgung mehrerer Liegenschaften oder die Versorgung von Siedlungsflächen für die Gemeinde eine attraktive Lösung darstellten. Dies soll in weiteren Workshops konkretisiert werden, zu denen alle Gemeindeglieder von Baar eingeladen werden. DK

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

RMD
RHEIN-MAIN-DONAU

REGENERATIV
MODERN
DYNAMISCH

Main-Kraftwerk Limbach / www.rmd.de

Landkreis Günzburg:

Beim Klimaschutz mit gutem Beispiel voran

Im März trat das Energieteam des Landkreises Günzburg erstmals zusammen, um die Umsetzung des kreisweiten Klimaschutzkonzepts zu unterstützen. Die Gruppe besteht aus Vertretern von Wirtschaft, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, des Landratsamtes sowie Vertretern der Fraktionen des Kreistags. Die Kreisverwaltung will mit gutem Beispiel vorangehen und das eigene Handeln im Hinblick auf mehr Klimaschutz optimieren. Deshalb nimmt das Landratsamt seit November 2014 am European Energy Award (eea) teil. Bayernweit gehört Günzburg damit zu den ersten drei Landkreisen, die klar definierte Klimaziele im Rahmen dieser Zertifizierung erreichen wollen.

Wenn die definierten CO₂-Einsparungen erreicht werden, ist eine Auszeichnung mit dem European Energy Award nach drei Jahren möglich, stellte Dr. Hans-Jörg Barth, Zertifizierungsberater des Energie- und Umweltzentrums Allgäu in Aussicht. Seine erste Analyse hat ergeben, dass die Kreisliegenschaften hierfür bereits in einem guten Zustand sind.

Leitmotiv

Neben der unmittelbaren

CO₂-Ersparnis ist eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit vorgeschrieben. Klimaschutz ist inzwischen ein Leitmotiv für Bürger und Unternehmen. Dieses wird durch das vorbildliche Handeln des Landratsamtes weiter gestärkt. So nehmen Ende April mehrere Mitarbeiter vom Landratsamt und den Kommunen an einer Schulung zur nachhaltigen Beschaffung teil. Auch die Fahrzeugflotte des Landratsamtes wurde durch Elektro- und Gasautos umweltfreundlicher.

LEW TelNet GmbH:

Kaisheimer Ortsteil Sulzdorf mit Glasfasernetz erschlossen

Steuerung des örtlichen Nahwärmenetzes und schnelles Internet mit bis zu 100 Mbit/s

Die Haushalte in Sulzdorf, einem Ortsteil der Marktgemeinde Kaisheim, können ab sofort Hochleistungsinternet mit einer Bandbreite von bis zu 100 Mbit/s nutzen. Der Breitbandanschluss ist Teil eines Gesamtkonzepts zum Aufbau eines örtlichen Nahwärmenetzes durch eine Genossenschaft der Sulzdorfer Bürger. Eine notwendige Voraussetzung dafür war ein Glasfasernetz, über den die Wärmeversorgung jeden Haushalt regeln und steuern kann. Das Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke verlegte deshalb parallel zu den Grabungsarbeiten für die Nahwärmeleitungen auch die nötige Glasfaserkabelinfrastruktur.

Der Projektpartner smart-DSL stellt über diese neue Infrastruktur mit smartONE nicht nur allen knapp 125 Sulzdorfer Haushalten auf Wunsch breitbandige Glasfaser-Internetzugänge zur Verfügung, sondern schafft auch die technischen Voraussetzungen dafür, dass die örtliche Nahwärmezentrale die notwendige Energie-Einspeisung in Echtzeit nach dem tatsächlichen Verbrauch optimieren kann (Smart-Metering). Dabei kann die Heizzentrale den jeweiligen Energiebedarf der Haushalte über die mit smartONE bereitgestellte Technologie abrufen und die Wärmeversorgung entsprechend regulieren.

„Die Sulzdorfer Dorfgemeinschaft hat Herausragendes geleistet: Gemeinsam und mit großem Engagement habe sie sich eine zukunftssichere Heimat geschaffen“, betont Martin Scharr, 1. Bürgermeister Markt Kaisheim. „Ein Großteil der Häuser wird über das Nahwärmenetz umweltfreundlich und nachhaltig beheizt und auch beim Internet spielt Sulzdorf nun in der ersten Liga.“

„Die anstehende Dorferneuerung hat die Sulzdorfer in Bewegung gebracht. Sie wollten mehr leisten, als nur die Aufwertung des Straßenbildes. Besonders im Arbeitskreis Energie wurde intensiv diskutiert und schließlich die Bürgergenossenschaft Nahwärme Sulzdorf auf den Weg gebracht“, erklärt Anton Stöckler, Vorstandsvorsitzender der Nahwärme Sulzdorf eG. „Da zum Betrieb der Nahwärmeversorgung auch das Verlegen eines Datennetzes notwendig war, hat die Dorfgemeinschaft die Chance ergriffen: Gemeinsam mit LEW TelNet verwirklichte wir den Wunsch der Sulzdorfer nach Glasfaserdirektanschlüssen, um schnelles und zukunftssicheres Internet nutzen zu können. Dafür legten sich die Sulzdorfer Bürger mächtig ins

Zeug. Schließlich handelt es sich hier um ein reines Bürgerprojekt und somit konnten für die Glasfaserverlegung keine Zuschüsse in Anspruch genommen werden.“

„Eine leistungsfähige Internetanbindung ist heute genauso wichtig wie der Anschluss ans Stromnetz oder die Verkehrsanbindung. Und wenn wie hier in Sulzdorf Glasfaserkabel im Zuge anstehender Bauarbeiten gleich mitverlegt werden können, ist dies eine einmalige Chance für den Breitbandausbau im ländlichen Raum“, betont LEW TelNet Geschäftsführer Johannes Stepperger. „Ich bin froh darüber, dass wir gemeinsam mit der Nahwärme Sulzdorf eG und smartONE ein Glasfasernetz realisieren konnten, das bis in jedes einzelne Haus reicht. Denn Glasfaser ist die einzige Technologie, die den stetig steigenden Bandbreitenbedarf auf Dauer decken kann.“

Mit den Glasfaserdirektanschlüssen steht den Sulzdorfern über smartONE nun die volle Internetgeschwindigkeit auch symmetrisch zur Verfügung – also nicht nur beim Download, sondern auch für das – bei anderen Lösungen oft deutlich langsamere – Hochladen von Daten ins Internet. Insbesondere gegenüber Funklösungen hat das Glasfasernetz einen weiteren Vorteil: die hohen Bandbreiten stehen bei jedem Anschluss zuverlässig zur Verfügung – unabhängig davon, wie viele Anwender parallel das Glasfasernetz nutzen.

Im Zuge der Planungen der Dorferneuerung hatten Sulzdorfer Bürger die Nahwärme Sulzdorf eG gegründet. Die Genossenschaftsmitglieder investierten über eine Million Euro in den Aufbau der Nahwärmeversorgung. Wärmeenergie bezieht die Genossenschaft durch die Abwärme einer am Dorfrand bestehenden Biogasanlage mit Blockheizkraftwerk.

Unterstützung im Energieeffizienznetzwerk

Den Unternehmen bietet das Landratsamt im Rahmen eines Energieeffizienznetzwerks Unterstützung an. Weitere Betriebe können noch aufgenommen werden. Auch die externen Mitglieder des Energieteams setzen sich für mehr Klimaschutz ein. So hat der Bauernverband seine Betriebe im Februar auf Möglichkeiten einer klimafreundlichen Bewirtschaftung hingewiesen.

Keine Entwarnung

Ende März wurde bekannt, dass der bundesweite CO₂-Ausstoß 2014 erstmals nach drei Jahren wieder auf geschätzte 912 Millionen Tonnen zurückging. „Das ist keine Entwarnung. Der gesamte Landkreis muss sich weiterhin verbessern, um seinen Beitrag für die auf Bundesebene angestrebten Klimaziele zu leisten“, betont Landrat Hubert Hafner. „Deutschland hat sich verpflichtet, seinen Ausstoß bis 2020 auf 750 Mio Tonnen zu senken. Dies ist nur mit einem jährlichen Rückgang von mehr als 3% zu erreichen.“ **hj**

Vom ehrenamtlichen Gemeindeglied zum Landrat

Robert Pfeifer ist seit 65 Jahren Parteimitglied und kommunal engagiert

Neustadt a.d. Aisch / Markt Taschendorf. Sein Mitgliedschaftsjubiläum in der CSU nahm der CSU-Kreisverband Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim zum Anlass, Robert Pfeifer für seine Lebensleistung zu danken. Seit inzwischen 65 Jahren hält der Jubilar seiner Partei die Treue, und er hat es niemals bereut. CSU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Hans Herold nannte ihn bei der Überreichung der u.a. von Parteivorsitzendem und Ministerpräsident Horst Seehofer und CSU-Bezirksvorsitzendem und Innenminister Joachim Herrmann unterzeichneten Urkunde sein „großes politisches Vorbild“.

Als Robert Pfeifer 1950 in die CSU eingetreten war und ein Jahr später die Junge Union mitbegründete, habe er nicht damit gerechnet, schon kurze Zeit später durch die berufliche Versetzung des damaligen JU-Kreisvorsitzenden den Verband führen zu müssen. Zwanzig Jahre später wurde er Gründungsvorsitzender des CSU-Ortsverbandes in seiner Heimatgemeinde, welchem er bis 1993 vorstand.

Es gibt eine eng beschriebene fünfseitige Liste mit Mandaten und Funktionen, die Robert Pfeifer während seines langen Wirkens innehatte. Begonnen hat alles nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, wo er zugleich zum „ehrenamtlichen Gemeindeglied“ ernannt wurde und sich zudem auch in der Kirche und in Vereinen engagierte. Sein Einsatz führte schließlich 1956 zur Wahl zum damals jüngsten Ersten Bürgermeister Bayerns. Schnell sorgte er für den Aufbau einer Verwaltung und Infrastruktureinrichtungen in seiner Heimatgemeinde Markt Taschendorf. Während seiner 21-jährigen Amtszeit lag ihm alles am Herzen, was in dieser Zeit für die Menschen wichtig war, von der Grundversorgung bis hin zu für damalige Zeiten ungewöhnlichen Einrichtungen, wie etwa eines Schullandheimes und eines überörtlichen Trimm-Dich-Pfades.

In allen drei Alt-Landkreisen war Robert Pfeifer eine bekannte und geschätzte Persönlichkeit, und so wurde er dann 1977 zum Landrat des Landkreises Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim gewählt. Sofort kümmerte er sich um Schulen, Senioreneinrichtungen, die Feuerwehr und Büchereien, und stets gelang es ihm, die Ansiedlung von Betrieben und den Bau von Straßen mit den An-

liegen des Naturschutzes in Einklang zu bringen.

Gerne und häufig war er zu Besuch bei Behörden und Ministerien, wo sein „energisches“ Auftreten – wie Hans Herold es ausdrückte – sehr schnell für entsprechenden Respekt sorgte und er sich ausgesprochen erfolgreich für die Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande einsetzte. Er stellte schon bald die Weichen für eine integrierte Abfallwirtschaft mit sortenreiner Abholung, sorgte für neue Unternehmen, Straßen, Krankenhäuser und kulturelle Einrichtungen.

Sich den Ärmsten der Armen anzunehmen, nämlich den Menschen mit Behinderung, war ihm ein besonderes Anliegen; 20 Jahre war er Kreisvorsitzender der Lebenshilfe, schuf Sonderschulen, Tagesstätten und eine beschaffende Werkstatt, und erschaffte betreutes Wohnen.

„Ich bin halt ein sozialer Mensch“ so der inzwischen 87-Jährige im AWO-Wohnheim in Neustadt, wo ihm eine Abordnung von Parteifreunden die Aufwartung machte. In „alter Fri-

sche“ und mit gewohnt „deutlicher Sprache hinsichtlich Inhalt und Lautstärke“ – so ein politischer Weggefährte – erzählte er von seinem vielfältigen Wirken und nicht zuletzt auch der Schaffung eines „Hauses für Mutter und Kind“, wo alleinerziehenden Müttern geholfen wurde.

Gleich nach der „Wende“ war es seiner Initiative zu danken, dass der Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim als erster in Bayern schon im Februar 1990 einen Partnerschaftsvertrag mit einem „Ost-Landkreis“, nämlich dem sächsischen Landkreis Schwarzenberg/Erzgebirge abschloss, wohin es noch heute gute Kontakte gibt.

„Ich habe Vieles einigermaßen unterstützen dürfen“, so Robert Pfeifer heute bescheiden. Gelungen sei dies nur mit Unterstützung durch zahlreiche politische Freunde, dem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen und auch dank einer guten Presse. „Und früher gab es mehr Harmonie unter den Bürgermeistern und Kreisräten“, was manches erleichtert habe. CSU-Ortsvorsitzender Christian Göttfert und CSU-Kreisvorsitzender Hans Herold: „Du darfst gewiss stolz sein, auf das, was Du angestoßen und realisiert hast; die Menschen unserer Heimat und die CSU sind Dir sehr dankbar dafür und wir freuen uns darüber, Dich in unseren Reihen zu wissen.“ **□**



Im Eingangsbereich des AWO-Wohnheimes hat Robert Pfeifer seinen eigenen Briefkasten, weil er (laut Verwaltung) „so viel Post bekommt“. Unser Bild zeigt ihn mit MdL Hans Herold (Mitte) und Christian Göttfert (rechts). **□**

Günzburger Stadtteil Wasserburg wechselt auf Daten-Überholspur

LEW TelNet, M-net und Stadt Günzburg setzen Breitband-Projekt um

Die 375 Privathaushalte und Gewerbetreibende im Günzburger Stadtteil Wasserburg verfügen künftig über einen schnellen Zugang zum Internet mit Geschwindigkeiten von bis zu 50 Mbit/s und mehr. Den Bau und den Betrieb des neuen Hochleistungs-Breitbandnetzes setzen der regionale Telefon- und Internetanbieter M-net und der Infrastrukturbetreiber LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke, gemeinsam um. Oberbürgermeister Gerhard Jauernig unterzeichnete im Günzburger Rathaus den Kooperationsvertrag mit Norbert Schürmann, Vorstandsmittglied der Lechwerke AG, und Karl Baumann, verantwortlich für die Expansion bei M-net. Das Breitbandprojekt soll über das laufende bayerische Breitbandförderprogramm mitfinanziert werden. Einen entsprechenden Antrag hat die Stadt bereits gestellt. Die Stadt beteiligt sich voraussichtlich mit rund 20.000 Euro an den Investitionskosten.

„Der Aufbau des Glasfasernetzes im Stadtteil Wasserburg ist ein weiterer wichtiger Schritt für die Infrastrukturentwicklung unserer Stadt. Die Anwohner kamen bisher nur mit Schnecken-tempo ins Internet – durch das Breitbandförderprogramm des Freistaats und das Engagement der beiden Unternehmen können wir in Wasserburg nun den Internet-Turbo einschalten“, sagt Günzburgs Oberbürgermeister Gerhard Jauernig. „Damit sorgen wir dafür, dass Günzburg bald flächendeckend mit schnellem Internet versorgt ist.“

Als Basis für die neue Breitbandinfrastruktur verlegt LEW TelNet vom LEW Netzknoten in Denzingen bis in den Stadtteil Wasserburg insgesamt rund 1.000 Meter neue Glasfaserkabel. Sie werden künftig drei Kabelverzweiger des bestehenden Telefonnetzes direkt mit dem Hochgeschwindigkeits-Datennetz verbinden, das LEW TelNet in Bayerisch Schwaben, Allgäu und Teilen Oberbayerns betreibt. Für das letzte Stück zwischen Kabelverteiler und den einzelnen Haushalten wird weiter das bestehende Kupferkabel eingesetzt.

Mit dieser Ausbaulösung können die Haushalte ab Mitte kommenden Jahres schnelles Internet mit Bandbreiten von bis zu 50 Mbit/s nutzen. Gleichzeitig legt die Stadt damit den Grundstein für einen weiteren Ausbau des Breitbandnetzes mit Verlegung von Glasfaserkabeln bis in jedes einzelne Gebäude. Solch ein modernes Hochleistungsnetz mit Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 1.000 Mbit/s hat LEW TelNet beispielsweise im Günzburger Gewerbegebiet Donauried bereits umgesetzt.

„Eine leistungsfähige Internetanbindung ist heute genauso wichtig wie der Anschluss ans Stromnetz oder die Verkehrsanbindung. Das gilt gleichermaßen für Unternehmen und Gewerbetreibende wie für Privathaushalte“, betont Norbert Schürmann, Vorstandsmittglied der Lechwerke AG. „Um den Breitbandausbau zügig voranzutreiben engagieren wir uns in der gesamten Region und setzen Projekte im Rahmen des Bayerischen Förderprogramms wie auch vollständig privatfinanziert um.“ **□**



Region Nürnberg in Bewegung: „So spielt das Metropolorchester“.

10 Jahre Europäische Metropolregion Nürnberg:

Festakt in der Orangerie

Die Metropolregion Nürnberg feiert in diesem Jahr ihr 10-jähriges Bestehen. Im Jahre 2005 besiegelten über 60 Politiker, Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie Marketingfachleute die Partnerschaft von Stadt und Land. Gefeierte wurde das Jubiläum mit einem Festakt in der Orangerie in Erlangen, wo sich über 100 geladene Gäste, darunter die Staatsminister Joachim Herrmann, Dr. Markus Söder und Melanie Huml, zahlreiche Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister sowie Vertreter von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur einfanden.

Bei der Festveranstaltung mit dem vielsagenden Titel „So spielt das Metropolorchester“ waren sich die Gäste einig, dass die Entwicklung der Metropolregion keinen Stillstand erleiden dürfe. So ermutigte der Präsident der Industrie- und Handelskammer für Mittelfranken Dirk von Vopelius zum „großen Vorwärtsdenken“, um Stagnation von vornherein auszuschließen. Immerhin, so unterstrich auch Markus Söder, sei die Lebensqualität in der Metropolregion sehr hoch, was allgemein schon seit jeher zu den fränkischen Stärken zähle. In diesem Zusammenhang kündigte er an, das Marketing künftig mit 600.000 statt bisher 300.000 Euro (frei-jährlich) zu fördern.

Die Metropolregion Nürnberg setzt sich aktuell aus 23 Landkreisen und 11 kreisfreien Städten zusammen – vom thüringischen Landkreis Sonneberg im Norden bis zum Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen im Süden, vom Landkreis Kitzingen im Westen bis zum Landkreis Tirschenreuth im Osten. Auf einer Fläche von 21.800 km² leben 3,5 Millionen Einwohner. Eine große Stärke der Metropolregion Nürnberg ist ihre polyzentrale Struktur: Rund um die dicht besiedelte Städteachse Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach spannt sich ein enges Netz weiterer Zentren und starker Landkreise. Die Region bietet deshalb alle Möglichkeiten einer Metropole – jedoch ohne die negativen Effekte einer Megacity. Bezahlbarer Wohnraum, funktionierende Verkehrsinfrastruktur und eine niedrige Kriminalitätsrate macht die Metropolregion Nürnberg für Fachkräfte und deren Familien äußerst attraktiv.

1,8 Millionen Erwerbstätige erwirtschaften ein Bruttoinlandsprodukt von 115 Milliarden Euro. 20 Universitäten und Hochschulen sowie 35 Forschungs- und Anwerdezentren versorgen die Region mit innovativer Schubkraft – bei der Zahl der Patentanmeldungen ist die Region bundesweit Spitze. Etliche Betriebe sind in ihrem Bereich Weltmarktführer – Global Player wie Siemens oder Adidas, aber auch Mittelständler und über 130 sogenannte „Hidden Champions“.

Seit der Gründung der Metropolregion Nürnberg wurden über 100 Projekte realisiert, darunter so bekannte wie die Regionalinitiative „Original Regional“ mit 1.500 Erzeugern und Direktvermarktern, zudem der Wissenschaftstag, der

einmal im Jahr Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zusammenbringt oder aber die kontinuierliche Erweiterung des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN).

Imageanalyse

Wichtige Projekte sind in den vergangenen Jahren dazugekommen: Auf der Basis einer Imageanalyse wird derzeit eine Marketing-Kampagne vorbereitet. Eine Agentur für Bildungsmanagement berät Kommunen bei der Optimierung ihrer Bildungslandschaft. Zudem beraten und unterstützen die jährlichen Symposien zur Kultur- und Kreativwirtschaft die Akteure in den Teilbranchen dieses wichtigen Wirtschaftszweiges. Entstanden sind auch Netzwerke, die Kooperationsprojekte erleichtern, wie z. B. das Semesterticket oder das Medizintechnik-Spitzencluster Medical Valley.

Bei aller Zufriedenheit mit dem Erreichten besteht Konsens, sich künftig stärker auf Leuchtturmprojekte zu konzentrieren, um die Arbeit der Metropolregion zu optimieren. Immerhin, so hat eine aktuelle Studie ergeben, sind 96 Prozent der Bewohner mit der Lebensqualität in der Region zufrieden – ein überragender Wert.

Da der zehnte Geburtstag am möglichst vielen Orten der Metropolregion gefeiert werden soll, ist ein roter Original Londoner Doppeldecker-Geburtstagsbus das ganze Jahr über auf seiner „Ein Hoch aufs Hier“-Tour unterwegs und macht auf Festen, Märkten oder Messen Station.

Start der Jubiläumstour war ein ganz besonderes Event, nämlich die Eröffnung der Coburger Designtage. Am 14. Juni wird der Bus auf dem Flughafenfest „60 Jahre Albrecht-Dürer-Airport Nürnberg“ und im Rahmen des Wissenschaftstags am 28. Juli beim ersten Sommerfest der Metropolregion in Hof Station machen. Am Gemeinschaftsstand der Metropolregion Nürnberg auf der internationalen Immobilienmesse Expo Real vom 4. bis 7. Oktober in München ist der Doppeldecker ebenso zu sehen wie am „Tag der offenen Tür“ der Stadt Nürnberg am 11. Oktober auf dem Nürnberger Hauptmarkt sowie auf der Consumenta vom 22. Oktober bis 1. November beim Gemeinschaftsstand von Original Regional in Halle 1 des Nürnberger Messezentrums. Dort findet auch

der „Tag der Metropolregion“ mit einem umfangreichen Sonderprogramm statt.

Der Partybus als Location für eine private Feier ist auch der Hauptgewinn des Foto-Wettbewerbs auf www.einhochaufshier.de. Bis zum 12. Oktober kann jeder dort maximal drei Fotos seines persönlich schönsten „Hier“, sprich seinen Lieblingsplatz in der Metropolregion, kostenlos hochladen und gewinnen.

Zu den Jubiläumsaktivitäten gehört auch ein Schulwettbewerb. Dr. Christa Ständer, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, macht den Schülern Mut, sich mit einem eigenen Beitrag beim Schulwettbewerb der Metropolregion zu bewerben. „Wir möchten mit unserem Wettbewerb eine Plattform bieten, sich mit der Heimatregion, der Metropolregion Nürnberg auseinanderzusetzen.“

Was die Thementauswahl und die äußere Form der Wettbewerbsbeiträge angeht, sei der Fantasie der Schülerinnen und Schüler keine Grenzen gesetzt, so Ständer. Übrigens: Unter den Schülergruppen, die sich noch vor den großen Ferien beim Wettbewerb anmelden, wird ein Nachmittag im roten Partybus der Metropolregion Nürnberg verlost.

DK

Geschäftsleitertagung im Landkreis Regensburg:

Austausch trifft auf großes Interesse

Regensburg (RL). Nach der positiven Resonanz zur Geschäftsleitertagung im November letzten Jahres hat Landrätin Tanja Schweiger die Geschäftsleiter der Landkreismunicipalitäten und Zweckverbände vor kurzem erneut zu einem gemeinsamen Treffen eingeladen. Auf dem Programm standen Zukunftsprojekte und Themen aus der laufenden Zusammenarbeit zwischen Landratsamt, Gemeinden und Zweckverbänden.

Zu den Zukunftsprojekten gehörten ein Vortrag von Dr. Franz Diring über die Harmonisierung der Rechnungswesen in Bund, Ländern und Kommunen – EPSAS – und die Vorstellung des Modells „Gemeinsamer Datenschutzbeauftragter im Landkreis“ durch Jürgen Paech vom Landratsamt Landshut.

Auf der Tagesordnung standen Vorträge über die Bereitstellung von Wohnungen für anerkannte Asylbewerber, die Abrechnung von Feuerwehreinsätzen, die Vorstellung des Landkreiskonzepts zur Radwegebedarfsplanung und die Änderung des Strafrechtsbuches zur Bestechung von Mandatsträgern.

Für „Durchblick im Förderdschungel“ sorgte Elisabeth Sojer-Falter, Abteilungsleiterin der Regionalentwicklung und Wirtschaft. Sie erklärte den Aufbau von EU- und Landesprogrammen und ging

1. Energiezukunftspreis Rosenheim

Rathaus Bad Aibling und Bruckmühler Kita ausgezeichnet

Rosenheim. Gesucht waren herausragende kommunale Energieeffizienz-Projekte im Bereich Neu- und Bestandsbauten aus Stadt und Landkreis Rosenheim. Mit dem Rathaus Bad Aibling und der Kindertagesstätte „Haus für Kinder“ in Bruckmühl hat die Initiative Energiezukunft Rosenheim (ezro) die Preisträger des 1. Energiezukunftspreis Rosenheim gefunden. Eine sechsköpfige Fachjury aus Vertretern der Hochschule Rosenheim, des Fraunhofer-Zentrums Bautechnik sowie weiteren ezro-Mitgliedern wählte die Vorzeigeprojekte aus. Beide Gewinner konnten mit ihrem energetischen Gesamtkonzept überzeugen.

Bei einer Feierstunde in den Räumlichkeiten der Volksbank Raiffeisenbank Rosenheim-Chiemsee eG in der Tegernseestraße überreichte Landrat Wolfgang Berthaler die Preise an Richard Richter, Bürgermeister der Marktgemeinde Bruckmühl, sowie Andreas Krämer, Leiter des Bauamts der Stadt Bad Aibling. Insgesamt nahmen sechs Projekte an der ersten Auflage des Energie-Zukunftspreises teil.

„Mit unserem Wettbewerb für kommunale Wohn- und Zweckbauten wollen wir die Bedeutung von Energieeffizienzmaßnahmen im öffentlichen Bereich unterstreichen und die Vorbildfunktion der Gemeinden herausstellen“, so Prof. Dr. Dominikus Bückler, Wissenschaftlicher Leiter der Initiative ezro.

Bewertungskriterien für die Wettbewerbseinreichungen waren neben der architektonischen Qualität auch besonders energieeffiziente und innovative Lösungen des Gesamtprojektes oder der Einzelmaßnahmen sowie das ökologische Konzept.

KULTURmobil 2015:

Theatertour durch Niederbayern

Mit seinem jährlichen Familienprogramm zieht das Kulturmobil demnächst erneut durch Niederbayern. An 30 Orten gibt eine professionelle Künstlertruppe auf der ausklappbaren Bühne eines Lastwagens 60 Vorstellungen. Diese finden in den Landkreisen Passau, Regen, Landshut, Rottal-Inn, Deggendorf, Freyung-Grafenau, Straubing-Bogen, Dingolfing-Landau und Kelheim statt. Die Premiere geht am 13. Juni in Landau an der Isar über die Bühne, der letzte Vorhang der zweieinhalb Monate währenden Tournee fällt am 30. August in Vilshofen.

6.000 Reisekilometer pro Jahr legt das „Kulturmobil“ in Niederbayern zurück. 25 Mitwirkende vor und hinter der Bühne ziehen nach

dem Vorbild fahrender Gaukler durchs Land. Produziert hat „Kulturmobil“ das Kulturreferat des Bezirks Niederbayern. Orientiert an

der aktuellen Stand des Breitbandprojekts. Harald Hillebrand, der neue Projektleiter als Nachfolger von Thomas Prechtel und Ingenieur Josef Ledermann referierten über dieses Thema.

Breitband: Stand der Dinge

„Fast alle Gemeinden befinden sich inzwischen im Auswahlverfahren. Bereits abgeschlossen sind die Ausschreibungsverfahren mit der Vergabe durch den Gemeinderat in Altenhahn und Bernhardswald. In der Bewertungsphase befinden sich Hemau, Beratzhausen, Schierling, Laaber und Pfakofen. Etwa ein Drittel der betroffenen Kabelverzweiger wird somit bereits auf VDSL (Very High Speed Digital Subscriber Line) hochgerüstet, somit können wesentlich größere Datenmengen übertragen werden als bei anderen DSL-Techniken“, berichteten Ledermann und Hillebrand.

Als weiteres Vorgehen wären zusätzliche Ausschreibungsrunden für Randbereiche möglich. Hier ist ein FTTH-Ausbau (Fibre To The Home) sinnvoll, der höhere ultraschnelle Datenübertragungsraten ermöglicht. Den Fortschritt des Ausbaus des Breitbandnetzes im Landkreis Regensburg kann jeder Bürger nun auf der Homepage des Landratsamtes unter der Rubrik Breitbandausbau verfolgen. □

Wettbewerbsrichtete sich dementsprechend an alle Kommunen und kommunalen Einrichtungen in Stadt und Landkreis Rosenheim einschließlich ihrer Wohnungsgesellschaften und Eigenbetriebe mit Liegenschaften wie Schulen, Kindertagesstätten, Wohn- und Verwaltungsgebäuden sowie Maschinen- und Lagerhallen.

In naher Zukunft soll es eine Neuauflage des Wettbewerbs geben. Aktuell wird eine mögliche Erweiterung der Teilnahmebedingungen diskutiert, so dass auch private Neu- und Bestandsbauten teilnehmen können.

Weitere Informationen unter: www.ezro.de □



Bei der Preisverleihung: Anton Wendlinger, Vorstand der Raiffeisenbank Oberaudorf, Christian Bürger, Landrat Wolfgang Berthaler, Professor Heinz Köster, Präsident der Hochschule Rosenheim, Bauamtsleiter Andreas Krämer aus Bad Aibling, Bürgermeister Richard Richter aus Bruckmühl, „Ezro“-Leiter Professor Dr. Dominikus Bückler und Landtagsabgeordneter Otto Lederer (v. l.). □

den Aufgaben der regionalen Kulturpflege werden jährlich neue, moderne Theater-Produktionen angeboten. Der Bezirk Niederbayern stellt damit ein einzigartiges Beispiel für zeitgemäße Regional-Kulturarbeit vor.

Gute Wünsche vom Bezirkstagspräsidenten

„Toi, Toi, Toi für großes Theater unterm niederbayerischen Himmel“ wünscht Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich den Akteuren und ihrem Publikum. Auf dem Programm stehen heuer die Tragikomödie „Indien“ und das musikalische Märchen „Peter fängt den Wolf“. Im Theaterstück „Indien“ von Josef Hader und Alfred Dorfer (Regie: Louis Villinger) reisen die Gastgewerbe-Inspektoren Heinz Bösel und Kurt Fellner durch die niederbayerische Provinz. Das Duo könnte ungleicher nicht sein - und doch entwickelt sich aus anfänglicher Feindseligkeit eine Freundschaft, die sogar der Intensivstation standhält. Live-Musik aus zeitgenössischen und bayerisch-traditionellen Klängen mit einem Schuss indischer Exotik begleitet das Stück, dessen gleichnamige Verfilmung (1993) mit den beiden Autoren längst Kultstatus erreicht hat.

Ein tierisches Theatervergnügen

Im musikalischen Märchen „Peter fängt den Wolf“ (Bühnenfassung und Regie: Christoph Krix) hat es sich Wolfgang der Wolf mit seinem Rudel gründlich verschert: Die Wolfsgemeinschaft hat ihn verstoßen. Nun streunt er als einsamer Runtreiber durch die Gegend, klaut den Bauern Gänse und Hühner und versetzt mit seinen Streichen das Dorf in Angst und Schrecken. Als eines Tages sogar die Ente Sonja spurlos verschwindet, reicht es Peter und seinen Freunden. Sie wollen dem Großmaul endlich das Handwerk legen.

Die von Sergei Prokofjews „Peter und der Wolf“ inspirierte Geschichte verzaubert mit neu komponierter Musik und mitreißenden Songs - ein tierisches Theatervergnügen für kleine und große Kinder ab 6 Jahren. DK

„Asylgipfel“ im Landkreis:

Neu-Ulm braucht Hilfe

Kommunen sichern Unterstützung zu

Regierungspräsident Scheufele spricht mit Landrat Freudenberger und den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Landkreiskommunen über aktuelle Herausforderungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Derzeit sind rund 850 Menschen auf der Flucht im Landkreis Neu-Ulm wohnhaft, weitere 30 werden bald dazukommen. Das kündigte Karl Michael Scheufele, Präsident der Regierung von Schwaben, an. Er nahm jüngst am „Asylgipfel“ im Landratsamt Neu-Ulm teil, zu dem Landrat Thorsten Freudenberger die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Landkreiskommunen eingeladen hatte.

Man verständigte sich bei dem dreieinhalbstündigen Gespräch darauf, in einer gemeinsamen Anstrengung alle Möglichkeiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen auszuschöpfen. Die Rathauschefs erklärten sich bereit, den Landkreis bei seiner schweren Aufgabe noch intensiver zu unterstützen.

Regierungspräsident Karl Michael Scheufele ging in seinem Eingangsstatement auf die Modalitäten der Verteilung und Zuweisung der Asylbewerber ein. Er bestätigte, dass Angaben zur Größe und zur Zusammensetzung der Personengruppen, die den Landratsämtern zur Unterbringung zugewiesen werden, nur kurzfristig gemacht werden könnten. Dies erschwere die Planungs- und Informationsmöglichkeiten vor Ort. Nach offiziellen Prognosen werden Ende dieses Jahres Flüchtlinge in einer Größenordnung von einem Prozent der Einwohnerzahl in Schwaben und damit auch im Landkreis Neu-Ulm beherbergt und betreut werden müssen. Das wären im Landkreis knapp 1700 Menschen, also rund doppelt so viele wie derzeit. Dies sei eine äußerst große Herausforderung, die von staatlicher und kommunaler Seite nur gemeinsam bewältigt werden könne, so der Regierungspräsident.

In Bayern gibt es – im Vergleich zu manch anderen Bundesländern – keine so genannte Kommunalquote. Das heißt, dass die einzelnen Städte und Gemeinden nicht verpflichtet sind, Flüchtlinge unterzubringen. „Dies führt zu einer völlig ungleichmäßigen Verteilung, die ich so nicht länger vertreten möchte“, stellte Landrat Freudenberger klar. Mangels gesetzlicher Vorgaben und der zweifelhaften Wirksamkeit von Selbstverpflichtungen komme es nun verstärkt auf das eigene Engagement der jeweiligen Gemeinde bzw. Stadt an. Als vorläufige Orientierungsgröße könne die prognostizierte Ein-Prozent-Marke dienen. Mit dieser können die politisch Verantwortlichen die örtliche Situation bestens bewerten und den jeweiligen Handlungsbedarf definieren.

Diese „dramatische Situation“ – so bestand Einigkeit in der Politikerrunde – erfordere eine gesamtpolitische und gesamtgesellschaftliche, solidarische Übernahme von Aufgaben und Verantwortung. „Die Realität diktiert uns das Handeln“, sagte Regierungspräsident Scheufele. Seitens des Landrats sowie der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurde zudem angemerkt, dass sich übergeordnete politische Ebenen – Europa, der Bund sowie der Freistaat – des Themas „Asyl und Flüchtlinge“ ernsthafte annehmen müssten. Landrat Freudenberger hierzu: „Wir können die Dinge nicht einfach laufen lassen – ansonsten setzen wir die Akzeptanz der Bevölkerung auf ein Spiel.“ Zudem gebe es auch Grenzen der Aufnahmefähigkeit.

„Die kommunale Ebene fordert hier endlich Perspektiven!“

Landrat Freudenberger verabschiedete mit den Spitzenvertretern aus den Landkreiskommunen einige Punkte, die sehr zügig umgesetzt werden sollen: Zunächst sollte es in jeder Gemeinde- und Stadtverwaltung eine/n Ansprechpartner/in für Asylfragen geben, um den Informationsfluss zu verbessern. Die zuständigen Rathausmitarbeiter werden dann bei einer zentralen Informationsveranstaltung im Landratsamt detailliert über die Lage und die angelegten Instrumente und Maßnahmen unterrichtet. Die Schulungsteilnehmer können dann neben den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern als Multiplikatoren vor Ort wirken. Weiterhin sollen sich die Gemeinde- und Stadträte mit der Thematik „Asyl und Flüchtlinge“ fundiert befassen. Josef Walz, Vorsitzender des Gemeindetages im Landkreis Neu-Ulm und in Schwaben, hierzu: „Wir stellen immer wieder fest, dass über die im Detail sehr komplizierte Asylthematik bei politischen Verantwortlichen wie auch in der Bevölkerung zu wenig bekannt ist. Das müssen wir ändern.“

Kern aller Bemühungen der nächsten Wochen und Monate ist nach den vorliegenden Zahlen die Schaffung von Unterbringungsstellen, um die Belegung weiterer Turnhallen zu vermeiden. Die Landkreisverwaltung wird den Kommunen daher bauliche Möglichkeiten aufzeigen, etwa anhand von Best-Practice-Beispielen aus ganz Schwaben oder Bayern. Beim „Asylgipfel“ mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wurden folgende Überlegungen angestellt: Kommunen bauen selbst oder mit Investoren Unterkünfte, die später auch anderweitig genutzt werden können. Die Refinanzierung kann über die erzielten Mieteinnahmen erfolgen. Weiterhin gelte es, bestehenden Wohnraum, der derzeit nicht genutzt wird, zu aktivieren. Ältere, leer stehende Häuser könnten mit Mitteln der Städtebauförderung saniert und als Wohnraum Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden. Regierungspräsident Karl Michael Scheufele wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Bayerische Ministerrat die freistaatlichen Wohnungsbauförderungsgelder jüngst um 50 Millionen Euro aufgestockt hat. Gewisse Fördermöglichkeiten seien also bereits vorhanden.

Regierungspräsident, Landrat, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hoben bei ihrer Beratung im Landratsamt, der weitere Treffen folgen sollen, das große ehrenamtliche Engagement der in den Helferkreisen hervor: Diese Menschen zeigten, dass sie Anteil am schweren Schicksal der Menschen nehmen, die - nicht selten unter Lebensgefahr - aus ihren Heimatländern geflohen sind. Landrat Freudenberger: „Die freiwilligen Helfer geben dem Landkreis ein humanes Gesicht. Schön, dass es überall diese engagierten Menschen gibt.“

Thematisiert wurden auch die Schwierigkeiten, welche die Unterbringung von Flüchtlingen vor Ort immer wieder mit sich bringen. Für Fragen, Sorgen und Ängste der Bevölkerung bestand dabei großes Verständnis. Einerseits bleibe aufgrund der angespannten Lage und der damit ver-



Beim „Asylgipfel“ im Landratsamt Neu-Ulm (von links): Josef Walz (Vorsitzender des Gemeindetages im Landkreis Neu-Ulm und in Schwaben), Landrat Thorsten Freudenberger und Karl Michael Scheufele (Präsident der Regierung von Schwaben). □

bundenen kurzfristigen Anmietungen zu wenig Zeit für die Information und Diskussion vor Ort. Andererseits sei es nun eben wichtig, dass man sich auch in den Kommunen intensiver mit der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung auseinandersetzt. „Es geht derzeit als Erstes darum, den Menschen auf der Flucht ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Diese Notsituati-

on ist schwabenweit die Realität, auf die wir uns einstellen müssen“, bekräftigte Regierungspräsident Scheufele.

Landrat Freudenberger wies abschließend zum wiederholten Mal auf die umfangreichen Informationen hin, die der Landkreis seit Monaten kontinuierlich aktualisiert in seinem Internetauftritt bereitstellt: www.landkreis.neu-ulm.de. □

Landkreis Günzburg:

Wirtschaftsstarke Region

Günzburg. Das Nachrichtenmagazin FOCUS platziert den Landkreis Günzburg in seiner aktuellen Studie zu den lebenswertesten Regionen in Deutschland in den Top 10. Der große FOCUS-Vergleich zeigt, in welchen der 402 Städte und Kreise die Wirtschaft floriert, wo neue Jobs entstehen und Arbeitnehmer die höchsten Gehälter erzielen. Das Ranking basiert auf 4 Kategorien: „Wachstum und Jobs“, „Firmengründungen“, „Produktivität und Standortkosten“ sowie „Einkommen und Attraktivität“.

In der Gesamtwertung liegt der Landkreis Günzburg bundesweit auf Platz 10 (von 402), bayernweit auf Platz 6 (von 96). In der Kategorie „Produktivität und Standortkosten“ erreicht der Landkreis einen hervorragenden Platz 5 bundesweit – im Vergleich mit allen bayerischen Landkreisen und Städten bedeutet dies Platz 3.

Landrat Hubert Hafner sieht die Platzierungen als eine besondere Form der Anerkennung für alle Beteiligten und ein positives Signal für die gesamte Region an. Sein „Fokus“ geht jedoch gleich in Richtung Zukunft: „Es muss allen bewusst sein, dass weiterhin Herausforderungen zu meistern sind und wir ständig gefordert sind, an der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit des Landkreises Günzburg als attraktivem Arbeits- und Lebensort zu arbeiten.“

Positives Bild

Die jüngsten Ergebnisse können sich sehen lassen und sind ein klares Signal für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Landkreis Günzburg für Investoren und Unternehmer. Die Ergebnisse des FOCUS-Ranking stimmen mit denen der aktuellen IHK-Konjunkturmfrage überein. Auch diese zeichnet ein überaus positives Bild für den Landkreis Günzburg. Steigende Aufträge und eine gute Ertragslage sorgen für eine sehr gute Stimmung in der regionalen Wirtschaft. Die Zukunftsaussichten sind gut. Die Unternehmen rechnen damit, dass sich die Konjunktur auch in den nächsten Monaten gut entwickeln wird und zeigen sich bei den Investitionsplänen durchaus engagiert.

Und auch die Arbeitsmarkt-Statistik liefert für den Landkreis Günzburg aktuell äußerst positive Zahlen. Mit 2,4% Arbeitslosen liegt die Quote seit Oktober 2011 auf einem Tiefstand. In den letzten 17 Jahren gab es nur 5 Monate, die eine geringere Arbeitslosenquote auswiesen – auch dies also ein Indikator für die ungebrochen gute Auftragslage der Unternehmen und Betriebe, die weiterhin investieren.

Die wirtschaftliche Lage im Landkreis Günzburg ist also

durchaus positiv. Einen wichtigen Grund hierfür nennt auch der FOCUS in seiner aktuellen Ausgabe: „Aufgrund seiner geografischen Lage zwischen Stuttgart und München lässt sich von Günzburg aus im Radius von 400 Kilometern ein Viertel der europäischen Bevölkerung erreichen“. Ein weiteres Positivum: Auf der Suche nach der richtigen Lage bietet der Landkreis Günzburg ansiedlungswilligen Unternehmen im Vergleich zu anderen attraktiven Standorten in Süddeutschland auch den entscheidenden Vorteil, dass es hier noch entsprechendes Flächenangebot gibt – zum Beispiel auf dem interkommunalen Gewerbegebiet Areal Pro, für den sich jüngst auch der namhafte Hersteller von Kinder-Autositzen Britax-Römer entschieden hat.

Ländliche Kreise

Betrachtet man die Ergebnisse des aktuellen FOCUS-Vergleichs nochmals genauer, befindet sich der Landkreis Günzburg auf Rang 10 in der Gesamtwertung in erfolgreicher Umgebung, hebt sich von den Nachbarn aber dennoch für Unternehmer/Investoren positiv ab. Insgesamt überraschend ist, dass im aktuellen Ranking nicht die Metropolen die ersten Plätze belegen, sondern ländliche Kreise und kreisfreie Städte. Deutschland „ökonomische Kraftzentren“ finden sich meist außerhalb der Millionenzentren. Auch die Dominanz des Südens ist – wieder einmal – eindrucksvoll. 45 der 50 Top-Regionen befinden sich in Bayern oder Baden-Württemberg. Im Wettbewerb der Regionen spielen auch erfolgreiche Kooperationen eine Rolle. Als positives Beispiel stellt der FOCUS-Vergleich hier den Schwabenbund vor. 7 der 16 Kreise oder kreisfreien Städte, die sich hier zusammen geschlossen haben, sind unter den Top 40 des FOCUS-Ranking. Darunter auch der Landkreis Günzburg auf Rang 3 von 16. Im Vergleich der Partner des Schwabenbundes liegt der Landkreis Günzburg sogar in der Kategorie „Firmengründungen“ und „Produktivität und Standortkosten“ auf Platz 1. Landrat Hubert Hafner

1200 Jahre Nandlstadt:

Wertvolles Zentrum der Hallertau

Attraktives Jubiläumsprogramm im Festjahr

In einem Schenkungsvertrag vom 15. März 815 wurde Nandlstadt erstmals urkundlich erwähnt. Diesen 1200. Geburtstag begeht die Marktgemeinde im Herzen der Hallertau mit einem Festjahr. Hierzu haben Kulturausschuss und Marktgemeinderat ein ebenso attraktives wie reichhaltiges Jubiläumsprogramm erarbeitet.

Lobende Worte findet Freisinger Landrat Josef Hauner in der Jubiläums-Festschrift des Hopfenstandorts: „Das Nandlstadt über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt und geschätzt ist, verdankt es seinen engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Zu allen Zeiten gab es Menschen, die dazu beigetragen haben, den Ort zu gestalten und das Leben für seine Bewohnerinnen und Bewohner angenehmer zu machen, die sich politisch oder für soziale Zwecke eingesetzt oder Vereine gegründet haben. Als Landwirte, Hopfenbauern, Handwerker oder Dienstleistende haben sie zum wirtschaftlichen Wohlergehen des Marktes Nandlstadt beigetragen.“

Reges Marktleben

Dass dies auch heute nicht anders sei, erkenne man am regen Marktleben, so Hauner. Der Markt Nandlstadt mit Erstem Bürgermeister Jakob Hartl sei heute ein wichtiges schulisches und kulturelles Zentrum der Hallertau. Vor allem die örtlichen Vereine mit ihren vielfältigen Aktivitäten hätten am gesellschaftlichen und kulturellen Leben großen Anteil – „was sich auch bei der Vorbereitung und Durchführung des großen Jubiläumsjahres deutlich zeigt“.

Ein erster Höhepunkt im Festjahr war die Aufführung des schillernden Broadway-Musicals „Sister Act“, das in der Hopfenlandhalle für Beifallsstürme und Standing Ovations sorgte. Mit viel Herzblut und musikalischem Können begeisterten die rund 70 ehrenamtlich Mitwirkenden unter der Gesamtleitung von Helmut Schraner das Publikum bei den stets ausverkauften Vorstellungen. Mit dem Erlös der zwölf Veranstaltungen wurde das Kinderkrankenhaus St. Marien in Landshut und damit der Verein „Wir helfen heilen“ unterstützt.

Nach dem Maifest unter dem Motto „Mai, schmeckt des gut“, in dessen Rahmen ein neues Kochbuch präsentiert wurde und ein Schaukochen stattfand, steht im Juni anderem noch das „Fest der Sinne“ auf dem Programm. Im Klostergarten wird es einen Volkstanz geben, auf der Bühne vor dem Rathaus wird unter Nachwuchsmusikern ein Musik-

sicht daher den Landkreis Günzburg bestätigt ins seiner Entscheidung, dem neu gegründeten Schwabenbund beigetreten zu sein: „Hauptaufgabe des Schwabenbundes ist es, die Region als starke Einheit nach außen zu präsentieren, um sich zwischen den Metropolregionen behaupten zu können. Der Landkreis Günzburg spielt hierbei eine wichtige Rolle.“

Kehrseite des Erfolgs

Sowohl die Ergebnisse des FOCUS-Vergleiches als auch die jüngste IHK-Konjunkturmfrage und die aktuellen Arbeitslosenzahlen zeigen, dass es wie immer auch eine Kehrseite der Medaille gibt. So attraktiv der Landkreis für die hiesigen als auch potenzielle weitere Unternehmen ist, so gilt es für die Zukunft doch, aus den Stärken erwachsende Herausforderungen zu meistern. Der allseits prognostizierte Fachkräftemangel ist in einzelnen Branchen zum Beispiel schon deutlich spürbar. □

preis ausgespielt. Der Pfarrhof wird ganz im Zeichen des Feuers stehen und wie gewohnt erwartet die Besucher im Posthalterhof ein Südtiroler Weinfest.

Das Hopfensiegelfest Anfang September bildet einen weiteren Schwerpunkt im Festjahr. Mit einer Festwoche im Anschluss an das Hopfenfest wird das Ortsjubiläum ausgiebig gefeiert. Unter dem Motto „Die guade oide Zeit“ werden im Oktober u.a. ein Handwerkermarkt, ein Tanzboden sowie Showbrauen und Jubiläumsbier-Ausschank stattfinden. Highlights des weiteren Festprogramms sind ein Landkreislauf, eine „Ladies Night“ mit Modenschau sowie ein Festgottesdienst mit Kardinal Marx mit anschließendem Festzug durch den Markt. Zudem wird als Gastredner Landwirtschaftsminister Helmut Brunner erwartet. **DK**

BAVERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

1. Neumarkter Klimaschutzpreis:

Beispiele und Leistungen

Bundes- und sogar europaweit besitzt die Stadt Neumarkt in der Oberpfalz einen guten Ruf in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Bei der Verleihung des 1. Neumarkter Klimaschutzpreises in den Sälen der Residenz durften sich fünf Preisträger in vier Kategorien über ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 10.000 Euro freuen. Die Idee zu dieser Auszeichnung wurde im Klimaforum der Stadt Neumarkt geboren.

Der Klimaschutzpreis soll dazu beitragen, gute Beispiele für Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien aufzuzeigen und bekannter zu machen. Es sollen Menschen gewürdigt werden, die mit ihrem Engagement etwas Konkretes für den Neumarkter Klimaschutz tun. Hierfür sind konkrete Einsparungen bei Energie und CO₂ bzw. der Umwelt nutzen nachzuweisen.

Wie Bürgermeister Albert Löhrner bei der Festveranstaltung hervorhob, werde der Klimaschutz in Neumarkt auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichen Akteuren und vielen konkreten Beispielen umgesetzt. Den Rahmen für die Klimaschutzmaßnahmen bilde der Masterplan 100 % Klimaschutz, den der Stadtrat der Stadt Neumarkt im Juli 2013 beschlossen hat. Zur Kategorie „Öffentlichkeitsarbeit“ zähle auch der Neumarkter Klimaschutzpreis, der künftig alle zwei Jahre ausgelobt werden soll.

Thomas Loster, Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung, referierte im Anschluss zum Thema „Der Klimawandel - was kommt auf uns zu?“. Durch Loster Aufzeigen von Wetterextremen und Naturkatastrophen wurde der Handlungsdruck in Bezug auf den Klimawandel deutlich.

In der Kategorie Privatpersonen, dotiert mit 2.500 Euro (aufgeteilt auf zwei Preisträger) wurden Hubert Pfahl für seine energetische Altbauanierung „Vom Altbau zum Plusenergiehaus“ und Dr. Damian Jezussek für sein ökologisch gebautes, hochge-

dämmtes KfW40-Holzhaus ausgezeichnet.

In der Kategorie Organisation, Schule und sonstige Einrichtung, dotiert mit 2.500 Euro, wurde mit dem Klimaschutzpreis der Regionale Energien Verein Neumarkt für die Pionierleistung bzgl. der Errichtung von Photovoltaikanlagen bedacht. Der Verein wurde gegründet, um gemeinschaftlich Projekte zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern wie z. B. Sonne und Wind anzustoßen und umzusetzen. Durch die Koordination des Regionalen Energien Vereins können Privatpersonen unter weitaus besseren wirtschaftlichen Bedingungen in derartige Projekte investieren als öffentliche Träger.

Organisationsplattform

Der Verein baut die Anlage jedoch nicht selbst, sondern dient nur als Organisationsplattform für die Investoren. Jeder Beteiligte an der Anlage erhält für den von ihm produzierten Strom eine nach dem Erneuerbaren Energie-Gesetz (EEG) auf 20 Jahre garantierte Einspeisevergütung. Dadurch ist es möglich, für die Umwelt etwas Gutes zu tun und daran auch noch zu verdienen.

Die Firma Variotec wiederum wurde in der Kategorie Wirtschaft/Gewerbe, dotiert mit 2.500 Euro, für ein Bürogebäude in Passivhausbauweise geehrt. Das Unternehmen präsentiert seinen neuen Büroanbau in Hybridbauweise. Seit Dezember 2012 erweitert das Plusenergiehaus die

Nutzfläche der Firmenzentrale um 137 m². In dem Prototyp tragen neben hauseigenen Produkten wie Passivhausfenstern, Türen und den Vakuumdämmpaneelen auch handelsübliche Systeme anderer Hersteller zum Energiegewinn bei.

Das sog. Hybrid Building 2050 verbindet eine Passivhaus-Gebäudehülle mit einer optimal abgestimmten Haustechnik. Sie erfüllen bereits heute die ab 2021 geltenden gesetzlichen Vorgaben. Das Konzept des Hybrid Buildings 2050 ist aufgrund der cleveren, minimalistischen Konstruktion, des hohen Vorfertigungsgrads der Module, einer kurzen und effizienten Bauzeit sowie der Planung, Bauüberwachung und Bauleitung aus einer kompetenten Hand etwas ganz Besonderes.

Das Hybrid Building 2050 Konzept verbindet Architektur mit technischen Komponenten wie Luftwärmepumpe mit Kühl- und Außensplittergerät sowie Deckentauscherflächen für eine komfortable Heiz- und Kühlstrahlung. Die Be- und Entlüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung sorgt für eine maximale Rücknutzung der Raumluftwärme und ausgewogenen Sauerstoffkomfort.

Belastbare Energiedaten liefert ein Monitoring der Georg-Simon-Ohm Hochschule Nürnberg, das damit Realaussagen zum tatsächlichen Energieverbrauch und dem Plusenergiestandard zulässt.

In der Sonderkategorie „Junge Tüftler“ wurde schließlich das P-Seminar „Elektro-Quad“ am Gymnasium Parsberg für das Konzept zur Umrüstung eines herkömmlichen zu einem Elektro-Quad gewürdigt. Auch hier betrug das Preisgeld 2.500 Euro. DK

Neuwahlen im Kreisverband der KPV Günzburg

Kammelt als erster Bürgermeister Matthias Kiermasz geht in seine dritte Amtszeit als Kreisvorsitzender der in der „KPV“ zusammengeschlossenen Günzburger CSU-Kommunalpolitiker. Bei den Neuwahlen gab es lediglich einen Wechsel bei den Stellvertretern. Rettenbachs erste Bürgermeisterin Sandra Dietrich-Kast kommt auf Wunsch des ehemaligen Balzhauser Rathauschefs Gerhard Glogger an seine Stelle. Stadtrat Stefan Baisch aus der Großen Kreisstadt Günzburg führt seine Position als Stellvertreter von Kiermasz weiterhin aus.

Matthias Kiermasz berichtete von einer Fülle an Terminen die auf Kommunalpolitiker zukommen. Zu den Bürgermeisterdienstbesprechungen, Fraktionssitzungen in der Gemeinde und im Kreis kämen für ihn Ausschusssitzungen auf Bezirks- und Landesebene. In den vergangenen zwei Jahren galt es die Kommunalwahlen vorzubereiten und erfolgreich zu gestalten. Dafür galt sein Dank insbesondere Christoph Schwarz für seine logistische Unterstützung als „Wahlkampfmanager“. Das geänderte Auszählverfahren führte zwar bei der CSU zum Ver-

lust eines Mandates beim Kreistag, trotzdem konnte die absolute Mehrheit gehalten werden.

Enger Kontakt

Wichtig seien die Kontakte zu den Abgeordneten im Land, Bund und Europa. Gab es doch Themen wie die Verbesserung des kommunalen Finanzausgleichs, die Fortschreibung der Krankenhausfinanzierung, der Fachkräftemangel in den Pflegeberufen, die Bewältigung der steigenden Flüchtlingsströme mit der Problematik der Unterbringung unbegleitender

Jugendlichen, die Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen zu besprechen und zu regeln. Um die Hausärzteversorgung im ländlichen Raum sicher zu stellen wurde enger Kontakt und Austausch mit dem Gesundheitspolitischen Arbeitskreis (GPA) gepflegt.

Konstruktive Entwicklung

Reaktionen aus dem Landkreis Dillingen zum Stromnetz-Entwicklungsplan

Als konstruktiv bezeichneten Dillingens Landrat Leo Schrell, Stimmkreisabgeordneter Georg Winter und Bundestagsabgeordneter Ulrich Lange die Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie zum 2. Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom 2024.

Während die Bundesnetzagentur eine Nord-Süd-Gleichstromverbindung von Wolmirstedt nach Gundremmingen nach wie vor für notwendig erachtet, greift das Bayerische Wirtschaftsministerium in seiner Stellungnahme im Prinzip die von Schrell, Winter und Lange bereits im November 2014 erhobenen Forderungen auf, neue Trassenschneisen im Zuge der Planung neuer Stromtrassen zu vermeiden.

Weiterer Ausbau

So geht aus der Stellungnahme des Ministeriums hervor, dass bei einem weitergehenden Ausbau für neue Leitungen die konsequente Nutzung von Bestandsstrassen gefordert wird. Zudem

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Welche Schnapsidee, Bargeld abzuschaffen. Stellen Sie sich die Welt vor, in der wir alle nur mit Karten, Apps und anderem Klimbim bezahlen. Da weiß man doch gar nicht mehr, was man zur Verfügung und was schon ausgegeben hat.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verfolgte verdrießlich die vorgezogene Sommerlochdiskussion über die Abschaffung des Bargelds, wie sie von Volkswirtschaftlern angestoßen wurde.

Wenn ich es recht sehe, steht mein Chef im Mainstream, wenn er die Abschaffung des Bargelds ablehnt. Deutsche lieben Bares, für uns die geprägte Freiheit, wie Dostojewski sagte, auch wenn wir uns darüber klar sind, dass es viel mehr „ungeprägtes“ Geld gibt als Münzen oder Scheine. Denn wir sind bei aller Achtung vor Hart- und Papiergeld ja keine Hinterwäldler der Tauschwirtschaft und erledigen doch die

Das Kreuz mit dem Bargeld

meisten Zahlungen per Überweisung, Abbuchungsauftrag, Konto- oder Kreditkarte, also ohne uns beim Zahlen die Finger schmutzig zu machen. Damit ist jetzt nicht gemeint, dass die Verfechter der Abschaffung des Bargelds auch den Kampf gegen Korruption und Schwarzarbeit als Ziel propagieren, da man schmutzige Geschäfte mit dem anonymen Cash einfach besser erledigen kann, als mit prinzipiell nachweisbaren bargeldlosen Transaktionen. Nein, ich meine schlicht, dass Münzen und besonders Noten, die tagtäglich durch mancherlei Hände gehen, einfach dreckig und keimbelastet sind. Setzen Sie sich mal vier Stunden an eine Supermarktkasse und waschen sich dann die Hände – da kommt eine Brühe runter!

Hand aufs Herz – auch die Stadtverwaltung würde es am liebsten sehen, wenn alle Zahlungen nur mehr unbar laufen würden. Klar gibt es noch die Amtskasse, an deren Schalter man die Gebühren für den neuen Ausweis oder Führerschein mit geprägten und gedruckten Euros beglichen kann. Aber summa summarum, von den Kosten für Sicherheit, Wechselgeld bis hin zum Kassenbestand, ist der Bargeldzirkus teurer als eine Überweisung oder Abbuchung von der GiroCard.

Wissen Sie, warum ich trotzdem gegen die Ab-

schaffung von Bargeld bin? Wie sollen Kinder ohne Bargeld den Umgang mit Geld lernen? Wer erinnert sich nicht an seine Jugend, als der Besuch der Tante todlangweilige Stunden versprach und diese Aussicht nur durch die Erwartung aufgehellt wurde, von ihr einen Fünfer geschenkt zu bekommen. Wer könnte nicht vom verzweifelten Sparen auf ein von den Eltern für unver-

nünftig gehaltenes Sehnsuchtsobjekt, ein Fahrrad, einen Computer, high-fashionable Sneakers, berichten, vom Hochgefühl, wenn das Geld nach langen Monaten des Rasenmähens, Hunde-Gassi-führens und Babysittens zusammen war und die Scheine, die den Weg zur Erfüllung der Sehnsucht ebneten, endlich komplett in den Händen lagen. Und dann der Moment, als zwar das Objekt der Begierde in unserem Besitz war, sich aber trotzdem ein Gefühl der Leere und des Verlustes breitmachte, weil das viele schöne Geld, die Scheine in verschiedenen Farben, weg waren. So lernten wir den Wert von Geld zu schätzen und die Mühen, die es für seinen Erwerb braucht.

Wie soll all das in einer Welt ohne Bargeld funktionieren? Aktiviert die Tante eine App und überweist fünf Euro auf das Konto der Nichte, wenn diese artig ihren Knicks zelebriert hat? Wird es eine Sparfunktion beim Online-banking geben, die dem Jugendlichen verrät, wie weit oder nahe er seinem Sparziel ist? Kommt ein trauriges Emoji auf den Bildschirm, wenn bezahlt wurde? Kann man es gegen ein wütendes Emoji austauschen, wenn sich das Rad als Schrott erwies oder die Schuhe den Freundinnen nicht den Neid ins Gesicht trieben?

Mein Chef, der Bürgermeister, schüttelte sich bei dem Gedanken an diese schöne neue scheinlose Welt. Nein, Kinder und Jugendliche brauchen Bargeld, das haptische Erlebnis des Entgegennehmens und Ausgebens, um zu lernen, was Geld ist. Punkt. Eine abstrakte Zahl auf einem Bildschirm ist halt etwas ganz anderes, als dieselbe Zahl auf einer Münze oder einem Schein. Zum Schluss ließ er noch den Spötter Kurt Tucholsky aus der analogen Welt zu Wort kommen: „Woher das Geld kommt, ist unbekannt. Es ist eben da beziehungsweise nicht da.“

the Sabriul

In der Aussprache kamen insbesondere die anstehenden Günzburger Probleme wie die Zukunft des defizitären Hallenbades in Leihheim sowie die Schließung der Pyrolyse in Burgau auf den Tisch. Auch kam der Wunsch auf, dass das „staatliche Landratsamt“ auch das erforderliche Personal zur Erfüllung dieser staatlichen Aufgaben zugewiesen bekommt. hj

Ministeriums geht zur Planung künftiger Stromtrassen hervor, dass im Falle des Bedarfsnachweises für die HGÜ-Verbindung SuedLink eine Stammstreckenführung weitgehend auf Bestandsstrassen bis zum Netzverknüpfungspunkt Gundremmingen gefordert wird. Gleichzeitig soll die umstrittene Gleichstrompassage Süd-Ost mit Anfangspunkt Wolmirstedt und einem bisherigen Endpunkt Gundremmingen substanzial verkürzt und ein neuer südlicher Endpunkt geprüft werden. Damit wäre – so Winter, Lange und Schrell unisono – der Endpunkt Gundremmingen für die Verbindung nach Wolmirstedt quer durch Bayern und Nordschwaben nach bayerischen Vorstellungen vom Tisch. Dadurch würde eine neue Trassenschneise vermieden.

Tragfähiger Vorschlag aus Bayern

MdB Ulrich Lange hält dies für sinnvoll. „Bayern hat damit einen tragfähigen Vorschlag vorgelegt. Jetzt ist Wirtschaftsminister Gabriel am Zug. Auch die bayerische SPD sollte sich positionieren und den bayerischen Vorschlag unterstützen. Dieser ist im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger.“

Landschaftsschutz

„Der Vorschlag berücksichtigt die begründeten Bedenken des Landschafts-, Natur- und Artenschutzes im Landkreis Dillingen“, freut sich Schrell. MdB Georg Winter hatte bereits am Rande der Klausurtagung der

CSU-Landtagsfraktion zu Beginn des Jahres Ministerpräsident Horst Seehofer und Ministerin Ise Aigner vorgeschlagen, bei der Planung neuer Stromtrassen, so sie notwendig seien, den Fokus auf eine Bündelung mit vorhandener Infrastruktur wie Bundesautobahnen oder bestehender Stromtrassen zu legen und auf neue Trassenschneisen zu verzichten.

Kritische Haltung vieler Gemeinden

Schrell, Winter und Lange sehen in der Stellungnahme des Bayerischen Wirtschaftsministeriums eine Bestätigung der kritischen Haltung des Landkreises und vieler Gemeinden, die sich während des Konsultationsverfahrens insbesondere aus Gründen des Landschafts-, Natur- und Artenschutzes gegen einen Verlauf der Gleichstrompassage Süd-Ost durch den Landkreis ausgesprochen haben. „Wir müssen die weiteren Planungen dennoch kritisch und aufmerksam begleiten“, fordert Schrell weiterhin ein gemeinsames Agieren aller politisch Verantwortlichen im nordschwäbischen Raum.

Netzverknüpfungspunkt

Sollte es im Rahmen der Bedarfsplanung tatsächlich zu einer Anbindung des Netzverknüpfungspunktes Gundremmingen mit der HGÜ-Verbindung SuedLink kommen, wollen sich Schrell, Winter und Lange dafür einsetzen, dass der Forderung nach größtmöglicher Flexibilität bei der Erdverkabelung Rechnung getragen wird. □



Stefan Baisch und Sandra Dietrich-Kast unterstützen als Stellvertreter den wieder gewählten Günzburger KPV-Kreisvorsitzenden Matthias Kiermasz (von links). Bild: hj

Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern:

Hilfsbereitschaft, Sorgen und Ängste

Täglich neu beschäftigt die kommunalen Entscheider in Bayern die Frage, wo und wie sie weitere hilfesuchende Flüchtlinge unterbringen und versorgen können. Landratsämter und Rathäuser stehen vor schier unlösbaren Problemen und geben sich doch größte Mühe, die Menschen, die in großer Not ihre Heimat verlassen haben, bei uns willkommen zu heißen.

„Ab kommender Woche muss das Landratsamt wöchentlich 90 neue Asylbewerber im Landkreis München unterbringen. Dies kündigte die Regierung von Oberbayern bei einer Landrätebesprechung an“, heißt es in einer Pressemeldung von Landrat Christoph Göbel. Sein Engagement steht beispielhaft für die Landkreise und kreisfreien Städte im Freistaat.

„Wir haben keinerlei zeitliche Spielräume mehr“, kommentiert Göbel die sich erneut verschärfende Situation. Die landkreiseinterne Krisenplanung muss ständig an die sich weiter verschärfende Situation angepasst werden. Erst vor wenigen Wochen hieß es, der Landkreis müsse zunächst wöchentlich 35, nach den Pfingstferien dann 50 neue Asylbewerber aufnehmen. Doch schon in den Ferien musste das

Landratsamt ein Sonderkontingent von 100 Personen aus den erneut volllaufenden Erstaufnahmeeinrichtungen unterbringen.

Das bedeutet für das Landratsamt, dass es noch schneller als erwartet vorübergehend auf weitere Turnhallen, Zelte und Tragluft-hallen zurückgreifen muss. Die Tragluft-hallen sollen im Rahmen des Landkreiskonzepts eine Art Drehscheibenfunktion übernehmen. Neu ankommende Asylbewerber werden zunächst in den Hallen untergebracht. Von dort werden sie, sobald neue Unterkünfte errichtet sind oder einzelne Plätze in bestehenden Häusern freiwerden, weiterverteilt.

Neue Sammelunterkünfte, die der Landkreis an mehreren Stellen plant, werden jedoch erst im Laufe des nächsten halben Jahres bezugsfertig sein. Um der Unterbringung der jetzt angekündigten



Landrat Christoph Göbel (2. v. r.) und Aschheims Erster Bürgermeister Thomas Glashauser (r.) zeigen rund 200 interessierten Bürgern die neue Notfallunterkunft für Asylbewerber.

Asylbewerberzahlen in den kommenden Monaten gerecht werden zu können, müssten – ohne die Nutzung der Tragluft-hallen – bis zu 20 Turnhallen geschlossen werden. „Das ist weder für den Schul- noch für den Vereinssport eine tragbare Lösung“, sagt der Landrat. Er habe sich für ein Konzept entschieden, bei dem die Tragluft-hallen eine entscheidende Rolle spielen. Sie sind, da beheizbar, auch die wesentlich bessere Alternative zu Zeltunterkünften. „Gleichzeitig lösen wir damit langfristig die Sporthallenproblematik, die zwar Linderung an der einen Stelle, dafür neue Probleme an anderer schaffen würde.“ Und auch für die Asylbewerber selbst bieten die besser auszustattenden Tragluft-hallen eine wesentlich bessere Alternative.

Container in Aschheim

In die neue Containeranlage im Aschheimer Gewerbegebiet sind inzwischen die ersten Asylbewerber eingezogen. Landrat Christoph Göbel stellte zusammen mit

Aschheims Erstem Bürgermeister Thomas Glashauser den Aschheimer Bürgern die neue Anlage vor. Er bedankte sich ausdrücklich bei der Gemeinde für deren beispielhafte Kooperationsbereitschaft.

Bis zum Jahresende werden 3.800 Asylsuchende im Landkreis München erwartet. Um eine rasche Integration zu ermöglichen, versucht man im Landratsamt die Asylbewerber gleichmäßig über die Landkreiskommunen zu verteilen. In Aschheim hat sich ein sehr aktiver Asyl-Helferkreis namens AHA! (Asyl Helferkreis Aschheim) gegründet, der sich um eine gute Aufnahme und Begleitung der Neuan-kömmlinge in der Gemeinde kümmert.

Eine Sozialbetreuerin aus dem Landratsamt steht als feste Ansprechpartnerin zur Verfügung. Darüber hinaus werden Objektbetreuer rund um die Uhr vor Ort sein und sich ebenfalls um die Belange der Bewohner kümmern.

Bürgermeister Thomas Glashauser freute sich insbesondere über das große Engagement der

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen als Eigenbeilagen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH unsere Einladung zum GZ-Energieforum „Power für Bayerns Kommunen!“ am 25. Juni 2015 in Garching sowie die Dokumentation zum Wasserkraftforum 2015 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Ashheimer und dankte den anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates sowie des Helferkreises. Einen besonderen Dank richtete er auch an eine der Unterkunft benachbarte Firma. Sie stellt ihre Mitarbeiter – rund 800 an der Zahl – für gewisse Zeiträume für soziale Arbeit frei.

Zeichen für Menschlichkeit und Solidarität

Gute Nachrichten auch aus Gräfelfing: Dort stellt man ein Grundstück für eine Asylbewerberunterkunft erheblichen Ausmaßes zur Verfügung. „Ich werte dieses Angebot der Gemeinde als ein Zeichen für Menschlichkeit und Solidarität“, so Göbel.

50 asylsuchende Männer aus

afrikanischen Staaten kamen kürzlich per Bus in Pullach an. Für deren Unterbringung musste eine Turnhalle bereit gestellt werden, die man allerdings schnellstmöglich wieder für den Schulsport braucht. Die kurzfristige Belegung der Halle war nötig geworden, da das Zuweisungskontingent massiv erhöht wurde.

Die Verpflegung übernimmt ein Catering-Unternehmen. Während ihres Aufenthaltes werden die Asylsuchenden von den Mitarbeitern aus dem Sozialamt betreut. Als ständige Ansprechpartner stehen rund um die Uhr Objektbetreuer zur Verfügung.

Maximal 100 Personen können dort unterkommen. Man möchte jedoch eine längerfristige Unterbringung auf so engem Raum unbedingt vermeiden.



Die Containeranlage besteht aus drei einzelnen Riegeln. Insgesamt finden hier 86 Personen eine Unterkunft.

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 25. Juni 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperreffosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkensauktionshaus Schulz
Frauenlörgraben 73 · 80443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

23. April 2015

3. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke — von Entwurf zu Umsetzung und mehr.
The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 081 71.93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

[www.twitter.com/gz_aktuell](https://twitter.com/gz_aktuell)
www.facebook.com/GZaktuell

Immobilienberatung

OPTIMHOME Immobilien GmbH

Wir bieten an:

In der Metropolregion Nürnberg:
1 - 2 Zi. Mini-Apartments, ideal für Anleger
2 - 4 Zi. Eigentumswohnungen, teilweise mit Gartenanteil, sowie großzügige Penthouses-Wohnungen.

Wir suchen für Vermietung und Verkauf
Wohnungen und Häuser in gutem bis bestem Zustand.

Kostenlos: Aktuelle Verkehrswertermittlung, Photoshooting, Werbung in allen bekannten Internetportalen sowie eine Betreuung bis zum Notartermin.

Immobilien Kaeser, Metropolregion Nürnberg
Tel.: 0911 / 99 288 12, Mobil: 0160-812 81 73
iug.kaeser@optimhome.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Die alternative Energiepartner

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

25. Juni 2015

8. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Stadt Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Präsente

www.bayern-laden.de
Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.
Tel.: 08766 - 93 98 66
Email: upenner@t-online.de

Herbst 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wärme-Contracting

Wärme-Contracting.
Weniger Kosten. Mehr Service.
www.baywa-edl.de

Energie **BayWa**

Heizanlage + Brennstoff + Service = Wärme-Contracting

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
053 26 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

WASSER.KRAFT.BAYERN.

WASSERKRAFT – JA BITTE!

DRITTES BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM IN LANDSHUT

Als Informationsveranstaltung und Dialogforum etabliert hat sich das Bayerische Wasserkraftforum der Bayerischen GemeindeZeitung, das in seiner nunmehr dritten Auflage in Landshut stattfand. Gut 200 politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse informierten sich über den neuesten Stand der Technik sowie über politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die die Nutzung der Wasserkraft regeln. Vertreter des bayerischen Wirtschafts- bzw. Umweltministeriums gaben hierzu detailliert Auskunft.

Anfang des Jahres haben die Wasserkraftunternehmen im Freistaat die Initiative „Wasserkraft – ja bitte!“ (www.wasserkraft-ja-bitte.com) ins Leben gerufen, um die Vorteile dieser zuverlässigen und ältesten erneuerbaren Stromquelle ausführlich darzustellen. Mit Repräsentanten der Mitglieder der Initiative zeigte „Wasserkraft – ja bitte!“ in Landshut Flagge und informierte in Vorträgen, im Rahmen einer Ausstellung sowie in persönlichen Gesprächen über die regionalen und lokalen sehr guten Beispiele und Anwendungen, die den vielfältigen Nutzen der Wasserkraft und

ihre ökologische Umsetzung in Bayern erlebbar machen.

PARTNER DER INITIATIVE

Partner der Initiative sind aktuell: Die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, Augsburg, die E.ON Kraftwerke GmbH, Landshut, die Grenzkraftwerke GmbH, Simbach, die Rhein-Main-Donau AG, München, die SÜC Energie und H2O GmbH, Coburg, die VERBUND AG, Wien, die VERBUND Innkraftwerke GmbH, Töging, die Vereinigung Was-

serkraftwerke in Bayern e.V., München, sowie der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW und die Wasserkraftwerke Passau GmbH.

WICHTIGSTE ERNEUERBARE STROMERZEUGUNGSFORM

„Unsere bayerische Wasserkraft ist als wichtigste erneuerbare Stromerzeugungsform im heimischen Energiemix ein Juwel. Sie leistet



et einen unverzichtbaren Beitrag zu einer zuverlässigen Stromversorgung und damit zur wirtschaftlichen Stabilität in Bayern. Zudem ist sie klimafreundlich, ressourcenschonend, sicher verfügbar und preiswert“, konstatierte Dr. Albrecht Schleich im Namen der Initiative „Wasserkraft – ja bitte!“. Generell genieße die Wasserkraft eine sehr hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Alle bisherigen Umfragen untermauerten diesen Trend.

ÖKOLOGISCHE OPTIMIERUNGSMABNAHMEN

In Verbindung mit ökologischen Optimierungsmaßnahmen an den Wasserkraftstandorten, beispielsweise zur Fischdurchgängigkeit, würden weitere erhebliche Verbesserungen für die Umwelt erreicht, erklärte Schleich. Die bayerischen Wasserkraftunternehmen böten das ganze Jahr über Besichtigungsmöglichkeiten, Tage der Offenen Tür sowie zahlreiche weitere interessante Aktionen an.



Mehr als 200 Besucher zählte das diesjährige Bayerische Wasserkraftforum.



In ihrer Begrüßung hatte GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel darauf hingewiesen, dass die Wasserkraft die weltweit am meisten genutzte erneuerbare Energiequelle ist. Nach Angaben des Bundesverbandes Erneuerbare Energien e.V. erzeugen bereits 7.500 Anlagen in Deutschland Energie durch Wasserkraft. Zwar sei der Bau von Wasserkraftwerken aufwändig und zeitintensiv; dennoch rentiere sich die Erzeugung der Wasserenergie, hätten die Anlagen doch eine lange Lebensdauer und der Rohstoff zur Energieerzeugung sei kostenlos verfügbar.

Ein weiteres Plus sei, dass beim Betrieb von

Kraftanlagen mit Wasser keine schädlichen Emissionen für die Umwelt entstehen. Wasserkraft sei damit eine „saubere“ Form der Energieerzeugung, ganz im Gegensatz zu den konventionellen Energieträgern Erdöl und Kohle.

KEINE SPÄTFOLGEN

Zudem hinterließen Wasserkraftwerke auch nach dem Ende ihrer Betriebszeit keine Spätfolgen für die Umwelt. Zudem machte von Hassel darauf aufmerksam, dass im modernen Kraftwerksbau und -betrieb besondere Aufmerksamkeit und große Sorgfalt auf die Bedürfnisse der Ökologie verwandt werden.

Nach dem umfangreichen Programm mit knapp einem Dutzend Vorträgen hatten interessierte Gäste die Gelegenheit, die Zentrale von E.ON Wasserkraft in Landshut zu besichtigen. E.ON steuert von der Zentrale aus derzeit 57 Wasserkraftwerke an fünf Flüssen sowie ein Pumpspeicherkraftwerk in Bayern. Bei Hochwasser wird die Zentrale zu einem wichtigen Partner der Katastrophenschutzbehörden, da die dort verfügbaren aktuellen Daten und Pegelstände der Flussabschnitte vorliegen. Die Informationen der Warte dienen somit auch als Grundlage für Entscheidungen zur Bekämpfung des Hochwassers. ■

MINDIRIG RUDOLF ESCHEU / STMWI:

DIE ROLLE DER WASSERKRAFT IM ZUKÜNFTIGEN BAYERISCHEN ENERGIEMIX

Wasserkraft ist ein CO₂-freier heimischer Energieträger und mit einem Anteil von rund 40 Prozent an der Stromerzeugung (EE) die wichtigste regenerative Energiequelle in Bayern“, betonte Ministerialdirigent Rudolf Escheu. 2015 habe es in Bayern laut Bayerischem Landesamt für Umwelt 4.174 (Stand: April 2015) Wasserkraftanlagen (ohne Pumpspeicherkraftwerke) mit einer mittleren Anlagenleistung von 575 kW und einer Gesamtleistung von 2.400 MW gegeben. Zum Vergleich: 1988 waren es 4230 Anlagen mit 510 kW und 2.150 MW.

Rund 3.950, d. h. 95 % kleiner Wasserkraftanlagen mit einer Ausbauleistung bis 1 MW erzeugen durchschnittlich 1.000 GWh (1 Mrd. kWh) pro Jahr. Dies sind weniger als 10 % des Wasserkraftstroms in Bayern. Die kleinen Anlagen sind Escheu zufolge aber vielfach ein wichtiges Standbein für die Existenzsicherung mittelständischer Familienbetriebe. Den Hauptanteil der Stromerzeugung aus Wasserkraft bringen rund 225 Wasserkraftanlagen ohne Pumpspeicherkraftwerke mit einer Ausbauleistung größer als 1 MW. Insgesamt werden bei rund 2,4 GW installierter Leistung im mehrjährigen Jahresmittel je nach Wasserdargebot rund 12.500 GWh Strom erzeugt.

60 % DES WASSERKRAFTSTROMS KOMMEN AUS BAYERN

In den wasserreichen Jahren 2012 und 2013 wurde jeweils rund 13.100 GWh Strom aus Wasserkraft erzeugt, im wasserarmen Jahr 2011 rund 10.700 GWh. Somit werden 60 % des deutschen Wasserkraftstroms im Freistaat erzeugt. Gegenüber Wind oder Sonne habe die

Wasserkraft den Vorteil, dass sie rund um die Uhr verfügbar ist. „Für die Versorgungssicherheit und die Netzstabilität ist die dezentrale Stromerzeugung mit Wasserkraft von besonderem Wert“, erläuterte Escheu.

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Ener-

gien betrug 2013 in Bayern 31,6 TWh, wobei die Wasserkraft einen Anteil von 41,5 % hatte. Laut Energiekonzept „Energie Innovativ“ sind für 2021 42,7 TWh anvisiert.

DECKUNGSLÜCKE SICHERN

Die Kernfrage des Energiedialogs Bayern lautet Escheu zufolge: „Wie kann ab 2023 eine Deckungslücke von ca. 40 TWh bzw. eine Kapazitätslücke von ungefähr 5 GW gesicherter Leistung ohne Kernkraft gedeckt werden? Die Wasserkraft könne hierzu folgenden Beitrag leisten:

- Verbindung regionaler Wertschöpfung mit



MinDirig Rudolf Escheu, Dr.-Ing. Christoph Rapp und MR Dipl.-Ing. Gregor Overhoff (v. l.) ■



Hochwasserschutz sowie Sohl- und Uferstabilisierung.

- Die Akzeptanz der Wasserkraft ist in der Bevölkerung generell hoch.
- Die weiteren Potenziale zur Steigerung der Wasserkraftnutzung sind aufgrund ökologischer Anforderungen begrenzt.
- Das realisierbare Potenzial bis 2021 wird auf rund 13,5 TWh im langjährigen Mittel geschätzt. Dies entspricht einer Steigerung um ca. 1 TWh.
- Überwiegend Modernisierung und Ertüchtigung bestehender Anlagen. An bestehenden Querbauwerken wird die Errichtung von Wasserkraftanlagen mit der Herstellung der Durchgängigkeit, bei Einhaltung des Fischpopulationssschutzes, verbunden.

VORHANDENE POTENZIALE ERSCHLIEßEN UND UMWELTVERTRÄGLICH NUTZEN

Ziel der Bayerischen Staatsregierung sei es, vorhandene Potentiale der Wasserkraft zu erschließen und umweltverträglich zu nutzen („10-Punkte-Fahrplan“ für Interessenausgleich im Spannungsfeld Energieerzeugung – Gewässerökologie“). Ein wichtiges Element zur Lenkung des Wasserkraftausbaus auf geeignete Standorte stelle die im Bayerischen Energieatlas veröffentlichte „Gebietskulisse Wasserkraft“ dar. Diese werfe folgende Fragen auf:

- Bei welchen großen Anlagen kommen Modernisierung oder Ausbau in Frage?
- Welche Standorte (bestehende Querbauwerke) können für Neubauten geeignet sein?
- Wo kommen Neubauten im Rahmen von Fluss-Sanierungen in Frage?

Als Musterbeispiel für die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie bei der Nutzung der regenerativen Wasserkraft bezeichnete Escheu die im April dieses Jahres offiziell in Betrieb genommene fischfreundliche Wasserkraftschnecke Neuses, die Restwassermengen der Regnitz zur ökologischen Stromerzeugung nutzt. Mit der Betriebsführung dieser Anlage der Rhein-Main Donau AG mit einer Jahresstromerzeugung von rund 1,14 Millionen Kilowattstunden ist die E.ON Kraftwerke GmbH betraut, die auch die Projektleitung für den Bau der Anlage innehatte.

FISCHFREUNDLICHE TECHNIK

Die Neuseser Anlage arbeitet nach dem umgekehrten Prinzip einer Archimedischen Schraube. Sie nutzt eine Fallhöhe von rund fünf Metern zur umweltfreundlichen Stromerzeugung aus der Kraft der Regnitz und hat eine Ausbauleistung von 130 kW. Durch ihre

Bauart gilt die Wasserkraftschnecke als besonders fischfreundliche Technik zur ökologischen, energetischen Nutzung von Restwasserabgaben.

Wie Escheu weiter ausführte, leisten Speicher im Rahmen der Energiewende einen großen Beitrag: „Sie erbringen Systemdienstleistungen. Die Speicherung von eE-Strom reduziert den CO₂-Ausstoß. Speicher können Strommengen zeitlich verschieben und damit Stromerzeugung und Stromverbrauch zeitlich in Einklang bringen. Pumpspeicherkraftwerke (PSW) sind derzeit die günstigste Speichertechnologie und aktuell die einzige Möglichkeit, Strommengen im GWh-Bereich zu speichern. Ihre Wirtschaftlichkeit ist derzeit aufgrund der niedrigen Strombörsenpreise problematisch.“

EINZIG VERFÜGBARER WEG ZUR STROMSPEICHERUNG

Aktuell sind nach Escheus Darstellung Pumpspeicherkraftwerke die einzige verfügbare Möglichkeit zur Speicherung von Strom in großem Maßstab mit geringem Energieverlust.

Sie seien sicher und seit Jahrzehnten verfügbar; zudem existierten sie in unterschiedlichen technischen Ausführungen und würden weltweit eingesetzt. PSW ergänzten nicht nur den konventionellen Kraftwerkspark, sondern trügen zur Integration der erneuerbaren Energien bei. Sie eigneten sich gut zur Bereitstellung von – zunehmend nachgefragter – Regelleistung für Stromnetze. Jedoch, so räumte der Ministeriumsvertreter ein, seien Neubaupläne für PSW vor Ort „häufig umstritten“.

Tatsache sei, dass der durchschnittliche tägliche Strombedarf in Bayern bei 230 GWh liege und die Kapazität aller bayerischen Pumpspeicherkraftwerke 4,5 GWh betrage. Eine im Auftrag des Ministerrats erstellte Studie zu Pumpspeicherpotenzialen sei 2014 veröffentlicht und verschiedenen Gremien vorgestellt worden. Ausgehend von der in Bayern derzeit installierten Kapazität von knapp 4 GWh sei in der Potenzialanalyse eine mögliche Kapazität von 66 GWh bei 11 GW Leistung ermittelt worden. Ein Gutachten der Forschungsstelle für Energiewirtschaft habe zudem die Rentabilität von Pumpspeicherkraftwerken unter den derzeitigen Marktbedingungen untersucht. ■



WASSERKRAFT

Ja bitte!

Wasserkraft -
Bayerns erneuerbare
Stromquelle Nr. 1

www.wasserkraft-ja-bitte.com

Wir sind Partner:


Am Strom der Zukunft




RIEHN-MAIN-DONAU


Bayerische
Elektrizitätswerke


Lechwerke




Lind metz.


Am Mittelmain 010




Energie Partner


Energie. Wasser. Leben.



Wasserkraft - Ja bitte! - eine Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern
im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW
www.wasserkraft-ja-bitte.com



MR DIPL.-ING. GREGOR OVERHOFF / STMUV:

ÖKO-WASSERKRAFT: ERFOLGSMODELL FÜR BAYERN?

Nicht „Wasserkraft oder Ökologie“, sondern „Wasserkraft und Ökologie“ ist unser Auftrag, erklärte Ministerialrat Dipl.-Ing. Gregor Overhoff. Ökologische Standards bezüglich der Wasserkraftnutzung nach WHG (§ 33-35) umfassten die Faktoren Mindestwasserführung, Durchgängigkeit und Wasserkraftnutzung. Nachträgliche Anordnungen durch die Landratsämter seien bei bestehenden Anlagen möglich.

Die Errichtung, die wesentliche Änderung und der Betrieb von Stauanlagen dürfen laut Wasserhaushaltsgesetz nur zugelassen werden, wenn durch geeignete Einrichtungen und Betriebsweisen die Durchgängigkeit des Gewässers erhalten oder wiederhergestellt wird, soweit dies erforderlich ist, um die Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 zu erreichen. Die Nutzung von Wasserkraft darf wiederum nur zugelassen werden, wenn auch geeignete Maßnahmen zum Schutz der Fischpopulation ergriffen werden. Es existiert Nachrüstpflicht bei bestehenden Anlagen und eine behördliche Prüfung gibt Aufschluss darüber, ob bei vorhandenen und weiter bestehenden Querbauwerken eine Wasserkraftnutzung nach den Standortgegebenheiten möglich ist.

ÖFFENTLICHES INTERESSE

Laut § 6 des Wasserhaushaltsgesetzes (Bewirtschaftungsermessens) ist die Nutzung der Wasserkraft grundsätzlich im öffentlichen Interesse. Es besteht das Gebot zur Berücksichtigung von Folgen des Klimawandels; zudem sind die Erfordernisse des Klimaschutzes als Beitrag zum hohen Schutzniveau für die Umwelt zu berücksichtigen.

Ziel der Bayerischen Staatsregierung war es laut Energiekonzept 2011, bis zum Jahr 2021 den Anteil der erneuerbaren Energien am Bayerischen Strombedarf auf 50 % anzuheben und den Wasserkraftanteil bei der Stromerzeugung von 15 % auf 17 % bis zum Jahr 2021 (2 Mrd. kWh/a Mehrerzeugung) zu steigern. Ende 2014 sei dieses Ziel relativiert worden - auf 1 Mrd. kWh/a Mehrerzeugung.

Studien von E.ON, BEW, RMD und VERBUND hätten den Nachweis von Energiepotenzialen bei der Großen Wasserkraft in Bayern erbracht, betonte Overhoff. Die Potenziale aus vorhandenen Querbauwerken seien im Energieatlas veröffentlicht, außerdem könnten Potenziale in Verbindung mit Flußsohlsanierungen

an Lech und Salzach gehoben und Komplettisanierungen bzw. Umbauten vorhandener Wasserkraftanlagen wie am Inn in Töging vorgenommen werden.

Die Auswirkungen der Wasserkraftanlage auf das Gewässer werden nach neuester Technik ökologisch verträglich gestaltet. Kennzeichen sind laut Overhoff:

- Konzept zur Durchgängigkeit für aquatische Lebewesen (im Wesentlichen Fische) nach Ober- und Unterwasser durch einen Fischaufstieg als technische oder naturnahe Fischaufstiegsanlage, einen Fischabstieg mit Fischleiteneinrichtungen durch passiven Fischschutz (Schutzrechen mit engen Rechenabständen) und ausreichende Leitströmungen für Fische über, unter oder neben den Turbinenläufen oder (langsam drehende) fischverträgliche Turbinen mit geringen Spaltmaßen, bei deren Fischdurchgang nur eine sehr geringe Fischschädigung zu erwarten ist.
- Konzept zur Durchgängigkeit von Geschiebe und Sedimenten durch die Stauanlage.

Als Standorte für Forschungsvorhaben der TU München nannte der Ministeriumsvertreter die Lindesmühle an der Fränkischen Saale und Baiersdorf-Wellerstadt an der Regnitz (konventionelle, nachgerüstete Wasserkraftanlage), die Wasserkraftschnecke am Heckerwehr an der Roth, Bewegliche Kraftwerke in Eixendorf an der Schwarzach und (im Genehmigungsverfahren) in Volkmannsdorf an der Amper, VLH-Turbinen an der Pielmühle am Regen (im Genehmigungsverfahren), in Au an der Iller und in Baierbrunn an der Isar sowie ein Schachtkraftwerk in Großweil an der Loisach.

Die VLH- („Very Low Head“)-Turbine sei fischverträglich. Auch gebe es standardisierte Baugrößen von 100 bis 450 kW mit Ausbaumengen von 8 bis 30 m³/s. Die VLH-Turbine sei zudem geeignet für niedrige Fallhöhen von 1,50 bis 3,0 Meter.

Besondere Merkmale des Beweglichen Kraftwerks wiederum seien ein schwenkbarer Stahlkasten mit innenliegender Kaplan-Turbine (doppelt reguliert), eine Generator-Einheit bis 1 MW, Fallhöhen bis 6 Meter und ein Rundbogenrechen mit 15-20 mm Rechenstababstand. Das Krafthaus sei über- bzw. unterströmbar, wodurch ein besserer Wirkungsgrad und ein fischverträglicher Abstieg möglich seien. Bei einem angehobenen Kraftwerk sei die Geschiebedurchgängigkeit ebenso gewährleistet wie die Möglichkeit bodennaher Fischwanderungen.

Das Schacht-Kraftwerk zeichne sich durch einen Schachteinlauf mit horizontaler Rechenebene und einer geringen Anströmgeschwindigkeit, einem breitflächigen Fischabstieg über Regulierklappe oder Ausstiegsöffnung in Klappe und eine sehr kompakte Bauform aus, während die Wasserkraftschnecke kostengünstig und robust sei und eine hohe Verschleißbeständigkeit aufweise. Aufgrund ihrer geringen Drehzahl sei sie zudem fischverträglich. Für eine Optimierung sorgten eine sog. Gummilippe (Kantenschutz) sowie eine Bürstendichtung (Abdichtung Ringspalt). Die Wasserkraftschnecke sei relativ gut treibgutdurchgängig und es sei nur ein Grobrechen erforderlich. Bei einem großen Schneckendurchmesser von 5,5 m³/s ist ein maximaler Durchfluss möglich. Die maximale Leistung beträgt bis 300 kW.

FORSCHUNGSVORHABEN

Forschungsvorhaben zur Wasserkraftnutzung und Gewässerökologie werden Overhoff zufolge an bestehenden und innovativen Wasserkraftanlagen in Bayern durchgeführt. Dazu zählen Untersuchungen durch den Lehrstuhl für Aquatische Systembiologie der TU München an 9 Anlagenstandorten in Bayern sowie Auswirkungen von verschiedenen Wasserkraftanlagen auf das Gewässer und seine Biologie. Ziel sei es, „Erkenntnisse zur Verringerung der Auswirkungen bzw. zur Verbesserung der Verträglichkeit von Wasserkraftanlagen auf die Gewässerökologie zu gewinnen“. Das Forschungsprojekt läuft bis Ende 2016.

„Jede Energiegewinnung verändert unsere Umwelt. Den Fortschritt erreicht man nicht durch Blockade oder Verweigerungshaltung. Besser ist Mut zu Neuem. Es gilt, Best Practice Lösungen einzusetzen und Erfahrungen zu sammeln“, lautete Overhoffs Fazit. Das Augenmerk müsse letztlich darauf gelegt werden, die Gewässer als Lebensraum zu erhalten, eine Durchgängigkeit für Wasserlebewesen herzustellen und Möglichkeiten zur dynamischen Entwicklung als prägendes Element für Landschaft und Wasserhaushalt zu schaffen. ■

DR. ALBRECHT SCHLEICH / RHEIN-MAIN-DONAU AG:

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN DER ENERGIEWENDE AM BEISPIEL WASSERKRAFT

Kraftwerksstandorte der Rhein-Main-Donau AG befinden sich an Altmühl, Donau, Main, Lech und Regnitz. Langenprozelten ist der Standort von Deutschlands wichtigstem Spitzenlastkraftwerk für Bahnstrom. Das Pumpspeicherkraftwerk verfügt über eine Ausbauleistung von 164 MW und 140 bis 200 Mio. kWh/a Bahnstrom. Die 59 RMD-Laufwasserkraftwerke weisen wiederum eine Ausbauleistung von zusammen 461 MW und ein Regelarbeitsvermögen von 2.735 Mio. kWh auf", stellte Vorstandsvorsitzender Dr. Albrecht Schleich fest.

Der RMD-Vorstand zeigte auf, „dass die Energiewende kein Kind von Fukushima ist, dadurch aber beschleunigt wurde“. Eigentlich habe die Energiewende bereits 1991 mit dem Inkrafttreten des Stromeinspeisungsgesetzes begonnen. 2000 sei das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) beschlossen worden, 2002 wurde das Atomgesetz geändert und 2010 sei die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken beschlossen worden. 2011 schließlich er-

folgte der verschärfte Ausstieg aus der Kernenergie mit der Havarie der KKW-Anlage Fukushima und dem Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergienutzung bis 2022.

FEHLENDER MASTERPLAN

Aktuell sei eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Umsetzung der Energiewende festzustellen, was nicht zuletzt am fehlenden

Masterplan liege, betonte Schleich. Darüber hinaus habe das Erneuerbare-Energien-Gesetz einen mengenmäßig und geographisch ungesteuerten Zubau regenerativer Energieanlagen gefördert und den klassischen Erzeugungsmarkt beseitigt, wodurch die Marktregelung nicht mehr funktioniere. Zudem sei eine gesicherte Kraftwerksleistung aus dem Markt verdrängt worden. Auch herrsche eine zunehmende Überforderung der Netze, da der Aus-, Um- und Neubau nicht mit dem Anlagenzubau Schritt halten könne. Die einseitige Gewichtung als Stromerzeugungswende tue ihr Übriges.

Laut Schleich „ist die Energiewende unverzichtbar, stellt uns aber vor große Herausforderungen“. Die Abkehr von der Kernenergie werde von der Mehrheit der Bevölkerung

Wir nutzen unsere Fischschleuse zur Stromerzeugung

Innovativ und wirtschaftlich

Für den Betrieb der Fischwanderhilfe an unserer Talsperre werden 500 l Wasser pro Sekunde benötigt. Dies hätte pro Jahr einen Produktionsverlust von 400.000 Kilowattstunden Strom verursacht. Durch ein ausgeklügeltes Rohrsystem und den Einbau eines Turbinenaggregates kann dieses Wasser für die Stromerzeugung vollständig genutzt werden und verbindet damit Ökologie und Wirtschaftlichkeit in idealer Weise.

Ökologisch

Das Monitoring zur fischereiökologischen Funktion wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz begleitet, gefördert und im Frühjahr 2015 erfolgreich abgeschlossen.

Ausgezeichnet

Das Projekt wurde mit dem Bayerischen Energiepreis 2014 in der Kategorie „Erneuerbare Energien, Energienetze, Speichertechnologien“ ausgezeichnet.

Gefördert

Die Entwicklung des Verfahrens wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Rahmen des Programms BayINVENT gefördert.

Patentiert

Dem Verfahren wurde bereits das deutsche Patent erteilt. Das europäische Patent ist beantragt.



Ihr Ansprechpartner für alle Fragen rund um die energetisch genutzte Fischwanderhilfe:

Johann Fischer

Werkleiter

Kraftwerk Höllenstein AG

Telefon: 09941 / 77 00 20



Mit dem Druck auf den blauen Knopf wurde die moderne, 1,6 Mio. Euro teure Fischaufstiegsanlage beim Bahnstromkraftwerk Ingolstadt der Donau-Wasserkraft AG, die zu 99,25 Prozent der Rhein-Main-Donau AG gehört, in Betrieb gesetzt (v.r.n.l.): Tanja Schorer-Dremel, MdL und stv. Landrätin von Eichstätt, Dr. Christian Lösel, Oberbürgermeister von Ingolstadt, Roland Weigert, Landrat von Neuburg-Schrobenhausen, Karl-Heinz Straßer, Leiter Wasserkraft Deutschland Mitte der E.ON Kraftwerke GmbH, Prof. Dr. Albert Göttle, Präsident des Landesfischereiverbands Bayern, Dr. Christian Barth, Ministerialdirektor und Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Stefan Meyer, Technischer Vorstand der Donau-Wasserkraft AG, Peter Fösel, Kaufmännischer Vorstand der Donau-Wasserkraft AG, Werner Raithmayr, Geschäftsführer der DB Energie GmbH, Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG.

Foto: RMD AG,

getragen. Das energiewirtschaftliche Zieldreieck mit den Komponenten Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sei tatsächlich gefährdet.

NETZSTABILITÄT IN GEFAHR

Nach den Worten des Vorstands ist die Netzstabilität in Gefahr: „Wir haben in Bayern mit einer immer größeren Lücke zwischen der Höchstlast und der gesicherten Leistung zu kämpfen.“ Auch die schnell wachsende EEG-Umlage und Netzausbaukosten bis zu 50 Milliarden Euro für Verteil- und Übertragungsnetze bereiten Schwierigkeiten. Zudem scheiterten die notwendigen Investitionen in Erzeugungsanlagen mit hoher Verfügbarkeit am Wegfall des Marktes – so würden beispielsweise keine neuen Gaskraftwerke gebaut.

Beim Thema Umweltverträglichkeit wies Schleich auf den enormen Flächenbedarf für das bayerische Ausbauziel für Erneuerbare Energien 2021 hin. Etwa ein Drittel der Fläche Bayerns sei für die regenerative Energieerzeugung nötig. Hinzu kämen die fehlende Akzeptanz bei der Bevölkerung sowohl beim Leitungsbau als auch bei erneuerbaren Energieanlagen und der verstärkte Einsatz von fossilen Kraftwerken, insbesondere Braunkohleanlagen.

Dass die Wasserkraft zum Thema Versorgungssicherheit einen besonders großen Beitrag leistet, steht für Schleich außer Frage: „Wasserkraft steht rund um die Uhr zur Verfügung und ist grundlastfähig; sie trägt mit ihrer Kraftwerksleistung zu einer gesicherten Energieversorgung bei und ist eine gut plan-

bare, zuverlässige, heimische, regenerative Energie. Wasserkraft ist gut regelbar und leistet daher einen wesentlichen Beitrag zur Netzstabilität. Zudem ist Strom aus Wasserkraft speicherbar.“

NATURSCHUTZ GEHÖRT ZUR WASSERKRAFT

Wasserkraftnutzung sowie Natur- und Klimaschutz seien keine Gegensätze, sondern gehörten zusammen. Wasserkraftnutzung bedeute saubere Stromproduktion ohne CO₂-Emissionen, ohne Rückstände oder Abfälle und durch Reinhaltung der Flüsse mit Rechenreinigungsmaschinen. Wasserkraft schone natürliche Ressourcen und das Klima.

Konsequent engagierten sich die Wasserkraftunternehmen für die jeweilige Fischfauna mit maßgeschneiderten Ökologie-Verbesserungs-Aktionen an ihren Flussläufen. Wasserkraftanlagen leisteten einen Beitrag zur Sohl- und damit zur Grundwasserstabilisierung. Wasserkraftnutzung schaffe hochwertige Naturschutzgebiete. Sie bedeute aber auch Kollision mit den Interessen des Naturschutzes: „Bei der Durchgängigkeit der Gewässer für Fische, bei der Geschlebedurchgängigkeit, bei der Aufrechterhaltung der Biodiversität“.

HÖCHSTE AKZEPTANZ

Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2013 („Deutscher Energiekompass“ der IG BCE) ist die Akzeptanz für Wasserkraft bei der „schweigenden Mehrheit der Bevölkerung“ mit 94 % freilich sehr hoch. Nur 6 % sehen in der Wasserkraft Nachteile.



Die Ausstellung im Foyer der Landshuter Stadtsäle Bernlochener war beliebter Treffpunkt für vertiefte Informationen und fachlichen Austausch.

MARKT AUSSER KRAFT GESETZT

Mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit meinte der RMD-Vorstand: „Neu- und Ausbau der Wasserkraft rechnen sich nicht mehr.“ Seiner Ansicht nach würde sich die Wasserkraftproduktion in einem freien Markt leicht gegenüber allen anderen regenerativen Erzeugungsarten behaupten, doch sei der Markt durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz außer Kraft gesetzt worden. Die Börsenstrompreise an der EEX (European Energy Exchange) seien so niedrig, dass sich Investitionen zum Ausbau der Wasserkraft nicht mehr rechnen. Die EEG-Boni für Wasserkraftproduktion stellten keine Hilfe dar, da sie die Baukostensteigerungen und die Investitionen für die ökologischen Maßnahmen bei Wasserkraftprojekten nicht berücksichtigen.

Fakt sei, dass statt notwendigem Zubau sich die Anzahl der Wasserkraftwerke (kleiner 1.000 KW) im Jahr 2013 gegenüber 2011 verringert habe. Hätten 2011 noch 4.236 Wasserkraftwerke mit einer Ausbauleistung von insgesamt 2.941.000 KW existiert, seien es 2013 nur noch 4.141 mit 2.932.876 KW gewesen.

Vor diesem Hintergrund forderte Schleich zunächst eine verbesserte Versorgungssicherheit. Beim Kraftwerksbau müsse auf lange Sicht ein echter Stromerzeugungsmarkt wiederhergestellt werden. Kurzfristig gelte es, das EEG marktwirtschaftlicher auszurichten und verlässliche Kraftwerkskapazitäten durch Einführung eines dezentralen Leistungsmarktes zu sichern.

LEITUNGSBAU ERFORDERLICH

Beim innerdeutschen Leitungsbau müssen nach Überzeugung des RMD-Chefs große Hochspannungs-Gleichstromübertragungsleitungen (1-Phasen-Gleichstrom) gebaut werden. Ebenso erforderlich seien neue Hoch- und Höchstspannungsleitungen (3-Phasen-Drehstrom), die Verstärkung und Optimierung bestehender Hoch- und Höchstspannungsleitungen sowie Verteilnetze, die 90 % der EE-Leistung aufnehmen. Insgesamt belaufe sich der Ausbaubedarf je nach Szenario zwischen 130.000 und 280.000 Kilometer.

NETZENTWICKLUNGSPLANUNG

In der europäischen Netzentwicklungsplanung führte Schleich das Vorhaben Bundesgrenze (Österreich) – Altheim mit Abzweig Matzenhof – Simbach, Isar – Ottenhofen an. Dieses diene nicht nur der Erhöhung der Kuppelkapazität zwischen Deutschland und Österreich, sondern auch dem Abtransport der Leis-

tung eines geplanten Erdgaskraftwerkes im Raum Burghausen. Das Vorhaben trage dazu bei, die erhöhten Transportaufgaben entlang einer europäischen Nord-Süd-Transportachse zu bewerkstelligen. Zudem gehe es einher mit der Einbindung der Speicherkapazitäten in der Alpenregion unter dem Kontext der Speicherung von überschüssiger erneuerbarer Energie. Die Fertigstellung ist bis 2018 vorgesehen.

EEG MUSS REFORMIERT WERDEN

Schleich plädierte außerdem dafür, die Strompreissteigerung zu stoppen. Kurz- und mittelfristig müsse das EEG weiter reformiert werden und seien erneuerbare Energien rasch

an den Markt heranzuführen. Auch müssten die EEG-Umlage gedeckelt und alternative Finanzierungswege für die EEG-Förderung geprüft werden. Langfristig stehe die Wiederherstellung eines echten Stromerzeugungsmarktes auf der Agenda.

„Akzeptanz verbessern!“ lautete Schleichs letzte Forderung. Seiner Auffassung nach müssten notwendige Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende transparent gemacht werden. Es gelte zudem, das Verständnis für die Notwendigkeiten der anstehenden Maßnahmen zu schaffen und den Dialog mit der jeweils betroffenen Bevölkerung aufzubauen und/oder zu intensivieren. ■



LEW

NATUR. BEWUSST. LEW.

Als Betreiber von 35 Wasserkraftwerken achten wir auf den Erhalt der Lebensräume von Pflanzen und Tieren und streben eine nachhaltige Verbesserung der Ökosysteme an. Mitarbeiter wie Dr. Gerhard Haimerl, Ingenieur für Wasserbau-Technik bei den Bayerischen Elektrizitätswerken (BEW), entwickeln dafür beispielsweise mit den Experten der örtlichen Fischereivereine neue Fischaufstiegshilfen.

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie



www.lew.de



PROF. DR.-ING. FRANK PÖHLER / BEW BAYERISCHE ELEKTRIZITÄTSWERKE GMBH:

WASSERKRAFT: ALS ERSTKLASSIGES STROMSPEICHERMEDIUM UNVERZICHTBAR

Nur die „große“ Wasserkraft mit einer Leistung von mehr als 5 MW ist als Erneuerbare Energiequelle heute wirtschaftlich und ohne Subvention betreibbar, zeigte der Leiter der BEW Wasserkraft, Prof. Dr. Frank Pöhler, anhand einer Darstellung der Spannbreiten der Vergütungssätze und der durchschnittlichen Vergütung auf.

Mit der Energiewende änderten sich auch die Anforderungen an die Stromverteilnetze in Deutschland grundlegend, machte Pöhler deutlich. Sie müssten nicht mehr nur Strom an



Prof. Dr. Frank Pöhler.

die Endverbraucher verteilen, sondern immer mehr auch dezentral erzeugten Strom aufnehmen und abtransportieren. Was das für den Ausbau- und Innovationsbedarf der Stromverteilnetze bis 2030 bedeutet und wie sich dabei die bestehende Anreizregulierung auswirkt, hat die Verteilnetzstudie der Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) ermittelt.

18 MAL TEURER ALS WASSERKRAFT

Der Ausbau- und Investitionsbedarf ist abhängig davon, wie hoch der Anteil der Erzeugung aus Erneuerbaren Energien (EE) im Jahr 2030 ist. Der Ausbau der Photovoltaik und der Windenergie onshore sind die wesentlichen Treiber, denn sie werden überwiegend in den Verteilnetzen angeschlossen. Im Zuge der Energiewende wird der Zubau noch erheblich zunehmen. Dies führt dazu, dass die Kapazität

der Verteilnetze nicht mehr ausreicht, um überschüssig erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien abzutransportieren. Laut Pöhler wird statt regenerativem Strom aus Wasserkraft (größer 5 MW) PV-Strom erzeugt, „der 18 mal teurer ist als Wasserkraft und zur ‚Freude‘ der Verbraucher ins Netz eingespeist wird“.

Mit ca. 84 GW ist die Jahreshöchstlast in Deutschland deutlich geringer ist als die zukünftig installierte EE-Leistung. Daher ist davon auszugehen, dass Anteile der EE-Erzeugung exportiert, gespeichert und/oder abgeregelt werden müssen.

SCHATTENKRAFTWERKE

Parallel zu Windenergie und Photovoltaik sind Pöhler zufolge ‚Schattenkraftwerke‘ zur Bedarfsdeckung in voller Höhe, hochflexible, zuverlässige Kraftwerke zur Ausregelung sowie flexible Stromspeicher notwendig. Allerdings fehle es an Investitionsanreizen für notwendige „Schattenkraftwerke“ und Speicher, weshalb ein neues Marktmodell erforderlich sei. Stromspeicher sollten, so der BEW-Repräsentant, folgenden Ansprüchen genügen:

- Bewährte Technik (im Einsatz seit 1930), hohe Verfügbarkeit (mehr als 95 %), sehr lange Lebensdauer (bauliche Anlagen, u. a. Speicherbecken: zwischen 80 und 100 Jahre; Turbinen und Pumpen: 30 bis 60 Jahre).
- Hohe Speicherleistung (10 bis 1.060 MW

pro Standort), hohe Speicherkapazität (Tagespeicher in Deutschland – Mittelgebirge – mit und ohne natürlichem Zufluss 200 bis 10.000 MWh; aktuelle maximale Speicherkapazität: 38 GWh.

- Geringe Speicherverluste, hoher Wirkungsgrad
- Geringe Investitions- und Betriebskosten
- Schnelle Einsatzzeiten, hohe Leistungsgradienten, gutes Teillastverhalten
- Bereitstellung von Regelenergie sowie von Reserve- und Störungsreserveleistung
- Spannungshaltung: Blindleistungskompensation durch sog. Phasenschieberbetrieb von PSW gewinnt durch den weiteren Ausbau von Wind und PV bei gleichzeitiger Abschaltung von AKW und Thermischen Kraftwerken zunehmend an Bedeutung.
- Schwarzstartfähigkeit: PSW können in der Regel ohne Hilfsenergie angefahren werden und sind somit eine wichtige Stütze beim Wiederaufbau nach einem Blackout.
- Hohe Akzeptanz bei Bestandsanlagen und bei der Erweiterung von Bestandsanlagen. Die Akzeptanz bei Neubauprojekten gestaltet sich dagegen örtlich differenziert und ist vom Projekt abhängig. In der „allgemeinen Öffentlichkeit“ herrscht eine hohe Akzeptanz, bei NGOs und einzelnen Anwohnern auch Ablehnung. Positives Beispiel ist die Erweiterung des PSW Waldeck 2+ in Nordhessen mit 300 MW. Innerhalb eines Jahres wurde hierfür das Genehmigungsverfahren positiv abgeschlossen.

Pöhler plädierte vor diesem Hintergrund für „eine Versachlichung der Diskussion auf Basis von Fakten“. Betroffene sollten an einem „Runden Tisch“ offen die Vor- und Nachteile abwägen. Notwendig sei die Unterstützung von Politik und Behörden.

EIGENSCHAFTEN VON PUMPSPEICHERKRAFTWERKEN ZUR ERFÜLLUNG DER ANFORDERUNGEN AN STROMSPEICHER

- Bewährte, erprobte und ausgereifte Technik im Einsatz seit 1930 in Europa 170 PSW mit 45 GW Leistung in Betrieb
- Hohe Verfügbarkeit > 95%
- Sehr lange Lebensdauer, erprobt und gesichert bauliche Anlagen (u.a. Speicherbecken) > 80 -100 Jahre Turbinen, Pumpen > 30 - 60 Jahre

Fakt sei, dass Pumpspeicherwerke „derzeit von allen Möglichkeiten der Stromspeicherung die meisten Anforderungen am besten erfüllen“, unterstrich der Professor. Allerdings hätten deutlich sinkende Spreads zwischen Peak (Turbineneinsatz) und Off-Peak (Pumpeneinsatz) seit 2008 sinkende Erlösmöglichkeiten für Pumpspeicher verursacht. Erlöse auf dem Regenergiemarkt könnten dies nur zum Teil kompensieren. „Selbst unter günstigsten Annahmen ist die Wirtschaftlichkeit von Pumpspeichern grenzwertig. Die Investitionsentscheidung für PSW ist heute nicht ableitbar. Klar ist aber auch, dass unter heutigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen andere Stromspeicheroptionen erst recht chancenlos sind.“

KOSTENINTENSIVE GASKRAFTWERKE

Da der konkrete zukünftige Bedarf an der Pumpspeicher-Technologie unsicher und die Einsatzzyklen unklar sind, hat das Institut für Elektrische Anlagen und Energiewirtschaft an der RWTH Aachen die Stromerzeugung im zukünftigen deutschen Erzeugungssystem untersucht. Betrachtet wurden ein Szenario mit einem Anteil Erneuerbarer Energien von 60 % und ein Szenario mit einem Anteil Erneuerbarer Energien von 80 %. Darüber hinaus wurden mehrere Speicherauslegungsvarianten geprüft.

Das Ergebnis: Bis zu 8 GW zusätzliche Pumpspeicher können im 60 %-Szenario wirtschaftlich sinnvoll sein. Durch ihre Integration verdrängt die kostengünstige Erzeugung aus Braunkohlekraftwerken und Erneuerbaren Energien die kostenintensive Erzeugung aus Gaskraftwerken. Durch den Bau der Pumpspeicher steigt das Investitionsvolumen in Deutschland. Im Gegenzug sinkt der Konsum von importierten Rohstoffen, insbesondere Erdgas. Die durch fossile Kraftwerke vorzuhaltende sichere Leistung kann durch Pumpspeicherkraftwerke reduziert werden. 15 GW-Pumpspeicher mit einem Speichervolumen für 96 GWh ersetzen bis zu 13 GW aus Gaskraftwerken.

NETZSTABILISIERUNG UND NETZENTLASTUNG

Wie Prof. Pöhler bilanzierte, tragen PSW erheblich zur Netzstabilisierung bei und ermöglichen als Stromspeicher die Aufnahme von Überschussstrom aus Wind und Photovoltaik. Unverständlicherweise würden sie aber als Letztverbraucher mit hohen Netznutzungsentgelten belastet, obwohl die Energie nur zwischengespeichert wird und PSW durch ihre Betriebsweise zur Netzentlastung statt Netzbelastung beitragen.

„Eine Befreiung von Netznutzungsentgelten auch für Bestandskraftwerke sowie eine EU-weite Harmonisierung“ wären nach Auffassung des Professors ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. „Das ist wichtig zur Sicherung der Bestandskraftwerke in Deutschland, aber auch zur Integration zusätzlicher Kapazitäten aus Österreich und der Schweiz.“

Bei dem heutigen, durch massive EE-Subventionen verzerrten Strommarkt, reiche der Spread zwischen Peak- und Baseload nicht aus, um neue PSW wirtschaftlich zu betreiben. Hier müssten wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Investitionen

in den Neubau von Stromspeichern (technologieneutral) zu ermöglichen, erklärte Pöhler.

UNTERSTÜTZUNG VON DER POLITIK GEFORDERT

Um die Akzeptanz für neue PSW zu erhöhen, dürfe diese Technologie als die mit Abstand wirtschaftlichste nicht kaputtgeredet werden, sondern müsse von der Politik bedingungslos unterstützt werden. Zudem sei eine vollständige Marktöffnung für die Regel- und Ausgleichsenergie erforderlich, um die vorhandenen Speicher- und Pumpspeicherkapazitäten in Österreich und in der Schweiz für Deutschland besser nutzen zu können. ■

Jetzt 4 Wochen testen!



Drost · Eil

Das neue Wasserrecht in Bayern

**Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
Bayerisches Wassergesetz (BayWG)
Kommentare mit Vorschriften-
sammlung zum Europa-, Bundes-
und Landesrecht**

Loseblattwerk, etwa 5430 Seiten,
€ 168,- einschl. 4 Ordnern
ISBN 978-3-415-04485-2

Weitere Informationen unter www.boorberg.de/alias/133689

BOORBERG

FAX 089/4361564 TEL 089/436000-20 BESTELLUNG@BOORBERG.DE WWW.BOORBERG.DE

Ich/Wir bestelle(n) 4 Wochen zum Testen aus dem
RICHARD BOORBERG VERLAG GmbH & Co KG, Postfach 800340, 81603 München:

Expl. Drost · Eil
Das neue Wasserrecht in Bayern
Loseblattwerk mit Ergänzungslieferungen,
etwa 5430 Seiten, Grundwerkpreis € 168,-
einschl. 4 Ordnern
ISBN 978-3-415-04485-2

Ich bin/Wir sind
 Unternehmer/Freiberufler/Behörde
 Verbraucher*

* Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zwecke abschließt, der überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (§ 13 BGB). Wenn Sie Verbraucher sind, ist Ihre Bestellung noch nicht rechtsverbindlich. Wir senden Ihnen die Ware als unser verbindliches Angebot zu. Dazu erhalten Sie ausführliche Informationen, z.B. die Belehrung über Ihr Widerrufsrecht und zur Versandkosten- und Rückportoregelung. Erst durch Ihre Bezahlung der Ware kommt der Kaufvertrag mit uns zustande.

Absender:

Vorname

Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift



DETLEF FISCHER / VBEW:

DIE ENERGIEWENDE IST (MEHR ALS) EIN GESCHÄFT!

Die herrschende Doppelmoral in der Gesellschaft vermittelte auf ebenso schonungslose wie humorvolle Art Geschäftsführer Detlef Fischer. „Die Energiewende ist ein Geschäft und das ist auch gut so! Aber eigentlich ist sie viel mehr. Sie stellt Fragen an unseren Lebensstil, ja sogar an die gesamte Form unseres Wirtschaftens. Wollen wir sie dann auch noch?“, fragte sich und die Zuhörer der Vertreter des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V.

In diesem Zusammenhang zitierte er Ministerpräsident Horst Seehofer aus dem Jahre 2011: „Die Menschen in Bayern wissen: Zur Energiewende gehören der Ausbau von Netzen, von Photovoltaik und Windenergie, von Biomasse und Wasserkraft und der Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke. Der Umstieg wird von uns allen große Anstrengungen verlangen. Aber die große Mehrheit weiß sehr genau: Man kann nicht gegen Kernkraft demonstrieren und dann den Umstieg in erneuerbare Energien boykottieren.“

VERKOMMEN ZUM REINEN FÖRDERPROGRAMM

Fischer kritisierte den Umstand, dass die Energiewende zu einem reinen Förderprogramm verkommen sei. Tatsache sei, dass die größten Probleme die volatile Stromerzeugung aus Windkraft bzw. aus der Sonne darstellten. Vor diesem Hintergrund ermunterte der VBEW-Geschäftsführer die Tagungsgäste, Zusammenhänge zu thematisieren, „was aber nicht heißt, dass man gegen die Energiewende ist. Im Gegenteil, man verarscht die Bevölkerung und die Politik nur nicht.“

Die Herausforderungen bei der Systemintegration erneuerbarer Energien seien sowohl gesellschaftlicher und technischer als auch administrativer und finanzieller Art, wobei Deutschland beim Thema Energiewende an ersterer gescheitert sei, führte Fischer aus. Bei der Frage „Welche Energie bevorzugen die Deutschen?“ votierten 85 % für die Sonnenenergie, 77 % für die Wasserkraft, 68 % für Windkraft auf dem Meer, 59 % für Geothermie, 55 % für Windkraft auf dem Land, 38 % für Biomasse, 19 % für Gas, 7 % für Kohle und 5 % für Öl. „Allerdings ist die Wahrheit bei vielen genau andersherum!“, betonte der Geschäftsführer.

In der Schweiz habe jüngst eine Volksabstimmung die Einführung einer Steuer auf

nicht erneuerbare Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran verlangt. Die steuerliche Mehrbelastung des Energieverbrauchs sollte durch die Abschaffung der Mehrwert-



Detlef Fischer.

steuer kompensiert werden. Mit diesen Forderungen wollten die Initianten die Energieeffizienz erhöhen, erneuerbare Energien fördern und den Ausstoß von CO₂-Emissionen reduzieren. Nachdem die Bundesversammlung beschlossen hatte, auf einen Gegenvorschlag zur Initiative zu verzichten und Volk und Ständen die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, votierten 92 % der Schweizer gegen den Vorschlag. Wie sagte Henrik Ibsen Ende des 19. Jahrhunderts: „Nehmen Sie einem Durchschnittsmenschen die Lebenslügen, und Sie nehmen ihm zur gleichen Zeit das Glück.“

BLICK AUF 2050

Mit Blick auf 2050 dürfe auf der technischen Grundlage des Jahres 2012 jeder nur noch 2 Tonnen CO₂ pro Jahr verantworten, stellte Fischer fest. Dies reiche aus, um ein

Jahr VW Golf zu fahren, von Frankfurt nach Los Angeles zu reisen, ein Einfamilienhaus ein Jahr lang zu heizen oder Konsumgüter im Wert von 4.000 Euro zu kaufen.

Solange der Kreuzfahrtenmarkt „Deutschland“ mit rund 2 Millionen Kreuzfahrtgästen im Jahr 2012 boomt, nach wie vor jede Menge klimaschädliche Dienstfahrzeuge durch die Lande fahren und „Partial-Ökos“ sich im Kerosinrausch befinden, wie Fischer anhand einer Befragung durch die Forschungsgruppe Wahlen bzw. den Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft nachweisen konnte, sei das Gemeinschaftsprojekt Energiewende zum Scheitern verurteilt.

MARKETING-GAGS IM NAMEN DER ENERGIEWENDE

Dass die Energiewende sogar als Marketing-Gag (siehe „Greenwashing“) erhalten muss, demonstrierte Fischer am Beispiel des Münchner Flughafens, der unter dem Deckmantel „umweltbewusstes Fliegen“ medienwirksam darauf hingewiesen hatte, dass er auf Zubringer-Busse mit dem Blauen Engel setzt. Fakt sei allerdings, so Fischer, dass der Münchner Flughafen pro Jahr die riesige Menge von 7,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid verursache – einberechnet seien dabei die Emissionen durch den Airport-Betrieb sowie durch jene Flugzeuge, die auf dem zweitgrößten Luftdrehkreuz Deutschlands ankommen und abfliegen. Nur ca. 3.000 Tonnen Kohlendioxid gingen auf die eigenen Fahrzeuge zurück. Davon seien die Vorfeldbusse aber nur ein kleiner Teil.

ZAHLEICHE PROTESTE GEGEN DIE ENERGIEWENDE

Im Gegensatz zur politischen Wende „Deutsche Einheit“ sieht sich die Energiewende zahlreichen Protesten (siehe Stromtrasse Oberfranken) ausgesetzt. Der VBEW-Geschäftsführer hatte dafür folgenden Erklärungsversuch parat: „Die Deutsche Einheit war ein anerkanntes Gemeinschaftsprojekt. Auch die Oberfranken profitierten irgendwie von diesem Projekt. Es stank nicht mehr nach Braunkohle. Dagegen ist der Sinn der Trasse für die Oberfranken nicht erkennbar. Sie meinen: „Die Münchner sollen sich ihren Strom mal schön selber machen. Ihren Flughafen und ihre Hochhäuser wollen Sie ja auch nicht größer haben.“

Seine Ausführungen schloss Detlef Fischer mit dem Zitat eines nicht genannten Vertreters der Stadtwerke: „Richtig gefährlich wird es erst, wenn man der eigenen Propaganda glaubt.“



DR.-ING. KLAUS ENGELS / E.ON KRAFTWERKE GMBH:

BEITRAG DER WASSERKRAFT ZUM HOCHWASSERSCHUTZ

Mit über 100 Wasserkraftwerken leistet E.ON einen nachhaltigen Beitrag zur sicheren Energieversorgung in Bayern, hob Dr. Klaus Engels, Leiter Wasserkraft Deutschland Süd, hervor. Die installierte Leistung betrage rund 3.200 MW, die jährliche Stromerzeugung rund 8,5 Mrd. kWh.

Zu Bayerns Flüssen gehörten seit jeher auch Hochwasser – „eine Naturgewalt, die der Mensch zu bezwingen sucht“. Für die Wasserkraftbetreiber sei der Schutz vor dem Hochwasser eine der wichtigsten Aufgaben. Jährlich investiere E.ON zweistellige Millionenbeträge, um Sicherheitseinrichtungen und Dämme zu verbessern oder zu sanieren.

SPEICHERBECKEN SIND PUFFER UND KONTROLLANLAGEN

Nach langen Niederschlagsperioden funktionierten Speicherbecken als Puffer und Kontrollanlagen für hohe Abflüsse, so Engels. Mit einer zentralen Steuerung (Zentralwarte) könnten Wasserspiegel und Abflüsse kontrolliert bzw. für kurze Zeiten zurückgehalten werden. Für diese Funktionen seien auch Wasserkraftwerke erforderlich, die im Schwellbetrieb gefahren werden können.

Insbesondere im Hochwasserfall müssten die Flüsse von Unmengen an Schwimmstof-

fen gereinigt werden. Rechenreinigungssysteme an Laufwasserkraftwerken beseitigten Müll und sonstige Schwimmstoffe in Flüssen, insbesondere bei Hochwasser. „Diese aktive Umweltschutzmaßnahme ist unzertrennlich vereint mit dem sicheren Betrieb eines Wasserkraftwerks“, erläuterte Engels. Jährlich würden so tausende Tonnen von Wohlstands- und organischem Abfall professionell gesammelt, sortiert und entsorgt. E.ON wende jährlich mehr als 2 Mio. Euro auf, um Flüsse von Schwimmstoffen zu reinigen – „ein Service zugunsten der Allgemeinheit“.

KEINE ERHÖHTE PRODUKTION BEI HOCHWASSER

Engels wies darauf hin, „dass auch Hochwasser nicht mit erhöhter Produktion und höheren Erlösen einhergeht – im Gegenteil“. Wasserkraftwerke nutzen in der Regel die Fallhöhe zwischen Ober- und Unterwasser zur Energieumwandlung und nicht die geringe Strömungsenergie des Flusses. Im Hochwas-



Dr.-Ing. Klaus Engels.

serfall tendiere die Fallhöhe gegen „null“ – die Stromproduktion entfällt.

BEISPIEL LECH

Als Beispiel für zahlreiche Aktivitäten im Laufe der Jahrzehnte führte der E.ON-Repräsentant den Hochwasserschutz am Lech an. Durch eine ganze Reihe von Maßnahmen wurde dort seit 1999 die Speicherbewirtschaftung des Forggensees zum Hochwasserschutz am Lech verbessert. 2004 erklärte sich E.ON bereit, die Hochwasserentlastungsanlage umzubauen. Die Überlaufschwelle der Wehranlage wurde um 3,5 Meter tiefer gelegt und neue Drucksegmente (Wehrklappen) wurden eingebaut. Die Abgabekapazität der Anlage konnte durch den Umbau deutlich erhöht werden. Somit konnte beim Hochwasser 2005 die



Wir arbeiten an besserer Energie.

Die Energieversorgung von morgen wird starke dezentrale Komponenten aufweisen. Wir sind dafür bestens gerüstet. Wir sind spezialisiert auf das Errichten und Betreiben von effizienten Anlagen zur Energieerzeugung und -verteilung. Gemeinsam mit unseren Partnern entstehen so neue Lösungen: umweltschonend, nachhaltig, sicher. www.bayernwerk-natur.de

Bayernwerk Natur



AKTION „WASSERKRAFT – JA BITTE!“

Vor dem Hintergrund, dass die Akzeptanz der Wasserkraft in der Öffentlichkeit überwältigend ist, aber nicht lautstark kommuniziert wird, und diese unverzichtbare Energiequelle sich auch lautstarken Gegnern wie Umweltschutz- und Fischereiverbänden sowie (un?)kritischen Pressestimmen mit weitreichender Wirkung in der Öffentlichkeit gegenüberstellt, wurde zu Beginn des Jahres die Initiative „Wasserkraft Ja bitte!“ gegründet. Ziel ist es, die Vorteile der Wasserkraft nachvollziehbar darzustellen.

Tatsächlich leistet die Wasserkraft einen nachhaltigen Beitrag zu Umweltschutz, Energie- und Sicherheit: Sie ist arm an Emissionen, hat keinen Bedarf an fossilen Brennstoffen und verursacht weder Rückstände noch Abfälle. Ihre Flexibilität zeigt sich in der grundlastfähigen Laufwasserkraft, den spitzenlastfähigen Speicheranlagen und den ausgleichenden Pumpspeicherwerken. Wichtige Sicherheitsmerkmale sind die verlässliche Einspeisung, die Speicherung von Energie und der Beitrag zum Hochwasserschutz.

Partner der Initiative sind aktuell: Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, Augsburg, E.ON Landshut, Grenzkraftwerke GmbH, Simbach, Rhein-Main-Donau AG, München, SÜC Energie und H2O GmbH, Coburg, VERBUND AG, Wien, VERBUND Innkraftwerke GmbH, Töging, Wasserkraftwerke Passau GmbH, Kraftwerk am Höllerstein AG, Stadtwerke Bad Tölz GmbH, Elektrizitätswerk Hindelang eG, Bad Hindelang, Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V., München, sowie der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

„Tatsache ist: Für E.ON bleibt das Bekenntnis zur Wasserkraft ein ‚Ja‘ zur Energie- und -sicherheit – sowohl lokal als auch weltweit!“, unterstrich Engels. Die Feststellung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium aus dem Jahr 1949, wonach die Wasserkraft „Ewigkeitswert“ besitzt und daher „an erster Stelle ... ausgeschöpft werden muss“, habe auch noch nach über 60 Jahren Bestand. „Und dies sowohl aus technischer, ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Sicht.“

Hochwasserspitze im Lech um 50 Prozent gekappt werden. Katastrophale Überschwemmungen wurden verhindert.

BESTANDTEIL DER LICENCE TO OPERATE

Wie Engels darlegte, ist für die Betreiber von Wasserkraftwerken der Hochwasserschutz auch Bestandteil der „licence to operate“. So seien nach DIN 19700 Bemessungshochwasser für den Sicherheitsnachweis heranzuziehen. Wörtlich heißt es: „Bemessungshochwasser bilden die wesentliche Grundlage für die Bemessung der Hochwasserentlastungsanlagen und der Hochwasserrückhalteräume sowie für die Führung der Tragsicherheitsnachweise der Stauanlagen. Sie haben bestimmenden Einfluss auf den Stauanlagenbetrieb und auf die Sicherung von Bauzuständen. Das Versagen einer Stauanlage infolge hydrologischer Ereignisse muss mit hoher Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden. Dabei ist zu beachten, dass die natürlichen hydrometeorologischen Prozesse besonders bei extremen Ereignissen nur näherungsweise theoretisch beschrieben werden können. Zur Bemessung und zum Nachweis von Stauanlagen gegenüber Hoch-

wasser sind seltene Hochwasserereignisse heranzuziehen, die durch ihre jährliche Überschreitungswahrscheinlichkeit definiert werden. Die Bemessungshochwasserzuflüsse sind zu diesem Zweck mit Hilfe extremwertstatistischer Verfahren zu ermitteln. Eine Maximierung der Berechnungsannahmen zur Festlegung der maßgebenden Bemessungshochwasserzuflüsse ist dabei zu vermeiden.“

HOCHWASSERMANAGEMENT AUS EINER HAND

Maßnahmen zum Hochwasserschutz gehen einher mit Strukturverbesserungen und Umweltschutz, wie Engels am Beispiel des Laufwasserkraftwerks Bertoldsheim an der Donau verdeutlichte. Hier wurden Maßnahmen wie Renaturierung, Infrastrukturverbesserung, Entlandungen sowie Damm- und Deicherhöhungen durchgeführt. Dammerhöhungen sichern das Bemessungshochwasser ab und erhöhen den Schutz nennenswert (Erhöhung von Dammkrone und Freibord). Wasserspiegelsimulationen lassen die Wirksamkeit der Maßnahmen des Hochwasserschutzes erkennen.

Engels zufolge „zentralisiert E.ON die Kraftwerkssteuerung in der Zentralwarte in

Landshut. Dies ist Hochwassermanagement aus einer Hand.“ Über zehn Jahre sei dort ein zweistelliger Millionenbetrag in zentrale Anlagensteuerung und -optimierung, flussübergreifende Abfluss-Steuerung (insbesondere im Hochwasserfall), zentrales Datenmanagement und zentrale Ansprechpartner sowie in die überregionale Optimierung von Systemdienstleistungen investiert worden. Die Zentralwarte liefere mit lokalen Daten Informationen zu überregionalen Zusammenhängen. Ziel seien einfache und klare Darstellungen, die Unterstützung zum schnellen und sicheren Handeln sowie die Gewährleistung von optimaler interner und externer Kooperation im Normalbetrieb, im Hochwasserfall, zur Krisenabwehr – kurz: zu jeder Zeit. Das Hochwasser im Juni 2013 war die – erfolgreiche – Bewährungsprobe der Zentralwarte. Brennpunkt der Hochwasserlage war damals der südliche Teil Bayerns, wo nahezu an allen Flüssen aus den Alpen heraus teilweise extremes Hochwasser auftrat. Um den Wasserfluss besser steuern zu können, stand die Zentralwarte in ständigem Kontakt zum bayerischen Hochwassernachrichtendienst und den beteiligten Behörden.

DIPL.-ING. ROBERT WÜHRER / VERBUND INNKRAFTWERKE GMBH:

WASSERKRAFT – PARTNER DER ENERGIEWENDE

Österreichs führendes Stromunternehmen VERBUND betreibt 14 bayerische Wasserkraftwerke am Inn. Insgesamt erzeugen diese 1.889 GWh Strom im Jahr. Die VERBUND Grenzkraftwerk GmbH wiederum nennt acht Wasserkraftwerke an den bayerisch-österreichischen Grenzstrecken von Inn und Donau ihr Eigen. Das Regelarbeitsvermögen beläuft sich hier auf 3.892 GWh. „Somit liefern wir Strom aus Wasserkraft in Bayern und an der Grenze für rund 1,8 Millionen Haushalte“, führte Projektmanager Dipl.-Ing. Robert Wührer aus.

Aufgrund sicherer Arbeitsplätze, hochqualifizierter Ausbildungsplätze im Betrieb (siehe Lehrwerkstätte Töging) und der Beschäftigung lokaler Unternehmen bei Betrieb und Instandhaltung ist die Wasserkraft laut Wührer ein wichtiger Wirtschaftsmotor. Aber nicht nur das: Die Technologie sorgt auch für einen verbesserten Hochwasserschutz entlang des Inns durch ca. 200 km Dämme und Deiche.

HOCHWERTIGE NATURSCHUTZGEBIETE

Darüber hinaus finden sich im Bereich der Kraftwerke am Inn hochwertige Naturschutzgebiete (z. B. Europareservat Unterer Inn), zudem an Inn und Donau Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten (z. B. Rad- und Wanderwege sowie Auen). Auch seien gesicherte Schifffahrtsverhältnisse an der Wasserstraße

Donau durch das Donaukraftwerk Jochenstein gewährleistet.

Wie Wührer konstatierte, sei faktisch am bayerischen Inn und an der Grenzstrecke der Salzach (bayerischer 50 %-Anteil) eine Mehrerzeugung von rund 310 GWh/a an Laufwasserkraft bis 2021 möglich. Dies entspreche 30 % des Ausbauzieles von zusätzlichen 1.000 GWh/a gemäß dem Zielwert für die Wasserkraft im Rahmen des bayrischen Energiedialogs. Zusätzlich werde der Energiespeicher Riedl (300 MW) den geplanten Ausbau der Energieträger Wind und Sonne unterstützen.

MODERNISIERUNG IN TÖGING

Nach Wührers Informationen sieht die geplante Modernisierung des Wasserkraftwerks Töging am bayerischen Inn (Inbetriebnahme



Dipl.-Ing. Robert Wührer.

1924) einen Neubau des Krafthauses in Töging bzw. der Wehranlage in Jettenbach vor. Durch eine Stauzielerhöhung beim Wehr und eine Erhöhung der Ausbauwassermenge um bis zu 70 m³/s sowie dem Einbau von drei Kaplan-turbinen sei eine Leistungssteigerung von gut 29 % möglich.

Dadurch könne jährlich um 120 GWh mehr Strom erzeugt werden, was einer zusätzlichen Versorgung von etwa 35.000 Haushalten entspricht. Entsprechend angepasst werden müssten die Dämme und Deiche im Stauraum und die Abdichtung im Innkanal.

Aktuell würden alle diesbezüglichen Erhe-

In Bayern gilt jetzt auch beim Strom das Reinheitsgebot.
Danke, Wasserkraft!



Mit der Erzeugung von sauberem Strom aus 100 % Wasserkraft leistet VERBUND einen wichtigen Beitrag für die Umwelt und die Wirtschaft in Bayern. Mehr auf www.verbund.de

Verbund



Der Energieversorger VERBUND hält in seinem Versorgungsgebiet engen Kontakt zu Politik, Multiplikatoren und Bevölkerung. Unsere Aufnahme entstand bei der Einweihung des Erlebnislehrpfads Haus am Strom und zeigt v.l.: Andreas Sperling (Haus am Strom/Landratsamt Passau), Landrat Franz Meyer, MdL Bernhard Roos, Umweltministerin Ulrike Scharf, MdL Prof. Dr. Gerhard Waschler, Landrat-Stellvertreter Raimund Kneidinger, Haus am Strom-Maskottchen „Sigi“ die Smaragdeidechse, Ralf Braun-Reichert (Haus am Strom) und stv. Landrat Klaus Jeggle.

Bild: VERBUND

bungen und Planungen durchgeführt und die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren erstellt. Dabei werde das Augenmerk auf umfangreiche ökologische Begleitmaßnahmen sowie die intensive Einbindung von Öffentlichkeit und Politik gelegt. Mitte 2015 wird vermutlich die Antragstellung erfolgen.

Stauzielerhöhungen und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung an den bestehenden Kraftwerken am bayerischen Inn bzw. am Grenz-Inn sind dagegen derzeit nicht denkbar, da die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist.

GEPLANTE PROJEKTE

Als geplante Projekte an der Grenzstrecke der Unteren Salzach führte Wührer das Freilassinger Becken und das Tittmoninger Becken an. Beim Freilassinger Becken, einer Kombination aus Energienutzung und flussbaulicher Sanierung, richtet sich der Fokus auf die Weiterentwicklung der beweglichen Kraftwerksmodule. Ein Projektvorschlag liegt vor, es besteht eine hohe regionale Akzeptanz im erstmals durchgeführten zweistaatlichen Flussdialog von mehr als 76 %. Der Projektansatz sei genehmigungsfähig, führe aber zu erheblichen Diskussionen mit den Naturschutzverbänden.

Ebenso innovativ ist der Ansatz beim Öko-Kraftwerk Tittmoninger Becken: Im Zentrum

steht hier die Integration von Energieeinheiten in Rampenbauwerke. Eine Variantenuntersuchung seitens der Wasserwirtschaft Bayern/Österreich steht vor dem Abschluss. Die Entscheidung liegt bei den politischen Vertretern aus Bayern und Österreich.

ENERGIESPEICHER RIEDL

Der im Genehmigungsverfahren befindliche Energiespeicher Riedl an der Donau (Bayern/Oberösterreich) mit einer Pumpen- und Turbinenleistung von je 300 Megawatt ermöglicht nach seiner Fertigstellung die effiziente und flexible Speicherung und Abarbeitung von Strom aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen.

Die Planung und Realisierung des Projektes erfolgt unter Berücksichtigung neuester Technologien in enger Verbindung mit den ökologischen Rahmenbedingungen und der höchstmöglichen Sicherheit. Neben den positiven volkswirtschaftlichen und infrastrukturellen Impulsen in der Region stellt die Umsetzung des Energiespeichers auch einen wesentlichen Bestandteil der nachhaltigen Energiezukunft Bayerns dar.

Wie Wührer erläuterte, sei

das Raumordnungsverfahren abgeschlossen und die Einreichung zum Planfeststellungsverfahren erfolgt. Derzeit werde die Vollständigkeitsprüfung durchgeführt und ein umfangreiches Fischschutzkonzept erarbeitet. Ebenso berücksichtigt würden Verminderungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie gewässerökologische Aspekte. Die Öffentlichkeit werde kontinuierlich in diesen Prozess eingebunden.

Ausgehend von einem derzeitigen Wasserkraftpotenzial im Bereich VERBUND – Wasserkraft in Bayern von rund 310 GWh/a ist nach Wührers Auskunft somit die Realisierung von 120 GWh/a aus derzeitiger Sicht wahrscheinlich (Erweiterung und Modernisierung Töging). Dagegen sind 100 GWh/a aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht darstellbar. Dies betreffe vor allem Projekte zur Effizienzsteigerung und Stauziel-erhöhung. Bei den Projekten an der Grenzstrecke der Unteren Salzach mit einer zusätzlichen Erzeugungsleistung von jeweils 90 GWh/a sei wiederum eine Realisierung aus politisch bzw. rechtlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht einschätzbar.

BEDINGUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHKEIT VERBESSERN

Um Potenziale zu heben, sind aus Wührers Sicht zunächst verbesserte Bedingungen für die Wirtschaftlichkeit, im speziellen für Modernisierungsvorhaben an Bestandsanlagen, erforderlich. Dazu zählten unter anderem die Berücksichtigung bei einer Novelle des EEG oder Förderprogramme. Außerdem plädierte der VEERBUND-Repräsentant für gesicherte Rahmenbedingungen für Pumpspeicherkraftwerke (siehe Energiedialog) sowie die Unterstützung der Politik zum Kompromiss zwischen Naturschutzziele und der Erzeugung erneuerbarer Energie aus Wasserkraft. ■



Neuer Lebensraum entstand bei der Fischwanderhilfe in Gars am Inn. In diesem naturähnlichen Bach fließen auf 480 Metern im Minimum 800 Liter pro Sekunde. Bild: VERBUND

THOMAS SCHMID / BAYERISCHER BAUINDUSTRIEVERBAND E.V.:

LÖSUNGSVORSCHLÄGE FÜR INNOVATIVE WASSERKRAFTWERKE

Wasserkraft ist in Bayern in hohem Maße vorhanden. Sie ist grundlastfähig und umweltfreundlich. Sie muss deshalb zur Stromerzeugung herangezogen werden, unterstrich Hauptgeschäftsführer Thomas Schmid. Eine Anpassung der EEG-Vergütung an die Anforderungen des Naturschutzes sei zwingend erforderlich, sowohl für Modernisierungen bzw. Erweiterungen als auch für Neubauten. Auch der Neubau von Wasserkraftanlagen an neuen Querbauwerken unter Berücksichtigung der ökologischen Anforderungen müsse möglich sein.

Besonders schonend für Flora und Fauna sind nach Schmid's Darstellung moderne Schachtkraftwerke wie das geplante Loisachkraftwerk Großweil. Schachtkraftwerke sind ein innovatives Konzept für eine kosteneffiziente und naturverträgliche Nutzung der Laufwasserkraft, das an der Technischen Universität München (TUM) entwickelt wurde. Es eigne sich sowohl für den Kleinwasserkraft-

bereich als auch für Anlagen im größeren Leistungsbereich und erlaube zudem die Nachrüstung bestehender Querbauwerke.

SCHACHTKRAFTWERK

Das neue Schachtkraftwerk im Zweischachtdesign (Fallhöhe 2,5 m, Kraftwerksabfluss: 22 m³/s, Leistung: 420 kW und Jahresarbeit:

2,4 Mio. kWh), das in der Realität an einem alten Wehr, das vor 40 Jahren zu einer sogenannten rauen Rampe umgebaut worden ist, getestet werden soll, kommt ohne massive Wehre, Ausleitungen und Maschinenhäuser aus. Denn die Turbinen samt Generator werden in einem zweieinhalb bis fünf Meter tiefen Schacht unter dem Gewässer untergebracht. Das Wasser fällt von oben auf sie und fließt, nachdem es durch das Kraftwerk geströmt ist, wieder in das Gewässer zurück.

Der Fluss selbst wird höchstens einen halben Meter angestaut, damit ausreichend Wasser für die Turbine vorhanden ist. So eignet sich das Schachtkraftwerk besonders für den Einbau in kleine Wehre oder Flussschwellen, wie sie zu Tausenden in Bayerns Bächen und



Ganz Bayern in 60 Minuten.

**Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.**

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region



* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de



mittelgroßen Flüssen stehen. 50 bis 70 Schachtkraftwerke könnten ohne Probleme im Freistaat errichtet werden, heißt es in einer Schätzung des Umweltministeriums.

In der Wehrebene ist in der Einlaufbreite ein multifunktionaler Verschluss angebracht. Er dient beim Kraftwerksbetrieb durch leichte Überströmung der Wirbelvermeidung, gibt bei der Rechenreinigung das Rechenreinigungsgut direkt ins Unterwasser ab und kann im Hochwasserfall vollständig abgesenkt werden um somit einen großen Fließquerschnitt freizugeben und die vollständige Geschiebedurchgängigkeit herzustellen.

SCHONUNG DER FISCHWELT

Der entscheidende Vorteil der neuen Technologie ist aber, „dass sie die Fischwelt schont“, so Schmid. Denn ein Schachtkraftwerk wird zum Teil von Flusswasser überströmt. Dadurch bleiben die Wanderwege der Fische flussabwärts erhalten. Flussaufwärts werden Fischtreppe oder andere Wanderhilfen eingebaut. Damit möglichst wenige Fische in die Turbinen geraten, wird der Schacht mit einem Gitter abgedeckt, das die Tiere von den Anlagen fernhält. Die wenigen Fische, die dennoch in die Turbinen gelangen, können sie meist problemlos durchschwimmen.

Als Vorteile des Schachtkraftwerkskonzeptes führte Schmid an:

- Überzeugende Technik für den Fischabstieg
- Kein Eingriff in den Uferbereich
- Geschiebedurchgängigkeit
- Keine Störung des Landschaftsbilds
- Hochwassersicherheit wird unterstützt
- Kaum wahrnehmbar (Bauwerk unter Wasser, keine Geräuschemission)
- Nachrüstbar an bestehenden

Querbauwerken

- Kosteneffizient (geringes Bauvolumen, kein Kraftwerksgebäude).

VERBINDUNG VON WIND- UND WASSERKRAFT

Auch die Verbindung von Wind- und Wasserkraft ist Schmid zufolge möglich: Der Naturstromspeicher Gaildorf in Baden-Württemberg macht den Test – eine Weltneuheit. Dabei handelt es sich um eines der ersten dezentralen Ökokraftwerke, das durch die Integration von Speichern einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten kann. Bei Stromknappheit wird der benötigte Strom aus den Speichern geliefert. Da in Deutschland dieser zusätzliche Strom jeweils nur wenige Stunden benötigt wird, kann er sicher aus unserem Kurzzeitspeicher erzeugt werden. Dadurch kann der Bau von fossilen Reservekraftwerken reduziert oder ganz überflüssig werden.

PLANBARE GESPEICHERTE ENERGIE

Das im Unterbecken im Tal gespeicherte Wasser wird in die Türme der Windkraftanlagen und die sie umgebenden Passivbecken gepumpt. Bei hohem Strombedarf wird das dort gespeicherte Wasser zum Kraftwerk im Tal geleitet und treibt dort drei Turbinen mit einer Gesamtleistung von 16 MW an. So sichert diese in den Türmen und Passivbecken der Windkraftanlagen in Form von Wasser gespeicherte Energie eine zuverlässige, planbare und an den Verbrauch angepasste Stromlieferung und leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Das Unterbecken wird als „Naturbecken“ ausgeführt. Der Boden des Beckens ist natür-



Thomas Schmid und Werner Goller.

licher Felsen und die seitlichen Böschungen werden mit vorhandenem Lehm abgedichtet. Nur der bereits künstlich angelegte Kocherdamm wird mit Natursteinen gegen Hochwasser geschützt. Die Standfestigkeit des Damms wird durch eine nicht sichtbar eingebaute Bohrpfehlwand gesichert. Das Grundwasser wird wie bisher dem Kocher zugeführt. Durch die begleitenden landschaftspflegerischen Maßnahmen entsteht ein wertvoller Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen.

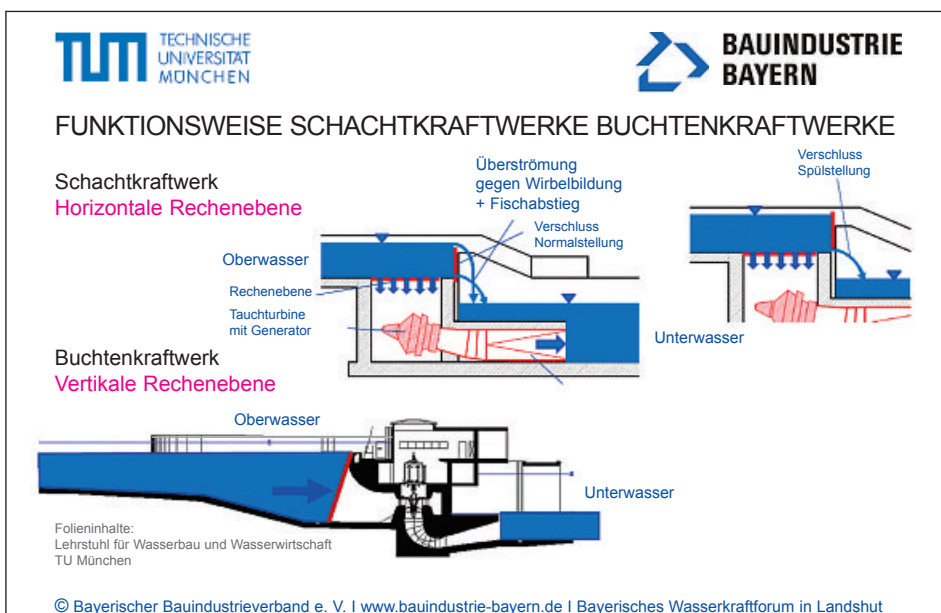
NUTZUNG FÜR MEHRERE GENERATIONEN

Die geplante Betriebsdauer der Anlage beträgt mindestens 60 Jahre und kann somit von mehreren Generationen genutzt werden.

Naturstromspeicher weisen Schmid zufolge folgende Vorteile auf:

- Standardisierte Pumpspeicherkraftwerke (16/24/32 MW)
- Einfache Genehmigungsverfahren, da die Eingriffe durch separate Oberbecken entfallen
- Integration der Oberbecken in die Bauwerke der Windkraftanlagen reduziert den Eingriff in die Naturräume wesentlich
- Kurze Projektumsetzung (3 bis 5 Jahre gegenüber 10 bis 15 Jahren für große Pumpspeicherkraftwerke)
- Projektsynergie mit einem Windpark (Umspannwerk, Zuwegung, Projektierung, Grundstücke, Betriebsführung, Projektvolumen).

Zielstellung ist nach Schmid's Worten „ein zertifiziertes Kraftwerkskonzept“.



DIPL.-ING. MICHAEL MÜLLER / VWB UND BDW:

STILLEGUNG KLEINER WASSERKRAFTANLAGEN: MUSS DAS SEIN?

Überwiegend mit den ca. 2.000 kleinen Wasserkraftanlagen von 1 kW bis 25 kW beschäftigte sich Dipl.-Ing. Michael Müller, 2. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e. V. und Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Wasserwerke, in seinem Vortrag. Mit den 780 Anlagen bis ca. 50 kW bilden sie den Rest der zahlreichen, seit den 1920er Jahren existierenden 11.000 Anlagen in Bayern.

Laut Müller kann man diese Anlagen bei Wanderungen in allen Landesteilen finden. Ihre Aus- und Wiedereinleitungskanäle existierten meist seit Jahrhunderten. In ihrer Einbindung in Grundwasser und Vegetation seien



Dipl.-Ing. Michael Müller.

Ober- und Unterwassergräben kaum ohne größere Änderungen revidierbar. Häufig treffe er bei Kleinanlagen auf eine Situation, die als „kurz vor dem Untergang“ zu bezeichnen sei. Mit „notdürftigen, möglichst billigen Hilfskonstruktionen in teilweise skurriler Bauart“ wie Marmeladengläsern an einer Zentralschmierung werde versucht, in irgendeiner Weise noch Strom zu produzieren. „Mangels Rücklagenbildung dürfte der kleinste Defekt ausreichen, die Anlagen endgültig außer Betrieb zu setzen“, so der Experte.

NEUE GESELLSCHAFTLICH GEWÜNSCHTE LASTEN

Wie der Referent feststellte, wurden in den vergangenen 15 Jahren auch den Kleinwasserkraftbetreibern neue gesellschaftlich gewünschte Lasten auferlegt. Dabei kamen die

Kleinwasserkraftbetreiber noch mit der Mindestwasserführung – § 33 WHG – gut zurecht, solange die bayerischen Verwaltungsbehörden den Restwasserleitfaden anerkannten. Auch mit dem Schutz der Fischpopulation – § 35 WHG – konnten Kleinanlagenbetreiber relativ gut umgehen, weil die Einlaufrechen-Stabweiten aus Turbinenschutzgründen relativ eng sein sollten. Schwerer belasteten die Kleinanlagenbetreiber aber die Ansprüche aus § 34 WHG – Durchgängigkeit. Dabei sei nicht der Fischabstieg ein Problem, der meist über eine Abspülrinne (mit Rechengut) nicht allzu kostenaufwendig realisierbar ist – „es ist der

Fischaufstieg, der stets relativ kostenträchtig zu Buche schlägt.“ Erfahrungsgemäß betrügen die Minimalkosten pro Meter Aufstiegshöhe 25.000 Euro, könnten nach örtlichen Bedingungen aber auch durchaus 50.000 Euro pro Meter Aufstiegshöhe erreichen.

Sowohl fürs Konzept, als auch für die Kosten spielten die örtlichen Gegebenheiten eine Rolle. „Wenn es sein muss, geht man mit dem Fischpass auch ‚mitten durch die Wand‘. Dabei ist zu beobachten, dass mit Einführung der Wasserrahmenrichtlinie in die nationalen Wassergesetze die Wasserbehörden systematischer als noch vor ein oder zwei Dekaden die Zielerreichung der Durchgängigkeit kontrollieren“, betonte der Verbandsvertreter und ergänzte: „Ein Musterbrief, der auch aus jedem beliebigen anderen Landratsamt oder Wasserbehörde anderer Bundesländer stammen könnte, zeigt das übliche Verwaltungsvorgehen: Da wird



Wasserkraft erleben

Besuchen Sie unser Informationszentrum am Walchenseekraftwerk!

Altjoch 21, 82431 Kochel am See, T 0 88 51-77-2 25, F 0 88 51-77-2 98

Anfrage für Führungen: infozentrum.walchensee@eon.com

Öffnungszeiten: Mai bis Okt.: 9 – 17 Uhr, Nov. bis April: 10 – 16 Uhr

Gruppenführungen sind nach vorheriger telefonischer Vereinbarung möglich.

www.eon.com



zunächst eine Frist gesetzt zur Vorlage von Plänen. Diese Frist ist oft uneinhaltbar kurz, speziell wenn man vorher inhaltliche Abstimmungen mit Fachbehörden wie Fachberatung für Fischerei, Wasserwirtschaftsamt, Grundstücksnachbarn, etc. leisten will. Nächste Schritte sind dann kostenpflichtige Mahnscheide. Dies kann bis zum Entzug der Betreibererlaubnis oder Bewilligung (wegen Unzuverlässigkeit) führen.“

PERFEKTE AUTOMATISIERUNG

Ein Ausweg für den Triebwerksbetreiber sei die Flucht nach vorn, die dazu führe, dass man oft annähernd perfekt automatisiert. Dies betreffe Turbinen, Rechenreiniger, Mess-, Steuer- und Regelanlagen. Etliche Anlagenbetreiber hätten sich auch persönlich darauf spezialisiert, Alturbinen, die möglicherweise nicht den optimalsten, aber noch einen brauchbaren Wirkungsgrad aufweisen, zu recyceln und nach der Überarbeitung mit größerer Kostengunst als eine neue Turbine in ihre Anlagen einzubauen. Am optimalsten ist es nach Müllers Überzeugung jedoch, wenn der Triebwerksbetreiber die erzeugte Energie zum Eigenverbrauch im eigenen Hause nutzen kann. „Er erspart sich hierbei kaufmännisch den in der Regel meist höheren Strom-Einkaufspreis.“

STOLZ AUF ERERBTES EIGENTUM

Die meisten Wasserkraftbetreiber seien stolz auf ihr Eigentum im eigentlichen Sinne. „Dies ist vielleicht ein gesellschaftlich nicht mehr gefragtes Verhalten, bildet meines Erachtens aber die Grundlage unserer Gesellschaft, dass man sich etwas erarbeiten und vererben kann. Die ganzen oben genannten Hindernisse und Lasten für die Triebwerksbetreiber, egal ob die Triebwerke kleiner oder größer sind, haben letztlich dazu geführt, dass die Stromerzeugung die letzten Jahrzehnte nicht gestiegen ist.“

Um die Situation zu verbessern, ist nach Müllers Worten „zuerst einmal mehr Mut der Wasserrechtsbehörden zu einer wasserkraftfreundlichen und großräumigeren Berücksichtigung der Schadstoffsubstitution in der Abwägung einzufordern“. Ein anderes Problem seien oft die aus dem Mittelalter stammenden relativ langen und baulich großen Streichwehre, an denen noch einige Reaktivierungspotenziale lägen. Wenn jedoch, wie es gängige Praxis ist, dem Kraftwerksinteressenten auch die Unterhaltung der kompletten Bauwerke auferlegt werde, so sei die Wasserkraftnutzung wiederum unwirtschaftlich. Dabei bleibe es belanglos, dass auch die Gesellschaft von der Stauhaltung profitiere – siehe Sicherung der

Grundwasserverhältnisse, Sicherung der bestehenden Landschaftsstruktur oder Hochwasserableitung.

GRUNDSÄTZLICHES UMDENKEN

„Hier müsste ein grundsätzliches Umdenken stattfinden und sich der Staat auch weiter in der Unterhaltslast binden“, machte der Referent deutlich. „Die überall im städtischen wie im ländlichen Bereich auffindbaren Wasserkraftleichen“ zeigten, wie es weitergeht. Abstürze werde man gerade im urbanen Bereich wegen der Gründungssicherung der Gebäude nicht abbauen können – hier blieben immer Restbauwerke übrig. Manchmal bedürfe es



Eine denkmalgeschützte Wasserkraftanlage. Die Politik ist gefordert! Bild: Müller

auch der Regelung, jedoch habe man davon keinerlei Energievorteil. Auch der Denkmalschutz blockiere im Übrigen nicht selten jede bauliche Entwicklung, führte Müller an.

NETZSTABILISIERUNG

Inzwischen sei durch Untersuchungen der Bergischen Universität Wuppertal an einem kleinen Stromnetz bei Erding nachgewiesen, dass die zahlreichen niederspannungsseitigen Kleinwasserkraftanlagen das Netz sicher und dauerhaft stabilisieren. Sie ersparten damit ansonsten erforderliche Netzausbaukosten mit stärkeren Kabeldimensionen. Müller: „Zwar wird über eine Vergütungsregelung für die nächste EEG-Runde nachgedacht, die auch Netzdienstleistungen goutiert. Aber ist den zahlreichen dezentralen Wasserkraftbetreibern zuzutrauen, dass sie mit einer komplizierten Strompreisvermarktung zurechtkommen? Ich habe hier eher Zweifel.“

Helfen könnte seiner Auffassung nach eine

generelle Vergütungssteigerung. Beim alten Stromeinspeisungsgesetz sei auch der Wasserkraftstrom an den durchschnittlichen Haushaltsstrom gekoppelt worden. „Nur wenn ich inzwischen reflektiere, dass mehr als die Hälfte des Haushaltsstrompreises durch Steuern, Abgaben und Umlagen dem Bürger abgezogen wird, so kann ich diesen Haushaltsstrom auch nicht mehr als Basisgrundlage heranziehen, weil eigentlich mit dem Strompreis versteckt Steuern erhoben werden“, meinte Müller. „Am ehesten könnte man vielleicht noch anstreben, dass die hohen Öko-Auflagen, die die Gesellschaft den Kraftwerksbetreibern auferlegt, mitgetragen werden.“ Jedoch werde positives Verhalten der Wasserkraftbetreiber wie grundsätzliche Offenheit für fischfreundliche Maschinen von Behörden oder Fischereiverbänden kaum gewürdigt oder zur Kenntnis genommen, monierte der Verbandsvertreter.

DIE GESELLSCHAFT MUSS DIE ÖKOAUFLAGEN MITTRAGEN

„Kleine Wasserkraftwerke werden weiter den finanziellen Tod sterben, wenn sich an den Randbedingungen nichts ändert“, konstatierte Müller. „Sie werden baulich vergammeln, ein formell ordentliches wasserrechtliches Stilllegungsverfahren findet meist deswegen nicht statt, weil Art. 16 BayWG dem Wasserkraftbetreiber auch noch Stilllegungskosten auferlegt.“ Diese Kosten resultierten meist „aus dem Umbau der Gefällestufe nach Gusto von Fischereibehörde und Wasserwirtschaftsamt zu Öko-Rampen“. Diese Maßnahmen seien oft so teuer, dass verfahrensmäßiger Stillstand herrscht oder kaufmännische Tricks zur Anwendung kommen. „Ich persönlich kann allerdings berichten, dass in der Vergangenheit unter Berücksichtigung dieser Aspekte auch einvernehmliche Aufteilungen von Stilllegungskosten zwischen Wasserkraftbetreiber, Fischerei und Gemeinde (als zukünftiger Unterhaltsinhaber an Gewässern 3. Ordnung) zum erfolgreichen Abschluss gebracht werden konnten.“

DAS ERBE DER VÄTER WIRD VERSCHLEUDERT

„Fakt ist: Solange sich an den Rahmenbedingungen nichts ändert, sorgt die Gesellschaft mit ihren politischen und vergütungsrechtlichen Rahmenbedingungen dafür, dass kleine Wasserkraftanlagen aus ökonomischen Gründen systematisch schließen müssen. Unsere Generation, wie auch schon die vorherige, räumt damit systematisch das Erbe unserer Vorfahren zur Seite, das uns letztlich auch unseren Wohlstand gebracht hat“, unterstrich Müller. ■

DR. ALEXANDER FENZL / BAYERNWERK NATUR GMBH:

KLEINWASSERKRAFT IN BAYERN – EIN BAUSTEIN FÜR DIE ENERGIEZUKUNFT?

Wir nehmen die zunehmende Dezentralisierung des Energiegeschäfts als Chance und Auftrag wahr. Wir wollen uns als umfassender kommunaler Ansprechpartner für Fragen der Infrastruktur und der Dezentralen Energien nachhaltig positionieren. Wir bieten Energielösungen, Dienstleistungen und Produkte in weiteren Geschäftsfeldern an. Wir bauen die bestehenden Geschäftsmodelle mit Kommunen und weiteren Partnern weiter aus. Dies ist unser Anspruch als Mitgestalter der Energiezukunft“, machte Geschäftsführer Dr. Alexander Fenzl deutlich.

Als Partner der Energiewende in Bayern unterstützte Bayernwerk Natur den Ausbau der Wasserkraft und greife dabei auf die lokale und internationale Wasserkraftkompetenz der gesamten E.ON Wasserkraftflotte zurück.



Dr. Alexander Fenzl.

Gemeinsam mit und für Kommunen entwickle Bayernwerk Natur Projekte zur Nutzung von Wasserkraftpotenzialen sowie zur Modifikation bzw. Modernisierung bestehender Wasserkraftanlagen. Durch Änderung des Nutzungsumfangs bestehender Anlagen, besserer Wirkungsgrade und optimierter Steuerung können laut Fenzl noch ungenutzte Potenziale gehoben werden. Dabei könne Bayernwerk Natur als Projektentwickler oder Dienstleister zur Projektentwicklung auftreten, aber auch gemeinsam mit einer Kommune eine Betreiber-gesellschaft einrichten und den technisch und wirtschaftlich optimierten Betrieb einer Wasserkraftanlage sicherstellen.

„Wasserkraft als sich selbst erneuernde Energiequelle ist nachhaltig. Selbstverständlich achten wir gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG im Sinne der Nachhaltigkeit

zum Beispiel auf die Errichtung von Fischaufstiegsanlagen und die Renaturierung von Gewässerabschnitten“, erläuterte der Geschäftsführer. Gemeinsam mit der E.ON Wasserkraftflotte biete Bayernwerk Natur Dienstleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette an. Dabei handle es sich insbesondere um Entwicklung und Genehmigung, Ausführung, Betrieb und Optimierung.

BEST-PRACTICE-BEISPIELE

In der Vergangenheit hat Bayernwerk Natur bereits mehrere Kleinwasserkraftprojekte lanciert: Neben bereits in Betrieb genommener Anlagen in Ettmannsdorf, Landkreis Schwandorf (Leistung: 340 kW) und Berchtesgaden (Leistung: 60 kW) ist ein Projekt in Baiernbrunn, südlich von München, in Planung. Außerdem befinden sich Projekte in München-Süd mit 1.000 kW und in Bayrischzell (70 kW) in der Entwicklungsphase.

Das Projekt Kleinwasserkraftwerk Baiernbrunn mit einer geplanten Jahreserzeugung von ca. 1,7 GWh ist nach Fenzls Darstellung EEG-fähig. Die Ausbauwassermenge betrage 14,5 m³/s, die Fallhöhe 4 Meter. Fischeschonende Turbinen und fischfreundliches Anlagendesign zeichneten das Projekt aus. Die VLH („Very

Low Head“-)Turbine als neuartige, besonders umweltfreundliche Technologie bezieht sich auf Anwendungen bei sehr kleinen Fallhöhen. Bisher stand bei Turbinen für Gefälle im Bereich von 1,4 bis 3,2 Meter im Fokus durch die Verkleinerung der Laufraddurchmesser, die Verminderung der Laufschaufelzahl und die damit verbundene Erhöhung des spezifischen Durchflusses die Leistungsdichte zu erhöhen.

Diese Entwicklung macht zwar die Turbine klein, jedoch Zu- und Ableitungsbauwerke mit immensen Ausmaßen notwendig. Damit ist eine wirtschaftliche Umsetzung nur in den wenigsten Fällen möglich. Die Grundidee des VLH-Konzeptes steht in unmittelbarem Widerspruch zu dieser Tendenz und hat zum Ziel, durch große Laufraddurchmesser und einen geringeren spezifischen Durchfluss die Größe der Bauwerke und damit die Kosten wesentlich zu reduzieren.

Nach Fenzls Worten liegt die Genehmigung für dieses Leuchtturmprojekt in Bayern, erwirkt durch die EON Kraftwerke Sparte Wasserkraft, seit Dezember 2013 vor. Der Baubeginn soll im Sommer dieses Jahres erfolgen, die Inbetriebnahme ist für 2016 geplant. Angestrebt wird eine Realisierung über BAGN und Bayerische Landeskraftwerke; anschließend sollen Kommune(n) und/oder Bürger Beteiligungsmöglichkeiten erhalten. Sein Fazit: „Das Gelingen der Energiewende setzt ein intelligentes Zusammenspiel zwischen dezentraler Erzeugung, Netzausbau, neuen Speichertechnologien und Energieeffizienz voraus. Die Kleinwasserkraft als dezentrale Energielösung ist Partner der Energiewende und hat Potenzial für die Zukunft.“

- Regional
- Unabhängig
- Ökologisch
- Unendlich
- Immer verfügbar
- Nachhaltig
- Preiswert
- Klimafreundlich
- Bestens bewährt

Wasserkraft in Bayern
Wo unser Strom daheim ist

VEREINIGUNG
WASSERKRAFTWERKE
IN BAYERN e.V.
BRUNNEN
DEUTSCHER WASSERKRAFTPUNKT
Karolinenplatz 5a
80333 München



DR.-ING. CHRISTOPH RAPP / SWM SERVICES GMBH, PRATERKRAFTWERK GMBH:

WASSERKRAFT IM SPANNUNGSFELD VON STADTGESTALTUNG, ÖKOLOGIE UND BÜRGERAKZEPTANZ

Das Praterkraftwerk im Herzen Münchens und das Volkmannsdorfer Wehr bei Moosburg stehen exemplarisch für das Spannungsfeld, in dem sich die Wasserkraft befindet, stellte Geschäftsführer Dr.-Ing. Christoph Rapp fest. Während das bislang jüngste Isarkraftwerk bereits im August 2010 ans Netz ging, ist der Bau des beweglichen Wasserkraftwerks am Zusammenfluss von Isar und Amper noch nicht erfolgt.

Strom, regenerativ produziert inmitten einer Großstadt, ohne dass die Anwohner sich optisch oder durch Lärm gestört fühlen: Dafür steht das Praterkraftwerk im Herzen Münchens, ein Gemeinschaftsprojekt der Stadtwerke München GmbH (SWM) und Green City Energy AG (GCE), ursprünglich gegründet als Verein mit dem Zweck der ökologischen Stadtgestaltung.

Die mit zu den modernsten Kleinwasserkraftwerken in Europa zählende Anlage ergänzt den bereits vorhandenen Kraftwerkspark der Stadtwerke München optimal. Die SWM sind mit 70 % an dem Projekt beteiligt. Die restlichen 30 % werden von GCE

über das Bürgerbeteiligungsmodell Kraftwerkspark I gehalten. 1.041 Bürger sind über Genussscheine finanziell beteiligt.

NACHHALTIGE STROMGEWINNUNG

Von Beginn an sei es Ziel des Konzeptes gewesen, regenerativen Strom im Einklang mit den Zielen der Ökologie, des Gewässerschutzes und der Stadtgestaltung zu erzeugen, unterstrich Rapp. Um nicht in das Münchner Stadtbild einzugreifen, wird das Praterkraftwerk nachrangig nach den Stadtbächen und den Restwassermengen in der Kleinen und Großen Isar bespeist. Rein optisch ist das Praterkraftwerk lediglich durch

einen Zugang und eine kleine Trafostation am linken Ufer und durch die Absperreinrichtungen am Einlaufbauwerk zu erkennen.

Der Naturraum mit dem natürlichen Baumbestand sowie das städtebauliche Ensemble im Bereich der Maximiliansbrücke wurden so weit wie möglich im ursprünglichen Zustand belassen. Am linken Ufer oberhalb des Praterwehrs wird das Wasser der Großen Isar in das Einlaufbauwerk abgeleitet, wo es über eine unterirdische Druckleitung unter dem Flussbett zum Krafthaus geführt wird.

Der Stollen verläuft unter der Maximiliansbrücke und unter den Kaskaden. Dort befindet sich, ebenfalls unter der Flusssohle, das eigentliche Kraftwerk inklusive der Turbinenanlage. Zur ökologischen Stromerzeugung nutzt es die Kraft des Wassers, die durch das natürliche Gefälle von 9,5 Metern an dieser Stelle der Isar entsteht.

HIGH-TECH-ANLAGE

Maximal 34.000 Liter Isarwasser fließen pro Sekunde durch den unterirdischen Stollen, um an seinem Ende eine High-Tech-Turbine anzutreiben. Festgelegte Mindestwassermengen sichern den Erhalt der Gewässerökologie. Die knapp 30 Tonnen schwere Kaplan-Rohr-Turbine ist gekoppelt mit



Das Münchner Praterkraftwerk liefert emissionsfreien Wasserkraft-Strom für 4.000 Haushalte. Optisch ist die High-Tech-Anlage zu Füßen des Bayerischen Landtags vollkommen unauffällig. Oberirdisch sichtbar sind lediglich der Zugang sowie eine kleine Trafostation am Ufer. ■





Dr.-Ing. Christoph Rapp.

einem Ringgenerator. Diese Kombination wurde speziell für diesen Einsatzort entwickelt und verbindet bewährte Wasserkraft-Technologie mit modernster Technologie der Windenergie.

Rapp wies auch darauf hin, dass diese insgesamt ungewöhnliche Konstruktion ohne zusätzliche Querverbauung im Fluss auskommt, weil es den Stau durch die vorhandenen Wehre nutzt. Für die Fischdurchgängigkeit Sorge ein Fischpass in der Kleinen Isar. Um einerseits die Fische vor der Turbine zu schützen und andererseits auszuschließen, dass das Treibgut die Turbine beschädigt, kam ein horizontaler Rechen zum Einsatz.

Mit seiner Gesamtleistung von 2,5 MW erzeugt das Praterkraftwerk jährlich 10,5 Millionen Kilowattstunden Ökostrom – genug, um ca. 4.000 Münchner Haushalte versorgen zu können. Durch die kontinuierliche Überprüfung des Kraftwerks und seiner technischen Komponenten wird sichergestellt, dass es möglichst störungsfrei arbeiten kann.

PILOTANLAGE AM VOLKMANNSDORFER WEHR

Der Genehmigungsbescheid für die Errichtung eines Wasserkraftwerks am Volkmannsdorfer Wehr bei Moosburg liegt seit 2010 vor. Dass es nicht gebaut wurde, liegt daran, dass die Amper die Rahmenbedingungen geändert hat: Sie hat den Damm durchbrochen und sich ein neues „Gerinne“ gesucht. Dabei hat der Fluss auch die vorhandene Radwegbrücke immer wieder unpassierbar gemacht. Auch war die ökologische Durchgängigkeit am Durchbruch nicht gegeben; zudem waren zwei Gas-Hochdruckleitungen gefährdet. Daraufhin legten die SWM Rapp zufolge den Turbineneinbau auf Eis, um begutachten zu lassen, wie sich die Amper weiter verhalten würde.

Es entstand die Idee, eine ökologische, sprich bewegliche, über- und unterströmbare Wasserkraftanlage zu errichten. Dadurch werden Natur und innovative Technik in Einklang gebracht. Die Anlage schwimmt und wird von der Strömung nach unten gedrückt. Geschiebe kann sie passieren, Treibgut genauso wie Fische und Kleinlebewesen.

Die Kaskaden werden erhalten, es wird lediglich der Bereich der jetzigen Fischtreppe und Eisschleuse abgebrochen und überbaut. Die Kaskaden bleiben permanent mit etwa einem Kubikmeter pro Sekunde überströmt, das darüber hinausgehende Wasser (bis zu 18 Kubikmeter pro Sekunde) wird zur Stromerzeugung genutzt. Die Wassermenge, die den Bedarf übersteigt, fließt wiederum über das Wehr ab.

Errichtet wird auch eine neue Radwegbrücke. Dadurch werden zwei große Wellblechdurchlässe eingebaut. Zwei dort verlaufende Gasleitungen werden gesichert, indem die Sohle des Gerinnes mit Wasserbausteinen stabilisiert wird. Am Einlauf wird schließlich eine Tiefwasserrinne mit umweltverträglicher Uferbebauung geschaffen. Darüber hinaus wird ein sehr aufwändiges Fischmonitoring seitens der TU München/Weihenstephan durchgeführt.

Die „Anlage mit Pilotcharakter für Bayern“ soll jährlich 1,8 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen. Das neue Verfahren ist seit Oktober 2014 im Gange, wobei nach Rapps Worten „die Zustimmung in den beteiligten Städten und Gemeinden überwältigend ist und die deutlichen ökologischen Verbesserungen gegenüber dem genehmigten Plan von Behörden und Verbänden anerkannt werden“. Gleichwohl rege sich massiver Widerstand gegen die ökologische Planung: „Der behutsame Eingriff in das Gerinne scheint die Naturschützer zu stören“, meinte Rapp.

FÜHRUNG ZENTRALWARTE E.ON WASSERKRAFT:

SICHERE WASSERKRAFT-STEUERUNG

Seit Mai 2011 betreibt die E.ON Kraftwerke GmbH in Landshut eine Zentralwarte für ihre deutschen Wasserkraftwerke. Bei einer von Führung anlässlich des GZ-Wasserkraftforums erläuterte Hans-Peter Ernst (Leiter Produktionsmanagement Hydro) die Funktionsweise dieser „Leitstelle“, deren Ziel es ist, eine effiziente Steuerung der Stromerzeugung und eine sichere Wasser- und Betriebsführung auch in Notfallsituationen zu erreichen.

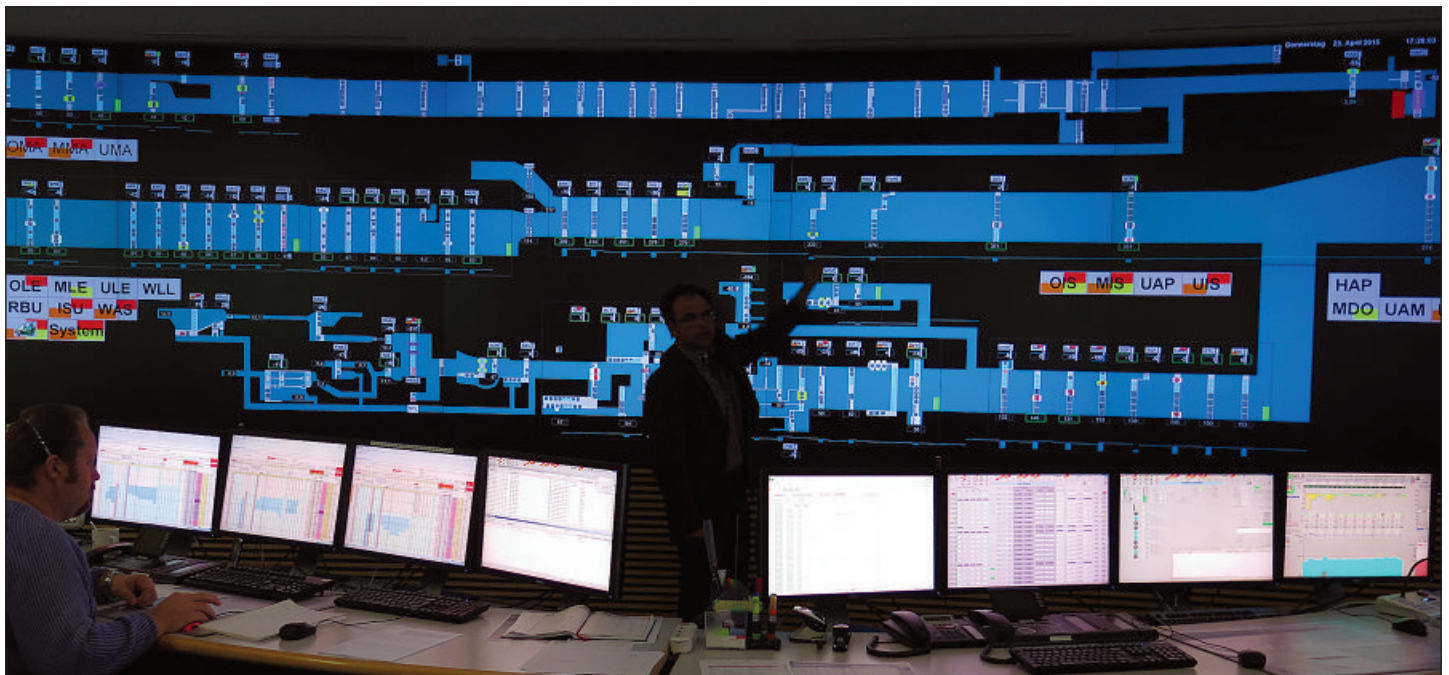
Die E.ON-Kraftwerke GmbH betreibt bundesweit 110 Laufwasser- und Speicherkraftwerke. Ursprünglich wurden diese Anlagen von regionalen Warten dezentral überwacht und gesteuert. Bereits nach dem August-Hochwasser 2005 hatte E.ON jedoch nach Möglichkeiten gesucht, den Hochwasserschutz und die übergreifende Steuerung des Wasserflusses bei Hochwasser zu verbessern, da die dezentrale

Steuerung der Wasserkraftwerke in puncto Information, Datenverfügbarkeit und Koordination, z. B. mit Krisenstäben, damals an ihre Grenzen gestoßen war.

Zehn Jahre später werden aktuell von der Zentralwarte in Landshut die Kraftwerke an Donau, Isar und Lech überwacht und gesteuert. Geplant ist, bis zum Jahr 2016 die Wasser-

kraftwerke am Main und am Edersee zu integrieren. Nach Ernsts Darstellung liegt das Augenmerk nicht nur auf dem Betrieb der Kraftwerke, sondern auch auf einer sicheren Wasserabfuhr. So muss beispielsweise an der Schiffsfahrtsstraße Donau der Pegelstand konstant gehalten werden, um einen reibungslosen Schiffsverkehr zu gewährleisten.

Kurze Wege ermöglichen in der Landshuter Zentralwarte eine schnelle Abstimmung. Bis zu einem halben Dutzend Mitarbeiter überwachen mittels moderner Technik die Wasserkraftwerke und prüfen bzw. reagieren auf Ereignisse im Wasser-, Strom- oder Datenfluss. Das heißt, es werden Pegelstände und Stromproduktion bzw. Netzdienstleistungen im Auge



Überdimensionale Bildschirme gewährleisten jederzeit einen perfekten Überblick in der E.ON-Zentralwarte in Landshut. ■

behalten und situationsabhängig werden wichtige Komponenten wie beispielsweise große Maschinensätze, Pumpen oder Wehrklappen eingestellt oder Maßnahmen an Ort und Stelle veranlasst.

Auf einer großen Projektionswand wird laut Produktionsmanager Ernst mit einem einheitlichen Farbschema der Zustand der Kraftwerke und der einzelnen Turbinen dargestellt. Durch die großflächige Darstellung und graphische Aufbereitung sind auch komplexe Zusammenhänge auf einen Blick erfassbar. Außerdem werden die Wasserhöhe und der Durchfluss an jeder Staustufe angezeigt. Im Falle eines Hochwassers können so zum Beispiel Scheitelpunkte einer Flutwelle im Flussverlauf verfolgt und Stauwehre im richtigen Moment geöffnet bzw. geschlossen werden, um – soweit möglich – etwa ein zeitliches Zusammentreffen zweier Scheitelwellen zu vermeiden.

Weitere Flächen der Projektionswand werden im Normalbetrieb beispielsweise für die aktuelle Wettersituation, die Stromerzeugung oder den Börsenstrompreis genutzt, so Ernst. Mit diesen Informationen können die Mitarbeiter entscheiden, ob – je nach Wasserstand, Strombedarf und -preis – Turbinen einzelner Kraftwerke zugeschaltet werden. Das Personal in der Zentralwarte steht in regelmäßigem Kontakt mit den Wetterdiensten, dem Hochwassernachrichtendienst, neun Wasserwirtschaftsämtern sowie fünf Wasserschiffahrtsämtern. Auf diese Weise ist man in der Lage, die Produktion der Kraftwerke für ca. zwei Tage vorherzusagen und zu vermarkten.

Apropos Hochwasser: Ihre erste Bewährungsprobe in einer Extremsituation hat die Zentralwarte bei der „Jahrhundertflut“ im Juni 2013 bestanden. Damals hatte tagelanger heftiger Regen den Wasserstand von Donau, Lech und Isar stark steigen und bereits mehrere Flüsse über die Ufer treten lassen. Um den Wasserfluss besser zu steuern und den weiteren Verlauf des Hochwassers eher einschätzen zu können, stand die Zentralwarte in ständigem Kontakt zum bayerischen Hochwassernachrichtendienst und den beteiligten Behörden.

BEWÄHRUNGSPROBE BEI DER JAHRHUNDERTFLUT

Dabei wurde erkannt, dass die Scheitelwelle des Donau-Hochwassers mit jener des Isar-Hochwassers zusammentreffen drohte. Aufgrund der gemeinsamen Darstellung der Wasserstände von Donau und Isar auf der Projektionswand der Leitstelle konnte der Verlauf der Scheitelwelle verfolgt und in Abstimmung mit den beteiligten Behörden eingegriffen werden. Um das Hochwasser ein wenig zu vergleichmäßigen, wurden Stauräume genutzt und der Abfluß in der unteren Isar zeitlich entzerrt. Somit gelang es, dämpfend auf die Spitze der Donau-Scheitelwelle einzuwirken.

Zwar sei es nicht möglich, ein derartiges Hochwasser-Szenario aufzuhalten, jedoch könne man versuchen, mit optimaler technischer Unterstützung, verlässlichen Daten aus den einzelnen Kraftwerken und intensiver Abstimmung noch Schlimmeres zu verhindern, erläuterte Ernst.

„Wenn genügend Wind weht und ausreichend Sonne scheint, kann die Wasserkraftzeugung gemäß des gesetzlichen Einspeisevorrangs für Strom aus Wind und Sonne gedrosselt werden – obwohl das Wasser dann am Kraftwerk ungenutzt vorbeifließt“, merkte der Produktions-Manager an. Angesichts der immer größer werdenden Kapazität der Stromerzeugung aus Wind und Sonne werde die für die Versorgungssicherheit notwendige Netzstabilität zunehmend wichtiger. „Unsere schwelfähigen Kraftwerke z. B. am Lech helfen bei der Lösung.“ Hier werde der zulässige Rahmen des flexiblen Betriebs zum Ausgleich von aktuellem Strombedarf und der schwankenden Einspeisung aus Wind und Sonne ideal genutzt.

Die Lechstauflächen oberhalb Augsburg wurden für den Schwellbetrieb geplant, genehmigt und entsprechend errichtet. Mit dieser seit Jahrzehnten praktizierten Betriebsweise werde die Erzeugung von Strom dem Tagesgang des Strombedarfs bestmöglich angeglichen. Während Wind und Sonne unabhängig vom Strombedarf Energie ins Netz einspeisen, könnten die flexiblen Wasserkraftanlagen die Erzeugung kurzfristig an den aktuellen Bedarf anpassen.

AUSGLEICH ZWISCHEN ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE

Besonders in sensiblen Bereichen bemüht sich E.ON mit verschiedenen Partnern seit vielen Jahren um Kompromiss-Lösungen, um so Ökologie und Ökonomie zum Ausgleich zu bringen. Weitere Verbesserungen zur Gewäs-

WASSERKRAFTUNTERNEHMEN IN BAYERN ZEIGEN FLAGGE:

WASSERKRAFT – JA BITTE!

ENERGIEWENDE ERFORDERT SINNVOLLE
UND PRAGMATISCHE LÖSUNGEN

Anfang des Jahres haben Wasserkraftunternehmen in Bayern die Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ ins Leben gerufen, um die Vorteile der Wasserkraft nachvollziehbar darzustellen.

Die Wasserkraft kann bei der Umsetzung der Energiewende einen bedeutenden Beitrag leisten. Sie ist Bayerns wichtigste zuverlässige und älteste erneuerbare Stromquelle. Im Gegensatz zu den schwankenden Einspeisungen aus Sonne und Wind ist Wasserkraft verlässlich und planbar und daher für die Energiewende ein unverzichtbarer Partner. In Verbindung mit ökologischen Optimierungsmaßnahmen an den Wasserkraftwerksstandorten, beispielsweise zur Fischdurchgängigkeit, werden weitere erhebliche Verbesserungen für die Umwelt erreicht.

„Die große Bedeutung der regenerativen Wasserkraft in Bayern muss noch viel stärker in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit

serökologie wie die Anlage von Kiesbänken als Laichplätze für Fische seien in gemeinsamen Aktionen von Wasserwirtschaft, Fischereivereinen und E.ON erfolgreich umgesetzt worden.

Grundsätzlich jedoch vermisse er die Ausgewogenheit in der aktuellen energiewirtschaftlichen Diskussion, hob Ernst hervor: „Auf der einen Seite wird der Natur- und Artenschutz groß geschrieben und auf der anderen Seite wird leider vernachlässigt, dass die Wasserkraft seit jeher auch einen ökologischen Wert im Gesamtsystem der Stromerzeugung für unsere Volkswirtschaft hat.“ ■

BAYERISCHE Gemeindezeitung

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung
Redaktion: Doris Kirchner
Fotos: SWM, BBIV, VERBUND, RMD, VBEW, Michael Müller, GZ
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de
Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Bayern, um die Vorteile der Wasserkraft transparent und erlebbar zu machen,“ sagte Dr. Albrecht Schleich, RMD.

DIALOGANGEBOTE

Mit Repräsentanten der Mitglieder der Initiative zeigte „Wasserkraft – Ja bitte!“ auf dem 3. Bayerischen Wasserkraftforum in Landshut Flagge. „Wir haben mit vielen Partnern aus Politik, Verwaltung und Verbänden gute Gespräche geführt“, sagte Dr. Klaus Engels, E.ON. „Regional und lokal haben wir sehr gute Beispiele und Anwendungen, die den vielfältigen Nutzen der Wasserkraft und ihre ökologische Umsetzung in Bayern aufzeigen. In unseren Vorträgen haben wir dies vorgestellt,“ sagte Robert Wührer, VERBUND.

gerückt werden. Wir engagieren uns in der Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ gemeinsam mit den anderen Wasserkraftunternehmen in



Bild: VBEW

DIE PARTNER

Die Partner der Initiative sind aktuell:

- Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, Augsburg,
- E.ON Kraftwerke GmbH, Landshut,
- Grenzkraftwerke GmbH, Simbach,
- Rhein-Main-Donau AG, München,
- SÜC Energie und H2O GmbH, Coburg,
- VERBUND AG, Wien,
- VERBUND Innkraftwerke GmbH, Töging,
- Wasserkraftwerke Passau GmbH
- Kraftwerk am Höllerstein AG
- Stadtwerke Bad Tölz GmbH
- Elektrizitätswerk Hindelang eG, Bad Hindelang
- Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V., München, sowie der
- Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

Haben Sie Fragen zur Initiative?

Internet: www.wasserkraft-ja-bitte.com oder
eMail an info@wasserkraft-ja-bitte.com. ■

„Ebenso konnten wir auf die Potenziale der sogenannten kleinen Wasserkraft hinweisen,“ erläuterte für die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. Michael Müller. Prof. Dr. Frank Pöhler, BEW ergänzte: „Das ganze Jahr über bieten die bayerischen Wasserkraftunternehmen Besichtigungsmöglichkeiten in großen und auch kleinen Wasserkraftwerken an, sowie auch Tage der Offenen Tür und zahlreiche andere interessante Aktionen.“

Mit ihrem Onlineangebot bietet die Initiative der breiten Öffentlichkeit Kontakt- und Informationsmöglichkeiten, um sich über die bayerische Wasserkraft zu informieren. Auf der Homepage www.wasserkraft-ja-bitte.com steht ein umfangreiches und ausführliches Informationsangebot zur Wasserkraft in Bayern bereit, das kontinuierlich erweitert wird. So stehen virtuelle Rundgänge ebenso auf der Homepage wie Informationsmaterialien zum Downloaden, Grafiken, weiterführende Links und vieles mehr. ■

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

Main-Kraftwerk Limbach www.rmd.de

RMD 

RHEIN-MAIN-DONAU

- / REGENERATIV
- / MODERN
- / DYNAMISCH